

Brüning, Schröder, Lafontaine, Möllemann, die Presse, die Parteien und die Tabus

Tagebuch eines Zeitungslesers

von Tristan Abromeit

E-Mail: abromeit@t-online.de

Niederschrift vom 23. November 2002 bis 1. Januar 2003

[Inhaltsübersicht](#)

<u>Inhaltsübersicht</u> (< zur Titelseite)	Seite
	(in der StarOffice-Fassung)
<u>Vorbemerkung</u>	3
Tagebuch eines Zeitungslesers <u>Teil 1</u>	4
<u>Dokumentation</u> der ökonomischen Vorgänge vor Hitler (Ziemer zu Brüning, S. 59 / Schumann zur SPD, S. 98)	59
Tagebuch eines Zeitungslesers <u>Teil 2</u>	104
<u>Anhang 1</u> zur Textziffer 94) <u>Real-Monopoly</u> Sind Sie Gewinner oder Verlierer? Oder warum die Reichen systembedingt reicher werden müssen Tabelle von HELMUT CREUTZ	159
<u>Anhang 2</u> zur Textziffer 107) <u>Schröder mit grüner Zauberformel</u> <u>Abschnitt / Auszug aus:</u> DER DRITTE WEG - Die natürliche Wirtschaftsordnung (NWO) - ein programmatischer Beitrag für die grüne Bewegung - erstellt zum Programmkongreß der GRÜNEN im März 1980 in Saarbrücken von TRISTAN ABROMEIT	160
<u>Anhang 3</u> zur Textziffer 108) <u>Ein berechtigtes Lamento der Jungen - aber auch der Alten</u> Weg mit den Alten ? von UWE TIMM / 12 / 2002 / www.utespero.de	163
<u>Anhang 4</u> zur Quelle 29) Goldmünzen und den Textziffern 120) Staatlich veranstalteter Unfug, 121) Funktionalität der Münzen, 122) Münzen in der Schublade / S. 131 / 132 Leserzuschrift: Das Geld wurde nicht zum Sammeln und Horten erfunden TRISTAN ABROMEIT 15. 11. 2002	165
<u>Anhang 5</u> mit Bezug zu Oskar Lafontaine und korrespondierend mit „Inflation und Deflation ...“ von Gerhard Ziemer Auszüge aus: ROBERT LEKACHMAN, John Maynard Keynes, Revolutionär des Kapitalismus	170
<u>Anhang 6</u> als aktuelle Meßlatte für die Ausführen von Ziemer und Lekachman Konjunktur - Von Bush lernen? , Hannoversche Allgemeine Zeitung / 9. 1. 2003 HOLGER PAUL	192
Internetseiten Auswahl: www.sytemfehler / www.geldreform.de / www.inwo.de	

Brüning, Schröder, Lafontaine, Möllemann, die Presse, die Parteien und die Tabus

Tagebuch eines Zeitungslesers

An die Neue Hannoversche Presse www.neuepresse.de
und die Hannoversche Allgemeine Zeitung www.haz.de

Stellungnahmen für das Leserforum der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung / www.HAZ.de
von Tristan Abromeit

E-Mail: abromeit@t-online.de

Niederschrift vom 23. November 2002 bis 1. Januar 2003

veröffentlicht unter: www.Tristan-Abromeit.de

weitere Texte unter

<http://www.geldreform.de/abromeit>

<http://home.t-online.de/home/abromeit>

(Q 1, 2 ... = Quelle, Bezug, in der Regel kursiv einzeilig
TZ = laufende Textziffer für eigene Stellungnahmen, 1 ½-zeilig)

Vorbemerkung

Drei Dinge kamen zusammen um mich zu bewegen, diese vorliegende Arbeit anzufangen:

1. Das allgemeine Unbehagen an der Politik, das sich auch im eigenen Unbehagen spiegelt.
2. Der Vorwurf unser Bundeskanzler betreibe eine brüningsche Politik.
3. Die Entdeckung, daß die HAZ ein Leserforum eingerichtet hat.

Ich wollte nun mit einen kurzen Beitrag zur Deflationspolitik unter dem Reichskanzler Brüning die neue Möglichkeit der Kommunikation per Internet mit anderen Lesern und der Redaktion ausprobieren. Als Basis wollte ich nur je eine Ausgabe der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung und der Neuen Presse nehmen. Aber bevor ich meine Stellungnahme abgeschlossen hatte, lag schon die nächste Ausgabe der HAZ auf dem Tisch. Ich dachte bei mir: „Die nimmst Du noch mit hinein.“ Aber wie das so ist, bevor ich richtig loslegen konnte, war die nächste Ausgabe schon da. Ich habe dann gedacht: Kapitulieren gilt nicht, versuche so etwas wie ein Tagebuch eines Zeitungslesers zu produzieren und zwar ohne Rücksicht darauf, ob der Text im Leserforum übernommen wird. Technisch würde die Übernahme dieses nun vorliegenden Textes in das Leserforum wohl keine Schwierigkeiten machen. Da die einzelnen Themen benannt sind, könnten sie von den Teilnehmern des Forums auch diskutiert werden, nur vermute ich, daß der HAZ die Liberalität, den Redakteuren der Mumm fehlt, um einen solchen Text in

ihr Forum zu übernehmen. Sollte ich mich täuschen und sie lesen jetzt meine Sätze im Leserforum, dann habe ich schon Abbitte bei den betroffenen Mitarbeitern der HAZ geleistet.

Als ich mir vornahm einen Auszug aus dem Buch von Gerhard Ziemer „Inflation und Deflation zerstören die Demokratie“ zu bringen, habe an ein oder zwei Seiten gedacht. Da mich der Inhalt aber so bewegt hat und das Buch nicht mehr im Handel zu haben ist, habe ich dann ohne Rücksicht auf Seitenzahlen Texte eingescannt, einfach nach dem Gefühl, daß muß doch die interessierte Öffentlichkeit erfahren. Das erneute Lesen und das einscannen erfolgte im Ablauf der Entstehung dieses Gesamttextes wo er steht. Ich habe nun überlegt, ob ich die Auszüge aufgrund ihrer Länge in den Anhang stelle, bin aber zur Überzeugung gekommen, daß der Leser die Entstehungsdynamik der durch die eigenen Gedanken zusammengehaltenen vorliegenden Textteile nicht mehr nachempfinden kann, wenn ich die Auszüge umrangierte. Außerdem ist es ja nicht mein Anliegen an einem Wettbewerb für wohlgeformte Literatur teilzunehmen, sondern eine Datei, ein Papier zum Arbeiten zu erstellen, bzw. eine Botschaft zu vermitteln. Und diese Botschaft lautet kurz formuliert: „Uns geht es dreckig, weil wir uns blind und taub stellen! Uns kann es umgehend besser gehen, wenn wir unsere Ohren und Augen öffnen.“ Da ein Lesertagebuch uferlos würde und auch seine Erstellung nicht so nebenbei durchgehalten werden kann, kam mir der Jahreswechsel als Ausstieg gerade recht.

Das Leser-Tagebuch / Teil 1

Der Aufmacher der Neuen Presse (NP) am 23. 11. 2002 lautet:

„Schröder reißt Gabriel in den Keller

Stimmenbruch für Niedersachsen-SPD. Jeder Zweite will Neuwahlen.“

In einem „Kasten“ wird vermeldet:

(Q 1) Kanzler-Gattin in Angst um ihren Mann

Kanzler-Gattin in Sorge: Doris Schröder-Köpf hat wegen der immer härteren Kritik an der Regierungspolitik Angst um ihren Mann. Ihre Furcht sei, „dass die verbale Hetze irgendwann in körperliche Angriffe mündet“, sagte die Frau von Gerhard Schröder (SPD) gestern dem Nachrichtensender N24. Zu den von Unionsseite angekündigten Demonstrationen gegen Rot-Grün sagte sie unter Anspielung auf die Anti-Globalisierungsbewegung: „Das ist Attac von rechts.“ Sie bedauere, „daß man mit rationalen Argumenten kaum noch durchkommt“.

(Q 2) Und unter dem Titel **Der Kanzler ist gefährdet** ist von Ulrich Neufert u.a. zu lesen:

(Q 2.1) ... Die ätzende Ironie des Kanzler-Imitators Elmar Brandt hat nach dem furiosen Fehlstart der neuen Regierung in der Bevölkerung einen riesigen Resonanzkörper gefunden. Sein Steuersong wurde zum Kiesel, der eine Lawine von Schröder-Witzen auslöste, die einen

ganzen Berg ins Rutschen bringen kann. Der Kanzler ist gefährdet. Nichts kann diese Feststellung stärker untermauern als die Tatsache, dass selbst ein politisch Untoter wie Oskar Lafontaine wieder als gern gesehener Anti-Schröder durch die Medien geistert darf. ...

(Q 2.2) ...Die Opposition hat längst erkannt, wie mitgenommen Schröder ist. Edmund Stoiber und Angela Merkel feiern ihre Wahlniederlage immer noch, als hätten sie in Wirklichkeit gewonnen. Und tatsächlich scheint die Zeit stehen geblieben zu sein: Deutschland wirkt, als sei die Bundestagswahl noch nicht gelaufen, als sei alles wieder offen. Wer glaubt eigentlich noch, dass eine Bundesregierung in dieser Verfassung vier Jahre überstehen kann?...

(Q 2.3) ... Das Ende der rot-grünen Koalition in Berlin wäre dann nur noch eine Frage weniger Monate. An dieser negativen Prognose kann nur Schröder etwas ändern. Wenn er zu alter Kraft zurückfindet und Führungsstärke beweist, hat er noch eine letzte Chance.

Drei und zwei Tage vorher in der HAZ:

*(Q 3) Gabi Stief zitiert in ihrem HAZ-Artikel vom 20. 11. 02 **Die Wut der Sozialdemokraten über Lafontaine wächst** eine Äußerung von Lafontaine, die in der Bildzeitung zu lesen war. „Es ist so als wäre Heinrich Brüning wieder auferstanden, jener Reichskanzler, der mit seiner Sparpolitik Massenarbeitslosigkeit verursachte und Hitler den Weg bereitete. ... „Hetze“ nennt das Doris Schröder-Köpf. „Unsolidarisch und unhistorisch“, zürnt die Sozialdemokratin.*

Lafontaine wird wie Jürgen Möllemann am anderen Ort aus anderem Grund empfohlen, die Partei zu verlassen.

*(Q 4) Reinhard Urschel wiederholt in seinem HAZ-Artikel vom 21. 11. 02 unter dem Titel **Der Medienkanzler im Medientief** das Lafontaine-Zitat. An weiteren Gedanken, die ich hier aufgreifen möchte, fügt er hinzu:*

(Q 4.1) „Bild“ hat sich auf die Seite derer geschlagen, die Schröder für einen Versager halten und ihn samt seiner Regierung aus dem Amt jagen möchten. ...

(Q 4.2) Die Springer-Blätter stehen nicht allein mit ihrem Urteil über den einst häufig als Medienkanzler gerühmten Schröder. Sogar die „Hamburger Blätter“, wie „Spiegel“, „Stern“ und „Zeit“, mit denen Vorgänger Helmut Kohl nicht viel anzufangen wusste, sind Schröder in seiner derzeitigen Verfassung nicht wohl gesinnt. „Tricksen, tarnen, täuschen“ - so fasste der „Spiegel“ den Politikstil der Regierung Schröder zusammen.

(Q 4.3) Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ gab dem Historiker Baring, der sich mit einer Reihe von Büchern, unter anderem über die politische Wende in Bonn 1969 („Machtwechsel“), einen Namen machte, breiten Raum für eine Polemik unter der Überschrift „Bürger, auf die Barrikaden!“. Deutschland schreibt er, sei „auf dem Weg in eine westliche ‚DDR light‘“. Die Zeit sei „reif für einen Aufstand gegen das erstarrte Parteiensystem. Ein massenhafter Steuerboykott, passiver und aktiver Widerstand, empörte Revolten liegen in der Luft.“

TZ 1) Die Ehrenmänner

Wenn ich Brüning, Schröder, Lafontaine und Möllemann hier in eine Reihe bringe, gehe ich davon aus, daß sie alle vier Ehrenmänner sind. Ehrenmänner will ich hier als solche männlichen Menschen verstehen, deren Absicht es ist, für die Gemeinschaft Gutes zu bewirken (und natürlich nebenbei auch für sich und die ihren). Der Status des Ehrenmannes schließt aber nicht aus, daß sie unter Umständen für die Gesellschaft das Böse symbolisieren oder gar bewirken. Wer durch das Selektionssystem „Partei“ Kanzler wird, muß schon einen ausgesprochen Machtwillen haben, muß schon mal die Fünf gerade sein lassen können, muß Zumutungen und Demütigungen ertragen können. Er muß auch die Tricks seines politischen Umfeldes und seiner Konkurrenten beherrschen. Es gehört auch dazu, daß ein Kanzler die Wahrheit jeweils so verformt, wie es das Tagesgeschäft erforderlich macht. Das mag unangenehm klingen. Es ist aber die Folge des Weges zum Amt und die Ausstattung des Amtes selbst. Wir belügen uns selbst, wenn wir fordern der Kanzler solle der edelste der Edlen sein.

TZ 2) Die Sorge der Kanzlergattin

Gerhard Schröder kann glücklich sein, eine Ehefrau zu haben, die sich für ihn so ins Zeug legt. Wenn ich in der Position des Kanzlers wäre, würde meine Frau zu mir sagen: „Erkläre deinen Rücktritt und räume die Küche auf!“ Niemand zwingt Gerhard Schröder zur Kanzlerschaft. Er kann zurücktreten, wann er will. Natürlich würde er dadurch viele enttäuschen, die für seine Kanzlerschaft wahlgekämpft haben und die durch ihn zu Amt und Einkommen gekommen sind. Aber die Republik würde nicht untergehen. Unsere Institutionen sind heute so ausgestattet, so programmiert, daß sie jeden Amtsträger - wenn er auch nur die halbe Menge Tassen im Schrank hat - verkraftet. (Daß die Herrschaft der Bürokratie eine Gefährdung der Demokratie ist, wird doch vielfach empfunden und auch analysiert.)

TZ 3) Wenn rationale Argumente nicht mehr ankommen

Es ist immer das Gleiche. Wenn das Politikgeschäft einigermaßen gut läuft, wollen die PolitikerInnen keine rationalen Argumente der Kritiker hören und halten Mahner für so lästig wie Fliegen. Sie höhnen dann: „Seht Euch die Wirklichkeit an und vergleicht sie mit euren abstrakten Theorien, mit euren Mahnungen!“ Wenn dann das politische Geschäft schlecht läuft, die Zustimmung ausbleibt, die Menschen bedrückt sind, dann können der Politik abgenötigte rationale Argumente von den Adressaten, dem Wahlvolk nicht mehr aufgenommen werden, weil ihr individueller Denkapparat von ihren Gefühlen blockiert ist. Verstärkt wird eine solche Blockade dadurch, daß in solchen Situationen die Politpropaganda sich in der Wirkung in die

Gegenrichtung umkehrt. Wenn dieser Prozeß nicht gestoppt und umgekehrt werden kann, artet Politik in reine Destruktion aus. Der Punkt, wann ein demokratisches System gekippt wird, läßt sich nicht genau bestimmen. Daß das System irgendwann kippt, ist aber gewiß. Und die demokratischen Parteien in der Weimarer Republik haben das System gekippt, ohne daß sie es wollten. Und die damaligen Menschen, Bürger, sind nicht zu den Nationalsozialisten übergelaufen, weil sie plötzlich alle Rassisten geworden waren, sondern weil sie Hoffnung hatten, die Nazi würden ihre soziale Lage verbessern. Daß sie einen hohen Preis dafür zahlen mußten, konnten die meisten sich nicht vorstellen, genauso wenig, wie die Bürger der BRD und ihre politischen Repräsentanten sich nicht vorstellen können, daß der Preis für ihre politische Drückebergerei blutig und hoch sein wird.

TZ 4) Schröder-Witze

Ich selber mag keine Witze, die andere Menschen herabsetzen - egal ob Freund oder Feind. Angebracht wären in einer Demokratie Witze, in denen sich die Bürger selber verspotten, weil sie zu einer konstruktiven Politik nicht fähig sind und die Last des politischen Gestaltens lieber auf andere abladen und dabei immer wieder auf großmäulige Versprechen herrein fallen. Man muß aber zugeben, daß Witze eine psychische Entlastungsfunktion haben. Und es ist immer noch besser, wenn BürgerInnen auf diese Weise ihren Unmut abregieren, als wenn sie in den Lokalen und Straßen Randalen machen würden.

TZ 5) Ist Schröder ein Versager?

Unser Bundeskanzler ist allenfalls ein Mitversager. In das Amt des Bundeskanzler kommt heute keiner, der nicht die Klug- oder Dummheit einer parteipolitisch gebundenen Führungselite repräsentiert. Er kann also im schlechtesten Fall nur Repräsentant spezieller parteigebundener oder allgemeiner gesellschaftlicher Dummheit sein. In der Demokratie kann die reale Politik nicht besser sein als die Vorstellung von einer optimalen Politik / Gesellschaftsform, die die Gesamtgesellschaft und besonders jene Teile haben, die wir mit Wissenschaft und Medien (Presse) bezeichnen.

TZ 6) Ein Vergleich zur Verdeutlichung

Ich will versuchen, es mit einem Vergleich zu verdeutlichen: Gerhard Schröder kennt sich in groben Zügen in Hannover aus und Edmund Stoiber in München. Beide wollen sich in den Städten, wo sie sich zu Hause fühlen, zu Fuß in unbekannte Gegenden aufmachen. Da sie beide die Gelegenheit nutzen wollen, dem Volk die Hände zu schütteln, überlassen sie die Führung

den ortsunkundigen Ministern und Beratern, die sie begleiten. Diese nehmen je einen Stadtplan für die Führung zu Hilfe. Unglücklicherweise haben Steubers Berater einen Stadtplan von Hannover und Schröders Berater einen von München in der Hannover. BürgerInnen, die sich dem Troß beobachtend angeschlossen haben sehen das Malheur und rufen den Beratern zu: „Ihr habt den falschen Stadtplan!“ Aber in beiden Beratergruppen faucht man: „Ihr haltet uns wohl für blöd. Wir kennen doch einen Stadtplan.“ Nein, blöd waren die Berater nicht, nur Legasteniker, sie konnten die Beschriftung nicht lesen. Steuber und Schröder wurden zuerst freundlich begrüßt, aber je mehr sie als Bewohner eines falschen Stadtteils angesprochen wurden, um so unwirscher wurden sie. Als sich dann die Verwandten und Freunde per Telefon meldeten und anfragten, ob die jeweilige Truppe sich bei ihnen auch so merkwürdig verhielt, kam erst Unbehagen und dann Wut auf. Einige sahen sich schon nach handlichen Gegenständen zum Werfen um. Und alles lief vor laufender Kamera. Das ganze Volk bekam es mit. Und alle begannen die Weisheit demokratischer Führer zu bezweifeln.

TZ 7) Der innenpolitischen Schwäche prägt die Außenpolitik

Das Schlimme für unseren Kanzler und die Deutschen insgesamt ist, daß er aufgrund des schwachen Bildes, das seine Regierung abgibt, nicht in der Lage ist und die Kraft nicht hat, den US-Amerikanern ein wirklicher Freund zu sein. Wir Deutschen wissen aus bitterer Erfahrung, daß ein großes Land dazu neigt, einen Größenwahn zu entwickeln. Wir müßten der US-Regierung von dieser bitteren Erfahrung erzählen und sie als Freunde und als Mitglieder der gleichen Wertegemeinschaft vor den Folgen eines Größenwahns warnen. Denn bei dem Aufmarsch um den Irak dient doch nur am Rande der Bekämpfung einer Diktatur. Aber selbstwertbewußt kann man nur dann die Interessen des eigenen Landes vertreten und Freunde mit Nachdruck beraten, wenn das eigene Haus in Ordnung ist. Und das ist es nicht.

TZ 8) Stoiber und Merkel feiern Wahlniederlage wie einen Sieg

Angela Merkel und Edmund Stoiber haben allen Grund froh zu sein, keine Mehrheit für die Regierungsübernahme bekommen zu haben. Denn wenn man die Wahlprüche aus dem CDU/CSU-Lager auf ihre Substanz abklopft, bleibt doch für eine andere Politik, als sie die der rot-grüne Koalition betreibt, nicht viel übrig. Es ist einfach nicht mehr damit getan, alte Wahlkampfparolen mit neuen Vokabeln aufzupolieren. So wie die SPD sich zu Kohls Zeiten nicht wirklich auf die Zeit nach Kohl vorbereitet hat, so hat die die CDU/CSU sich nicht wirklich auf eine Ablösung von Schröder / Fischer vorbereitet. Die FDP (in der ich lange mitgewirkt habe) hat noch nicht einmal begonnen, die Bedingungen für eine liberale Gesellschaft zu buch-

stabieren. Und DIE GRÜNEN (die ich mit gegründet habe) können wir als den gescheiterten Versuch ansehen, wirklich Neues, Überlebensfähiges in die Politik einzuführen. Hier mußten sich noch einmal überholte Ideen bis zur Erschöpfung austoben, so daß am Ende vielen Mitgliedern eine Regierungsbeteiligung als die gelungene Revolte erschien. Aber daß es heute nicht mehr um eine moderne, ansehnliche Verpackung von altem politischen Schnickschnack geht, hat die politische Klasse der BRD immer noch nicht begriffen. Es geht heute nicht mehr oder nicht weniger als um die Neuformatierung (PC-Sprache) bzw. einer neuen Formierung (Erhard) unserer Gesellschaft, die im Vereinigungsprozeß von der sich selbst überlebten Politik verhindert wurde. Mit anderen Worten wir können von Stoiber nicht mehr erwarten als von Schröder. Die Frage ist, ob Angela Merkel, wenn ihr das bewußt wird, resigniert oder als Frau, die aus der ehemaligen DDR kommt, die CDU zu neuen Ufern führen kann und will.

TZ 9) Wenn die rot-grüne Koalition am Ende sind

Wenn die Koalition aus Sozialdemokraten und Bündnisgrünen am Ende ist, geht die Chose mit anderer Besetzung weiter. Ein Erneuerungsprozeß, wie er für unsere Gesellschaft überfällig ist, kann nicht von heute auf morgen in Gang gesetzt werden. Die Frage ist, ob dieser Prozeß frühzeitig genug eingeleitet wird, damit nicht vor einer stabilisierenden Hoffnung und guten Zukunftserwartung ein großer gesellschaftlicher Knall die Gehirne vernebelt.

TZ 10) Sollte Oskar Lafontaine aus der SPD austreten?

Wenn wir uns in unserer Gesellschaft ein wirklich freiheitliches und demokratisches Bewußtsein erworben hätten, dann würden wir auch die Bürger respektieren, die wieder ein Königreich oder eine autoritäre Regierung wollen. Ihr abweichendes Streben würden wir als Herausforderung an uns selber betrachten, um unsere Ziele besser zu fassen und die realen Verhältnisse besser zu gestalten. Wir hätten vermutlich schon lange ein besseres Selektionssystem für die Abgeordneten und die Regierungsmitglieder entwickelt. Parteien würden - wenn es sie noch gäbe - wie ein Überbleibsel aus vergangener Zeit wirken. Uns würde schlichtweg nicht interessieren, wer in diese Parteien eintritt oder austritt.

TZ 11) Parteiausschlüsse sind kontraproduktiv

Parteien sind nun keine Gesangvereine, in denen die Harmonie eine bedeutende Rolle spielt. Parteien sind - soweit es ihnen gelungen ist, unseren Staat mit zu besetzen - einerseits Machtgebilde besonderer Art, andererseits Idealismusverschleißmaschinen. Man sollte, wenn es unbequem mit einzelnen oder Gruppen von Mitgliedern unbequem wird, nicht einfach rufen

„Verlaß doch die Partei! Oder drohen: „Wir schließen dich aus!“ Ein Abgang von Mitgliedern müßte in beiden Fällen mit einer geldlichen Einbuße für die Partei verbunden sein, damit das, was zum Konflikt geführt hat, auch wirklich diskutiert und geklärt wird und nicht immer über-
tüncht wird. Außerdem: Solange die politischen Parteien in der Hauptsache aus dem Staats-
haushalt finanziert werden, müssen an einem Ausschlußverfahren höhere Anforderungen ge-
stellt werden als bei einem Ausschlußverfahren eines typischen Idealvereins.

TZ 12) Retourkutschen entstehen nicht aus dem Nichts

Da man bekanntlich das zurück bekommt, was man gegeben hat, und man nicht das behalten will, was nicht wollte, kann es ja durchaus so sein, daß Oskar Lafontaine mit seinem Ein- oder Widerspruch alte Rechnungen begleichen will. Ob eine solches Verhalten aus diesen Motiven klug ist, kann dahingestellt bleiben. Unmoralisches kann ich darin nicht sehen, es sei denn, es entstünde ein objektiver Schaden für das Land. Wenn die Retourkutsche nämlich ausge-
schlossen wäre, hätte es das einzelne Parteimitglied noch schwerer, ein minimum an Eigenstän-
digkeit gegenüber der Horde, dem Kollektiv zu behaupten. Das Parteikollektiv ist deshalb ge-
fährlich, weil es das einzelne Mitglied unter Anpassungsdruck setzt. „Wenn Du nicht ... dann
kommst Du nicht die nächste Stufe höher. Hat sich aber erstmal ein fragwürdiges oder falsches
Leitmotiv im Kollektiv festgesetzt, kann eine Partei - auch wenn sie noch einen Stimmenzu-
wachs hat - nicht mehr im wirklichen Sinne erfolgreich sein.

TZ 13) Hat Lafontaine sachliche Argumente?

Wenn Lafontaine von der Sachlage her argumentiert und selber überzeugt ist, daß seine Ge-
nossen in der Regierung es falsch machen und er Einsichten hat, die richtig sind und in der Po-
litik durchgesetzt werden müßten, dann hat er so gar die moralische Pflicht, sich laut und deut-
lich zu melden. Beruft sich Lafontaine bezüglich der wirtschaftlichen Störungen nicht nur auf
die Analyse von Keynes, sondern auch auf seine Rezepte, dann liegt er selbst mit seinen
Ratschlägen daneben. Denn zu einer höher- oder vollbeschäftigten Wirtschaft dadurch zu kom-
men, daß ein zu beobachtender privater Nachfrageausfall mit einer staatlichen Nachfrage aus-
geglichen wird, die mittels einer Defizit-Finanzierung (deficitspending) finanziert wird, hat
doch die Politik der Sozialdemokraten in neuerer Zeit diskreditiert. Der Weg, ein Defizit über
die Notenpresse zu finanzieren, ist der Regierung gottlob versperrt. (Wobei es durchaus das
Modell der gesteuerten, dosierten Inflation mit Indexklauseln gibt. Siehe www.sffo.de) Und
eine Neuverschuldung der staatlichen Haushalte über die jetzige Höhe hinaus, die die Re-
gierung sowieso ohne Konjunkturförderung eingehen muß, schränkt den Handlungsspielraum

der Parlamente und Regierungen von Bund und Ländern aufgrund der folgenden Zinszahlungen noch mehr ein. Keynes Lehren braucht man aber trotzdem nicht einfach ins Ablagefach zu legen, da ist noch viel herauszuholen.

TZ 14) Rückführung der Inflationsrate birgt Deflationsgefahr

Es war schon in Zeiten, als wir unsere heutigen Probleme noch gar nicht hatten, einsehbar, daß die Rückführung der Inflationsrate z.B. von 4 % p.a. auf 3, 2 oder 1% ohne Stabilisierung des Geldkreislaufes deflatorischen Wirkungen haben kann.

TZ 15) Presse bleibt Informationen schuldig

Nach meinem begrenzten Überblick bleibt die Presse uns schuldig, die Empfehlungen Lafontaines vorzustellen und zu erläutern. So wie sie uns den Inhalt des kritisierten Flugblatt von Möllemann vorenthält. Auf die Frage, ob an Lafontaines Vergleich Schröder - Brüning etwas Richtiges dran ist, gehe ich weiter unten ein.

TZ 16) Ist die Presse Aufklärer in Sachen Demokratie und und ihrer Teilordnungen?

Der SPIEGEL, der STERN und DIE ZEIT haben keinen Grund, über die rot-grüne Regierung zu maulen, denn die Politik spiegelt das redaktionelle Weltbild. Diese Presseorgane - wie auch andere - repräsentieren wie die Kollektive der staatlichen Herrschaftsapparate jeweils eine geballter Intelligenz und Möglichkeit der Nachrichtenvermittlung. Aber es fehlt ihnen der Orientierung verleihende Geist. Wer glaubt, als Konsument dieser bedeutenden Blätter und als Adressat staatlicher Botschaften orientiert zu sein, braucht sich nicht zu wundern, nicht an seinem persönlichen Ziel oder jenem einer Gruppe, die er sich angeschlossen hat, anzukommen. Wenn es die unzähligen nichtkommerziellen Veröffentlichungen nicht gäbe, wären wir eine Republik der geistig-politisch Blinden auf hohem intellektuellem Niveau.

(Q 5) Richterlicher und Politischer Druck auf die Presse

Wir lesen ja seit einiger Zeit auf den Internetseiten den Hinweis, daß die Inhaber dieser Homepages nicht verantwortlich sind für den Inhalt jener Seiten, auf die sie mittels Links hinweisen. Die Formel ist inzwischen kurz und war zuerst, als ein Richter einen Spruch gefällt hatte, in dem diese Verantwortlichkeit bejaht wurde, ziemlich lang. Diesem Richter war wohl nicht bewußt, daß er mit seinem Spruch einen Angriff auf das Grundrecht der Informationsfreiheit getätigt hat. Ich hoffe, daß dieser Spruch von einem höheren Gericht inzwischen korrigiert wurde, sonst müßte jede Bücherei große Schilder aufhängen: „Wir sind nicht verantwortlich

für die Inhalte der Bücher.“

(Q 5.1) „Das grenzt an Schwachsinn“

Leserbriefautor und Redakteur wegen Beleidigung bestraft (HAZ vom 7. 7. 1995)

Salzgitter (ck). Das Amtsgericht Salzgitter hat am Donnerstag einen 26 Jahre alten Leserbrief-Schreiber sowie den 37 Jahre alten Redakteur einer Anzeigenzeitung wegen pauschaler Beleidigung von Bundeswehrgoldaten verurteilt. Mit je zehn Tagessätzen, das entspricht 400 und 600 Mark Geldstrafe, blieb das Gericht nur wenig über der untersten Grenze des Strafrahmens. In dem Leserbrief hatte ein Student eine Werbeveranstaltung des Heeres in Salzgitter kritisiert und Soldaten „potentielle Mörder“ und „bezahlte Killer“ genannt. Der Redakteur hatte den Brief ungekürzt abdrucken lassen.

Den von der Staatsanwaltschaft angeklagten Straftatbestand der Volksverhetzung sah Richter Ulrich Schulz nicht als erfüllt an. Es reiche nicht jede Beleidigung, um den öffentlichen Frieden zu stören. Die Soldaten hätten in ihrem Lebensrecht, nicht nur in ihrer Ehre, getroffen sein müssen, um eine Verurteilung wegen Volksverhetzung zu rechtfertigen.

Die Formulierung „bezahlte Killer“ wertete Schulz als klare Beleidigung. Womit er sich schwer tue, sagte der Richter zur Urteilsbegründung wörtlich, sei die Frage, ob man eine solche Formulierung überhaupt ernst nehmen dürfe. „Das grenzt schon fast an Schwachsinn“, formulierte der Richter und ergänzte: „Auch ich übertreibe.“ Er sehe in dem Text eine „unausgereifte Meinung“. Deshalb habe er die Strafe am untersten Ende des Strafrahmens belassen. Den Redakteur des Blattes verurteilte er wegen Beihilfe. Er habe es in der Hand gehabt, die Veröffentlichung zu verhindern.

Staatsanwalt Hasko Meyer hatte je 100 Tagessätze Geldstrafe verlangt. Beide Verteidiger beantragten Freispruch. ... Beide Verteidiger kündigten trotz der Milde der Strafe Rechtsmittel an.

(Q5.2) **Der politische Druck auf die Presse wächst**

Nicht nur im Banne von Multimedia: Ein Kongreß diskutiert die Zukunft der Zeitungen (HAZ vom 5. Sept. 1995)

...

Die Zukunft der Tageszeitung steht im Mittelpunkt eines Kongresses in Hannover, der sich unter der Leitfrage „Bieder oder bissig?“ dem Profil der deutschen Presse widmet. 170 zu meist leitende Redakteure und Verlagsmanager waren der Einladung der „Initiative Tageszeitung“ und der Bundeszentrale für politische Bildung gefolgt, deren Präsident Günter Reichert der Branche zum Auftakt ein kräftiges Lob spendete: „Die Demokratie braucht den informierten und handlungsbereiten Bürger - und die Zeitung kann dazu mehr beitragen als alle anderen Medien.“ ...

„Es reicht nicht, daß die Zeitungen nur die Themen interpretieren, die Nachrichten- und Fernsehmagazine mit Fahndungsjournalisten und Scheckbüchern zuvor ausgegraben haben“, warnte beispielsweise Hartwig Hochstein, der Chefredakteur der Leipziger Volkszeitung (LVZ). Nötig sei ein nachforschender Journalismus wenigstens in der Lokalberichterstattung, nötig sei es auch, bei Tageszeitungen für Sondereinsätze „schnelle journalistische Eingreiftruppen“ zu bilden.

Genau diese Orientierung dürfte auch den Bedürfnissen des Publikums entsprechen, jedenfalls wenn man neueren Umfragen nach Leserwünschen trauen darf. „Ihr seid zu obrigkeitshörig, müßt Politikern energischer auf die Finger schauen, bessere Anwälte von Bürgerinteressen sein“ - so faßte Hans-Peter Schütz, stellvertretender Chefredakteur der Ulmer

„Südwestpresse“, die Ergebnisse einer Leserumfrage zusammen. Für den geforderten stärker nachforschenden Journalismus sei aber auch „Rückgrat“ bei leitenden Redakteuren und Verlegern nötig, sagte LVZ-Chefredakteur Höchstein. „Freunde macht man sich damit nicht“, urteilte Paul-Josef Raue, bislang Chefredakteur der „Oberhessischen Presse“ in Marburg.

Ohnehin hat in den vergangenen Jahren der politische Druck auf die Presse spürbar zugenommen. Wilhelm Sandmann, Präsident des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger, erinnerte am Rande der Tagung an die Verschärfung des Pressegesetzes im Saarland, die inzwischen sogar das Bundesverfassungsgericht beschäftigt. Und immer mehr Redaktionen werden zu Opfern polizeilicher Durchsuchung - von der Münchener „Abendzeitung“ bis zur „tageszeitung“, von „Bild“ bis zu „Focus“. ...

Die deutschen Tageszeitungen stehen aber nicht nur politisch, sondern auch ökonomisch unter Druck: Leicht rückläufige Auflagenzahlen, wachsende Fernsehkonkurrenz, stagnierende Anzeigenerlöse und steigende Papierkosten - so skizzierte Verlagsmanager Glandt den Rahmen, innerhalb dessen sich die Presse für die Zukunft rüsten muß. ...

TZ 17) Kommentar zum Leserbrief-Urteil

Ich hoffe, daß das unter (Q 5.1) erwähnte Urteil in der nächsten Instanz wenigstens dahingehend berichtigt worden ist, daß ein Leserbriefredakteur nicht mehr verantwortlich gemacht wird für das, was ein(e) LeserbriefschreiberIn von sich gibt. Wenn nicht, dann sollten die Gesetze entsprechend geändert werden. Urteile wie das des Richters aus Salzgitter torpedieren nämlich die Informations- und Meinungsfreiheit, weil sie die Neigung der Leserbriefredakteure zur Zensur (Kürzungsfimmel, Willkür bei der Veröffentlichung, keine quantitative und stichwortartige Inhaltsangabe der nichtveröffentlichten Zuschriften) noch verstärken. Auch muß in der politischen Kommunikation Rechtssicherheit herrschen, sonst kann sie nicht frei sein. Die Richterschaft sollte also jährlich eine Liste mit Titulierungen und Redewendungen herausgeben, die sie als Beleidigung im Falle einer Klage einstufen würden.

TZ 18) Die Meinungsfreiheit ist ständig gefährdet

Am 31. 10. 2002 meldete die HAZ, daß der Gründer der Humanistischen Union, der Publizist und Philosoph, der gebürtige Ostpreuße Gerhard Szczesny im Alter von 84 Jahren gestorben ist.

(Q 5.3) Zu Wort meldete sich der 'radikale Humanist' stets, wenn ihm die Meinungsfreiheit bedroht schien. So kritisierte er den Totalitätsanspruch der Kirchen ebenso wie revolutionäre Utopien der neuen Linken, vor allem deren Ruf nach Basisdemokratie.

Die Meinungsfreiheit ist immer wieder auf verschiedene Weise gefährdet. Die des Leserbriefschreibers besonders durch unklare Spielregeln der Redaktionen. Die Meinungsfreiheit ist aber auch dadurch gefährdet, wenn Begriffe und Sachverhalte, für die sie stehen, tabuisiert oder herabsetzend verwendet werden. Unter „Basisdemokratie“ kann man sich z.B. hunderterlei

Regelungen vorstellen. Wenn sich Szczesny dagegen ausgesprochen hat (Ich war Mitglied der Humanistischen Union und kann mich daran nicht erinnern.), meinte er dann den gleichen Sachverhalt wie der dpa-Korrespondent, dessen Bericht die HAZ wiedergibt, oder eine der vielen Varianten, die bei den Grünen gehandelt wurden?

TZ 19) Die Verkrampfung der Kommunikation durch *political correctness*

Die Verhaltens- und Denkbeeinflussung durch Sprachregelungen, durch die Vorgabe und Bewertung korrekter Sprache, ist nicht nur eine Methode totalitärer Staaten, sondern auch jener, die sich republikanisch oder demokratisch nennen und die beanspruchen, ein freiheitlicher Staat zu sein. Mir liegt eine Besprechung des Buches „Nachrichten aus dem Jammertal ...“ von Robert Hughes durch Beatrice Wolter vor. (Das Parlament v. 2. 12. 1994) Dort heißt es unter anderem:

(Q 6) pc nicht gleich PC

Eine eindeutig kritische Haltung vertritt Robert Hughes zum Thema der political correctness. Für ihn stellt die Strömung einen massiven Angriff auf Toleranz und unverkrampftes Kommunizieren unter den verschiedenen Gruppierungen einer Gesellschaft dar. PCler hängen der Utopie von einem „sprachlichen „Lourdes“ an, wonach „ein kurzes Eintauchen in die Wasser der Euphemismen alles Böse und alles Ungemach“ verschwinden läßt. Kein Umbenennen, so Hughes, kann Mißstände beheben, kann aber unschuldige Sprache verwunden, wie beispielsweise die feministische "Rundumschläge gegen alle Wörter, die „man“ als Voroder Nachsilbe haben. Realitätsverlust sowie eine überflüssige Emotionalisierung des öffentlichen Diskurses brächten solche Bestrebungen hervor.

Aufgrund welcher Entwicklungen konnte political correctness in den USA zu solch einer Macht gelangen, daß Professoren und Studenten an den Universitäten stramm stehen angesichts von Sprachkodizes, die von eingeschüchternen Verwaltungen erlassen wurden, und die die Wortwahl auf dem Campus reglementieren, wobei ein Verstoß gegen PC den Verlust der Lehrbefugnis nach sich ziehen kann? Dieser Frage widmet Robert Hughes bei seiner Analyse breiten Raum.. Wie konnte es zu einem geistigen Klima kommen, in dem an der University of California In Santa Cruz eine Kampagne gegen das Wort „Japse“ geführt wird, mit der Begründung, das Wort beinhalte rassistische Verunglimpfung?

Persönliche beziehungsweise Gruppeninteressen werden zum Maßstab jeglichen Handelns gesetzt, das Persönliche als Politisches mißgedeutet. Die Amerikaner verlieren sich im Subjektiven, ist Hughes' besorgte Beobachtung. Ausdruck dessen sei die wahnwitzige Strömung der political correctness. ...

Die Strömung der political correctness werde sich irgendwann wieder verlieren, doch der Preis sei hoch: ein Scherbenhaufen ausrangierter Worthülsen, eine Zerfaserung der Sprache sowie ein Klima der sprachlichen Verunsicherung, das den öffentlichen Dialog erschwere, seien als Ergebnis zu befürchten.

TZ 20) Die Wirkungen der Zeitungen

Vor einiger Zeit las ich, daß es eine Zumutung für unsere Seelen wäre, wenn sie durch die

Nachtruhe erholt, am frühen Morgen durch das Lesen der Zeitung abrupt dem ganzen Elend dieser Welt ausgesetzt würde. Ich denke, daß ist keine schöngeistige Rederei eines Sensiblen, sondern ein Faktum, daß gesundheitspolitisch mehr beachtet werden sollte.

Es kommt hinzu, daß das Lesen von kurzen Texten ganz unterschiedlichen Inhalts, die auf einen Raum, den wir Zeitung nennen, zusammengefaßt wurden, offensichtlich viel mehr Kraft kostet als zusammenhängende lange Texte z.B. in einem Buch. Wenn in unserer Nation der Zwangsbeschulung beklagt wird, daß zu wenig gelesen wird, dann müssen wir mehr darüber forschen, was unsere Lesefähigkeit und –Freude fördert und was sie mindert. Die Verlage und Zeitungsredaktionen sollten doch an diesen Fragen besonders Interesse haben, denn ohne Leser taugt eine Zeitung in schlechten Zeiten nur als Verpackungsmaterial für Heringe und als Notbehelf fürs Örtchen, daß früher gerne mit einem Herz als Licht- und Luftloch versehen wurde. (Neuerdings als Rohmaterial für die Wärmedämmung.)

Auf einen anderen Nachteil der Nutzung von Massenmedien - allgemein - weist Michael Lukas Moeller in „Die Wahrheit beginnt zu zweit“ hin. Er sagt ganz richtig, daß unabhängig von der Qualität der Massenmedien bei ihrer Nutzung die familiäre oder partnerschaftliche Kommunikation ausgeschlossen ist.

Ein weiterer Nachteil des Zeitungslesens - und des Nachrichtenkonsums allgemein - ist, daß beim Empfänger der Nachrichten das ohnehin schon vorhandene Ohnmachtsgefühl gegenüber den Ereignissen in seinem Umfeld, seiner Gesellschaft und der Welt verstärkt wird. Diese Ohnmachtsgefühle lösen sich nach meiner Einsicht aber nicht von alleine wieder auf, sondern werden gespeichert und können - wenn ihnen kein Weg zum Abbau gezeigt wird - zu massenpsychologisch irrationalen Handlungen führen. Es wäre also gut wenn jede Nachricht, besonders wenn sie den Empfänger belastet oder belasten kann, einen Weg der Reaktion aufzeigt, der die psychisch-geistige Belastung in konstruktives Handeln verwandelt. Wege der Entlastung können sein: Der Leserbrief, die neuen Leserforen im Internet, Kommentatoren, die Lesergruppen repräsentieren, und Verweise auf Aktionsgruppen, die die den jeweiligen Nachrichtenkomplex bearbeiten. (Das setzt aber ein zensurfrees Denken in den Redaktionen voraus. Zum Beispiel, daß ein Nachrichtengegenstand in ein und der selben Ausgabe unterschiedlich bis gegensätzlich kommentiert wird.)

Die Wirkungsgeschichte einer Nachricht ist nicht dann beendet, wenn die Redaktion, die betreffende Zeitungsseite für die Druckerei frei schaltet, sondern der wichtigste, aber nicht letzte Akt, die Verarbeitung beim Leser muß dann ja noch erfolgen. Die Aufnahme der Nachricht, die Zustimmung aus eigener Kenntnis, die Ergänzung, der Widerspruch, die Rückmeldung, die Weiterleitung - leise oder laut, unsichtbar oder sichtbar, verstanden oder unverstanden -

müssen ja noch erfolgen. Im November 1997 war es bei mir mal wieder so weit, daß ich das Gefühl hatte, ich müsse mich gegen den einseitigen Nachrichtenstrom auflehnen. Ich habe mich also hingesezt und einen Offenen Brief an die HAZ von 38 Seiten Länge geschrieben. Ich gab ihm den Titel „Zeitungen spiegeln Ereignisse und haben Wirkungen“. Da ich mir sagte: Du hast keine Möglichkeit, den Brief zu veröffentlichen, und als Post landet er sowieso im großen Papierkorb der Redaktion., habe ich nicht einmal die Korrekturen eingeben und es in der Ablage versenkt. Wenn diese hier entstehende Arbeit von der Redaktion der HAZ nicht angenommen wird, kann ich sie einfach auf einer anderen Internetseite unterbringen. Wenn ich dann noch darüber schreiben kann: Veröffentlichung von der HAZ-Redaktion abgelehnt!, dann erhöht es die Chance, daß der Text von Internet-surfern gelesen wird. Der vorläufig letzte Akt ist die Aufnahme der Nachricht in das Archiv. Das Archiv ist nicht wichtig als Nachweis, wie fleißig die Journalisten, Reporter und die Redaktion waren, sondern: a) um neue Nachrichten mit alten konfrontieren zu können - um so der tatsächlichen Wahrheit ein Stück näher zu kommen - und b) die Selektions- und Bewertungsweise der Redaktionen überprüfbar zu machen. Wobei die Überprüfung nicht im Sinne einer Gesinnungsschnüffelei verstanden werden soll, sondern als Möglichkeit zu kontrollieren, ob nicht unversehens oder schleichend der Informationsauftrag zu einem täglichen Stück Desinformation degeneriert.)

TZ 21) Haben die Zeitungen eine Zukunft?

Daß eine Zeitung wie die HAZ oder Neue Presse zur Zeit noch nützlich sind, zeigt ja dieser Text. Wenn ich auf das gesprochene Wort im Rundfunk und Fernsehen zurückgreifen wollte, hätte das einen Arbeitsumfang bei der Informationsaufnahme zur Folge, der nicht nebenbei geleistet werden könnte. Nebenan habe ich meine Werkbank mit thematisch sortierten Zeitungsausschnitten belegt, die - interpretierend und kommentierend verarbeitet - ein ganzes Buch ergeben würden. Das gedruckte Wort kann auch noch nach Jahren wortwörtlich verwendet werden, die Erinnerung an das gesprochene Wort ist meistens am nächsten Tag schon ungenau.

Ich nehme nicht an, daß ein Verleger, eine Redaktion erwartet, daß irgend ein Leser die Zeitung von vorne bis hinten liest. Ich vermute vielmehr, daß die Redaktionen auf eine Zufallsselektion der Leser setzen und diesen Zufall durch die Anordnung der Meldungen und Meinungen etwas im Sinne der Zeitung nachhelfen wollen. Ich denke, daß der Zeitungsleser der Zukunft viel mehr als heute schon ein selektiver Leser sein wird, der nicht durch Ablenkungen bei der Suche nach Informationen, die ihn interessieren, Zeit verlieren will. Das heißt, die Zeitungen werden noch mehr eine klare Struktur erhalten müssen, die es erleichtert,

daß der Leser seinen „Stoff“ zielsicher findet. Auch werden die Wirtschaftsteile der Zeitungen nicht mehr ein so merkwürdig-reduziertes Bild von der Wirtschaft widerspiegeln, sondern ein differenziert-ausführliches mit Daten und Vorgängen in der Theorie, der Politik und Praxis und schön sortiert nach Sparten - einschließlich der Arbeitnehmerökonomie -.

Die Zeitung der Zukunft wird auch nicht Themen aussparen können, die sie selber betreffen. Ich denke an die Ursachen und Wirkungen der Verlagskonzentration. Die internen Arbeits- und Kooperationsstile. Den Zeitungleser der Zukunft wird man nur dann an das „eigene“ Blatt binden können, wenn die Maschinerie der Zeitungsmacher für ihn transparent wird. Es wird nicht genügen, wenn alle 10 Jahre die Redakteure mit Abbildung vorgestellt werden, die Konflikte, die um Themen und ihre Darstellung entstehen, die Wirkungen von flachen und steilen Hierarchien müssen dem Leser vermittelt werden.

Ich glaube auch, daß es besser als die von Hartwig Hochstein (siehe Q __) geforderten „schnellen journalistischen Eingreiftruppen“ wäre, wenn die Redaktionen ohne Zeitdruck arbeitende vertiefende und forschende „Truppen“ hätten. Da die einzelnen Verlage vermutlich finanziell damit überlastet wären, könnten diese Gruppen jeweils von mehreren Verlagen gebildet werden, die nicht unmittelbar miteinander konkurrieren, oder es würden solche Vertiefungsgruppen aus je einem Ressortvertreter der Zeitung, je einem Vertreter der inhaltlich betroffenen Fakultäten der Hochschulen und freien Geistern aus der Leserschaft gebildet.

TZ 22) Die Unzulänglichkeiten der Medien bestehen schon lange

TZ 22.1) Mitte der fünfziger Jahre war ein Volontär der *Bremer Nachrichten* mein Zimmergenosse im Seemannsheim der Seemannsmission in Bremen. Er wurde zur Berichterstattung über einen Stapellauf geschickt. Die Herren von der Werft nahmen den jungen Mann nicht für voll und ließen in links liegen. Er schrieb dann das, was er beim Reeder gehört hatte. Und das war nicht schmeichelhaft. Die Werft beschwerte sich bei der Redaktion. Die Redaktion konterte mit dem Hinweis, man solle ihre Mitarbeiter besser behandeln. Ich denke, daß das jeweilige Verhältnis zwischen den Informanten und den Journalisten die Meldungen und Meinungen - besonders stark in der Politik - mit prägt.

TZ 22.2) Im Winter 1958 / 59 haben wir als Teilnehmer des Winterkurses in der Bäuerlichen Volkshochschule in Rastede heftig mit einem Redakteur der *Nordwest-Zeitung* über die Frage gestritten, ob man aufgrund des Anzeigengeschäftes (und den damit verbundenen Abhängigkeiten) den Nachrichten- und Meinungsteil einer Zeitung überhaupt trauen dürfe. Ich denke, diese Frage ist bis heute offen.

TZ 22.3) 1966 haben wir Studenten des 17. Lehrganges der Akademie für Wirtschaft und Poli-

tik das Fernsehstudio des NDR besichtigt. Diejenigen, die besonders interessiert waren, wurden zu einer Redaktionssitzung der Tagesschau an einem anderen Tag eingeladen. Ich war dabei. Über die verschiedenen Fernschreiben trafen laufend Nachrichten ein. Die Redakteure verhandelten die Auswahl und die Reihenfolge der Nachrichten für die Tagesschau. Ich kann mich erinnern, daß ich mich damals wunderte über die Abweichungen bei wörtlichen Zitaten in gleichlautenden Nachrichten der verschiedenen Pressedienste. Was mir aber besonders zu denken gab, war die mehrfache Antwort auf meine Frage, warum sie diese Nachricht nicht, jene aber wohl, diese vorne und die andere ganz kurz am Ende bringen würden. Ich sollte mir doch die anderen Sender und die Zeitungen ansehen, sie würden in der Bewertung der Nachrichten mit den Kollegen der anderen Medien übereinstimmen. Die Frage war also nicht: „Welche Nachrichten braucht der Bürger als Hilfe für sein privates, berufliches und politisches Handeln?“ Sondern: „Welche Meldungen bringen wir, damit wir innerhalb der Berufsgemeinschaft gut dastehen und, nicht als die Blamierten, als die daneben liegenden usw. Es wirkt sich hier ein sozialpsychologischer oder gruppenspezifischer erzeugter Konformismus aus, der die Nachrichtenauswahl uniformiert und die Berichterstattung über das Geschehen in der Welt verfälscht.

TZ 22.4) Auf der Tagung „Die Zukunft der Ökonomie“ im Mai 1984 in der Evangelischen Akademie in Loccum sprach Prof. Johan Galtung von dem „Ökonomismus als Okzidentalismus“. Ich zitiere nicht aus dem Gedächtnis, sondern aus dem Loccumer Protokoll 15/84:

(Q 7) *Den homo occidentalis zu charakterisieren heißt die westliche Zivilisation zu charakterisieren. Ich baue dabei auf einer Forschungsstradition auf, die ich als „soziale Kosmologie“ bezeichne, und insbesondere auf sechs fundamentalen Annahmen, die m.E. für den homo occidentalis charakteristisch sind.*

RAUM: Der Westen, insbesondere Westeuropa und Nordamerika, bilden das Zentrum der Welt, während der Rest zur Peripherie zählt. Das Zentrum stellt die wichtigste gestaltende Kraft dar.

ZEIT: Der gesellschaftliche Prozeß ist gerichtet, er schreitet voran - vom Niedrigen zum Hohen usw, er muß aber auch Krisen bewältigen und endet möglicherweise gut, mit einem positiven Endzustand.

WISSEN: Die Welt kann mittels einer sehr kleinen Zahl von Dimensionen verstanden werden, letztlich kann die Welt eindimensional gesehen werden; atomistische und deduktivistische Denkweisen.

MENSCH-

NATUR; Der Mensch ist der Natur übergeordnet.

MENSCH-

MENSCH: Der Mensch herrscht über Menschen, sowohl in bezug auf Individuen als auch in bezug auf Klassen oder Nationen; einige sind gleicher als andere.

MENSCH-

GOTT : Gott oder irgendeine Ideologie/ein Prinzip sind dem Menschen, übergeordnet.

Dies sind die sechs grundlegenden Randbedingungen, die Beschränkungen, denen die Wahrnehmung unterliegt. Es ließe sich viel über sie sagen, hier genügt jedoch die Bemerkung, daß wir, falls wir sie alle negieren würden, eine Kosmologie erhielten, die in den rechten Teil des Unterbewußtseins unseres Gehirns passen würde. Sie wird charakterisiert durch das völlige Fehlen einer Dichotomie zwischen Zentrum und Peripherie, mit anderen Worten durch eine flachere, nicht so stark abgestufte globale Landschaft; auch durch eine mehr schwankende oder gleichmäßige Zeitdimension, die nicht so steil nach oben gerichtet ist; durch die Tendenz, die Dinge als Elemente von Gruppen zu sehen, die alle die gleiche Bedeutung haben und die nicht in deduktiven, steilen Pyramiden angeordnet sind; durch Partnerschaft zwischen Mensch und Natur; und durch Partnerschaft zwischen Gott und den Menschen, wodurch jedes starke Gefälle zwischen Gott und Natur, mit verschiedenen Zwischenstufen von Männern und Frauen, wie es auf den ersten Seiten der Bibel in der Schöpfungsgeschichte beschrieben ist, vermieden wird. Der Theravada-Buddhismus kann dafür als Beispiel dienen.

TZ 22.4. Forts.) Galtungs Adressaten waren die Ökonomen, er hätte genauso gut die Journalisten wählen können. Wenn man den Nachrichten und Nachrichtensendungen glauben würde, bestünde die Welt außer der BRD nur noch aus den USA, Israel und allenfalls noch Frankreich. Ach ja, Afghanistan und der Irak kommen auch noch vor. Was brauchen wir auch schon über unsere Nachbarn wie die Niederländer, die Dänen und die Polen zu wissen.

TZ 22.5) Vor ein paar Jahren hatte ich ein Gespräch mit einem Mitarbeiter von dpa. Er bestätigte meinen Eindruck als richtig, daß es im Nachrichtengeschäft wichtiger ist, wer was sagt als was einer sagt. Die Folge ist, daß dem Bürger die gedanklichen Blähungen von „bedeutenden“ Leuten so oft vor gesetzt werden, bis dieser das Radio ausschaltet oder die Zeitung in den Müll wirft, weil ihm sonst schlecht wird, und er erfährt nichts von den Gedanken, von den Taten jener Menschen - die kein Markenartikel sind - die ihn aufrichten könnten oder ihm helfen könnten, ein persönliches Problem zu lösen, eine Aufgabe zu meistern. Wenn die bisherige Selektion der Nachrichten und Meinungen schon nicht zu vermeiden ist, dann sollte wenigstens eine zweite Nachrichtenliga aufgebaut werden, in der andere Menschen (Leser / Hörer) jeweils für einen zu definierenden Zeitraum die Nachrichtenselektion vornehmen.

22.6) Die älteren Leser, Journalisten und Redakteure werden es noch wissen, die Zeit der 68er war auch eine Zeit, in der ernsthaft diskutiert wurde, ob die Zeitungen aufgrund ihrer Bedeu-

tung verstaatlicht werden sollten. Ich habe damals (am 1. März 1969) einem Offenen Brief an die Nordsee-Zeitung, an den Herausgeber Kurt Ditzen und den Chefredakteur Rudolf Dahmen geschrieben, aus dem ich nachfolgend zitiere:

TZ 23) Aus meinem Offenen Brief an die Nordsee-Zeitung vom 1. März 1969

DISKUSSIONSBEITRAG ZUR HERSTELLUNG DER INFORMATIONS-
UND MEINUNGSFREIHEIT DER BUNDESBÜRGER

gerichtet an den Herausgeber Kurt Ditzen und den Chefredakteur Rudolf Dahmen

TZ 23.1) ...der Hunger in dieser Welt, der Tod des Menschen durch den Menschen, der Stausee von nicht durchgeführten Reformen, das Siechtum der Demokratie, die Unterentwicklung von Wirtschaftsregionen sind meiner Einsicht nach mit verursacht worden durch eine mangelnde Kommunikation.

TZ 23.2) Aus diesem Tatbestand ist zu schließen, daß die Massenmedien, wozu die Zeitungen in ihren verschiedenen Formen zählen, nicht funktionsgerecht beschaffen sind. Die Demonstrationen gegen die 'Springer'-Presse und die Diskussion um die Pressefreiheit bestätigen den Sachverhalt. ...

TZ 23.3) Kritiker unserer Massenmedien sprechen gerne von den Monopolen in der Meinungsbildung, obwohl es eine sprachliche Ungenauigkeit ist, da wir es mit Oligopolen zu tun haben. Monopole kommen aber regional oder funktional vor. Zum Beispiel hat die Nordsee-Zeitung als Tageszeitung ein regionales Monopol.

TZ 23.4) Wenn die Gefährdung der Pressefreiheit durch das Eigentum und starke Gruppen immer wieder betont wird, so wird meines Erachtens nach der Einfluß der Redaktionsgemeinschaften, Materndiensten und vor allem von dem sozialpsychologisch verursachten Konformismus quer durch die Redaktionen von Presse, Funk und Fernsehen unterschätzt oder übersehen. Aber gerade den Konformismus der Redaktionen überwindet man nicht durch die Umwandlung der Eigentumsform.

TZ 23.5) In totalitären Staaten muß der Nachrichtenstrom als Mittel der Lenkung zwangsläufig in eine Richtung laufen. In einer demokratischen Gesellschaft hat die Presse aber kein Lenkungsinstrument zu sein, sondern eine Entscheidungshilfe, und zwar in dem Sinne, daß durch die Vermittlung von Nachrichten und Urteilen eine Meinungsbildung möglich wird.

Dieser funktionelle Unterschied der Presse bedingt, daß der Nachrichtenstrom durch die Empfänger (Leser) im kybernetischen Sinn rückgekoppelt wird (erst dadurch entstehen Interaktionen, ohne die eine Kommunikation unmöglich ist). ...

TZ 23.6) *Wenn die gegebenen Mißstände von der Eigentumsform unabhängig sind, dann kann eine Änderung nur durch die Öffnung der Zeitungsspalten für den Leser bewerkstelligt werden.*

...

TZ 24) Gab es eine Antwort?

Auf mehreren Seiten gehe ich dann auf den Leserbrief als Instrument als Rückkoppelung, zum Nutzen der Zeitung, der Leserschaft und der Gesellschaft ein. Nun habe ich überlegt, ob ich damals überhaupt eine Antwort erhalten habe. Ich fand sie dann in einem zweiten offenen Brief vom 16. April 1969 an den Chefredakteur Rudolf Dahmen:

TZ 25) Die Antwort

Meinen 'Diskussionsbeitrag zur Herstellung der Informations- und Meinungsfreiheit' quittierten sie mit dem einzigen nachfolgenden Satz: 'Ihren ausführlichen Brief zum Thema < Behandlung von Leserbriefen > habe ich zu den Akten genommen.' Ihr Satz ist eindeutig: Sie haben offenbart, wie es um Ihr Demokratiebewußtsein bestellt ist.

TZ 26) Die abnehmende Bedeutung der Redaktionswillkür

Die Haltung von Rudolf Dahmen, dürfte damals die allgemeine der Chefredakteure gewesen sein. Wenn sie sich inzwischen gewandelt hat, dann bestimmt nicht aufgrund der Einsicht in eine bessere politische Kommunikation, sondern unter dem Druck des Internets, daß den Bürgern ein Stück Unabhängigkeit von Redaktionswillkür und –Blindheit verschafft hat. Der Leserbrief als Bindemittel zwischen Leserschaft und der jeweiligen Zeitung wurde - wenn man die gestiegene Anzahl der Leserbriefe zu grunde legt - wurde inzwischen erkannt. Die Auswahl ist aber immer noch ein Willkür instrument der Redaktionen. Der Ausbau der Kommunikationsform Zeitung - Leserforum im Internet dürfte aber ausbaufähig sein. Der ökonomische Druck auf die Zeitungsverlage, wird diesen Beine machen, um neue Umgangsformen der Kommunikation mit ihren Lesern zu entwickeln. Es ist nicht nur für die Gesellschaft von Schaden, wenn das Wissen, das in der Leserschaft vorhanden ist und das in der Summe um ein vielfaches höher ist als jenes der Redaktionen, nicht genutzt wird, sondern auch für die Verleger und die Redaktionen ein Verlust..

TZ 27) Von der Schuld der Medien

Mit anderen Worten: Wenn wir heute eine Krise der Gesellschaft haben, dann liegt das wesentlich mit daran, daß die Massenmedien vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis heute nur in unzureichendem Maße die notwendigen Informationen und Meinungen zur Fortentwicklung der Gesellschaft vermittelt haben. In die destruktive Rolle des *Völkischen Beobachters* oder gar des *Stürmers* kann man auch dann kommen, wenn man sich nach dem eigenen Selbstverständnis noch als ein Organ der Aufklärung versteht. Es hat meiner Meinung nach in der Haltung der Meinungsmacher keinen wesentlichen Fortschritt gegenüber der Zeit der Weimarer Republik gegeben, deren Untergang auch zu einem erheblichen Teil dem Pressewesen zu verdanken ist, weil vorhandene Alternativen nicht aufgezeigt wurden. Ein Beispiel von intelligenter Dummheit bringt Gerhard Ziemer in seinem Buch „Inflation und Deflation zerstören die Demokratie“. Das Buch werde ich weiter unten noch kommentierend zitieren. Nun die Pressestimme aus der Vorhitlerzeit mit dem Kommentar von Ziemer:

(Q 8) Das Zitat als Beleg

...Der wohl angesehenste deutsche Wirtschaftspublizist, Dr. Gustav Stolper, Herausgeber der viel gelesenen und führenden Wirtschaftszeitschrift »Der Volkswirt«, äußerte sich zu den Ursachen der Krise und zu den Problemen der Währung rätselhaft. Er schrieb in der Weihnachtsnummer 1931 seiner Zeitschrift folgendes- »Über die Ursache für die große Krise: Kriegsverwüstung und Kriegsbedarf, Blockade und Inflation, Untergang und Entstehung neuer Staaten mit neuem Machtapparat, technische Revolution in Industrie und Landwirtschaft soziale und moralische Revolution: neue Lebensformen, neue Sexualmoral, neue Ernährungssitten, neue Frauentracht, neues Verhältnis zur Natur, Erwachen des allgemeinen Sportbetriebs - niemals haben sich in der Wirtschaftsgeschichte Störungsquellen annähernd gleichen Ausmaßes in solchem Umfang gehäuft wie in den mehr als anderthalb Jahrzehnten ... seit Kriegsausbruch .. .«

(Q 8.1) Kommentar des Zitierers Ziemer

Hier darf man zur Entlastung von Brüning und Luther sagen: Was sollten sie wohl, wenn sie den »Deutschen Volkswirt« zur Hand nahmen, für Schlüsse aus diesem Sammelsurium von Gründen ziehen, von denen auch nicht ein einziger etwas mit der Entstehung und dem Weiterlauf der Krise zu tun hatte? Sie waren auch schon in den guten Vorkrisenjahren vorhanden gewesen. Vom deflationistisch gestörten Geldumlauf, dem wirklichen Grund der Krise, sagt

Stolper kein Wort. Stolper war es auch gewesen, der in einer Reichstagsdebatte vom 20. Februar 1931, als Reichstagsabgeordneter der Deutschen Staatspartei, geäußert hatte, er halte es für möglich, daß durch den Rückruf der Auslandskredite wegen Wegfalls der vorgeschriebenen Deckung eine Halbierung des deutschen Notenumlaufs eintrete und daß auch der Reichsbankdiskont erheblich heraufgesetzt würde. Das sei aber nicht bedenklich, weil hierdurch der Goldstrom wenigstens zum Teil wieder nach Deutschland zurückgedreht würde. Die Folge wäre eine stürmische Erhöhung der Ausfuhr und ein rapides Sinken der Einfuhr, so daß der nach Deutschland fließende Devisenstrom die Rückzahlung der gekündigten Kredite, die Zahlung der Reparationen und Zinsen gestatten würde.

Daß bei diesem Prozeß der Halbierung des Notenumlaufs, daß heißt der Kündigung der Mehrzahl der innerdeutschen Kredite, zunächst erst einmal die ganze deutsche Wirtschaft zerbrechen würde, hat Dr. Stolper im Reichstag nicht vorgetragen. ... (S. 142 f.)

TZ 28) Vermutlich hat sich nichts geändert

Ich habe kein passendes Beispiel parat. Ich denke aber, daß so ein Unsinn wie vom *Volkswirt* 1931 auch heute noch massenhaft von der Presse produziert wird. Der Unsinn ist heute nur anders - in einem bedeutsam klingenden Vokabular - verpackt, aber nicht weniger gefährlich.

TZ 29) Die BRD ist eine DDR light

Der Aussage des Historikers Baring, daß Deutschland auf dem Weg zu einer DDR light ist, kann ernsthaft nicht widersprochen werden, allenfalls ist sie dahingehend zu berichtigen, daß die BRD nicht auf dem Weg dorthin ist, sondern schon zu Kohls Zeiten dort angelangt ist. Die Bezeichnung westliche SED für die herrschenden Parteien habe ich schon vor Jahren gelesen und gebraucht, nicht als Herabsetzung, sondern als Sachstandbeschreibung.

TZ 30) Das Gute muß scheitern, wenn die Ziele und Institutionen nicht stimmen

Aber um nicht unnötige Widerstände gegen notwendige Änderungen aufzubauen, muß festgehalten werden, daß Menschen, die Mitglied einer Partei geworden sind und dort mitgewirkt haben oder weiterhin mitwirken, neben unvermeidbaren Eigeninteressen in der Hauptsache sich für ein Gemeinwohl engagiert haben bzw. sich engagieren. Die Ergebnisse dieser Bemühungen können aber in der Regel nicht besser sein als die Qualität der Ideen, die das Handeln leiten. Außerdem: Jede Gesellschaft braucht Institutionen als Strukturelement. Was immer wieder vergessen wird, ist folgendes: Institutionen im rechtlichen und im soziologischen Sinn haben ihre endliche Lebenszeit - sogar die Religionsgemeinschaften. Man kann sicherlich beschreiben,

was der Zeugungsakt, die Schwangerschaft und ihre Geburt war. Worauf es mir hier ankommt, ist, daß Institutionen eine Entwicklung durchlaufen: Entfaltung, optimales Wirken, Erschlaffen und Verfall. Unser Problem heute ist, daß die Parteien ihr Verfallsdatum schon lange überschritten haben und wir noch keine neuen Institutionen entwickelt haben, die ihre Aufgaben in neuer und besserer Weise übernehmen könnten.

TZ 31) Baring ist keine Einzelstimme

Heute hat mir ein Nachbar die Seite 34 der WELT am SONNTAG vom 17. 11. 2002 in den Briefkasten gesteckt. Sie enthält ein Interview mit *Carl Christian von Weizsäcker über die deutsche Misere, das wirtschaftspolitische Chaos von Rot-Grün und die trübe Zukunft dieses Landes*. Nun, solche Stimmen findet man viele. Die Frage ist, warum das gesprochene und geschriebene Wort so wenig Wirkung hat.

(Q 9) Auszüge aus dem Interview mit Carl Christian von Weizsäcker

WELT am SONNTAG: Herr von Weizsäcker, ... Können Sie noch ein Konzept erkennen?

Carl Christian von Weizsäcker: Das, was die Schröder-Regierung derzeit tut, ist eine Ansammlung von Notmaßnahmen. Die werden jetzt ergriffen, weil die wahren Probleme nicht angefasst werden. Die Koalition versucht, den gegenwärtigen Status, der sich durch die schlechte Finanzlage allmählich als unhaltbar erweist, noch durch einige Flickmaßnahmen aufrechtzuerhalten. Aber das ist natürlich keine langfristige Perspektive und damit auch kein Konzept.

WamS: Flickschusterei ist nicht gerade das, was man von einer frisch ins Amt gewählten Regierung erwartet. Wo ist der Dritte Weg, wo die Neue Mitte? Sind die Herren der Regierung nicht nur konzeptlos, sondern auch ahnungslos bei dem, was sie derzeit anrichten?

Von Weizsäcker: Das, was wir erleben, entspricht sozialdemokratischen Vorstellungen, nämlich ein hoher Staatsanteil, insbesondere im Sinne dessen, was man das Soziale nennt. Wir leben in diesem Land mittlerweile mit einer Staatstätigkeit, die nicht mehr finanzierbar ist. Der Staat redet überall rein. Diese Programmatik hat sich in Deutschland durchgesetzt. Und jede Änderung daran wäre aus dieser sozialdemokratischen Perspektive nur ein Rückschritt.

WamS: Das ist doch die Rhetorik der Linken. Schröder galt einst als Genosse der Bosse...

Von Weizsäcker: Man muss sich eines ganz klar machen: Die SPD und die Gewerkschaften finden das gut und richtig, wie wir leben. ...

WamS: Noch mal. Sie sprechen von der SPD. Was ist mit dem „modernen Kanzler Schröder“?

Von Weizsäcker: Gerhard Schröder hat sich davon verabschiedet. Natürlich weiß er, dass es so nicht weitergehen kann. Aber er will sich die Hände nicht schmutzig machen mit

schmerzhaften Maßnahmen. ...

WamS: Sie beobachten diese Republik schon seit langem. Haben Sie jemals eine Phase erlebt, in der weder Regierung noch Opposition eine Idee hatten, wie es weitergehen soll?

Von Weizsäcker: Nein. Die Parteien wollen Wahlen gewinnen. Da ständig Wahlkampf ist, vermeiden die Parteien den Streit mit den Interessenverbänden. Das gilt auch für die Union. Sie ist jetzt wohl der Meinung, dass es besser ist, möglichst wenig davon zu reden, was da an unpopulären Maßnahmen auf uns zukommt, weil sie im Februar in Hessen und Niedersachsen die Wahlen gewinnen will.

WamS: Wollen die Deutschen unfähige Politiker?

Von Weizsäcker sicher nicht. Ich denke, es gibt eine ganze Menge von Leuten im Land, die wissen, dass es so nicht weitergehen kann, und die auch bereit wären, massive Einschränkungen auf sich zu nehmen. ...

WamS; Die Lobbyisten drücken nur ihre Partikularinteressen durch. Die Parteien saugen diese nur gierig auf - wo driftet Deutschland in diesem Vakuum hin?

Von Weizsäcker: Politik ist wichtig, aber Sie ist nicht das Wichtigste im Leben. Es werden Selbstkorrekturmechanismen in Gang kommen, nicht so sehr durch die Politik, sondern indem man einfach Vorschriften ignoriert. Die Schwarzarbeit wird sich ausdehnen, und man wird einfach trotz entgegenlaufender Bestimmungen der Gewerbeaufsicht Betriebe aufrecht erhalten. ...

WamS: Wo wird Deutschland 2006 nach noch mal vier Jahren Schröder stehen?

Von Weizsäcker: Es wird uns schlechter gehen als jetzt. Das ist sicher. ...

WamS: Wir sind doch schon ganz schön weit unten auf der Spirale.

Von Weizsäcker: Die Lage war seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs noch nie so kritisch wie jetzt, aber ich bin trotzdem optimistisch.

WamS: Na...?

Von Weizsäcker: ... Die Chinesen und Inder kommen dann hierher und besichtigen den Kölner Dom oder den Reichstag in Berlin, und wir sind dann Reiseführer, wenn wir schon keine Maschinen mehr verkaufen können, weil unser Bildungssystem nicht funktioniert und ehrgeizige deutsche Ingenieure wettbewerbsfähige Innovationen im Ausland hervorbringen. Deutschland wird durch die Globalisierung gehalten werden. Die Weltwirtschaft wird sehr gut laufen. In deren Schatten leben wir dann ohne Ehrgeiz, bedeutungslos, gastfreundlich; aber nicht unglücklich.

Das Gespräch führte Sonja Banze

TZ 33) von Weizsäckers Argumentation ist resignierend und sarkastisch

Wenn Ludwig Erhard den Leuten 1948 gesagt hätte: „Wenn ich mein Wirtschaftsmodell durchsetze, dann müßt ihr verzichten, denn es wird euch unvermeidlich schlechter gehen!“

Dann hätte man ihn schon zum Teufel gejagt, bevor er überhaupt den Ministersessel erreicht

hätte. Offenbar kann sich von Weizsäcker nicht vorstellen, daß es eine Gesellschaftsordnung geben kann, in der sich die Menschen wohler fühlen - psychisch und physisch reicher sind als jetzt. Ich mag ihn mißverstehen. Aber ich höre aus seinen Worten, daß es nur darum gehen kann, einen Mangel mit mehr Freiheit zu verwalten.

TZ 34) Der Sozialdemokratismus

Der Sozialdemokratismus ist nicht nur die spezifische Leitidee bei den Sozialdemokraten, sondern in Variationen das Gemeingut unserer in den Parlamenten vertretenen Parteien (Ich mache diese Einschränkung, weil ich die Programme der weiteren 90 oder 100 Parteien, die zu einem Schattendasein verdammt sind, nicht untersucht habe.) Im Grunde sind damit - wenn man etwas tiefer nachfragt - weder die Parteimitglieder noch die Wähler glücklich. Aber weil keine besseren Alternativen gesehen werden, hält man sich an das Schlechte aus Angst, dem noch Schlechteren ausgesetzt zu werden. Aber es stimmt, daß die Sozialdemokraten etwas mehr auf den „Vater Staat“ setzen als die Konkurrenten. Das hängt bestimmt mit ihrer marxistischen Entstehungsgeschichte zusammen und auch damit, daß die ersten Generationen ihrer Mitglieder sich aus Menschen rekrutierten, die sich in einer höheren Abhängigkeit von „Herren“ befanden als jene Mitglieder von Parteien, die ideenmäßig anders begründet waren. Das persönliche Abhängigkeitsverhältnis wurde auf einen unpersönlichen Herrscher übertragen. Man kann den Sozialdemokratismus auch als ein Gutsherrenmodell bezeichnen. Einige Knechte haben sich zum Gutsherren aufgeschwungen und sagen nun den übrigen Knechten, was sie zu leisten haben und was ihnen zusteht. Und die Knechte murren selten, weil es doch Leute aus den eigenen Reihen sind, die jetzt bestimmen. Diese Entwicklung war aber nicht zwangsläufig so. Hätte sich der anarchistische, dezentrale, föderative Gedanke gegenüber dem marxistisch-zentralistischen mehr durchgesetzt, wäre die Geschichte anders verlaufen. Daß es hier enorme emotionale Schwierigkeiten gibt bei der Formulierung freierer Strukturen, ist doch verständlich. Sozialdemokraten sind wie die Christ- und Freidemokraten Konservative - Ihre Prägung ist jeweils nur anders.

TZ 35) Der Dritte Weg

Einen Dritten Weg im Sinne der Euckenschen Ordnungsformen gibt es gar nicht. Der dezentralen Ordnung (Marktwirtschaft oder Verkehrswirtschaft) steht die Zentralverwaltungswirtschaft (Kommandowirtschaft) gegenüber. Dazwischen liegen Mischformen. Wilhelm Röpke hat ziemlich früh den Begriff „Dritter Weg“ benutzt, aber nicht als erster. Im Grunde meint der Begriff nicht etwas Drittes gegenüber Marktwirtschaft und Zentralverwaltungswirtschaft, sondern et

was Drittes gegenüber dem Privatkapitalismus und dem Staatskapitalismus. Und diese Kapitalismen mit ihren jeweils unterschiedlichen Ausbeutungscharakter können als Überlagerungen der Grundtypen der Wirtschaftsordnungen verstanden werden. Wenn es jetzt in der Sozialdemokratie eine Diskussion gegeben hat über einen Dritten Weg, dann ist das ein gutes Zeichen, auch wenn sich der Sucherfolg nicht gleich eingestellt hat. Die Suche signalisiert nämlich Offenheit für neue Leitideen. Und das ist die Voraussetzung für unsere Gesellschaft allgemein, wenn sie zu neuen Ufern kommen will.

Ich selber habe für den Programmkongreß der GRÜNEN, der im März 1980 in Saarbrücken stattfand, einen programmatischen Beitrag vorgelegt. Er trägt den Titel „Der Dritte Weg - Die natürliche Wirtschaftsordnung“. Aus linker Ecke wurde ich dafür als Sozialdarwinist beschimpft. Er nimmt vieles vorweg, was liberale Ökonomen und Sozialpolitiker später formuliert und gefordert haben. Dieser Dritte Weg geht aber darüber hinaus, weil die Freiheit nicht ohne das eigentliche Ziel der Sozialisten - nämlich die Überwindung der Ausbeutung - erreicht werden kann. Die Freiheit wird mehr dadurch gefährdet, daß ihre Existenzbedingungen nicht gesehen oder verschwiegen werden, als durch extremistische politische Gruppierungen. Die Marktwirtschaft leidet nicht nur unter institutionellen Mängeln, nicht nur unter dem Bürokratismus, sondern auch und besonders unter dem Kapitalismus. (Die Gleichsetzung von Marktwirtschaft und Kapitalismus ist eine Maßnahme zum Schutz des Kapitalismus.)

TZ 36) Ein unheilvoller Zyklus

Gesellschaftliche Gefahren kommen zu sehen, eine adäquate Gefahrenabwehr zu entwickeln und sich dann danach zu richten, sind drei verschiedene Fähigkeiten, die meistens nicht zusammen in einer handlungsfähigen Vielzahl von Personen vereinigt sind und die daher auch nicht als verpflichtenden Auftrag gesehen werden können. Die Folge: Erst wenn der Damm, der das Stauwasser hält, schon große Risse hat, werden Aktionsprogramme entwickelt - meist zu spät. Nach dem Dammbruch mit Tod und Vernichtung, wenn im Chaos der Lebenswille der Überlebenden wieder stärker ist als die Erschöpfung, beginnt man wieder bei Null, ohne die Zeit zu haben, beim Neuaufbau die alten Fehler zu vermeiden.

(Q 10) Die CDU/CSU in dieser Situation

In der HAZ vom 25. 11. 02 vermelden:

(Q10.1) Mirko Weber unter der Schlagzeile ***Stoiber: Einmaliger Wahlbetrug***

München. Die CSU langt wieder einmal kräftig hin. Auf ihrem Parteitag in München ist das

deutlich geworden. Schon zum Beginn des Treffens war Generalsekretär Thomas Goppel nicht müde geworden, die bereits überstrapazierten Vergleiche zwischen Deutschland heute und dem Ende der Weimarer Republik fahrlässig zu ergänzen. Rezession bleibe Rezession, hatte Goppel da gesagt, und hohe Arbeitslosigkeit bleibe hohe Arbeitslosigkeit, 1932 wie 70 Jahre später. ...

Der CSU-Vorsitzende und ehemalige Kanzlerkandidat der Union behauptete, die rot-grüne Regierung habe sich „an die Macht gelogen“ und habe mittels eines in der „Geschichte der Bundesrepublik einzigartigen Wahlbetrugs“ gewonnen. Er verband damit auch die Forderung nach personellen Konsequenzen. Lügen dieses Ausmaßes, rief er aus, bedingten den Rücktritt des Bundeskanzlers. Die Union halte deswegen an der Einsetzung eines Untersuchungsausschusses des Bundestages fest. ...

(Q10.2) Heinrich Halbig unter der Schlagzeile „**Die sind völlig verrückt geworden in Berlin**“ Fulda. ... *Wie immer die Wahlen in gut zwei Monaten ausgehen werden, eines ist für den hessischen Ministerpräsidenten und CDU-Landesvorsitzenden gewiss: „Wir müssen die Bundesregierung zwingen, ihre Politik zu ändern, bevor sie unser Land ruiniert.“ Denn sie habe die Hoffnungslosigkeit zum Prinzip gemacht. „Die sind völlig verrückt geworden in Berlin.“ ...*

(Q10.3) Klaus Wallbaum unter Schlagzeile „**Wir können es besser**“ ruft Wulff ins Mikrofon Oldenburg. *„Wir können es besser“, ruft er ins Mikrofon, „und wir machen es besser“. Dann noch einmal, leicht abgewandelt: „Weil wir es besser machen, wird es auch besser werden.“ Die rund 500 Delegierten und Gäste des CDU-Landesparteitags stimmt das zufrieden. Kräftig klatschen sie Beifall, erheben sich nach Ende der Wulff-Rede von den Stühlen. ...*

TZ 37) Der Vorwurf des Wahlbetruges

Wenn ein Untersuchungsausschuß zur Aufklärung des „Wahlbetruges“ eingesetzt wird, sollte der Auftrag dahingehend geändert werden, daß a) nach einer Wahl gesucht wird, in der nicht gelogen und getäuscht wurde und b) nach einer Partei, die im Wahlkampf noch nicht getäuscht und gelogen hat. Der Ausschuß könnte gleich die Aussage von Wulff „Wir können es besser“ mit einbeziehen. Denn da sich in dieser Republik nichts geändert hat und Wulff auch nicht die Chance hat, allein etwas Bedeutsames zu ändern, kann er bestenfalls die Regierungsgeschäfte etwas weniger schlecht ausführen. Der angestrebte Ausschuß ist Geld- und Kraftvergeudung.

Viel wichtiger wäre ein Bundestagsausschuß zu der Frage, warum die CDU/CSU federführend mit den anderen Parteien im Einigungsprozeß die Verfassung verraten haben und den Deutschen die Chance geraubt haben, sich erstmals eine demokratische Verfassung selbst zu erarbeiten, um sie dann in Urabstimmung oder in einer speziellen Vertreterversammlung zu verabschieden. Weiter hat die CDU das Volk um die Konsequenzen aus ihrer Einsicht, daß der Kapitalismus menschenfeindlich ist, betrogen. Sie hat sich selbst und das Volk um die Chancen der Überwindung des Kapitalismus in Freiheit betrogen, die im Ursprungsmodell *Soziale Marktwirtschaft* angelegt waren. Statt dessen hat sie dem Wahlvolk vorgegaukelt, mit Sozialer Marktwirtschaft wäre die Zwangsverwaltung eines wesentlichen Teils der Arbeitnehmerökonomie gemeint und das Recht des Staates über wesentliche Teile des Arbeitnehmereinkommens nach tagespolitischen Gesichtspunkten zu verfügen. Ich sage nicht, daß dieses alles Ausfluß eines bösen Willens war und ist, und erkenne auch, daß im Hintergrund an der Revision der eigenen Politik gearbeitet wird. Nur ist die Union so sehr in die Fehlentwicklungen verstrickt, daß sie betreten schweigen sollte oder erst zur eignen Ehrlichkeit finden sollte, bevor sie anderen Betrug vorwirft. Die CDU/CSU ist in vielerlei Hinsicht das Spiegelbild der SPD. Mit Abstand betrachtet sind die Differenzen nicht so groß, wie sie aus der Sicht des Innenlebens der CDU/CSU erscheinen mag.

XXXXXXXXXXXXXX

(Q 11) Leserbriefe aus der HAZ vom 29. 11. 2002

(Q 11.1) *Was ist Lüge?*

Ausgerechnet der „brutalstmögliche Aufklärer“, Roland Koch, setzt sich an die Spitze der Offensive. Die Auseinandersetzung um den „Lügen-Wahrheits-Ausschuss“ impliziert die Frage nach Dichtung und Wahrheit in der Politik. Gibt es die absolute Wahrheit im täglichen Leben? Warum Soll es sie in der Politik geben? Ist Wahrheit nicht gerade das, was ich für wahr halte? Wie will man beweisen, dass meine geäußerte Ansicht bei Verlautbarungen nicht dem Stand meiner subjektiven Kenntnis entsprach? Und was ist Lüge?

Hat Kohl bei seinem Versprechen, im Osten blühende Landschaften in kurzer Zeit zu schaffen, wirklich daran geglaubt, oder wollte er die Wahl gewinnen? Hat Herr Blüm bei seiner Äußerung, die Renten seien sicher, bewusst gelogen? Steuerlüge, Krankenkassenlüge, Arbeitsmarktlüge, man kann an jedes Wort den Begriff Lüge anhängen. Hat der Kandidat aus Bayern wirklich geglaubt, was er gesagt hat? Gibt es nicht genügend Probleme, die gemeinsam gelöst werden müssen, statt sich in Grabenkämpfen auf alte Barrieren zurückzuziehen?
Hannover
Gilbert Graser

(Q 11.2) Gelogen haben sie alle

Gelogen haben sie alle, und das seit vielen Jahren. Nun bewerben sich die Politiker gegenseitig mit Schmutz und merken nicht, dass sie dabei ihren ohnehin schon angeschlagenen Ruf besudeln. Speziell an die Adresse von Frau Merkel und den Herren Wulff, Koch und Stoiber: Anstatt positive Energie in kraftstrotzenden Hahnenkämpfen zu vergeuden, sollten sie lieber konstruktive Alternativen durchboxen.

Hannover

Ernst Rohner

(Q 11.3) Andere Geldpolitik

Zu dem Bericht: „Streiks und Unmut quer durch Europa“ vom 23. November

Die bitteren Früchte jahrelanger Geld- und Wirtschaftspolitik beginnen zu reifen. Jeder Volkswirt kann vorrechnen, was passiert, wenn der (globalisiert erzwungene) Kapitalzinssatz langfristig oberhalb der Wachstumsrate einer (regionalen) Wirtschaft liegt. Dies ist bei uns seit 25 Jahren so. Unter diesen Bedingungen kann der Mehrwert der Arbeit nur in Geld erwirtschaftet werden, wenn die Lohnsumme sinkt, weil der Kapitalertragsanteil überproportional steigt.

Da aber absinkende Löhne einem steigenden Kapitalertragsanteil in den Endverbraucherpreisen gegenüberstehen, führt die Entwicklung zwangsläufig zu sozialen Konflikten, weil in Europa, wie im Rest der Welt, solidarische Sicherungssysteme allein auf der sinkenden Lohnsumme mit steigenden Beitragssätzen basieren und der verbleibende Nettolohn für die geforderten Preise nicht mehr reicht. Unter diesen Bedingungen der Überschuldung sinken die Sozialstandards trotz produktiver Arbeit. Dies ist der Stoff, aus dem Arbeitslosigkeit, Niedriglohn- und Schwarzarbeit entstehen, letztlich ist verschämte Armut neben unverschämtem Reichtum hier begründet.

Europa - oder besser die G-7-Staaten - sind in der Globalisierungsfalle. Wir brauchen endlich eine andere Geldpolitik, sonst stehen uns noch schwere Zeiten bevor.

Langenhagen

Dr. Dieter Petschow

(Q 11.4) Jetzt ist das Volk endgültig verwirrt

*Zu dem Leitartikel „**Lüge und Wahrheit**“ (DieUntersuchung) vom 4. Dezember:*

„Lüge“ und „Wahrheit“ sind in einem liberalen und demokratischen Staat keine politischen Begriffe, anders als in politischen Gemeinwesen, in denen sich Staat und Religion oder - wie im früheren Realsozialismus - Politik und (Pseudo-)Wissenschaft unheilig verbinden. In der aufgeklärten Demokratie kann es immer nur um richtig oder unrichtig gehen. Das lässt sich aber dann immer nicht exakt unterscheiden, weil alle Aussagen verantwortlicher Politiker letztlich auf Schätzungen und Wertungen beruhen. Diese lassen sich auf Plausibilität testen.

Könnte es nicht sein, dass so genannte gebrochene Wahlversprechen darauf beruhen, dass sich die Wähler etwas anderes versprochen haben? Und insoweit sehr viel eher Selbsttäuschungen zu Tage treten, als „Märchen“ der um die Macht Kämpfenden?

Wenn gegenwärtig der ganze Standort Deutschland nicht etwa von außen, sondern aus den Tiefen der „Volksseele“ heraus schlecht geredet wird, könnte der Beobachter auf eine tiefe Verunsicherung oder gar Verwirrung schließen. Nichts ist mehr wie früher, als - beginnend in den fünfziger Jahren - von „Wundern“ gesprochen wurde, die allesamt keine waren: Das „Wirtschaftswunder“ lässt sich mit eiskalter wissenschaftlicher Analytik relativ einfach erklären. Nach der wundersamen deutschen Einigung wurde der Bevölkerung von den verantwortlichen Politikern suggeriert, mit einem zweiten „Wunder“ würden sie von den absehbaren Lasten befreit. Nach zwölf Jahren sehen wir, dass irgend etwas „schief“ gelaufen ist. Aber wieder hoffen wir von einer anderen Regierung, dass sie schnell ein Kaninchen aus dem Hut zieht. Das tut sie nicht, sondern verlangt - endlich - Opfer. Und jetzt sind wir endgültig verwirrt.

Hannover

*Prof. Bernhard Blanke
Universität Hannover*

XXXXXXXXXXXX

TZ 38) Die CDU und die Neue Soziale Marktwirtschaft

Die CDU möchte wie in der Werbung variierte alte Produkte mit neuen Verpackungen versehen: Neu, schöner, größer, weißer. Diese Methode wird vielleicht kurzzeitige Erfolge bringen, um die CDU dann um so mehr abstürzen lassen. Wenn sie noch einen positiven Beitrag zu unserer Gesellschaft leisten will, muß sie radikal werden, daß heißt, sie muß bei ihrer Erneuerung an ihren Wurzeln anfangen. Wenn sie die Bezeichnung „christlich“ im Parteinamen weiterführen will, muß sie die ökonomischen Aussagen der Bibel prüfen, übernehmen oder verwerfen. Sieht sie sich zum Verwerfen veranlaßt, muß sie ihren Namen ändern. Unterwegs hörte ich im Radio eine Sendung über die Frage, ob die Marktproduktforschung auf die Politik anwendbar sei. Dies wurde bejaht. Eine Marke, so wurde gesagt, kann sich nur im Markt halten, wenn das Produkt, für das sie steht, ehrlich ist. Die Ehrlichkeit würde heute den Parteien fehlen und deswegen kämen sie auf dem politischen Markt nicht an.

Die CDU muß erst einmal klären, warum in ihrem Frühstadium ihre Entscheidung gegen Kapitalismus richtig war und warum die Revision dieser Entscheidung falsch war, als sie sich richtiger Weise für die Marktwirtschaft entschied. Sie muß klären, ab wann und in wie fern sie den Begriff *Soziale Marktwirtschaft* mißverstanden hat.

TZ 39) Oswald von Nell-Breuning

Gestern, als ich in der Bücherei auf meine jüngste Tochter wartete, blieb mein Blick auf dem Buch „Den Kapitalismus umbiegen“ von Oswald von Nell-Breuning hängen. Auf der hinteren Umschlagseite ist unter anderem zu lesen:

(Q 12) »Den Kapitalismus umbiegen« - unter dieser Formel sind die Beiträge des vorliegenden Bandes zusammengefaßt. Der Titel drückt eine Entschlossenheit aus, sich mit der kapitalistischen, sozial temperierten Marktwirtschaft als Endzustand nicht abzufinden, sie vielmehr als eine Übergangsform zu betrachten, der ein weiterer Umbau bevorsteht, bis das Mitentscheidungsrecht der Arbeitnehmer eingelöst und die Bewahrung der natürlichen Umwelt gesichert ist.

TZ 40) Johannes Kleinhappl

Nach kurzer Prüfung kann ich sagen: Auch von Nell-Breuning unterscheidet zwischen Marktwirtschaft und Kapitalismus. Da von Nell-Breuning lt. Vorwort am 8. März 1990 sein 100. Lebensjahr vollendete und die Beiträge mit zwei Ausnahmen von 1970 bis 1986 entstanden sind, kann man das Buch wohl als sein Alterswerk auffassen. Sein politisch-geistiges Anliegen, den „Kapitalismus umbiegen“ zu wollen, scheint mir in der Benennung nicht glücklich. Man kann den Kapitalismus vom privaten in staatlichen transformieren oder umgekehrt. Die Alternative dazu ist auflösen, nicht umbiegen, denn dann ist er als Haken, an dem die Menschen Menschen aufgehängt haben und weiterhin aufhängen können, immer noch da. Der von der katholischen Kirche gemäßregelte Kollege und Gegenspieler von von Nell-Breuning Johannes Kleinhappl ist da viel eindeutiger. Sein Nachlaß wurde von Ernst von Loen herausgebracht. Die Bände haben die Titel: Christentum und Kapitalismus / Kirchliche Kapitalismuskritik / Soziales Christentum / Christliche Wirtschaftsethik / Unus contra omnes. Auf Seiten der protestantischen „Fraktion“ der christlichen Kirche gibt es zum Thema bestimmt ebenfalls tief schürfende Kapitalismuskritiken. Wenn in der Vergangenheit Theologen aus innerer christlicher Überzeugung Zuflucht im Marxismus gesucht haben, dann wohl in der Hauptsache, weil ihnen ein freiheitlich, marktwirtschaftlicher Weg zur Überwindung des Kapitalismus nicht gezeigt wurde.

TZ 41) Filtrat aus der Ideengeschichte der Parteien als Bausteine

Wenn die Mitgliedschaften der SPD, der FDP und der CDU jeweils ein Filtrat der noch oder ewig gültigen Wahrheiten ihrer eigenen politisch-ökonomischen Ideengeschichte erarbeiten würden, dann wären sie auch in der Lage, zukunftsfröh und zielgerichtet an einer neuen Gestalt unserer Republik mitzuwirken. Nach dem ersten Durchgang, der Durchsicht, der Erforschung der eigenen Wurzeln, sollten sowohl als Kontrollinstanz, wie auch zur Förderung des Verständnisses für die Mitglieder der konkurrierenden Parteien, die Untersuchungsgegenstände im Ringtausch weitergereicht werden.

TZ 42) Der Vergleich zwischen Weimar und heute

In einer Beziehung stimmt ein Vergleich der Verhältnisse zwischen Weimar und heute bestimmt. Die christlichen Konservativen sind heute genauso lernunwillig wie in der Zeit vor Hitler - aber eben nicht nur die Mitglieder der Union.

(Q 13.) Meldungen zum Themenkomplex FDP

(Q 13.1) HAZ vom 14. Nov. 1995

Die FDP sucht händeringend nach Profil

Kritik am Landesvorsitzenden Walter Hirche wächst: Keine Themen, wenig Kommunikation / Wohin steuert die Partei

VON KLAUS WALLBAUM

Hannover. Der Fleiß von Walter Hirche ist fast überall wohl bekannt. Als Abgeordneter und Minister hat er in Hannover und Potsdam ebenso eifrig gearbeitet, wie er es jetzt als Parlamentarischer Staatssekretär in Bonn tut. Sein anderes wichtiges Amt, das des niedersächsischen FDP-Vorsitzenden, leidet aber offenbar darunter. In der Landespartei regt sich Unmut. Nicht wenige vermuten, angestauter Ärger werde sich beim „kleinen Parteitag“ Ende November in Hannover entladen.

Manche Freidemokraten sprechen in diesen Tagen über die Schwächen des Vorsitzenden, wenn sie den Zustand der Landespartei meinen. Dem begnadeten Rhetoriker Hirche werden vor allem zwei Mängel vorgehalten: Er sei kein „Kommunikator“. Viele würden gern mit ihm über parteiinterne Fragen plaudern, meinen aber, ihn dafür nur schwer zu erreichen. Außerdem wägt Hirche oft lange ab, bevor er entscheidet. In vielen FDP-Verbänden wünscht man sich, er würde steuernd in die Parteibelange eingreifen. „Die Lage der FDP ist bundesweit miserabel. Die Mitglieder wollen an die Hand genommen und geführt werden“, klagt ein FDP-Politiker. Andere verteidigen Hirche - er könne schließlich nichts dafür, wenn die Partei nach dem Abschied aus dem Landtag nur noch wenig Gehör finde.

Die Lage der FDP Niedersachsen im Schatten bundesweiter Sorgen der Partei wird vielen Mitgliedern jetzt, ein knappes Jahr- vor der Kommunalwahl, besonders bewußt. Die Mitgliederzahl ist zwar mit 7300 seit Monaten stabil, doch bei der nun beginnenden Kandidatensuche spüren die Parteioberen Vorbehalte. Die Bereitschaft, sich zur FDP zu bekennen, lasse nach. Hircches „Sommerreise“ durch Niedersachsen mit 14 „Regionalkonferenzen“ konnte daran offenbar nichts ändern.

...

(Q13.2) HAZ vom 8./9. Juni 1996

„Die Fahne der FDP weht wieder“

Viel Applaus fürs neue Programm / ...

Karlsruhe (mbb). Weitgehende Zustimmung hat der Entwurf für ein neues FDP-Grundsatzprogramm auf dem Bundesparteitag der Liberalen in Karlsruhe gefunden. Das Programm fordert tiefgreifende Reformen in der Sozial- und Wirtschaftspolitik sowie den Abschied von einer allumfassenden staatlichen Fürsorge als Voraussetzungen für die Zukunftsfähigkeit

Deutschlands.

In der Aussprache zum Auftakt des dreitägigen Kongresses wurde der Entwurf am Freitag von den 662 Delegierten als eine Grundlage begrüßt, mit der sich die Liberalen an die Spitze der programmatischen Erneuerung in Deutschland setzen könnten. „Die Fahne der FDP weht wieder“, sagte ein Delegierter. Nach den Worten von FDP-Generalsekretär Guido Westerwelle sind die

Freien Demokraten die einzige politische Kraft; die den Staat nicht als „perfekte Lösungsmaschinerie“ sieht, sondern der Eigenverantwortung des Bürgers Vorrang einräumt. Westerwelle ist Hauptautor des Programmentwurfs, der unter dem Motto „Für eine liberale Bürgergesellschaft“ steht Und Steuersenkungen sowie Steuer-Vereinfachungen fordert. ...

(Q 13.3) Leine-Zeitung (Regionale Beilage der HAZ) 15. 2000

Rehkopf, Robby und Rekorde

Mariensee (vw). „Komm, es ist Robby“: Alljährlich freuen sich Tausende auf das dritte Wochenende im April. Die Ausstellung der Nordkreisinitiative NKI wird heute, Sonnabend, um 10 Uhr eröffnet. Wie in den vergangenen Jahren auch hat die Leine-Zeitung für einen hochkarätigen Referenten gesorgt: Kurt Rehkopf aus Wunstorf, Präsident der Unternehmensverbände des Handwerks und des Niedersächsischen Handwerkstages, spricht über den „Mittelstand 2000“. Der engagierte FDP-Politiker, viele Jahre Abgeordneter des Niedersächsischen Landtages, wird, das darf erwartet werden, deutliche Worte zu Situation und Bedeutung mittelständischer Unternehmen in Wirtschaft und Gesellschaft finden ...

(Q 13.4) HAZ vom 14. 10. 2002

Westerwelle bleibt bei Strategie 18 für die FDP

... Auch das Thema Jürgen Möllemann fiel in die Rubrik Vergangenheitsbewältigung. Ohne dessen Namen und das umstrittene Sharon-Friedmann-Flugblatt aus der letzten Wahlkampfwoche zu erwähnen, sprach Westerwelle von einem „bemerkenswerten Störmanöver“. Auch bei den Julis, die besonders schnell mit Rücktrittsforderungen an Möllemann vorgeprescht waren, hält der Unmut an. „Alle sind sauer über diese Aktion“, sagte Juli-Bundesvorsitzender Daniel Bahr. „Wir mussten uns an den Ständen als Antisemiten beschimpfen lassen“, berichtete ein Jungliberaler.

(Q 13.5) Schlitzer Bote vom 21. Oktober 2002

Möllemann tritt von allen Ämtern zurück

Schlitzer Bote vom 23. Oktober 2002

Westerwelles Überraschungscoup in Düsseldorf Der Showdown bei der FDP fällt aus

HAZ vom 26. Oktober 2002

Möllemanns Spenden - nur eine Privatsache?

(Q13. 6) HAZ vom 30. 10. 2002

HILDEGARD HAMM-BRÜCHER, ehemalige FDP-Bundestagsabgeordnete, soll heute in Eisenach mit dem Wartburgpreis 2002 ausgezeichnet werden. Die 81-Jährige zählt zum Urgestein deutscher Politik. Geprägt durch den Widerstand gegen das Nazi-Regime engagierte sich die promovierte Chemikerin schon in den Kindertagen der Bundesrepublik politisch. 1976 machte sie der damalige Außenminister Hans-Dietrich Genscher zur Staatsministerin. 1994 kandidierte sie gegen Roman Herzog (CDU) für das Amt des Bundespräsidenten. Am 22. September hat sie ihrer Partei aus Protest gegen die antiisraelischen Äußerungen von Jürgen Möllemann nach mehr als 50 Jahren den Rücken gekehrt. Jetzt wird sie als „eine moralisch integre Persönlichkeit“ geehrt, teilte die Wartburg-Stiftung in Eisenach mit. ddp/p

(Q13.7) HAZ vom 5. November 2002

„Rachefeldzug gegen Wirtschaftsverbände“

Hannover (dis). Niedersachsens Handwerker sind über die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung schwer enttäuscht. „Ist der Ruf erst ruiniert, lebt es sich ganz ungeniert“ - nach diesem Motto habe offenbar die rot-grüne Koalition gehandelt, als sie ihre Pläne für die kommenden Regierungsjahre vereinbart habe. Dies sagte der Präsident des Niedersächsischen Handwerkstages (NHT), Kurt Rehkopf, am Montag in Hannover.

Die „Giftliste“ der Koalition sei von Tag zu Tag länger geworden. „Immer mehr Handwerker fragen sich inzwischen, ob es nicht besser wäre, alles hinzuschmeißen und Stütze zu beziehen.“ Die Folgen von Steuer- und Beitragserhöhungen für Kaufkraft und Konjunktur seien verheerend. Arbeit werde teurer, Schwarzarbeit nehme zu. Schon jetzt seien Entlassungen und Pleiten an der Tagesordnung.

Viele Mittelständler hätten das Vertrauen in die Regierung verloren, kritisierte Rehkopf. Sie befürchteten, dass die Einkommensteuerreform abermals verzögert werde. ...

Er habe den Eindruck, Kanzler Gerhard Schröder führe einen „Rachefeldzug“ gegen die Wirtschaftsverbände, weil diese ihn vor der Wahl „geärgert“ hätten. Der Kanzler verhalte sich „dumm gegenüber der Wirtschaft“. ...

(Q 13.8) HAZ vom 8. November 2002

„Die Möllemann-Affäre sollte Weihnachten vorbei sein“

Noch bis vor einigen Wochen hatten Niedersachsens Liberale nicht den geringsten Zweifel, diesmal den Wiedereinzug in den Landtag zu schaffen, aus dem sie seit 1994 verbannt sind. Schließlich verbuchten sie 7,1 Prozent bei der letzten Bundestagswahl. Doch nun verdunkelt die Spendenaffäre rund um Jürgen W. Möllemann die Aussichten. „Die Sache ist - keine Frage - fürchterlich für das Außenbild der FDP“, sagt Niedersachsens Liberalenchef Walter Hirche. Von vielen werde er indes mit einem „gewissen Mitleid“ angesprochen: „Die Leute klopfen einem auf die Schulter in dem Ton: Wir wissen ja, dass Sie damit nichts zu tun haben.“

Der einstige Landeswirtschaftsminister in Niedersachsen und Brandenburg und ehemalige Parlamentarische Staatssekretär im Bundesumweltministerium Hirche (61) ist schon lange im politischen Geschäft. Er weiß, welche Langzeitwirkung Skandale entfachen können. Und wenn Bundesschatzmeister Günter Rexrodt jetzt über Spenden zum Düsseldorfer Landtagswahlkampf vor zwei Jahren rätselt, könnten sich die Dinge hinziehen. „Für uns wird es zur Kernfrage, wie schnell Aufklärung geschieht. Eine lange Unsicherheit, die in die Weihnachtszeit hineinragt, könnte uns stark belasten. Ich hoffe, dass bis Weihnachten die Menschen Abstand gewinnen können.“

Hirche kann für Sich in Anspruch nehmen, noch nie zu den Fans von Möllemann gezählt zu haben. Zweimal ist der durch und durch seriöse Hannoveraner sogar gegen den Münsterländer angetreten, um eine Wahl Möllemanns in FDP-Führungsgremien zu verhindern - 1995 ging es ums Bundespräsidium, 1998 um den Posten des stellvertretenden Vorsitzenden der FDP-Bundestagsfraktion. Hirche (und mit ihm der Anti-Möllemann-Flügel) siegten. Wenn ihm manche anlasten, er sei zu langweilig, wendet Hirche dies ins Positive: „Wir Liberale in Niedersachsen sind bodenständig - die Zeiten sind auch für Effekthascherei und Spaß viel zu ernst.“

Es sei fast eine Ironie der Geschichte, dass am 2. Februar 2003 mit Ruth Wagner in Hessen und mit ihm in Niedersachsen zwei Spitzenkandidaten zur Landtagswahl antreten, die schon lange vor der Entdeckung der geheimen Parteispenden gegen die „unseriösen antiisraelischen Sprüche“ Möllemanns protestiert hätten. Dessen Anhänger hätten sich auch in Niedersachsen von der ehemaligen Leitfigur verabschiedet: „Bei vielen herrscht richtige Wut.“ ... Michael B. Berger

(Q13.9) HAZ 25. November 20002

Pfeiffer spricht Handwerkern Mut zu

„Keine Angst vor morgen“: Hannoverscher Gildentag in der Pauluskirche

... Pfeiffer sprach Handwerksbetrieben außer einer hohen fachlichen Kompetenz auch eine wichtige Rolle bei der Sicherung des gesellschaftlichen Zusammenhalts zu - was auch für die Kirchen gelte. Er ermahnte allerdings, sich nicht zu stark mit sich selbst zu beschäftigen, sondern aktiv an der Gestaltung von Gesellschaft mitzuwirken.

Dazu riefen auch die beiden Gastredner auf - Kurt Rehkopf als Präsident des Niedersäch-

sischen Handwerkertags und Oberbürgermeister Herbert Schmalstieg. Rehkopf, der vor 40 Jahren unweit der Pauluskirche in der Südstadt das Bäckerhandwerk gelernt hatte, plädierte für mehr Mut zur Innovation: „Wir müssen lernen, dass in der Krise eine Chance besteht.“ Der Leitsatz des Gildentags, „Keine Angst vor morgen“, stammt aus dem zweiten Timotheusbrief. Geschrieben in einer Zeit der Existenznot, empfiehlt er statt einem „Geist der Verzweiflung einen Geist der Kraft, der Liebe und Besonnenheit.“ med

(13.10) HAZ vom 25. 11. 2002

Möllemann droht der Parteiausschluss

Berlin (dpa). In der FDP steht eine neue Machtprobe zwischen Parteichef Guido Westerwelle und seinem früheren Vize Jürgen Möllemann unmittelbar bevor. Westerwelle forderte Möllemann auf, freiwillig die Partei zu verlassen. Andersfalls drohe ihm der Parteiausschluss. Nach Zeitungsberichten droht Möllemann zudem ein Ermittlungsverfahren wegen Steuerhinterziehung. Bisher stand er lediglich unter dem Verdacht, gegen das Parteiengesetz verstoßen zu haben. ...

(Q 13.11) HAZ vom 29. 11. 2002, von Heinz-Joachim Melder

Parteiausschluss - ein Verfahren mit ungewissem Ende

Misslingt der von FDP-Chef Guido Westerwelle angedrohte Ausschluss Jürgen Möllemanns aus der FDP, wäre dies ein Blamage erster Güte für den Parteivorsitzenden und die komplette Führungsriege. Das Risiko ist keineswegs unerheblich: Rechtsexperten warnen Westerwelle bereits davor, sich von einem Ausschlussverfahren zu viel zu versprechen. ...

(Q 13.12) HAZ vom 2. Dezember 2002

Orientierungslosigkeit auf rauher See

Guido Westerwelle muss sich auf dem FDP-Parteitag harsche Kritik anhören, bevor nach siebenstündiger Debatte der Möllemann-Nachfolger gewählt wird.

... Zwei Wahlgänge sind erforderlich. Am Ende wird Pinkwart zum Nachfolger von Jürgen Möllemann gewählt. 205 Delegierte stimmen für den Wirtschaftsprofessor, der für die FDP auch im Bundestag sitzt. Seine Gegenkandidatin Ulrike Flach, die im ersten Wahlgang hinter Pinkwart an zweiter Stelle lag, erhält 164 Stimmen. Der neue Landesvorsitzende Pinkwart gehört zu den wenigen Mitgliedern der FDP-Führung in Nordrhein-Westfalen, die Möllemann frühzeitig kritisiert hatten. ...

Jürgen zur Heide

Andreas Pinkwart lehrt an der Universität Siegen Betriebswirtschaftslehre. rtr

TZ 43) Die FDP wie immer auf Irrwegen

Anders als es dargestellt wird, sehe ich Jürgen Möllemann als einen Glücksfall für die FDP.

Nun kann sie sich wenigstens einreden, Möllemann habe das schlechte Wahlergebnis ver-

ursacht. Aber warum hätten ohne Jürgen Möllemann mehr Wähler zu der FDP wechseln sollen? Dabei müßten für eine liberale Partei 18 % oder mehr der Wählerstimmen möglich sein. Aber ist die FDP eine liberale Partei? Die Mitglieder der FDP sind so lieb und so böse wie die Mitglieder der anderen Parteien. Und in dieser Partei haben auch hervorragende Köpfe mitgewirkt. Mir scheint es aber so, als bewiese es sich auch im Fall der FDP, daß eine Partei eine Organisationsform ist, die den guten Willen ihrer Mitglieder ausbeutet und ihre guten Fähigkeiten ins Leere laufen läßt.

TZ 44) Das Versagen der FDP im Falle Möllemann

Im Fall Möllemann versagt die FDP in zweifacher Weise:

TZ 44.1) Da es fortwährend im Zusammenhang mit dem Wirken von Parteien in Bezug auf Spenden Ärger gibt, hätte die FDP auf grund ihrer jetzigen Erfahrungen mit Möllemanns Flugblattfinanzierung Anlaß, sich dafür stark zu machen, daß jegliche staatlichen finanziellen Zuwendungen an die Parteien eingestellt werden, und daß Spenden an die Parteien sich nicht länger steuermindernd beim Spender auswirken. Kein Staatsanwalt bräuchte sich dann um die Herkunft der Einkünfte der Parteien zu kümmern (Diebstahl, Bestechung und Unterschlagung ausgenommen.). Natürlich wäre eine solche Maßnahme eine Entmachtung der Parteien - diese läge aber im Sinne der Zielerreichung von Liberalität. Der Einwand, daß sich ohne staatliche Parteienfinanzierung sich die Reichen ihre Mandatsträger und Amtsinhaber kaufen können, ist nur ein Scheinargument für eine staatliche Subventionierung der Parteien. Es ist eher umgekehrt: Die staatliche direkte und indirekte Subventionierung der Parteien nimmt den Druck von den Parlamentariern, für eine marktwirtschaftliche, sozial- und leistungsgerechte Einkommen- und Vermögensverteilung zu sorgen. Auf diese Weise eine wesentliche Bedingung für das Entstehen der Demokratie zu erfüllen.

TZ 44.2) Den Inhalt des inkriminierten Flugblattes von Jürgen Möllemann kenne ich immer noch nicht. Ich vermerke nur, daß in der Berichterstattung nicht mehr so häufig von antisemitischen Äußerungen die Rede ist, sondern von israelkritischen. Das ist ein großer Unterschied. Gerade im Hinblick auf die Schuld der Deutschen gegenüber den Juden und auf unseren Status *Freund der Juden* haben wir allen Grund, kritisch mit Israel umzugehen. Die Deutschen der Generationen der Hitlerzeit (und davor) haben nicht nur die Massenmorde an Juden und ihre Vertreibung zu vertreten, sondern in Folge auch stark das Elend der Palästinenser und die Konflikte im Nahen Osten. Ohne die deutsche Judenpolitik der Nazis - die von den Juden in Palästina am Anfang begrüßt wurde - so habe ich vor längerer Zeit gelesen - ,wäre der Staat Israel in der jetzigen Form nicht entstanden. In unserer schuldbewußten Befangenheit haben

wir dann jahrzehntelang die nationalistischen, reaktionären Kräfte in Israel gefördert und nicht jene, die einen Ausgleich und den Frieden mit den Palästinensern gesucht haben und heute noch suchen. Die Nachkriegspolitik der BRD, die Wiedergutmachung wollte, hat nur neues Elend geschaffen. Wir können nicht länger die Menschen mit liberaler und friedliebender Gesinnung boykottieren und uns weiterhin hinter unserer Schuldbekennnispolitik verstecken, sondern müssen aktiv politisch - nicht militärisch - einmischen und haben dabei die Interessen der Palästinenser genauso zu berücksichtigen wie jene der Israelis.

TZ 45) Eine Nützliche Erfahrung für die Julis

Wenn die Julis (die Jungliberalen) die Erfahrung machen mußten, daß sie nach Möllemanns Flugblatt-Aktion als Antisemiten beschimpft wurden, dann ist das keine schöne, aber eine nützliche Erfahrung. Wie viele Menschen wurden in den letzten Jahrzehnten als faschistoid, faschistisch, nazistisch oder antisemitisch titulierte, nur um sie als Konkurrenten auszuschalten. Und diejenigen politischen Mitbürger, die es besser wußten, haben geschwiegen, um ihre eigene Karriere nicht zu gefährden. Denn wen die Faschismuskeule traf, galt fortan als politisch Unberührbarer.

Die Wirksamkeit der Vorwürfe, „antijüdisch“, „antisemitisch“, „antizionistisch“ und „antiisraelisch“ zu sein, zeigt wie sehr die Schuld der Deutschen von gestern noch heute instrumentalisiert wird. Es besteht aber die Gefahr, daß der aus dem Schuldgefühl (und nicht aus der Zuneigung zu den Juden) geborene blinde Philosemitismus noch mehr zum Förderer und Verstärker des Antisemitismus wird.

TZ 46) Paul Spiegel

Gestern war es in den Nachrichten zu hören und heute ist es in der HAZ (2.12. 02) zu lesen: Paul Spiegel ist für weitere drei Jahre zum Präsidenten des Zentralrates der Juden in Deutschland gewählt worden. „Spiegel sagte, er hoffe auf ein neues Aufblühen der jüdischen Gemeinden in Deutschland.“ Das hoffe ich auch, und die Deutschen sollten es sich alle wünschen. Die Juden sollten wieder Bestandteil der BRD werden, wie es die Katholiken, die Protestanten, Freidenker etc. , wie Ostfriesen und Bayern sind. Aber trotz dieses Wunsches werde wohl auch ich aus einer verdrehten Argumentation als Antisemit beschimpft, wenn ich sage, daß der neue Staatsvertrag zwischen dem Bund und dem Zentralrat eine politische Fehlleistung ist. So wie es das Recht jeglicher Glaubensgemeinschaft ist (oder sein sollte), sich ungehindert durch den Staat oder privatrechtliche Vereinigungen zu entfalten, genauso selbstverständlich sollte es heute sein, daß der Staat nicht (mittels Verträgen oder anderen Instrumenten)

fördernd oder bremsend in das Wirken der Glaubensgemeinschaften eingreifen sollte. Richtig wäre gewesen, unser Bundeskanzler hätte verkünden können: „Der Bundestag hat mich beauftragt, alle Verträge mit allen Glaubensgemeinschaften zu kündigen, damit dieser weltliche Staat seine Neutralität in ihrem Wettbewerb um Anerkennung und Zuspruch durch die BürgerInnen herstellen kann.“

Paul Spiegel glaubt bestimmt, er hätte etwas Gutes für seine Klientel bewirkt. Die Wirkung des Vertrages wird aber sein, daß die Menschen im Lande wieder einmal Anlaß haben zu denken: Die Juden sind clever, die verstehen sich darauf, unsere Schuldgefühle auszubeuten.

Wenn Paul Spiegel argumentiert, daß sein Verband die Integrationsarbeit für die 75 Tausend jüdischen Einwanderer aus Osteuropa nicht mit der bisherigen staatlichen Zuwendung von einer Million zu bewerkstelligen wäre und daher der künftige Zuschuß von vier Millionen (?) gerechtfertigt sei, dann wäre doch erst einmal darzulegen, daß die jüdischen Einwanderer bisher weniger an Zuwendung als nichtjüdische Einwanderer, Flüchtlinge und Asylanten bekommen hätten.

Aber auch dann, wenn man die vier Millionen pro Jahr an Zuwendungen für die Juden in Deutschland für akzeptabel hält, ist es nicht klug, der Zentralorganisation diese Mittel zu gewähren, weil damit ein Gängelband des Zentralrates geschaffen wurde, an dem die Gemeindemitglieder geführt werden können. Ein Gutschein mit einer bestimmten Summe pro Kopf, mit dem die jüdischen Gemeindemitglieder Integrationsleistungen bei Anbietern ihrer Wahl nachfragen können, wäre freiheitlicher gewesen.

TZ 47) Wo bleibt die Förderung nach Untersuchung:

a) der Ursachen der deutschen Katastrophe? und

b) nach einer Möglichkeit des Zusammenlebens von Israelis und Palästinensern

TZ 47.1) Zu a) Es ist viel Geld und guter Wille geflossen, um die Folgen der bösen Tat der Deutschen in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts zu mildern. Auch gibt es eine Reihe von Denkstätten und eine Fülle von Beschreibungen der bösen Taten. Aber wo und wann wurde in Deutschland eine nationale oder internationale Untersuchung gefördert, die das Versagen der westlichen Wertegemeinschaft und der deutschen Demokraten vor Hitler untersucht hat?

TZ 47.2) Zu b) Wenn man heute noch zu Recht beklagt, daß die Deutschen in der Zeit der Herrschaft der Nationalsozialisten eine Volk-ohne-Raum-Politik betrieben haben, dann kann

man es nicht gleichzeitig gutheißen, das die Israelis eine solche Politik betreiben. Wenn man die Idee der Nationalsozialisten, einen reinen „arischen“ Staat zu begründen, als krankhaft bezeichnen muß, dann kann man die Idee der Israelis, einen reinen jüdischen Staat haben zu wollen, nicht als gesund hinstellen. Wenn man sagt: Deutschland kann man nicht länger nur für Deutsche reservieren, dann kann für Israel nicht das Gegenteil gutgeheißen werden.

TZ 47.3 Anfang der 70er Jahre reiste Joseph W. Abileah von der Gesellschaft für NAH-OST-FOEDERATION durch Deutschland und hat für eine Föderation zwischen Juden und Arabern, zwischen Israel, Palästina und Jordanien geworben. Hier wäre eine massive Förderung seitens Deutschland erforderlich gewesen. Die blieb aber aus. Eine neue deutsche Schuld. Diese fühle ich auch persönlich, weil ich zwar die Botschaft wohlwollend aufnahm, aber nicht geholfen habe, sie mit Leben zu füllen. Meine privaten Mittel waren gleich Null, zudem war ich mit einem anderen Projekt befaßt und meine damalige Partei, die FDP stand als verlängerter Arm nicht zur Verfügung.

TZ 48) Frau Hildegard Hamm-Brücher

Frau Hamm-Brücher ist eine respektable Person. Nur ihren Parteiaustritt wegen Möllemanns Äußerungen nehme ich ihr nicht ohne weiteres ab. Das politische Geschäft ist - wenn man sich ein Minimum an Sensibilität bewahrt - eine Dauerbelastung, die wenig Regeneration zuläßt. Gibt es tatsächlich einmal einen Anlaß, ein Ereignis, das aufbauend und Freude spendend ist, muß man lange davon zehren. Das Merkwürdige an der Parteimitgliedschaft ist ja, daß man sich der Partei oder gar der Republik verpflichtet fühlt, obwohl die politische Arbeit eine nicht abreißende Folge von Frustrationen bedeutet. Ein Ereignis, dessen Mißbilligung nachvollziehbar ist, ist dann ein willkommener Anlaß, sich endlich von der Partei zu verabschieden.

TZ 49) Kurt Rehkopf

Kurt Rehkopf gehört zu den wenigen FDP-Mitgliedern hier in Niedersachsen (und im näheren Umfeld), die Anfang der 70er Jahre mir die Produktion eines Informationsblattes ermöglicht haben, das wider den inhaltlichen FDP-Trott bürstete. Ich freue mich jedesmal, wenn ich über ihn und seine Aktivitäten höre. Und doch, so wie er politisch mittels Verbänden für das Handwerk etwas herausholen will, geht es heute nicht mehr. Nicht die Tatsache, daß er für das Handwerk bessere Bedingungen fordert, ist tadelnswert, sondern unangebrachtes Verbands- und Berufständedenken. Da ich aus einer Handwerkerfamilie komme (Mein Vater war Friseur und Fotografenmeister, ich selber habe vierzehnjährig meine Berufslaufbahn als Fotografen-

lehrling begonnen und als Bootsbauergeselle beendet. Zwei Schwiegersöhne sind Handwerksmeister und zwei Töchter haben ein Handwerk gelernt. Die eine ist frischgebackene Meisterin.), weiß ich, wovon Rehkopf redet. Nur muß jene Politik ein Ende haben, die einen Beruf gegen den anderen, eine Branche gegen die andere ausgespielt. Wir müssen endlich anfangen, gesamtpolitisch zu denken und zu handeln. Wir müssen uns eine Gesellschaftsordnung schaffen, in der alle Bürger frei atmen und ohne staatlich verursachte Störungen und Gängelungen handeln können.

TZ 50) Die Mahnung des Justizminister

Wenn Justizminister Christian Pfeiffer das Handwerk mahnt, sich nicht zu sehr mit sich selbst zu beschäftigen, „sondern aktiv an der Gestaltung der Gesellschaft mitzuwirken“, dann kann man diese Aufforderung sowohl als berechtigt wie als unmögliche Überforderung betrachten. Mein Eindruck seit Jahren ist, daß der sogenannte Mittelstand ziemlich apolitisch in dem Sinne ist, daß ihm die Ordnung der Gesamtgesellschaft und das Regierungssystem ziemlich schnuppe ist, so lange sein Gestaltungsraum und seine Erwerbsmöglichkeit nicht zu arg eingeschränkt wird. Das muß sich in der Tat ändern. Es geht nicht an, daß die beruflich Selbständigen ihre demokratische Bürgerpflicht einfach auf Verbandsfunktionäre übertragen. In dem Lehrling muß schon der künftige Meister gesehen werden, dem man dann - wenn es so weit ist - in eine gesellschaftliche Situation entläßt, in der er seine Entscheidung, ein bestimmtes Handwerk gelernt zu haben, nicht bereut. In dieser Beziehung ist die Forderung Pfeiffers berechtigt. Dem stehen die Anforderungen der konkreten Situation gegenüber: Unsicherheit der Konjunktur, ein Flut von Regulierungen, Fremdleistungen für den Staat, Zwangsmitgliedschaften, ein überfrachtetes Arbeitsrecht, Kapitalkosten, Steuern und Abgaben, die den Einnahmeüberschuß immer mehr minimieren. Die psychischen und zeitlichen Belastungen der Selbständigen sind in der Regel so hoch, daß gar keine Kraft mehr bleibt, um sich in die öffentlichen Angelegenheiten einzumischen. Insofern schafft eine Aufforderung wie die des Justizministers nur zusätzliche Belastungen dadurch, daß sie Versagensgefühle bei den Adressaten weckt und sie dadurch noch unfähiger machen, auch ihre Bürgerrolle ernst zu nehmen.

TZ 51) Walter Hirche

TZ 51.1) Ja, Walter Hirche ist auch ein Ehrenmann. Ich teile mit ihm eine Abneigung gegen Möllemann (Die sich bei mir jetzt in dessen Niederlage erst wandelt.), ich halte ihn für die Entwicklung der FDP aber für gefährlicher, weil er der Typ des FDP-Mitgliedes ist, der gesichtslos ist, bei dem man sich nicht wundern würde, wenn plötzlich bei der CDU oder SPD

agieren würde. Er ist das, was man einen Parteisoldaten nennt. In ihm brennt nicht die Flamme der Freiheit. Er kann ohne Schwierigkeiten die Rolle des Wirtschaftsministers spielen, obwohl diese Rolle heute so ausgestattet ist, daß ein Liberaler davon Dauermagenkrämpfe bekommen müßte. Mir geht es bei diesen Formulierungen nicht darum, Walter Hirche abzuwerten (Ich kann mir ihn als guten Vereinskameraden oder Nachbarn vorstellen.), sondern das Problem der FDP zu verdeutlichen. Bodenständig kann man in bezug auf die FDP eigentlich nur mit konservativ, zögerlich, absichernd übersetzen. So wie die Gesamt-FDP kann sich Hirche nicht entscheiden, ob er Fisch oder Fleisch, Bremser oder Treiber ist, ob er sich für die Bodenhaftung oder den Höhenflug entscheiden soll. Walter Hirche, treu, brav und fleißig, symbolisiert die FDP in einer Weise, daß der Begriff „liberal“ schon wieder ein Schimpfwort ist, besonders in der Form „Neoliberaler“.

TZ 51.2) Wenn wenn ich mich richtig erinnere, ist Walter HIRCHES Ausgangsbasis ein Lehrerstudium wie bei MÖLLEMANN (?). Ich bin ihm zum erstenmal Anfang der 70er Jahre im Landesfachausschuß für Bildungspolitik der Niedersächsischen FDP begegnet. Er und ich wurden für den Vorsitz vorgeschlagen. Da es mir um Inhalte und nicht um Funktionen ging (und ich mir auch neben Beruf und der kinderreicher Familie nicht noch mehr aufhalsen wollte), habe mich nicht zur Wahl gestellt. Für Walter Hirche war diese Wahl der Start seiner politischen Karriere. Ich habe damals meine von mir formulierten „Skizzen über die Grundlagen einer freien Bildungslandschaft“ vorgelegt.¹ Hirche sagte - vermutlich aufgrund seiner Konditionierung durch das Lehrerstudium - dazu: Unmöglich. Andere sagten: „Revolutionär, im Moment noch nicht durchsetzbar, aber am Ball bleiben.“ Hirche und mit ihm die ganze FDP, möchten diesen - wie auch andere Bälle - vermutlich auch heute noch festhalten, damit er / sie sich nicht bücken müssen, um die einfachsten Grundregeln einer liberalen Gesellschaftsordnung aufzuheben und zu bewegen. Dabei gäbe es für Hirche und die FDP viel zu bewegen. Die FDP-nahe Stiftung trägt den Namen von Friedrich Naumann, die Freidemokraten sollten sich bei ihrem Hausheiligen Anregungen holen.

1 Meine „Skizzen über die Grundlagen einer freien Bildungslandschaft“ vom 5. 1. 1972 habe ich in die Dokumentation des zweiten Teil von „Agenda Niedersachsen 2001“ (Mai 2001) aufgenommen. Der erste Teil dieser Arbeit ist im Oktober 1999 noch als Offener Brief an meinem Ex-Kommilitonen und damaligen Ministerpräsidenten Gerhard Glogowski gegangen. Der Untertitel lautet: „Der Ministerpräsident - Schuldenverwalter oder Gesellschaftsgestalter?“ Natürlich wurden alle Fraktionen mit den Ausarbeitungen versorgt. Meine Freunde aus der bündnisgrünen Fraktion hatten nicht einmal ein Postkarte für eine Eingangsbestätigung übrig. Man sieht, wer sich außerhalb von ausgetretenen Pfaden bewegt, hat es schwer, wahrgenommen zu werden.

TZ 52) Publikumsbeschimpfung in meinem Plädoyer ...

Im Februar 1978 habe ich in meinem 'Plädoyer für die Diskussion der theoretischen Grundlagen der Wirtschaftspolitik in der BRD im allgemeinen und in der FDP im besonderen' ein Gespräch zwischen meiner Freundin und mir wiedergegeben. Darin heißt es unter anderem:

Ich: „Ja, ich werde meine Parteifreunde fragen, ob sie mir einen 'Degenhardt' unter den Liberalen nennen können: Denn wenn der Liberalismus, der auch heute noch eine potentielle friedliche Revolution darstellt, nicht von den Krämerseelen, Verbandsfunktionären, ängstlichen Mächtigerunternehmern, politisch-geistig kastrierten Unternehmern mit Angestelltenverträgen, den Großaktionären und den Bürokraten in den Ministerien zu einer Besitzstands-ideologie verfälscht worden wäre, dann könnten wir sicher Tausend 'Degenhardts' zu den Unsrigen zählen.“

Freundin: „Der Liberalismus soll eine revolutionäre Idee sein? Und 1.000 'Degenhardts' würden singend und schreibend für ihn eintreten?“

Ich: Ja, der Liberalismus ist eine revolutionäre Idee, er kann bei konsequenter Anwendung mehr leisten, als die Kommunisten, Christen und Anarchisten zu träumen wagen. Aber das ist etwas, was die politischen Vertreter des Liberalismus auch noch nicht begriffen haben. Zudem ist der Begriff Liberalismus so mit vergangenen und heutigen Fehlentwicklungen belastet, daß für das, was gemeint ist, eine neuer Begriff geprägt werden muß. Ich behelfe mich z.B. mit dem Begriff 'konsequente Marktwirtschaft'.

Die 1.000 'Degenhardts' sind weltweit gemeint.“

Hat sich in der Zwischenzeit etwas geändert? Ich kann es nicht erkennen. Also, was will die FDP in den Landtagen? Was würde es den Deutschen nutzen, wenn sie im Bund mitregieren würde? (Der Maßstab für eine Bewertung kann dabei nicht die Schwäche der anderen Parteien sein.)

(Q 14) Meldungen zum Themenkomplex Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

HAZ vom 4. 11. 2002

(Q14.1) **Schäuble hofiert die Grünen**

Unions-Fraktionsvize Wolfgang Schäuble (CDU) schließt Koalitionen mit den Grünen zumindest auf Landesebene nicht aus. Die „mentale Sperre“ dagegen gehöre der Vergangenheit an, sagte Schäuble dem „Tagesspiegel“. „Wenn es irgendwo in einem Land oder einer Gemeinde zwischen Grünen und Christdemokraten Bereitschaft zu einer gemeinsamen Regierung gibt, dann wird es keine Parteiführung geben, die da einschreite“, unterstrich der frühere CDU-Chef., ddp

(Q14.2) Die Basis droht mit Klage

Im Führungsstreit der Grünen wollen Parteimitglieder notfalls vor einem ordentlichen Gericht verhindern, dass die Trennung von Amt und Mandat aufgehoben wird. Zu den Plänen, per Urabstimmung den anders lautenden Beschluss des Bremer Parteitags auszuhebeln, sagte der Kreisgeschäftsführer der Grünen in Plön, Stephan Frey: „Falls das so kommt, werde ich vor das Parteischiedsgericht und notfalls auch vor ein Verwaltungsgericht ziehen.“ ap

(Q 14.3) Claudia Roth und Fritz Kuhn sind in Gefahr

Parteitag der Grünen am zweiten Adventswochenende in Hannover wird Weichen für die Zukunft der beiden Vorsitzenden stellen

von Reinhard Urschel, HAZ vom 19. 11. 2002

Berlin. Wenn er energisch redet, hebt Fritz Kühn gern seine Fersen ein Stück an und stellt sich auf die Zehenspitzen, wie viele kleine Männer das tun. In letzter Zeit spricht der Mitvorsitzende der Grünen fast nur noch in dieser unbequemen Stellung, eine Menge von Dingen erfordert den Einsatz seiner Energie. Es läuft schlecht in der rot-grünen Koalition, kaum dass der Alltag des Regierens begonnen hat. Schulden, Steuererhöhungen, Rentenlöcher, Krankheitskosten - nichts von alledem, was die Bürger so beunruhigt, treibt den Schwaben Kühn so sehr auf die Zehenspitzen wie die „Nerverei“ in der eigenen Partei.

Knapp drei Wochen vor der Bundesdelegiertenkonferenz in Hannover ist die grüne Führungsmannschaft von tiefer Ratlosigkeit ergriffen. Tief saß der Schock über die knappe Niederlage des Vorstands in der Delegiertenversammlung im Oktober in Bremen in der entscheidenden Abstimmung über Amt und Mandat. Doch rasch hatte sich die Zuversicht ausgebreitet, eine elegante Lösung zu finden ...

Kuhn vor allem hat enorm abgebaut in der Gunst seiner Parteifreunde. Die eher bescheidenen Erfolge in den Koalitionsverhandlungen mit der SPD, das Nachgeben in der Rentendebatte werden eher ihm angelastet als seiner Mitsprecherin Roth. An der Parteibasis sehen viele die

Schuld für die grüne Krise bei dem Kommunikationsprofessor aus Stuttgart. Bei einer Sitzung der baden-württembergischen Kreisvorsitzenden musste sich Kühn kürzlich anhören, wie die Basis denkt über „die da oben in Berlin“. Ungeheuer scharf sei gegen die Parteiführung gewettert worden, berichtet ein Teilnehmer. Als Kühn namentlich kritisiert wurde, applaudierten auch die Bundestagsabgeordneten des Realo-Flügels, notierte man beim „Netzwerk Basisgrün“, in dem sich die Linken organisiert haben.

Der Zorn richtet sich zwar gegen das gesamte Spitzenteam, einschließlich der drei Bundesminister, aber für Kuhn ist die Lage besonders unangenehm: Mal lautet der Vorwurf, er sei im Grunde ein Sozialdemokrat, andere haben mit ihm politische Rechnungen aus alten Stuttgarter Tagen offen.

(Q14.4) — Original Message —

From: "Gabi Kutsche" <landesverband@gruene-niedersachsen.de>

Sent: Thursday, November 21, 2002 1:06 PM

Subject: KV Holzminden zur BDK Hannover

Hier der einstimmige Beschluss unseres Kreisvorstandes zur BDK Hannover zK :

Nicht so lange abstimmen bis es passt! - Beschlüsse einhalten

Lieber Bundesvorstand,

Nach der BDK habt ihr uns über die Medien gebeten, Stellung zu beziehen, wie mit der Entscheidung zum Thema Trennung von Amt und Mandat umzugehen ist. Dies wollen wir hiermit tun. Auch wenn der Kreisverband sich in Bremen noch für einen Kompromiß entlang des Antrages von Benjamin v. d. Ahe u.a. eingesetzt hat, hält er eine Wiederholung der lähmenden Satzungsdebatte und eine neuerliche Abstimmung besonders in Bezug auf den niedersächsischen Landtagswahlkampf für äußerst schädlich.

Der Vorstand des KV Holzminden schliesst sich daher der Forderung vieler Kreisverbände nach einer Akzeptanz der auf der BDK in Bremen gefassten Beschlüsse an.

Wie die Entscheidung auch ausgefallen ist, es war eine demokratische Entscheidung, bei der alle wussten, um was es ging.

Wir erwarten daher vom Parteivorstand, dass er, wie vorher angekündigt, die Entscheidung der Delegierten nicht durch die Hintertür zu korrigieren versucht, sondern für eine Neuwahl entweder seine Mandate abgibt oder erklärt nicht zu kandidieren, damit andere geeignete Kandidatinnen sich angemessen vorstellen können.

Daß ihr Euch nach der BDK eine weitere Kandidatur mit Mandat offen haltet, halten wir für eine Missachtung der Delegiertenentscheidung.

Ebenso wundern wir uns, dass ihr einen anderen Parteitagsbeschluss, den der Trennung von Ministeramt und Mandat (BDK Stuttgart) nicht umsetzt. Diese Mandatsrückgabe fordern wir nachhaltig ein, und der Bundesvorstand muss sich hier (auch wenn er damals überstimmt wurde), für die Parteitagsentscheidung stark machen und gegenüber unseren Ministern öffentlich und vehement einfordern.

Unsere Glaubwürdigkeit steht auf dem Spiel, wenn bestimmte Entscheidungen zu akzeptieren sind, andere jedoch nicht. Loyalität ist keine Einbahnstraße.

Bündnis 90/Die Grünen haben zu Recht eine andere demokratische Kultur als die anderen Parteien. Das machte uns auch im Wahlkampf attraktiv.

Alternative Strukturen, zu denen auch die Trennung und Begrenzung von Macht gehört, halten wir für ein Erfolgsmodell.

Trotzdem haben auch wir unterschiedliche Auffassungen über die konkrete Ausgestaltung der Trennung von Amt und Mandat. Ob eine Urabstimmung, bei der Kompromisse und Änderungsanträge nicht möglich sind, das geeignete Modell sind, wissen wir nicht.

Was wir aber wollen, ist eine freie Entscheidung über den Inhalt der Trennung von Amt und Mandat ohne gleichzeitige Mitabstimmung von tagesaktuellen Personalpaketen, Auch einen Vorstand mit dem Risiko der Abberufung können und wollen wir uns nicht leisten.

Wir fordern deshalb die anstehende Urabstimmung mit einem Vorstand ohne Mandatsträgerinnen einzuleiten, damit wir über die Sache und nicht über Kandidatinnen entscheiden können. Jegliche Ausnahmen und Vorfestlegungen für einzelne Personen lehnen wir ab, da sie die Entscheidung der Urabstimmung verfälschen würden.

Und lasst uns bitte wieder die Inhalte der Regierungskoalition diskutieren. Von Hartz bis Atomausstieg, von Rente bis zum nötigen Abzug der Fuchs-Spürpanzer in Kuwait gibt es da genug zu diskutieren und durch Parteitage zu entscheiden.

*In diesem Sinne
Mit grünen Grüßen*

Kreisvorstand Holzminden

(einstimmig beschlossen auf der Kreisvorstandssitzung am 4.11.02)

(Q 14.5) Wachsender Unmut bei SPD und Grünen

Parteibasis kritisiert die Politik der Bundesregierung, HAZ vom 25. 11. 2002

Berlin (dpa). Die Enttäuschung über die Arbeit der rot-grünen Koalition wächst auch in den eigenen Reihen weiter. Erstmals wurde bei den Grünen auf einem Landesparteitag in Baden-Württemberg massive Kritik an der SPD laut - bis hin zur Erwägung, aus der Regierungskoalition in Berlin auszusteigen.

Der Freiburger Oberbürgermeister Dieter Salomon (Grüne), erklärte am Wochenende: „Ökonomisch hält diese Regierung die kommenden vier Jahre nicht durch.“ Grünen-Partei-vorsitzender Fritz Kühn räumte bei dem Landesparteitag Fehler ein. Auch SPD-Spitzenpolitiker erneuerten am Wochenende die Kritik am Auftreten von Rot-Grün in Berlin. Einhellig war die Auffassung, dass die Koalition zu viele Projekte angepackt habe, ohne sie den Bürgern richtig zu erläutern.

Bei dem Grünen-Parteitag im Südwesten sagte Kühn zum rot-grünen Start in die Legislaturperiode: „Auch ich bin immer mal wieder dem einen oder anderen auf den Füßen herumgetreten.“ Es sei wichtig, den Menschen „reinen Wein“ einzuschenken. Einige Grünen-Politiker zeigten sich enttäuscht über den Auftritt ihres Parteichefs. Dieser habe ausgeblendet, „daß die eigene Partei wissen möchte, wie sie in die jetzige Lage hineingerutscht ist“, sagte die baden-württembergische Landtagsabgeordnete Boris Palmer.

Salomon, erster grüner Bürgermeister einer deutschen Großstadt, schloss sogar einen Koalitionsbruch in Berlin nicht aus. Sollte es zu Neuwahlen kommen, sei es besser, mit eigenem Profil zu starten, als „im Chaos der Sozialdemokratie unterzugehen“. Sein Parteifreund Eugen Schlachter aus Biberach forderte Grünen-Chef Kühn auf, „den roten Kameraden die Zähne zu zeigen und ihnen zu sagen, wie weit wir mitmachen und ab wann nicht mehr“. ...

.....

(Q14.6) Grüne nennen die Lage in Deutschland „dramatisch“

HAZ vom 26. 11.

Parteichef Kuhn: Was bisher beschlossen wurde, ist nur ein Notprogramm / „Die eigentliche Operation steht noch bevor“

Berlin/Kiel (dpa/ap). Die Grünen setzen ihren sozialdemokratischen Koalitionspartner und insbesondere die Sozialministerin Ulla Schmidt (SPD) unter massivem Reformdruck.

„Die Lage von Wirtschaft und Sozialsystemen in Deutschland ist dramatisch“, sagte Grünen-Chef Fritz Kühn am Montag nach Sitzungen der Parteigremien in Berlin. „Deswegen stehen

wir vor einschneidenden Reformen in der Bundesrepublik Deutschland.“ Als Reformfelder nannte er Arbeitsmarkt, Rente, Gesundheit und Pflege. „Es wird keine Tabu-Bereiche mehr geben können.“

Im Januar wollen die Grünen laut Kühn ihr Reformkonzept für die sozialen Sicherungssysteme vorstellen und „aktiv mit Vorschlägen“ auf die von Sozialministerin Schmidt eingesetzte „Rürup-Kommission“ einwirken. ...

.....

(Q14.7) ——— Original Message ———

From: "Dunja Rose" <presse@gruene-niedersachsen.de>

Sent: Wednesday, November 27, 2002 12:24 PM

Subject: pm48_Tischmann: Vermoegenssteuer allein reicht nicht aus

"Vermögenssteuer allein reicht nicht aus"

Landesvorsitzende Heidi Tischmann fordert weitere Stärkung der Einnahmenseite

Die von den SPD-Ministerpräsidenten Sigmar Gabriel und Peer Steinbrück gestartete Initiative zur Einführung einer verfassungsgemäßen Besteuerung großer Vermögen findet im Grundsatz Zustimmung bei den niedersächsischen Grünen. Damit greift die SPD auf, was Bündnis 90/Die Grünen schon lange in Bundes- und Landtagswahlprogrammen fordern. Dazu Heidi Tischmann: "Es ist richtig, dass in der Vergangenheit Besitzer großer Vermögen, Erbschaften und Gewinne zu gering besteuert wurden. Hier ist mehr Steuergerechtigkeit dringend geboten. Die SPD springt aber zu kurz. Eine Vermögenssteuer allein wird nicht ausreichen, die Krater im niedersächsischen Landeshaushalt zu stopfen. Deshalb ist auch eine Neuregelung der Erbschaftssteuer notwendig, die ebenfalls vollständig den Länderhaushalten zufallen würde, sowie eine Korrektur der für Großkonzerne beschlossenen Entlastungen. Es wäre deshalb gut, wenn die Landes-SPD sich auch beim Streichen von umfangreichen Steuerprivilegien für Besserverdienende und Konzerne auf die grüne Seite schlagen würde."

.....

(Q 14.8) Newsletter von Bündnis 90/Die Grünen KW 48/2002

Kühn: Nein zum Irak-Krieg

Die Grünen bleiben weiterhin beim entschiedenen "Nein" zu einer deutschen Beteiligung bei einem möglichen Irak-Krieg. Das betonte der Grünen-Bundesvorsitzende Fritz Kühn am Montag in Berlin. Spekulationen über den Einsatz der deutschen Spürpanzer seien aus der Luft gegriffen: Es gebe einen Bundestagsbeschluss, wonach die Panzer nur im Rahmen der Anti-Terror- Aktion "Enduring Freedom" eingesetzt werden dürften. Inzwischen haben die ersten UN-Inspektoren ihre Arbeit in Bagdad aufgenommen.

(Q 14.9) HAZ vom 2. 10. 2002

Die Grünen wollen der SPD bei der Rente „Beine machen“

Wie dringend sind Reformen der Altersicherung? / Experten kritisieren Notmaßnahmen / CDU spricht von „Tollhaus“ (ddp / dpa / kne)

(Q 14.10) www.HAZ.de 1.10.2002

Für Grüne beginnt die Panzer-Panne erst

Dass Israel „Fuchs“-Transportpanzer will, bringt des Kanzlers Bündnispartner in Rage.

*....
Nicht öffentlich ist bislang auch noch die deutsche Antwort auf die US-Anfrage um Unterstützung im Falle eines Irak-Krieges, die Washington gestern schriftlich zuzug. Zugestanden hatte Schröder bislang Überflug- und Transitrechte für US- und Nato-Truppen. US-Bitten um ABC- und Raketenabwehrsysteme wurden abschlägig beschieden - anders als die israelische Anfrage nach „Patriot“-Abwehrraketen. Daniel Alexander Schacht*

(Q 15) *Die Untersuchung / Lüge und Wahrheit*

VON WOLFGANG MAUERSBERG

HAZ vom 4. 12. 2002

Selbstverständlich hat die Bundesregierung vor der Bundestagswahl die Unwahrheit gesagt. Es gab wohl noch nie einen Wahlkampf, in dem so ungeniert gelogen und getrickst worden ist. Jeder hat noch im Ohr, wie der Kanzler und sein Finanzminister versichert haben, der Bundeshaushalt sei in Ordnung, es gebe keine zusätzlichen Staatsschulden. Jeder erinnert sich an die Lobeshymnen auf Arbeitsminister Walter Riester, der die Rentenversicherung angeblich in Ordnung gebracht hatte. Und Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt schwor Stein und Bein, dass sie die Kosten im Gesundheitswesen im Griff hätte; alles andere sei eine böartige Kampagne. ...

Die atemberaubende Erklärung, dass das wahre Ausmaß der wirtschaftlichen Misere erst nach der Wahl sozusagen über Nacht offenbar geworden sei, hat der Regierung niemand mehr abgenommen. Inzwischen erntet sie die Früchte ihres Wahlkampfes, Hohn und Spott. Ihre Glaubwürdigkeit ist nachhaltig zerstört. Weil ja angeblich alles in Ordnung war, hat niemand rechtzeitig über echte Reformen unseres kaputten Steuersystems und der maroden Sozialversicherungen nachgedacht. ...

Wenn die Opposition all dies aufklären will, kann sie sich die Mühe sparen. Wichtig wäre dagegen eine Aufklärung in eigener Sache. Die vom Volk gewählten Abgeordneten sollten sich endlich einmal Rechenschaft geben, wie sie es jetzt und in Zukunft mit der Wahrheit halten wollen. Dass der Politik nichts anderes übrig bleibe als zu lügen, weil die Bürger die Wahrheit nicht hören wollten, ist selbst eine zynische Lüge, die Feigheit und Verantwortungsscheu bemänteln soll. Unser Problem sind nicht die Bürger. Unser Problem liegt im Ver-

sagen der politischen Elite. ...

Die Wahlentscheidung ist unumstößlich. Tatsache ist, dass eine sehr knappe Mehrheit der Wähler Rot-Grün beauftragt hat, im Bund weiterzuregieren, obwohl alle wussten oder wissen konnten, wie es um Staat und Wirtschaft steht. Wer den Wählern insgesamt die Fähigkeit abspricht, vernünftige Wahlentscheidungen zu treffen, greift das Fundament der Demokratie an. Alle Macht geht vom Volke aus. Jeder Bürger entscheidet mit seiner Stimme, wer das Land regiert. Eine Berufungsinstanz gibt es nicht - bis zur nächsten Wahl. ...

.....

TZ 53) Vorbemerkung zur eigenen Person in Bezug auf die Bündnisgrünen

Ich selber gehöre zur freiwirtschaftlichen Ur-Gründungsgruppe der grünen Partei, die in der ersten Entwicklungsstufe „Grüne Liste Umweltschutz“ hieß. Die Freiwirtschaft oder die Natürliche Wirtschaftsordnung (nach Silvio Gesells Hauptwerk benannt) ist ein marktwirtschaftliches Wirtschaftsmodell, das beansprucht, die heutigen Krisen- und Störungserscheinungen überwinden zu können. Das Wissen um dieses Modell in die Politik (aber auch auf Umwegen in die Wissenschaft) einzubringen, war ein wesentliches Motiv eine grüne Partei zu gründen. Die Farbe *grün* stand dabei nicht nur für Natur oder Ökologie, sondern ist die Traditionsfarbe der Freiwirtschaft. Das Wissen um diese Gründungsgruppe und ihr Anliegen ist unter den Grünen nur noch im Promillebereich der heutigen Mitgliedschaft bekannt.

Ich halte die eigene Partei - wie auch die anderen Parteien - solange nicht mehr für wählbar, wie sie den Verfassungsbruch, den sie im Vereinigungsprozeß begangen hat (haben), nicht heilt. Warum ich unsere ganze politische Klasse (einschließlich der Parteifreunde) für Verfassungs- und Demokratiefeinde halte, habe ich an anderer Stelle beschrieben und bekannt gemacht ² Dies ist keine Aussage von Haß oder Abneigung gegen Personen, eher eine traurige Feststellung, daß sich Anspruch und Wirklichkeit in der Politik selten decken.

Ich bin trotzdem noch Mitglied bei den Bündnisgrünen. Warum? Ich orientiere mich an den Gründungsimpulsen und bin mir mit dem verstorbenen Rudolf Bahro darin einig, daß es unserer Gesellschaft nicht gut bekommt, wenn der politische Aufbruch vom Anfang der 80er Jahre sang- und klanglos verloren geht. Ich muß aber gestehen, daß es mir zunehmend schwerer fällt, in eine Parteiversammlung zu gehen. Natürlich würde ich lieber ein fröhlicher Wahlkämpfer sein und mich in einem guten Wir-Gefühl baden. Leider ...

2 Zur Verfassung habe ich mich ausführlich öffentlich geäußert im:
Dezember 1998 / Darauf kommt es an! Gedanken eines Bürgers aus der Mängel-Demokratie BRD für die Bürgerinnen und Bürger der Entwicklungsdemokratie DDR,
November 1991 / Die Verfassungspiraten,
Oktober 1992 / Verfassungsbeschwerde (aus formalen Gründen vom BVerfG nicht angenommen),
April / Mai 1993 / Gebt die Rolle der Verfassungspiraten auf!,
Oktober 1999 / Agenda Niedersachsen 2001,
Mai 2001 / Agenda Niedersachsen 2001 (zweiter Teil)

TZ 54) Die Bündnisgrünen auf Abwegen

TZ 54.1) 1983 habe ich und 1984 Rudolf Bahro die Entstehungsgründe der grünen Bewegung verglichen mit den Entstehungsgründen der braunen Bewegung. Es war ein Verweis auf das Versagen der demokratischen etablierten Parteien zu Zeiten der Weimarer Republik wie Ende der 70er Jahre. Erst das Versagen der institutionalisierten Politik macht politische Bewegungen möglich. Da die Erfahrungen und Ergebnisse der braunen Bewegung ja zur Genüge bekannt waren, ging es eigentlich nur darum zu zeigen, daß Bewegungen notwendig sind, um politische Erstarrungen aufzubrechen, daß aber ein Guter Wille und Idealismus alleine keine Garantie für ein gutes Ergebnis sind. Der Versuch von „Parteifreunden“, den Arbeitskreis Dritter Weg NWO mit der Titulierung „ultrarechts“ zu isolieren, war für mich der Anlaß, auf die formale (nicht inhaltliche) Ähnlichkeit der Entstehungsgeschichte der braunen und grünen Bewegung hinzuweisen. Der Vorwand für die versuchte Ausgrenzung war ein Flugblatt von Hermann Müller, Jahrgang 1898. Müller war der Alleinunterzeichner des ersten Flugblattes, das zur Gründung einer Lebensschutz bzw. grünen Partei aufrief und von Georg Otto entworfen worden war. Das kritisierte spätere Flugblatt von Hermann Müller war eindeutig pazifistisch, wies darauf hin, daß schon vor 2000 Jahren den Menschen Frieden auf Erden verheißen wurde und schloß: „Hunger und Durst nach Gerechtigkeit (Matthäus 5 Vers. 6) können nur gestillt werden, wenn Gerechtigkeit gesetzlich verankert und im Zusammenleben der Menschen verwirklicht wird. Nur so werden wir dem Geist der Bergpredigt gerecht.“ Sein „Verbrechen“ bestand darin, daß er, sich auf Heraklit berufend, sagte, nicht der Krieg, sondern der Kampf ist der Vater aller Dinge. Und darwinistisch angehaucht unter dem Stichwort Krieg (hier frei formuliert) sagte: Im Krieg werden die Gesunden verheizt, während die Drückeberger und Untauglichen ihre Eigenschaften an die Nachkommen weitergeben können. In meiner Stellungnahme war ich über den Inhalt von Müllers Flugblatt hinausgegangen, weil mich der Hochmut der linken Parteifreude gegenüber den Menschen, die von den Demokraten in die Arme der Nazis getrieben worden sind, aufregte. Ich habe damals meinen Vergleich mit dem Satz beendet: „Ich hoffe nur, daß in fünfzig Jahren über die grüne Bewegung Besseres berichtet werden kann als über die braune.“ Mir hat man daraufhin ein Parteiausschlußverfahren wegen „Gefährliche(r) Verharmlosung des Nationalsozialismus“ (HAZ vom 24. 9. 83) angehängt und versucht, mich in die politisch rechte Ecke zu stellen. (Auch mit Hilfe der Presse, die es nicht für nötig hielt, bei den Betroffenen prüfend nachzufragen.) „Grüne rücken von 'ultrarechter' Gruppe ab“ (HAZ vom 29. 8. 83) Der Spruch der Bundesschiedskommission fiel an dem Tag und auf der Bundesdelegiertenkonferenz 1984 in Hamburg zu meinem Gunsten

aus, an bzw. auf der Bahro seine gleichlautenden Thesen vortrug und seiner Sorge Ausdruck verlieh, daß die grüne Bewegung ebenfalls verloren gehen könnte, wie die nationalsozialistische, die eben nicht als Mordmaschine gestartet ist. Im Grunde ging es aber gar nicht um die Vergleiche der Bewegungen, sondern der Vorwurf der Verharmlosung sollte der Hebel sein, die Ur-Gründergruppe aus der grünen Verankerung zu reißen. Denn aus der Sicht marxistischer Köpfe war unsere betont marktwirtschaftliche Orientierung mit gleichzeitiger antikapitalistischer Haltung so etwas wie Häresie. Wir waren eine Gefahr für das beanspruchte marxistische Interpretationsmonopol für den Kapitalismus.

Hier werden keine privaten Empfindlichkeiten und Verletzungen wiedergegeben - wenn der ganze Vorgang auch verletzend war und das Verhalten der grünen Parteifreunde gegenüber Georg Otto aus dem Kreis Hildesheim, der den grünen Karren als erster angeschoben hat, menschlich miserabel und politisch dumm war und ist -, sondern, es geht um die Ursachen, des heute eher jämmerlichen Erscheinungsbildes der Grünen, die ja nun wirklich einmal ein Hoffnungsträger waren. Die Auseinandersetzung um unsere Gruppe war auch nicht einmalig, sondern eher typisch für die Auseinandersetzungen mit anderen Untergruppen der Grünen.

TZ 54.2) Zur Verteidigung der linken Freunde (hier ohne Anführungsstriche) von damals muß ich aber noch folgendes sagen:

a) Braun war und ist als das absolut Böse definiert. Grün verstand man als das Gute schlecht hin. Sich auch nur abstrakt-theoretische oder formale Verbindungen zwischen braun und grün vorzustellen, überforderte viele Mitglieder einfach emotional.

b) Die Grünen waren sowieso schon mit Gleichsetzungen zur braunen Bewegung (besonders aus dem CDU-Lager) genervt.

c) Das, was der Arbeitskreis Dritter Weg NWO vorzutragen hatte, paßte nur schwer in die Köpfe konservativer Ökologen und Ökolibertäre, aber überhaupt nicht in jene, die am Marxismus geschult waren bzw. sind. (Hinweis: Es gab auch noch *Arbeitskreis 3. Weg*. Dieser baute auf die Anthroposophie und den Prager Frühling auf.)

Die ganze Auseinandersetzung hat mal wieder gezeigt, daß zwischen den hehren Zielen, die in die Programme der Parteien geschrieben werden, und dem konkreten Verhalten von Parteimitgliedern eine große Kluft liegt.

TZ 55) Welche Möglichkeiten der Artikulation hat ein politischer Protest?

TZ 55.1) Die Situation, in der vielfacher individueller politischer Protest zur Gruppenbildung führt, weil mehr oder weniger die Problemlage und die Problemlösung von den Individuen in

gleicher Weise gesehen wird und der Rahmen, innerhalb dem sich der Protest formieren soll, gegeben ist, will ich hier gar nicht erörtern, weil sie den Ausgang der grünen Partei nicht trifft. Die Ausgangslage war die, daß die politischen Parteien - man kann sie auch als Staatsbesetzer bezeichnen - die Gesellschaft in eine Lage gebracht hatten, die eine Abwehrbewegung erforderlich machte. Die entstehende Gesamt-Bewegung war ideenmäßig aber kein geschlossener Block, sondern es waren viele kleine Bewegungen, Bürgerinitiativen mit unterschiedlicher Thematik und unterschiedlichem politischen Selbstverständnis dabei. Zudem war die Erkenntnis gereift, daß alle Bürgerinitiativen zusammen nicht so viel heil machen könnten, wie aus der Sicht der Bewegten die Parlamentarier kaputt machen würden. Man müsse sich also an den Ort begeben, wo die Übel erzeugt würden, um sie dort zu stoppen, so dachte man. Aber anfangs waren vermutlich mehr gegen diesen Weg als dafür, weil man berechtigt eine Parteiorganisation als destruktiv fürchtete. In der Bewegung waren die unterschiedlichen Gruppen frei, niemand konnte sie gängeln oder majorisieren. Man muß sich vergegenwärtigen, daß es Gruppen waren mit sehr unterschiedlichen politischen Schwerpunkten und Selbstverständnis. Ohne den empfundenen Bedrohungsdruck hätten viele Mitglieder aus den Bürgerinitiativen, Friedens- und Sozialbewegungen überhaupt nicht miteinander gesprochen. Die Ohnmachtsgefühle als Einzelkämpfer und als Kleingruppenmitglied brachte die Menschen dazu die Kröte „Partei“ doch zu schlucken.

TZ 55.2) Wenn es die 5%-Klausel nicht gegeben hätte, hätten sich wahrscheinlich ein halbes bis ein Dutzend Wählerinitiativen gebildet, die Vertreter ihrer Richtung oder politischen Position in die Parlamente gebracht hätten. Dies wäre die beste Lösung gewesen, weil dann jede Gruppe zur Bereicherung des Ganzen ihr Anliegen unverfälscht hätte in die Parlamente tragen können. Die Republik wäre heute eine andere, wenn dieser Weg nicht durch Parteienegoismus verbaut gewesen wäre. Weil aber keine der Gruppen im Stande war, alleine eine erfolgversprechende Partei zu gründen, mußten Menschen und Gruppen von Menschen kooperieren, die sich eigentlich mehr gegenseitig abstießen als anzogen. Die Vorhut dazu waren aber nicht die Linken, die waren viel zu sehr Gefangene ihrer Ideologiegebäude, als das sie hätten direkt mit den Konservativen Umweltschützern hätten sprechen können. Die Vorhut waren eben Gruppen mit einem liberalen Selbstverständnis. Das wird heute gerne vergessen.

TZ 55.3) Um den vorhersehbaren Streit in Grenzen zu halten und eine Kooperation zwischen den Mitgliedern unterschiedlicher Prägung zu ermöglichen, wurde die Parole herausgegeben: Wir sind nicht links, wir sind nicht rechts, wir sind vorne. Mit der Formel von der Vielfalt in

der Einheit der Grünen wurde die unterschiedliche Prägung der Mitglieder offiziell anerkannt. Damit die Auseinandersetzungen um die Programmatik in Grenzen gehalten werden konnten, wurde satzungsmäßig vereinbart, daß es zwei Programmabteilungen geben sollte. In der Abteilung A) sollte das veröffentlicht werden, was eine Mehrheit gefunden hatte, und in B) jene Aussagen der Strömungs- oder Fachgruppen, die noch nicht mehrheitsfähig sind. Die Regelung war durchaus sinnvoll, wurde aber von linken grünen Gruppen dadurch verhindert, daß die Ausführungsbestimmungen nicht beschlossen wurden. Zuspruch hatte die A)-B)-Regelung von den Linken nur so lange, wie sie befürchteten, bei den Grünen in der Minderheit zu bleiben. Daß die Linken - wiederum sehr unterschiedlich geprägt - zur Mehrheit wurden, hängt wiederum mit der 5%-Klausel zusammen. Die Liberalen sagten sich, alleine (auch mit den mehr Konservativen) schaffen wir diese Hürde nicht. Wir müssen uns nach links öffnen, auch auf die Gefahr hin, daß das Parteiprojekt dadurch scheitert und wir in zehn Jahren eine neue Partei gründen müssen. Es hat dann ja heftige Auseinandersetzungen um die Frage gegeben, ob K-Gruppenmitglieder auch Mitglieder der GRÜNEN werden könnten.

Man kann sagen, die anfängliche Dynamik der Grünen und ihr Status, Hoffnungsträger zu sein, kam aus ihrer anfänglichen Vielfalt; ihre Lähmung und ihre Sozialdemokratisierung ist das Resultat der Unfähigkeit, eine Arbeitsform zu bilden, die ihren unterschiedlichen Teilgruppen das Atmen ermöglicht hätte.

TZ 55.4) Das ursprüngliche Ziel, das Parteienkartell zu knacken ist nicht gelungen. Der politische Erfolg der Grünen hat sich darauf reduziert, daß das Kartell um ein Mitglied erweitert worden ist. Der Prozeß der Sozialdemokratisierung hatte wiederum zur Folge, daß die Teilhabe an der Regierung viel wichtiger wurde als die vorher empfundene Notwendigkeit die Politik, die Gesellschaft mit neuen Erkenntnissen und Ideen anzureichern. Joseph Beuys, Rudolf Bahro und viele andere haben davor vergeblich gewarnt. Die Grünen sind auf diesem Wege - an dessen Rändern viel Enttäuschte und Entmutigte liegen geblieben sind - Teil dessen geworden, was mit ihrer Gründung überwunden werden sollte.

TZ 56) Bündnisgrüne mit oder ohne Doppel- oder Mehrfachfunktion

Wer diesen Text liest, konnte schon die Ergebnisse der Bundesdelegiertenkonferenz der Bündnisgrünen vom 7./8. Dezember 2002 in Hannover in der Presse verfolgen. Das Rotationsprinzip, die Begrenzung der Wiederwahl, die gleichzeitige Ausübung eines Amtes und eines Mandates und die Einkommensbegrenzung von Abgeordneten und Funktionären, sollten eine Entwicklung der grünen Partei, wie sie in den anderen Parteien beobachtet werden konnte

verhindern: wenige Aktive mit viel Einfluß und Einkommen und die große Mehrheit der Mitglieder als Statisten. Auch nahm man an, daß die zu beobachtende allgemeine politische Lähmung und Lagerbildung in einem Zusammenhang mit der Ämterhäufung zu sehen sei.

Die Trennung von Parlamentsmandat und Ministeramt ist eine Forderung, die über die programmatischen Interessen der Bündnisgrünen hinausgeht. Diese Forderung zu mißachten oder aufzuheben, ist einfach rückschrittlich. Die Trennung zwischen Ministeramt bzw. Parlamentsmandat und höherem Parteiamt ist einfach klug, weil dann die Parteien - solange wir sie noch haben - einfach unabhängig von ihren Vertretern in den Parlamenten agieren können. Über die Wiederaufstellung eines Parteimitgliedes als Kandidat für die Wahl nach abgelaufener Mandatszeit, kann man streiten. Die Argumente „Erfahrung“ und „unverschlissene Frische“ haben beide etwas für sich. Ein guter Mix, der Erbhöfe vermeidet, wäre angebracht. (Damit ist noch nichts über die Problematik des von Parteien dominierten parlamentarischen Selektionssystems gesagt) Die Forderung nach einer Rotation innerhalb einer Legislaturperiode war eine rechtliche Anmaßung und für die Parteiarbeit kontraproduktiv. Die Begrenzung der Einkommen der Mandats- und Amtsträger auf die Höhe des Facharbeiterlohnes war ein Ausfluß sozialistischer Ideologie und der Fehleinschätzung vieler junger Mitglieder, die nicht wußten, was ihre Eltern verdienten, damit die „Brut“ „in Politik machen“ kann.

TZ 57) Bündnisgrüne sollten sich für die CDU offen halten

Da die grüne Partei - so wie sie geworden ist - nun nur wenig der Erwartungen an sie aus der Gründerzeit erfüllen kann, sollte sie wenigstens für einen Rest an Beweglichkeit in den Parlamenten dadurch sorgen, daß sie sich für jegliches Bündnis offen hält und sich nicht sklavisch an den derzeitigen Bündnispartener, die SPD klammert. Sie sollte für die CDU/CSU offen sein und auch nicht die FDP unnötig abwerten. Die Bündnisgrünen werden dadurch nicht besser. Wenn ein Bündnis der Grünen mit der CDU für die CDU die einzige Chance ist, die Regierung zu übernehmen, kann das den Atomausstieg beschleunigen. Machtgewinn gegen Atomverlust - das Geschäft wird die CDU machen. Ich will hier die PDS nicht übergehen, bin mir aber in Aussagen über die Chancen, die eine Koalition mit ihr, bietet einfach unsicher. Solange sich die PDS noch entwickelt, sollte sie uns auch erhalten bleiben. Sie kann so etwas die fehlende Peitsche ersetzen, mit der die anderen Parteien auf Trab gehalten werden können.

TZ 58) Bündnisgrüne und der Krieg

Es bedurfte in der Vergangenheit ja der ausgedehnten Rabulistik seitens der grünen Führungsriege, damit sich die Grünen nicht über die Frage Ja oder Nein zu Militäreinsätzen im Ausland

spalteten. Jetzt heißt es zu einer Beteiligung an einem Krieg gegen den Irak - den sich die US-Regierung wünscht und es bedauerlich empfinden würde, wenn die UN-Waffeninspektoren nichts Verdächtiges finden - , nein wir beteiligen uns nicht, aber bestimmte Hilfen oder Hilfsgüter leisten wir oder stellen wir bereit. Das ist natürlich wieder so ein Fall von politischem Betrug. Läuft die Kriegsmaschinerie, dann ist alles wichtig. Die Rangfolge bildet die Knappheit. So können Brötchen wichtiger sein als Raketen, Lazarette, und Überflugrechte können ein größeres Gewicht haben als die Bereitstellung einiger Kompanien oder gar einer Armee. An dieser Stelle sei vermerkt, daß die Pazifisten in allen Parteien zu lahm waren in der Förderung der Entwicklung der gewaltlosen Gewalt zur eigenen Verteidigung und zur Durchsetzung von Menschenrechten an Plätzen, wo sie mißachtet werden.

TZ 59) Bündnisgrüne und Reformen

Die Bündnisgrünen haben sich wie die anderen Parteien im politischen Tagesgeschäft verheddert. Es macht keinen Sinn, den Fehler von gestern mit dem Fehler von heute berichtigen zu wollen. Es macht auch keinen großen Sinn mehr, Parteikommissionen und überparteiliche Kommissionen Gutachten und Empfehlungen ausarbeiten zu lassen. Wir müssen jetzt einen gesellschaftlichen Selbstfindungs- und Erneuerungsprozeß einleiten, der in der Vereinigungszeit von DDR und BRD versäumt und unterbunden wurde. Wir müssen anstreben, daß wenigstens 20 bis 30 Prozent der BundesbürgerInnen individuell und kollektiv fragen: Woher kommen wir? Wo sind wir? Wo wollen wir hin? Wie müssen die Institutionen und Strukturen beschaffen sein, die eine freie und sozial befriedete Gesellschaft ermöglichen?

Es macht aber keinen Sinn, durch Kampfabstimmungen in Versammlungen, Ausschüssen und Parlamenten neue Inhalte und Einsichten in die Köpfe der Menschen implantieren zu wollen. Es funktioniert nicht. Das Gesetz, das mit dem Knüppel des Polizisten durchgesetzt werden muß, hat sein Verfallsdatum schon überschritten. Eine freie Gesellschaft braucht nur wenige Gesetze, diese müssen aber der eigenen Einsicht entsprechen und in der inneren Kontrollinstanz, dem Gewissen verankert sein. Gesetze, die diesen Weg nicht finden, sind das Papier nicht wert, auf dem sie geschrieben stehen.

TZ 60) Bündnisgrüne und Steuergerechtigkeit

Steuergerechtigkeit zu fordern, ist ein sympathischer Zug. Doch läßt sich die Steuergerechtigkeit durch eine höhere Besteuerung der Vermögen und der hohen Einkünfte realisieren? Bei der jetzigen Geldverfassung wird keine Geld- und Sachinvestition getätigt, die nicht einen Mindeststandard an Verzinsung einbringt. Wird diese Verzinsung der Anlage durch steuerliche

Abschöpfung unterschritten, setzt ein Investitionsstreik ein, der wiederum durch Subventionen gebrochen werden muß. Die neue Lage gegenüber der Ausgangslage ist, daß sich die Steuergerechtigkeit nicht erhöht, wohl aber die Kosten der Umverteilung und der Bürokratismus erhöht haben. Die Kosten der Umverteilung tragen natürlich die Ärmern in der Steuer-gemeinschaft. Seit über zwanzig Jahren will die Mehrheit der Grünen nicht zur Kenntnis nehmen, wie diese Steuerfalle zu umgehen ist.

TZ 61) Bündnisgrüne und die dramatische Situation

Die grüne Partei wurde gegründet, weil ihre GründerInnen die Lebenssituation als dramatisch empfanden. Wenn heute die Situation immer noch als dramatisch oder als noch dramatischer empfunden wird, dann ist mit den Grünen etwas dramatisch verkehrt gelaufen.

TZ 62) Überleitung zum Vergleich: Brüning - Schröder

Vorweg: Bundeskanzler Gerhard Schröder war mir genauso wenig sympathisch wie Oskar Lafontaine und Jürgen Möllemann. Erst als Verlierer hat er wie die beiden anderen, die ich ja nur als Mediengestalten erlebe, bei mir ein gewisses Maß an Sympathie gewonnen. Das ist sicher zum Teil psychologisch bedingt, weil ich selber auf den äußeren Erfolg bezogen der ewige Verlierer bin. Es gibt aber auch noch eine andere Wurzel für solcher Art von Sympathie bei mir. Ich erinnere mich an einen Volkshochschulkurs, in dem in einem biblischen Stück - das aufgeführt werden sollte - die Rolle des Judas zu besetzen war. Aber wer spielt schon gerne den Judas? Ich habe die Rolle übernommen, weil ich das Gefühl hatte, daß dieser Mensch in seinem Wirken nicht richtig gedeutet wird. Judas ist ja nicht nur ein (vorherbestimmter) Verräter, sondern auch ein Verlierer. Die mehr oder weniger erfolgreichen Gutmenschen brauchen aber die Verlierer als Mülleimer, in dem sie ihr Versagen, ihre Schuld und ihre kaschierten Mißerfolge entsorgen können. Was ich sagen will, ist, daß die desolante Situation unserer Gesellschaft auch unsere Chance ist. Und diese Chance sollten wir nicht dadurch verspielen, daß wir unsere ganze Energie mit der Suche nach Mülleimern vergeuden. Wenn wir das Traurige, das Schlechte nüchtern zur Kenntnis genommen und es analysiert haben, gibt es wirklich Besseres zu entdecken. Die Natur, Gott, das Schicksal hat uns ein so großes Entwicklungspotential für die positive Gestaltung unserer nahen und fernen natürlichen, sozialen und kulturellen Umwelt zur Verfügung gestellt, daß wir nur zugreifen müssen. Wir dürfen an die Möglichkeit, „blühende Landschaften“ allorts gestalten zu können, glauben. Grund haben wir aber, an unsere Lernunwilligkeit in der Regierung, im Parlament, in der Partei, im Betrieb, auf der Straße und zu Hause, zu verzweifeln.

(Q 16) Heinrich Brüning

*Brüning, Heinrich, Politiker, * Münster (Westfalen) 26.11.1885, war 1920-30 Geschäftsführer des (christl.) Dt. Gewerkschaftsbundes und 1924-33 MdR (Zentrumspartei), wurde als Führer der Zentrumsfraktion (1929) im März 1930 Reichskanzler, gestützt auf die bürgerl. Mitte und das Ansehen des Reichspräsidenten (Präsidialregierung).*

Mit Notverordnungen suchte er die schwere Wirtschaftskrise zu bekämpfen (Ordnung der Reichsfinanzen, maßvolle Preis- und Lohnpolitik); er erreichte die Beseitigung der Reparationen. Das Anwachsen der radikalen Parteien konnte er nicht hindern. Infolge der schweren Angriffe der Rechtsparteien verlor B. schließlich das Vertrauen Hindenburgs; im Mai 1932 wurde er von ihm entlassen. 1934 emigrierte er nach den Verein. Staaten und wurde Professor an der Harvard-Universität. Zwischen 1951 und 1954 war B. zeitweilig Prof. in Köln. (Der neue Brockhaus 1968)

TZ 63) Ein Vergleich Brüning - Schröder ist für beide nicht unehrenhaft

Ein Mensch, auch in der Rolle des Kanzlers, kann entweder nach Anweisungen übergeordneter Mächte (das kann das Parlament, ein politischer Erpresser oder ein Sieger sein) handeln oder er handelt nach eigenen Einsichten oder den Ansichten seiner Ratgeber. Von Brüning kann man sagen, er wollte vermeintliche Gefahren abwenden, für die Deutschen das Beste. Für Gerhard Schröder braucht man nur die Gegenwartsform für das Urteil über Brüning zu wählen, um es geltend zu machen. Brünings vermeintlichen richtigen Vorstellungen von den währungspolitischen Wirkungszusammenhängen der Währung waren schlichtweg falsch. Brünings Handlungen, die er aus seinen vermeintlich richtigen Ein- und Ansichten heraus traf waren Gift für die Volkswirtschaft. Er hat aus Angst vor einer erlebten Inflation (die ebenfalls in der ökonomischen Dummheit ihre Wurzeln hatte) die Wirtschaft in eine zerstörerische Deflation getrieben, ohne zu verstehen, was er damit anrichtete. Die Zeit ist weitergegangen. Es haben sich etwas mehr währungstheoretische Einsichten herumgesprochen, aber besonders die Sozialdemokraten sind ernüchert und enttäuscht von der keynesianischen Wirtschaftspolitik, die den Bund und die Länder in die Schuldenfalle getrieben haben. Schröder scheint zu ahnen, daß mit dem Geld etwas nicht stimmt, kann aber genausowenig wie Brüning in seiner Zeit jenen zuhören, die ihm sagen könnten, was nicht stimmt. Die Gefährlichkeit der Situationen von damals sind in ihrer Größe nicht vergleichbar. Wenn aber unsere Regierung morgen nicht die richtigen Maßnahmen trifft, dann kann aus der Rückschau von übermorgen die Katastrophe der Jetztzeit größer sein als die zu Brüningszeiten. Die Bildnisse beider Kanzler kann man dann in das Kabinett der Totengräber der Nation hängen.

TZ 64) Die moralische Hinrichtung der deutschen Gesellschaft

Als ich aus den Medien den Vergleich Brüning - Schröder vernahm, fiel mir wieder das Buch

von Gerhard Ziemer ein. Es trägt den Titel „Inflation und Deflation zerstören die Demokratie“. Es ist 1971 im Seewald Verlag erschienen. Ich habe zwar in der Zwischenzeit hin und wieder aus dem Buch zitiert. Als ich es jetzt aber erneut gelesen habe, stieg soviel Empörung in mir auf, daß ich mir sagte, du darfst dich jetzt nicht an den PC setzen, sonst schlägst Du nur noch verbal um dich. Sicher litten die Deutschen unter einem verlorenen Krieg - für dessen Ausbruch sie unsinnigerweise die Alleinverantwortung aufgedrückt bekamen,³ auch konnte man nicht erwarten, daß sie begeistert davon waren, daß sie ungefragt zu Demokraten gemacht worden waren. Und daß der Versailler Vertrag (der nicht nur von der rechten Seite als ein Diktat empfunden wurde) drückte, ist auch wahr. Aber moralisch hingerichtet wurde die deutsche Gesellschaft von einer dummen, bössartig wirkenden Währungspolitik. Auch die Sozialdemokraten haben sich mit Händen und Füßen gegen bessere Einsichten gewehrt und somit ihre späteren Peiniger selbst herangezüchtet. Das sind keine Spekulationen. Das ist belegt. Hier in dieser hochschulmäßig verankerten Dummheit wurde der Grundstein für die Judenvernichtung, für die Verluste und Qualen des zweiten Weltkrieges, für die Schande der Deutschen gelegt, die uns heute noch zu Menschen mit einem Minus als Vorzeichen stempelt. Mein Vorwurf, den ich in einem anderen Zusammenhang erhoben habe und der da lautet: „Die eigentlichen Eichmänner sind die Wirtschaftswissenschaftler der damaligen Zeit, wäre höchstens dahingehend zu korrigieren, daß ich mit Eichmann nicht die richtige Symbolfigur getroffen habe. Aber wenn wir bedenken, daß für Völkermorde⁴, Bürgerkriege, National- und Weltkriege und für das Massensterben durch Hunger und Elend wenigsten in 90% der Fälle Störungen in der Ökonomie- und hier wieder Schwerpunktmäßig in der Währungspolitik - die Verursacher sind, aber für alle möglichen Forschungen und Gutachten Finanzierungsmittel bereit gestellt werden, nur nicht für die Aufklärung zentraler Probleme der National- wie der Weltwirtschaft, dann kann man berechtigt sagen, die heutigen Wirtschaftswissenschaftler, die Forschungs-, Finanz- und Wirtschaftsminister und -Politiker stapfen ebenfalls in Eichmanns Spuren. Hier ist der Punkt oder gedankliche Ort, wo Gerhard Schröder zu einem Befreiungsschlag ausholen könnte, wo er sich noch einen ansehnlichen Platz in der Geschichte unserer Republik verschaffen könnte. Aber Achtung! Es würde kein Spaziergang. Die Widerstände sind enorm und nur schwer erklärbar.

3 Volkswirtschaften, in denen die Währungen aufgrund des Deckungsglaubens an Gold gebunden sind, müssen - um binnenwirtschaftlich genügend Zahlungsmittel zur Verfügung zu haben - ständig nach einem Handelsbilanzüberschuß streben. Das Gleiche gilt für andere Volkswirtschaften mit gleichem Währungssystem. Der Handelskrieg und in Folge der heiße Krieg ist unvermeidlich. Dumm dran ist dann der Staat, der verliert, und zwar unabhängig davon, wer den ersten Schuß getan hat.

4 Nach. Ex-Staatsminister Michael Naumann sind das seit 1945 mindestens einhundert / FR v. 29. 1. 2000 und nach Hubert Gundolf „Massenmord“, Heyne Verlag, 1981, hat das Morden nie aufgehört.

Dokumentation der ökonomischen Vorgänge vor Hitler Teil 1

TZ 65) *Der Weg in die Katastrophe / Gnadenlose Abrechnung mit Brüning*

So lautet eine Buchbesprechung von Helmut R. Külz, die mich auf Gerhard Ziemers Buch „Inflation und Deflation zerstören die Demokratie“ aufmerksam gemacht hat. Sie befindet sich auf der Seite „Politisches Buch“ der ZEIT in der Ausgabe vom 26. Mai 1972. Eine weitere Buchbesprechung befaßt sich mit den „Illusionen konservativer Journalisten“. Es sind Bücher über Rudolf Pechel und Hans Zehrer. Und eine weitere Buchbesprechung mit dem Titel „Hilf- und nutzlose Liberale / Warum demokratische Blätter die Republik nicht retten konnten“. Es sind also alle Bücher, die sich mit der Zeit der untergegangenen Weimarer Republik befassen. Bevor ich direkt bei Ziemer einsteige, gebe ich erst die Buchbesprechung wieder. Das Buch ist nicht mehr im Handel, der Verlag besteht in der alten Form nicht mehr, aber über das Internet findet man den Titel noch in Antiquariate.

TZ 66) *Pflichtlektüre für Studenten*

Das Buch von Ziemer sollte Pflichtlektüre für studentische Neuzugänge in den Handlungswissenschaften⁵ sein, damit gleich deutlich wird, wie tödlich wissenschaftliche Ignoranz wirken kann. Diejenigen Studenten, die noch glauben können, sollten dann anschließend einen Gottesdienst der Fürbitte für die Seelen besuchen, die durch Uneinsichtigkeit zum Mörder wurden. Im nächsten Akt sollte man die Statistiken studieren, die die gequälten und getöteten Menschen aufführen, die nach der Öffnung der Konzentrationslager erfaßt wurden. Es sollte dann eine Fürbitte für die Wissenschaftler erfolgen, die heute einen wesentlichen Teil der Verantwortung tragen für die weltweite Mißwirtschaft. Und jene junge Menschen, die nach der Kenntnisnahme der Fehlleistungen der Wirtschaftswissenschaften noch Ökonomie studieren wollen, sollten sich gut überlegen, ob ihre Erwartung, in dieser Fakultät etwas Nützliches für sich und die Menschheit zu erfahren, realistisch ist. Das vorige Jahrhundert hat bewiesen: Nichts ist tödlicher, als eine falsche Wirtschaftstheorie.

(Q 17) *Die Rezension zum Buch von Gerhard Ziemer in ZEIT Nr. 21 /1972⁶*

Der Weg in die Katastrophe / Gnadenlose Abrechnung mit Brüning / Von Helmut R. Külz

(Q17.1) *In der Besprechung der Memoiren Brünings wurde an dieser Stelle (ZEIT Nr. 48/70) von der „Hartnäckigkeit, mit der Brüning allein in seiner Deflationspolitik das Heil... suchte“ gesprochen, auch davon, daß sich Brüning den jedenfalls heute in ganz anderer*

5 Das ist ein Begriff, den ich bei Maihofer lesend aufgenommen habe. Er faßt alle Wissenschaften zusammen, die sich mit dem Handeln des Menschen befassen, also Sozialwissenschaften im weitesten Sinne plus Jurisprudenz.

6 Mir war gar nicht bewußt, daß die Wochenzeitung DIE ZEIT früher ihren Namen ohne den Artikel „Die“ geführt hat. Oder hat es noch eine Zeitung gegeben, die sich nur ZEIT nannte?

Richtung gesicherten volkswirtschaftlichen Erkenntnissen „eben damals nicht zugänglich zeigte“, auch davon, daß die damals so vernichtende Arbeitslosigkeit „in den Memoiren an befremdlich untergeordneter Stelle“ steht. Manches war andererseits Brüning zugute gehalten worden. Die Kritik an seiner Geld- und Wirtschaftspolitik muß erheblich schärfer ausfallen, die ihm zuzubilligenden mildernden Umstände müssen erheblich schwächer werden, liest man

(Q17.2) *Gerhard Ziemer: „Inflation und Deflation zerstören die Demokratie. Lehren aus dem Scheitern der Weimarer Republik“; Seewald Verlag, Stuttgart 1971; 256 Seiten, 22,— DM.*

(Q17.3) *Dies ist ein nicht nur für das Verständnis der Vergangenheit, sondern auch für Gegenwart | und Zukunft hochbedeutendes Werk eines Mannes, der seit über dreißig Jahren an führender Stelle des Öffentlichen Bankwesens steht. Dem Verfasser ist, dies vorab, die seltene Gabe zu eigen, auch schwierige geld-, währungs- und wirtschaftspolitische Fragen mit wenigen Worten treffend, anschaulich und überzeugend darzustellen, so daß sich sein Werk - gewiß eine beachtliche Ausnahme unseres wirtschaftswissenschaftlichen Schrifttums - leicht, ja spannend liest, ohne oberflächlich zu sein.*

(Q17.4) *Es ist eine Auseinandersetzung mit den Währungskrisen der Weimarer Republik und insbesondere mit der Deflationspolitik Brünnings, mit der er, bei allem Bemühen um Sachlichkeit und Objektivität auch gegenüber der Person Brünnings, unerbittlich ins Gericht geht. Es bleibt hiernach in der Tat wenig übrig, was zur Entschuldigung von Brünnings verfehlter Politik noch gesagt werden könnte, wenn wir auch der Meinung des Verfassers, „es werde sogar immer schwerer, wenigstens Brünnings menschliche Haltung gerecht zu werden“, nicht beipflichten können. Im Gegenteil: im Lichte der schonungslosen wissenschaftlichen Kritik Ziemers scheint uns gerade auch die Tragik Brünnings - dessen Integrität Ziemer an anderer Stelle betont - nur um so schärfer hervortreten; auch er war eben ein „Mensch mit seinem 'Widerspruch““. Brüning hat an sich gute und redliche Absichten und Ansichten in sparsamer Haushaltsführung im wahrsten Sinne des Wortes zu Tode der Demokratie geritten.*

(Q17.5) *Weniger Tragik ist freilich dem Brünningschen Reichsbankpräsidenten Luther zuzubilligen, vormaligem demokratischen Reichskanzler und nachmaligem NS-Botschafter, dessen erhebliche Mitverantwortung an Brünnings geld- und wirtschaftspolitischem Versagen sehr deutlich gemacht wird. Ein guter rheinischer Oberbürgermeister hat eben nur ausnahmsweise das Zeug zum großen Staatsmann oder gar zum Finanzgenie.*

(Q17.6) *Unnachsichtig greift der Verfasser die Legende an, hundert Meter vor dem Ziele sei Brüning durch eine Intrige um die reifen Früchte seiner Arbeit gebracht worden - wiewohl uns hier die Kausalketten doch etwas verwickelter und gemischerter zu sein scheinen, als sie der Verfasser anscheinend gelten lassen will. Unwiderleglich aber zerstört Ziemer die Legende, daß erst die Wiederaufrüstung unter Hitler die Arbeitslosigkeit beseitigt habe. Hjalmar Schacht werden dabei - mit sichtlichem Widerstreben und auch nicht ohne Einschränkungen - immerhin manche richtigen geld- und wirtschaftspolitischen Entschlüsse zugeschrieben, zu denen Ziemer auch die Ausgabe der vielfach so verschrienen „Mefo-Wechsel- zu rechnen scheint.*

(Q17.7) *Überhaupt macht es einen besonderen Reiz dieses Buches aus, daß die über jeden Zweifel erhabene demokratische Grundhaltung des Verfassers ihn nicht blind gegen die Erkenntnis macht, daß die Weimarer Demokraten der letzten Stunde wirtschaftspolitisch misera-*

ble Musikanten waren. Nicht viel besser übrigens schneiden fast alle Memoirenschreiber aus der Weimarer Zeit ab, die sonst noch auf den Plan getreten sind. Ihnen lastet der Verfasser wohl mit Recht an, daß sie sich nicht einmal nachträglich zu richtigeren Einsichten über die damals gemachten Fehler verstehen, wobei Theodor Heuss und Ernst Lemmer nicht ausgenommen werden.

(Q 17.8) *Um so mehr sollten wir uns mit Ziemer die Namen derer merken, die schon damals die besseren Erkenntnisse kundgaben - wie etwa Silvio Gesell, der zwar, als Erfinder des etwas skurrilen „Schwundgeldes“, allgemein als Außenseiter ohne sonderliches Gewicht angesehen wurde, aber gegen die falsche Deflationspolitik Brüning's durchaus vernünftige Einwände vorgebracht hat - wie etwa der Linksliberale Leopold Schwarzschild, aus dessen „Tagebuch“ der Verfasser damalige Aufsätze zitiert, die von verblüffender Klarsicht zeugen - wie etwa und vor allem Professor L. Albert Hahn, der „zugleich überragende Wirtschaftswissenschaftler und erfahrene Bankier“, der schon Anfang April 1963 in der ZEIT ausführlich zu Worte gekommen ist und dessen bewegende und verzweifelte Klage über die Uneinsichtigkeiten der führenden Weimarer Politiker in jenen Jahren an den Schluß dieses Buches gesetzt wurden.*

(Q 17.9) *Eines unmittelbaren Kommentars zur heutigen Geld- und Wirtschaftspolitik enthält sich der Verfasser; sein Kapitel „Probleme der Geldentwertung in der Gegenwart“ ist verhältnismäßig kurz. Aber wenn er darauf hinweist, daß schon die „gute alte Zeit“ zwischen 1890 und 1914 durch erhebliche Steigerungen der Preise und des Lebenshaltungsindex gekennzeichnet war - diese Behauptung wird durch Statistiken im Anhang bündig untermauert -, wenn er sich wiederholt zu den Lehren von Keynes bekennt, auf den Brüning so wenig hören wollte, und wenn er auch Karl Schiller anführt, der für die Brüning/Luthersche Geld- und Wirtschaftspolitik „wohl nur ein mitleidiges Lächeln“ übrig haben würde, so ist unschwer zu erkennen, daß er unsere derzeitige Geld- und Wirtschaftspolitik mit ihrer wohlabgewogenen Dämpfung unerwünschter Überkonjunktur und der Erhaltung und Förderung einer gesunden Vollbeschäftigungskonjunktur für richtig, ja wohl für die allein mögliche und richtige Politik hält.*

(Q 18) Auszüge aus: Inflation und Deflation ... von Gerhard Ziemer

(Q 18.1) Zur Person

Auskunft des Seewald Verlages Stuttgart aus dem Jahr 1971 über den Autor:

Dr. jur. Gerhard Ziemer, Jahrgang 1904, Studium der Rechts- und Finanzwissenschaft in Jena, München und Berlin, nach Referendar- und Assessorexamen zunächst richterliche Tätigkeit in Pommern, dann bis 1945 Vorstandsmitglied der Pommerschen Bank und Generallandschaftssyndikus der Pommerschen Landschaft; nach dem Krieg Mitbegründer und geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Lastenausgleichsbank in Bonn-Bad Godesberg.

TZ 67) Vorbemerkung zu den Auszügen:

TZ 67.1) Die Auszüge sind nicht wie die große Mehrzahl der Zitate in diesem Schreiben in kursiv gesetzt. Ursprünglich habe ich an einen Zitatenumfang von einer Seitenlänge gedacht. Da ich das Buch von Ziemer heute für aktueller halte als im Erscheinungsjahr 1971, es aber nicht mehr im Handel ist und eine berechtigte Neuauflage im Moment nur ein Wunsch ist, gebe ich hier erheblich mehr an Text wieder. Die Passage mit dem Text von Dr. Stolpe aus dem Jahr

1931 im „Volkswirt“, den ich weiter oben im Zusammenhang mit dem Thema Presse verwendet habe, habe ich in den folgenden Auszügen wiederholt, weil ich davon ausgehe, daß mit diesem Teil der Darlegungen weiter gearbeitet wird. Aus Gründen der Arbeitserleichterung habe ich nur die mir wichtig erscheinenden Fußnoten zu den Auszügen übertragen. Im nachhinein erscheint mir das als Fehler, den ich aber nicht korrigieren will. Über eine Textauswahl kann man immer streiten. Ich habe mich bemüht, das Anliegen der Aufklärung von Ziemer nicht zu verfälschen.

TZ 67.2) Die Theorie aus den Irrgarten?

Als Ziemer an seinem Manuskript gearbeitet hat, konnte er glauben, die wesentlichen währungspolitischen Probleme lägen hinter der deutschen (bzw. Welt-) Gesellschaft. Er meint, mit dem ökonomischen Wissen in der Zeit der Niederschrift seines Skriptes und Prof. Karl Schiller als Keynesianer und Minister hätte es die Deflationskrise, die zu Hitler führte, nicht gegeben. Damit hat er sicher recht. Ziemer hat sich aber zu der Zeit der Niederschrift wohl nicht vorstellen können, daß am 17. 5. 1993 in der FAZ in einer Buchbesprechung von Prof. Hans-Werner Sinn unter dem Titel Warnungen aus der Bundesbank über das Buch „Staatsverschuldung ohne Ende“ (Autoren: Schlesinger / Weber / Ziebarth) zu lesen war: „Wie ein roter Faden wird der Text von einer Kritik an der keynesianischen Theorie durchzogen, die als Ideologie des Schuldenmachens interpretiert wird. Diese Kritik entspricht dem Zeitgeist der achtziger Jahre, ist aber überzogen. Die keynesianische Politik führt nicht eher und nicht mehr in die Staatsverschuldung als die von den Autoren favorisierte Angebotspolitik auch.“ Sinn weist dann darauf hin, daß zur keynesianischen Politik in der Theorie die Schuldentilgung im Boom gehört. „Offenbar erliegen Politiker jedweder Couleur den Versuchungen des Schuldenmachens und sind geschickt genug, die jeweils populären Theorien ihrer Zeit für die eigenen Zwecke einzuspannen. Und in *Encarta* ist zu lesen: „Schiller geriet über sein Sparkonzept zunehmend in Konflikt mit seiner Partei: 1972 trat er als Wirtschafts- und Finanzminister zurück - sein Nachfolger in beiden Ämtern wurde Helmut Schmidt - und aus der SPD aus, der er 1980 jedoch wieder beitrug.“

TZ 67.3) Volkswirtschaftslehre - Wissenschaft oder Religion?

Die wirtschaftspolitischen Vorgänge in der Nachkriegszeit waren bzw. sind genausowenig naturgesetzlich determiniert wie jene in der Vorkriegszeit. In beiden Zeiten lagen dem politischen Handeln fehlerhafte Theorien zugrunde, die gar nicht hätten zum Tragen kommen müssen, wenn die Wirtschaftswissenschaft Schrittmacher und nicht die Nachhut ökonomischer Erkenntnis

nisse wäre. (Das ist meines Erachtens keine Folge mangelnder Intelligenz, sondern ein Ergebnis mangelnder Verfahren.) Als Schiller 1966 Bundeswirtschaftsminister in Bonn wurde, glänzten die Augen von Dozenten an der Akademie für Wirtschaft und Politik in Hamburg, weil sie von der Praxistauglichkeit des keynesianischen Konzeptes ausgingen und Schiller dieses jetzt beweisen könnte. Ich war damals über den zweiten Bildungsweg Student dieser Akademie, war also bestimmt nicht klüger als die Dozenten und habe bestimmt nicht alles verstanden, was in diesem zweijährigen Intensivkursus aus Soziologie, Rechtswissenschaft, Betriebswirtschafts- und Volkswirtschaftslehre (und Nebenfächern) in uns hineingepreßt wurde. Und doch wußte ich - obwohl kein Prophet - damals schon, daß Schiller mit dem Keynesianismus nicht in der Analyse, aber in der Praxis scheitern mußte. Der Grund war einfach der, daß ich durch Zufall an ökonomische Informationen gelangt bin, die mehr Einsicht ermöglichten, und diese auch auf mich habe wirken lassen, obwohl sie nicht gängige Münze - also verdächtig - waren. Ich wollte den Lehrkörper der AWP an diesem Wissen teilhaben lassen, indem ich bat, Karl Walker - der schon zu Weimarer Zeit gegen Brüning und die offizielle ökonomische Lehrmeinung geschrieben hatte⁷ und für die SPD in einem Kommunalparlament saß - einzuladen. Die Einladung wurde auch widerwillig ausgesprochen, aber nicht um zu hören, ob Walker etwas zu sagen hätte, was vor Ort noch nicht wüßten - nein, keine wissenschaftliche Neugierde -, sondern um ihn „abzuschießen“, ihn lächerlich oder unglaubwürdig zu machen. Die Akademie als schwerpunktmäßiger Personallieferant für die SPD und die Gewerkschaften wollte sicher in guter Absicht Irritationen in diesen Organisationen vermeiden helfen und hat ihnen - wie man heute sieht - einen Bärenienst erwiesen.

TZ 67.4) Unklarheit des Geldbegriffes

Zierner zählt im Zeitpunkt der Veröffentlichung zum Geld neben den Münzen und Noten auch noch das Buchgeld. Das wäre ihm vor dem zweiten Weltkrieg wahrscheinlich nicht eingefallen. Der Hinweis darauf scheint mir erforderlich, weil hier ein Definitionsproblem vorliegt, das die Wirtschaftswissenschaft herbeigeführt, aber nicht gelöst hat. Die Währungspolitik bleibt dadurch unklar, verursacht unnötige Eingriffe in das Bankensystem und spaltet die Geldreformer.

TZ 67.5) Opportunität des Zeitpunktes

Als ich 1971 das Buch von Zierner zum erstenmal gelesen habe, habe ich gedacht: Typisch, wenn die Herren aufgrund von Verschweigen wesentlicher gesellschaftspolitischer Einsichten eine erfolgreiche berufliche Karriere machen konnten, entlasten sie ihr schlechtes Gewissen im

⁷ Siehe im 2. Teil von „Verlogenes, Böses und Verschüttetes in der deutschen Politik – gestern und heute“ <http://home.t-online.de/home/abromeit>

Rentenalter durch ein „mutiges“ Buch. Dieses Urteil von damals war größtenteils ungerecht. Wenn Ziemer von Anbeginn seiner Berufslaufbahn an sein Wissen um die Vorgänge in der Weimarer Zeit laut vor sich her gesagt hätte, hätte er vermutlich keine Karriere gemacht und sein Buch allenfalls - für die Öffentlichkeit fast nicht wahrnehmbar - im Selbstverlag erscheinen lassen können. Ich könnte dann heute nicht auf ihn zurückgreifen. (Es wäre doch ein interessantes Dissertationsthema: „Der gesellschaftliche Schaden und Nutzen von individueller politischer Klugheit.“)

(Q 18.2) Die Auszüge

GZ 1)

Inhalt

Vorwort 7 / Die Geldseite und die Güterseite der Wirtschaft - Inflation und Deflation 9 / Geldumlauf und Arbeitsteilung 11 / Die gestoppte Inflation vor der Währungsreform 13 / Die Rolle des Geldes in der kommunistischen Wirtschaft 19 / Ein Kapitel Währungsgeschichte 26 / Probleme der Geldentwertung in der Gegenwart 43 / Die Zerstörung der Weimarer Republik durch die Währungskrisen 53 / Übersicht und Fragen 55 / Die Inflationsjahre 63 / Bewertung der Inflation in den politischen Memoiren 82 / Die Stabilisierung der Währung –Zwischenjahre- 87 / Der Einfluß der Inflation auf die späteren Irrtümer 96 / Entstehung und Ausmaß der Weltwirtschaftskrise 105 / Die besondere Lage Deutschlands in der Weltwirtschaftskrise 110 / Die Deflationspolitik der Regierung Brüning 120 / Einstellung der Parteien und der öffentlichen Meinung zu Brünings Deflationspolitik - Die Ohnmacht der Reformer - 142 / Wirtschaftliche und menschliche Probleme der Arbeitslosigkeit 167 / Die Überwindung der Krise in Deutschland und in den USA durch das Programm der Reformer 176 / Behandlung der Deflationskrise in den politischen Memoiren 185 / Brünings »Memoiren 1918-1934« 196 / Äußerungen heutiger Historiker über die Weimarer Wirtschaftskrisen 213 / Schlußfolgerungen 223 / Statistischer Teil 233 / Personenregister 255

Aus dem Kapitel: **Die gestoppte Inflation vor der Währungsreform**

GZ 2)

Die Älteren in der deutschen Bevölkerung haben noch eine deutliche Erinnerung an die drei Jahre zwischen Kriegsende und der Währungsreform vom Sommer 1948. Das Geld erfüllte damals in Deutschland aus marktmäßigen Gründen nicht mehr seine normale Tauschfunktion gegenüber der Güterseite der Wirtschaft. Die von den Besatzungsmächten vorgeschriebenen Zwangspreise - der beibehaltene Preisstopp für die im letzten Kriegsjahr geltenden Festpreise - entsprachen nicht dem marktmäßigen Tauschverhältnis zwischen der Nachfrage haltenden Geldmenge und dem ohnehin sehr klein gewordenen Güter- und Dienstleistungsangebot. Wir hatten bei Kriegsende einen Bargeldumlauf von über 70 Milliarden Reichsmark (RM). Dazu kam das neu ausgegebene Geld der Militärregierungen. Der verlorene Krieg war mit einer Reichsschuld von über 500 Milliarden RM finanziert worden, und zwar auf dem Wege über die Sparguthaben und die sonstigen Geldanlagen der Bevölkerung und der deutschen Wirtschaft bei den Kreditinstituten und durch den Gegenkauf von kurz- und mittelfristigen Schuldscheinen des Reichs (Schatzanweisungen) durch die Kreditinstitute und die anderen Geldsammelstellen (Versicherungsunternehmen, öffentlich-rechtliche Versicherungsanstalten usw.). Dadurch war neben dem großen Umfang des umlaufenden Bargeldes ein ungeheurer Turm von Geldforderungen entstanden, von dem jederzeit ein erheblicher Teil durch Abhebung der Sparguthaben und Kündigung der bei den Banken unterhaltenen Terminguthaben gegenüber der

sehr klein gewordenen Güterseite in Kaufkraft umgewandelt werden konnte.
(Seite 13)

GZ 3)

Die unsägliche Armut, in die Deutschland vor der Währungsreform von Monat zu Monat mehr versank, und die von 1947 an die rein körperliche Existenz der Bevölkerung - die um die mittellosen Flüchtlingsmassen vermehrt war - bedrohte, war nur zum kleineren Teil die unmittelbare Folge der Kriegsverluste und Kriegszerstörungen oder der von den Besatzungsmächten verhängten Berufs- und Produktionsverbote. Sie trugen erheblich zu dem Elend bei, aber der entscheidende Grund war, wie die Währungsreform sofort bewies, die außer Kraft getretene normale Tauschfunktion des Geldes in einer auf Arbeitsteilung angewiesenen Volkswirtschaft. Es wurde dadurch nicht nur der Umfang der Produktion gedrosselt - es gibt für das westdeutsche Bruttosozialprodukt des Jahres 1947 keine exakten Zahlen, man kann es auf die Hälfte des Bruttosozialprodukts von 1949, dem ersten vollen Wirtschaftsjahr nach der Währungsreform, schätzen -, die noch laufende Produktion und vor allem die dafür eingesetzte Arbeitskraft wurden auch in eine wirtschaftlich falsche Richtung abgedrängt. Da auch die Löhne und Gehälter gestoppt waren und gerade ausreichten, um die unzureichenden Kartenzuteilungen zu bezahlen, blieb für die Arbeiter, Angestellten und Beamten nur die Selbsthilfe für alles Zusätzliche übrig.

(Seite 15)

GZ 4)

Es muß hierbei betont werden, daß sich auch die Währungsreform als solche, also der Ersatz der zu großen Mengen Reichsmark - Bargeld und Reichsmarkguthaben - durch einen weit kleineren Betrag von D-Mark, nur ganz langsam hätte auswirken können, wenn nicht gleichzeitig auch die gebundenen Preise und Löhne in schnellen Abständen freigegeben worden wären. Erst dadurch konnte sich für die neue Währung ein marktmäßig zutreffendes Tauschverhältnis gegenüber der Güterseite der Wirtschaft herstellen. Hätte man es weiter bei einem Festpreissystem belassen, das mit Notwendigkeit immer auch marktmäßig falsche Preise enthält, wäre der Wirtschaftsablauf noch lange Zeit ein schleppender gewesen und das »deutsche Wirtschaftswunder« hätte sich erheblich verzögert. Die schnelle Freigabe der Preise und Löhne war damals durchaus keine Selbstverständlichkeit, sondern ein noch vielfach bekämpfter Grundsatz der freien Marktwirtschaft, für dessen Durchsetzung dem damaligen Wirtschaftsminister Professor Erhard bleibender Dank gebührt.

(S. 17)

Aus dem Kapitel: **Ein Kapitel Währungsgeschichte**

GZ 5)

Für die Rückbetrachtung wird es immer erstaunlich bleiben, warum man es nach Ende des Ersten Weltkrieges in der westlichen Welt zu den Währungskrisen der Inflation und der großen Deflation hat kommen lassen, und zwar sowohl auf der Seite der Sieger wie der Besiegten. Auch in Frankreich, Belgien, Italien und der Tschechoslowakei hatten die damaligen Inflationen die Kaufkraft der Währungseinheiten dieser Länder bis zur vollständigen Entwertung der alten Geldvermögen vermindert. Die italienische Lira zeigt dies heute noch an ihrem Kurs von 1000 Lire = 6,- DM statt 800,- DM. An der Geldentwertung der Inflation gab es Interessierte, die Schuldner und auch den Staat, wenn er seine Ausgaben statt mit politisch lästigen Steuern bequemer mit den Banknoten der Notenbank bestreiten wollte, wie dies heute noch in südamerikanischen Ländern immer wieder geschieht. An der großen Deflationskrise konnte niemand interessiert sein, nicht die Unternehmer, die ihren Betrieb, und nicht die Arbeiter und Angestellten, die ihren Arbeitsplatz verloren, geschweige der Staat. Aber auch die jeweiligen

Interessenten der Geldentwertung hätten sich in den europäischen Industriestaaten niemals gegen eine klare Erkenntnis von Ursachen und Ablauf einer Inflation durchsetzen können. Das hätten die öffentliche Meinung und ihr folgend die Parlamente auch schon damals, so wie heute, bekämpft und als große Inflation verhindert.

GZ 6)

Das für den heutigen Betrachter schwer Verständliche ist das Fehlen dieser Erkenntnis, so daß selbst ein Mann wie der frühere Reichsbankpräsident Schacht, der im Reich der Hochfinanz schon als halber volkswirtschaftlicher Wissenschaftler galt, erklären konnte, in Deutschland sei die große Inflation ungewollt und lange Zeit unerkannt über uns gekommen. Die weitere Frage ist, warum hat man nicht aus den schließlich erkannten Folgen der inflationistischen Geldvermehrung die doch unmittelbar damit verbundene Erkenntnis von den Folgen einer Geldverminderung und eines verlangsamten Geldumlaufs gewonnen, so daß man der 1929 eingetretenen Deflation, die zunächst ein rein psychologischer Vorgang war, geistig gerüstet hätte entgegentreten können? So wie man heute den immer wieder auftretenden Rezessionen entgegentritt. Dann wäre es 1929 wohl zu einer weltweiten Wirtschaftsflaute gekommen, für Deutschland auch wegen der Reparationszahlungen zu unangenehmen Transferproblemen, niemals aber zu einer Welt-Deflationskrise in dem Ausmaß der Krise von 1929 bis 1933.

GZ 7)

Die Erklärung für das damalige Nichtwissen der älteren Generation, welche in Staat und Wirtschaft die Führungspositionen innehatte, die in Deutschland sehr unglücklich besetzt waren, kann man nur aus der Geschichte des Geldwesens gewinnen.

(S. 26/27)

...

GZ 8)

Schacht hat bis in unsere Tage, bis zum Ende seines langen Lebens, daran festgehalten, daß es sich bei der Funktion des Geldes nicht um wissenschaftliche Erkenntnisse handele, sondern daß es hier auf Erfahrungen und das richtige Fingerspitzengefühl ankomme. Diese unwissenschaftliche Einstellung zu den Problemen des Geldwertes und des Geldumlaufs war bis zum Ende des Ersten Weltkrieges bei den Praktikern der sogenannten Hochfinanz und den mit ihnen verbundenen Notenbankdirektorien allgemein. Man tat hierbei in den abgeschirmten Räumen der Direktionsetagen auch noch recht hochmütig und geheimnisvoll, so, als wisse man alles, wolle es aber der Öffentlichkeit nicht anvertrauen. Es war eben Bankgeheimnis wie die Guthaben auf den Konten oder die gegebenen Kredite. Die Theoretiker, die es schon damals wirklich besser wußten und die inzwischen auf ganzer Front gesiegt haben, so daß die Wissenschaft in der Lage ist, den Staaten und Notenbanken die jeweils nötigen Sachverständigenurteile zu liefern, standen damals (und bisweilen auch noch heute) unter dem Verdacht, daß über das Geld nur urteilen könne, wer auch vom Geldverdienen viel verstehe. So gaben damals die Bankherren, die Praktiker der Geldgeschäfte, auch in den theoretischen Geld- und Währungsfragen ganz selbstverständlich den Ton an, dem von den akademischen Lehrstühlen nur mit Respekt und Vorsicht widersprochen wurde. Es gab hierbei lang anhaltende, zum Teil bis heute weiterwirkende Riten und Tabus, die den Weg des Geldes von den Geldwechslern und den goldenen und silbernen Schatzkammern des Mittelalters her bis in die moderne Zeit bestimmten. Geld war in erster Linie immer ein Geldgeschäft und die Wissenschaft vom Gelde in erster Linie die Spürnase für die Kurse von morgen, für kommende Hausse- und Baisse-Zeiten. Das ginge den Staat und nicht einmal die Notenbanken etwas an, die lediglich dafür zu sorgen hätten, daß ihre Kasse stimme und genügend umtauschbares Gold in ihren Kellern sei. Vor 1914 kannte man die Ausdrücke Inflation und Deflation nicht.

Wer damals etwa von der Reichsbank eine Auskunft verlangt hätte, warum seit 1890 die Großhandelspreise und die Lebenshaltungskosten so beharrlich stiegen, hätte als Irrläufer keine Antwort bekommen oder nur den kurzen Hinweis, daß dies eine Angelegenheit der Warenmärkte sei und mit der Währung nichts zu tun habe, denn ein goldenes 20 Markstück sei immer noch aus Gold und habe immer noch das gleiche Gewicht.

GZ 9)

In dieser Tradition, die noch kein Quantitätsgesetz des Geldes und damit auch nicht die Ursachen der Preisveränderungen und der kapitalistischen Krisen kannte, stand die alte Generation, die für die Währungskrisen in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg die Verantwortung trägt. Wir können das heute nicht mehr verstehen und die Reformer haben es schon damals nicht verstanden. Man muß es aber als subjektive Entschuldigung für die konjunktur- und währungsmäßigen Mißgriffe gelten lassen, auch für Brüning und Luther, die als Reichskanzler und Reichsbankpräsident die Hauptverantwortlichen in der großen Deflationskrise der dreißiger Jahre waren.

GZ 10)

Die Geschichte des Geldwesens ist eine sehr merkwürdige und auf eigenen Wegen laufende. Die Erfindung des Geldes, die wir in Europa von den Griechen, und diese wiederum von den Phöniziern herleiten, war eine der Großtaten des Menschengeschlechtes. Es handelte sich dabei nicht um das Finden eines Geldstoffes, etwa des Edelmetalls Gold und Silber, sondern um eine Idee, einen gedanklichen Vorgang, durch den plötzlich die bunte und so verschiedenartige Güterseite des Lebens vergleichbar gemacht wurde. Die Geldeinheit war fortan für alle bewegliche und unbewegliche Habe der Menschen der Vergleichsmaßstab, das tertium comparationis. Die Erfindung des Geldes, genauer der Geldeinheit, war aber von Anfang an mit dem Problem des Stoffes dieser Geldeinheit belastet. Das lateinische Wort pecunia für Geld (von pecus = das Vieh) zeigt, daß man zum mindesten im frühantiken Italien die Geldeinheit in einer Vieheinheit - Schaf, Ziege, Rind - verkörperte. Das war zwar eine Währung frei von Staatsgrenzen und Wechselkursproblemen, aber doch zu schwierig für fernere Märkte und nicht brauchbar für kleinere Zahlungen des täglichen Bedarfs.

(S. 27 /29)

GZ11)

So handlich, haltbar und international ohne Wechselkursprobleme tauschbar nun die Gold- und Silberwährung auch war, so daß bis zur jüngeren Vergangenheit kein Versuch gemacht wurde, diesen Geldstoff vollgültig durch einen anderen zu ersetzen - die Münzverschlechterungen durch Zusätze von Kupfer und Zinn waren immer nur vorübergehend -, so hatte diese Edelmetallwährung doch zwei Nachteile, die im Verlaufe der Jahrzehnte und Jahrhunderte zum Schicksal der Völker und Staaten wurden. Die Edelmetallwährung war gebunden an einen Stoff, der nicht beliebig und den Geldbedürfnissen der Wirtschaft entsprechend vermehrt werden konnte, sondern der in Bergwerken und im Flußsand oder in eroberten Beutevorräten gefunden oder nicht mehr gefunden wurde. Und die Edelmetallwährung brachte die eigentliche Funktion des Geldes, nämlich den Tauschwert der Geldeinheit, in eine gedanklich nicht geklärte Verbindung mit dem Warenwert der Geldzeichen. Beide Nachteile blieben bis zum Ersten Weltkrieg dem allgemeinen Bewußtsein unbekannt und wurden auch geschichtlich und währungswissenschaftlich wenig erforscht. Man hielt die Tauschkraft einer Gold- und Silbermünze als durch den Wert ihres Metalls für problemlos gegeben. Probleme sah man nur in dem Nebeneinander von Gold- und Silbermünzen, deren Warenwert zueinander allmählich nicht mehr dem im Münzfuß festgesetzten Verhältnis entsprechen wollte. Infolge der reichlichen Silberfunde in Amerika hatte sich im 19. Jahrhundert das im Münzfuß der einzelnen Gold- und Silberwährungen auf 1:15

festgelegte Wertverhältnisse von Gold zu Silber in den Preisen auf den Silbermärkten beträchtlich verschoben, auf etwa 1 :20, so daß die Schuldner lieber in Silber als in Gold bezahlten. Jedermann konnte damals bei der uneingeschränkten Geltung der Edelmetallwährung - auch in Deutschland - gegen eine geringe Prägebühre Gold und Silber in den staatlichen Münzstätten zu Münzen schlagen lassen. Hinter der Silberwährung standen im

19. Jahrhundert als mächtige Interessentengruppen die Silber produzierenden Länder und natürlich auch die Silberspekulanten. In Deutschland speziell waren die konservativen Vertreter der Landwirtschaft Anhänger der Silberwährung, weil sie sich von einer Beibehaltung bzw. Wiedereinführung der Silberwährung neben der Goldwährung (Bimetallismus) eine Vermehrung der Geldmenge und eine erleichterte Schuldzahlung durch Anhebung der Preise versprachen. Befürworter einer reinen Goldwährung ohne freies Prägerecht für Silber waren im neu gegründeten Kaiserreich Deutschland die Vertreter der Industrie, die liberalen Parteien und auch die Reichsbank. Ihr Wortführer im Reichstag war Ludwig Bamberg, Direktor der Deutschen Bank, sein jüngerer Helfer Dr. Karl Helfferich, der spätere Staatssekretär im Reichsschatzamt.

GZ12)

Der Streit zwischen den Gold- und Silberwährungsanhängern, von dem Bismarck bei den hitzigen Debatten im Reichstag erklärte, daß er ihm gedanklich nicht zu folgen vermöge, war so heftig, daß er zu erbitterten Beleidigungsprozessen führte. Sieger blieben in Deutschland und auch in der Mehrzahl der anderen Länder die Befürworter der reinen Goldumlaufwährung, die in Deutschland mit der Aufhebung des freien Silberprägerechts 1879 eingeführt und am 1. Januar 1900 mit der Außerkraftsetzung der bis dahin noch als gesetzliches Zahlungsmittel zugelassenen alten Talerbestände (hinkende Goldwährung) vollendet wurde. Die silbernen Taler wurden fortan zu 3 Markstücken als Scheidemünzen wie die silbernen 1 und 2 Markstücke, deren Annahme zur Tilgung von Geldverpflichtungen man verweigern durfte.

GZ 13)

Das war in Deutschland bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges die formal-rechtliche Ordnung des Geldwesens, die man auch für die materiell vorhandene hielt. Die Banknoten der Reichsbank, deren man sich ebenso wie der Scheidemünzen neben dem eigentlichen Goldgeld bediente, waren in Deutschland und in den anderen Ländern rechtlich gesehen nur Verpflichtungsscheine der Notenbanken auf Umtausch in Gold. So wurde es damals allgemein geglaubt und auch auf den Universitäten gelehrt. Das waren die Grundlagen der Wissenschaft vom Gelde für die Generation der im 19. Jahrhundert geborenen Männer, die den Ersten Weltkrieg finanzierten und nach dem Kriege für die Inflation und die Weltwirtschaftskrise verantwortlich waren. Im Streit der Goldwährungsanhänger mit den Bimetallisten hatte man sich auf der einen oder anderen Seite erhitzt. Das war mit dem allgemeinen Sieg der Goldwährung zu den Akten gelegt. Es gab zwar noch die akademische Lehrmeinung des sogenannten Nominalismus, die im Gegensatz zum Metallismus stand und deren Führer in Deutschland Professor Knapp, der Schwiegervater von Theodor Heuss, war. Sie lehrte, daß als Geld grundsätzlich das anzusehen sei, was der Staat als Geld bezeichnete und rechtlich entsprechend schützte. Das war eine Theorie. Die rechtlich verwirklichte Praxis war der Metallismus in der klassischen Form der Goldumlaufwährung, zu der sich in Deutschland alle führenden Praktiker bekannten, nicht nur Dr. Schacht, sondern auch sein Mitbewerber um den Posten des Reichsbankpräsidenten Dr. Helfferich. ...

(S. 30 / 31)

GZ 14)

Die bis zum Kriegsausbruch gehegte Vorstellung, daß der Wert aller dieser nicht aus Gold

bestehenden Geldzeichen auf den Warenwert des Goldes zurückzuführen sei, gegen den man sie angeblich jederzeit eintauschen könne, war unreal. Diese Annahme war weder praktisch vollziehbar, noch, wie sich jetzt nach Aufhebung der rechtlichen Goldeinlöschungspflicht herausstellte, von wirklicher Bedeutung. Bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges setzte sich in Deutschland der Bargeldumlauf aus über 3 Milliarden Mark Papiergeld (Reichsbanknoten, Privatbanknoten, Reichskassenscheine) und fast 900 Millionen Mark Scheidemünzen und 2,6 Milliarden Mark Goldmünzen zusammen.

(S. 32 / 33)

GZ 15)

Man ist deshalb nach Ende des Ersten Weltkrieges auch in keinem Land der westlichen Welt zur Goldumlaufwährung und zum Goldeinlöszwang für Banknoten zurückgekehrt, sondern hat es bei dem Geld aus Papier und bei den Scheidemünzen aus Silber und Nickelligierungen bewenden lassen. Von der Illusion, daß trotzdem das Papiergeld einen Materialwert aus Gold und nur deshalb seine Tauschkraft hätte, wollte sich die alte Generation allerdings noch nicht so schnell trennen. So hielt man in den Notenbankgesetzen nach dem Ersten Weltkrieg an der in der Weltwirtschaftskrise sich fatal auswirkenden Bestimmung fest, daß die umlaufenden Banknoten zu 40 Prozent in Gold oder in »goldgedeckten« Devisen gedeckt sein mußten. Von tragischen Folgen war diese Bestimmung, wenn man sie, wie in Deutschland, in der Krise einhalten wollte deshalb, weil das vorhandene oder nicht vorhandene Gold der Reichsbank, nicht aber der volkswirtschaftliche Bedarf über den Geldumlauf entschied. Das war der Irrtum von Brüning und Luther, der sie hinderte, die Krise zu bekämpfen, als die Reichsbank ihr Gold zur Rückzahlung der abgerufenen Auslandskredite verlor. Es war der Irrtum, der auch in den anderen Ländern den Goldabrufen und Goldverschiebungen, über die sie nicht selbst Herr waren, die bedrohliche Bedeutung gab.

GZ 16)

Als Ergebnis der Weltwirtschaftskrise ist man in der westlichen Welt der auf Wissenschaft und nicht auf Mutmaßungen beruhenden Ansicht der Reformer gefolgt und hat die Golddeckungsbestimmungen als überflüssig und schädlich aufgehoben und statt dessen den Notenbanken aufgegeben, die Geldversorgung der Wirtschaft nach ihren Bedürfnissen unter Wahrung der Kaufkraft der Geldeinheit vorzunehmen. Nur noch in der Schweiz bestehen die Golddeckungsbestimmungen formal weiter, haben jedoch auch dort keine praktische Bedeutung mehr.

(S. 33 / 34)

GZ 17)

Worauf beruht nun, wenn nicht auf dem Materialwert der Geldzeichen, der Tauschwert der Geldeinheit, also das, was man die Kaufkraft des Geldes nennt, und wie kann man sie wahren?

Hätte man sich diese Frage bei Beginn des Ersten Weltkrieges gestellt, als man die Goldeinlösung für die Banknoten aufhob und diese trotzdem ihren vollen Tauschwert behielten, so wäre man auf das Quantitätsgesetz des Geldes gestoßen. In Kenntnis dieses Gesetzes hätte man gewußt, was eine Inflation und eine Deflation ist, wann sich das Geld inflationistisch entwertet oder deflationistisch aufwertet, wann also alles auf der Güterseite zwangsweise teurer oder billiger werden muß. Man hätte dann entdeckt, was man heute weiß, daß der Wert des Geldes ein Marktwert ist, nicht nur heute, sondern schon immer und unabhängig vom Stoff der Geldzeichen, mit voller Geltung auch für die Edelmetallmünzen. Aus Angebot und Nachfrage ergibt sich beim Geld der Tauschwert der Geldeinheit. Wird der Geldumlauf, der Nachfrage nach den Waren und Dienstleistungen der Güterseite hält, kleiner, ohne daß sich auch die Güterseite entsprechend verkleinert hat, so muß marktgesetzlich die Kaufkraft der einzelnen Geldeinheit steigen, so daß man für das gleiche Geldstück mehr kaufen kann.

GZ 18)

Das war jahrhundertlang der Fall, als sich in der spätrömischen Antike die Gold- und Silberfunde erschöpft hatten und die umlaufenden Gold- und Silbermünzen weitgehend in den Beutensäcken der feindlichen Heere oder in den Angsttöpfen der Bevölkerung verschwunden waren. Die ständig kleiner gewordene Umlaufmenge an Gold- und Silbermünzen bewirkte marktmäßig die ständige Kaufkraftsteigerung der einzelnen Münze, da man anderes Geld als das Münzgeld aus Edelmetall nicht kannte. Im Verlaufe der Jahrzehnte und Jahrhunderte waren diese Veränderungen gewaltig. Während man sich im geldreichen Rom zur Zeit von Cäsar und Augustus für einen Gold-Aureus vielleicht eine neue Toga mit Purpurstreifen kaufen konnte, reichte ein gleichschweres Goldstück 800 Jahre später zur Zeit Karls des Großen für den Kauf eines ganzen Weinbergs aus. Cäsar hatte vor Antritt seines Amtes als Prokonsul mehrere Millionen Silberdenare privater Schulden, die er dann mit Hilfe der in Gallien eroberten Gold- und Silbervorräte in bar bezahlen konnte. Die von dem Bankhaus der Fugger im geldarmen Mittelalter zusammengebrachte, damals als gewaltig geltende Summe, mit der Karl V. die Kurfürsten für seine Kaiserwahl gewinnen mußte, betrug ganze 853 000 Gulden. So hatte sich wertmäßig das knapp gewordene Edelmetallgeld aufgewertet. In Geldeinheiten ausgedrückt war alles in Europa in einem jahrhundertlangen Deflationsprozeß ständig billiger geworden.

Nach dem gleichen Quantitätsgesetz wurde dann jahrhundertlang alles teurer, das heißt die Münzen gleichen Gold- und Silbergehalts verloren ständig an Kaufkraft, als nach der Entdeckung Amerikas große Mengen Edelmetall in die europäischen Länder kamen und dort zu Münzgeld gemacht wurden. Für ein Goldstück, das ehemals für den Kauf eines Weinbergs gereicht hatte, bekam man im Jahre 1900 nur noch eine Hose und 1914 nicht einmal diese. (S. 35 /36) ...

GZ 19)

Aus dem Quantitätsgesetz des Geldes ergibt sich die Antwort auf die immer wieder gestellte Frage, warum Geld aus Papier einen Tauschwert haben könne und wie man diesen Wert, der doch stofflich keine Bindung hat, stabil halten oder nach oben und unten verändern könne. Der Tauschwert der Geldeinheit aus Papier bildet sich ebenso marktmäßig aus Angebot und Nachfrage wie der Tauschwert der Geldeinheiten aus Metall oder anderen Stoffen. Bleibt die Geldmenge, zu der auch das Buchgeld zu rechnen ist, insgesamt unverändert oder verändert sie sich ungefähr im gleichen Verhältnis wie das Güter- und Dienstleistungsangebot, so behält auch die Geldeinheit aus Papier ihren Tauschwert, wie wir das im Grundsatz in der Bundesrepublik seit der Währungsreform erlebt haben. (S.37)

GZ 20)

Das Quantitätsgesetz des Geldes, wonach auch beim Geld Angebot und Nachfrage seinen Preis, das heißt seine Kaufkraft bestimmen, hat neben der meßbaren Quantität der umlaufenden und Nachfrage haltenden Geldmenge eine psychologische Komponente, die im engen Zusammenhang mit den sogenannten kapitalistischen Krisen steht, von denen die Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre die letzte große Deflationskrise war. Die psychologische Komponente des Quantitätsgesetzes, die Rezessionen so gefährlich macht, bewirkt auch den Selbstbeschleunigungseffekt bei fortgeschrittenen Inflationskrisen. Es ist die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes. Ein Hundertmarkschein kann wöchentlich zweimal oder auch zwanzigmal den Besitzer wechseln, das heißt gegenüber der Güterseite der Wirtschaft als Käufer auftreten. So kann sich marktmäßig das Geldangebot, also die Nachfrage des Geldes nach Gütern und Leistungen, bei zunächst gleichbleibender quantitativer Menge gewaltig erhöhen, wenn, wie in fortgeschrittenen Inflationen, jeder Geldbesitzer möglichst schnell für sein Geld Ware sucht, oder auch empfindlich verkleinern, wenn die auftraggebende Wirtschaft aus pessimistischer Einstellung und in der Befürchtung vor weiter sinkenden Preisen

die mit Geld (Bargeld und Buchgeld) zu bezahlenden Aufträge zurückhält. Geschieht das in breitem Maße - aus welchem Grund auch immer -, so entsteht die Rezession, die in Weiterentwicklung dieses Effekts zur Deflationskrise wird, gegen die, wie wir heute wissen und wie dies auch die Reformer in der großen Wirtschaftskrise wußten, sich Staat und Notenbank antizyklisch verhalten müssen, um die Deflationskrise möglichst schnell zu beenden. Staat und Notenbank können das auch, denn sie haben die Möglichkeit, durch eigene Ausgaben und durch erhöhten quantitativen Geldeinsatz das marktmäßige Geldangebot zu erhöhen, wodurch bei wieder steigenden Preisen und steigenden Umsätzen die vielen hunderttausend Auftraggeber der Wirtschaft das Vertrauen zurückgewinnen, ihrerseits Aufträge zu erteilen und die leer gewordenen Arbeitsplätze zu besetzen. Tun Staat und Notenbank in Unkenntnis dieses Zusammenhangs das Gegenteil, wie zu unserem Unglück Brüning und Luther in der großen Krise, verringern sie mit ihren Maßnahmen die umlaufende Geldmenge und verlangsamen sie durch Kürzungen der Etats und der Staatsaufträge die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes, so machen sie mit marktgesetzlicher Notwendigkeit aus der Deflation eine Superdeflation. (S. 49 / 41)

GZ 21)

Das Quantitätsgesetz des Geldes ist ein Marktgesetz. Es läßt sich nicht, wie oft geglaubt wird, durch Festpreisanordnungen außer Kraft setzen. Erzwingt man gegen den Markt niedrige Festpreise, wie bei den Mieten, die sich überwachen lassen, so werden fortan aus freien Stücken und ohne Staatszuschuß keine Miethäuser mehr gebaut. Das war der Grund der jahrelangen Wohnungsnot nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland, Frankreich und Italien. Macht man unter Strafandrohung allgemeine Festpreise, die nicht marktgerecht sind, wie in der gestauten Inflation vor der Währungsreform, so treten die schon geschilderten Folgen ein. (S. 41 / 42)

Aus dem Kapitel „**Die Inflationsjahre**“

GZ 22)

... Schacht lag offensichtlich vor allem an seiner persönlichen Autorität in der Zukunft. Gegenüber der gerade beendeten Inflation war er weder damals noch später ein zürnender Jupiter. Er selbst hatte in den Inflationsjahren keine Vorschläge zu ihrer Beendigung gemacht (und rühmt sich dessen auch nicht). Schacht hatte lediglich für den Außenhandel eine auf Gold und Dollar abgestellte Sonderwährung angeregt, an der dann die weitere Entwertung der für den Inlandsverkehr geltenden Mark abgelesen werden konnte. Schacht nennt die große Inflation von 1919 bis 1923 auch in seinen späteren Publikationen einen Schicksalsschlag, der ungewollt und längere Zeit auch unerkannt über uns gekommen sei.

Wie sah es die Reichsbank? Reichsbankpräsident Havenstein und mit ihm das Reichsbankdirektorium, zumeist noch Geheime Räte aus der kaiserlichen Zeit, hielten es für die vaterländische Pflicht der Reichsbank, auf gesetzlicher Grundlage das Reich und die deutsche Wirtschaft mit Geld zu versorgen. Die Reichsbank gab also, da die in Kraft gebliebenen Kriegsgesetze vom 4. August 1914 dies erlaubten, dem Reich gegen Schatzanweisungen die Reichsbanknoten, die das Reich anforderte, um den Haushalt auszugleichen und Devisen für Reparationszahlungen zu kaufen. Ebenso gab die Reichsbank der Wirtschaft in Übereinstimmung mit den Bestimmungen des Reichsbankgesetzes gegen Wechsel mit drei Unterschriften die Reichsbanknoten, die die Wirtschaft für ihre Inlandszahlungen und auch zum Ankauf der Devisen für Importe anforderte. Beides war nach Auffassung des Reichsbankdirektoriums lebenswichtig und beides mußte geschehen. Ein Quantitätsgesetz des Geldes, nach dem eine solche Notenausgabe unbedingt beschränkt bleiben muß, weil Geldmenge und Umlaufgeschwindigkeit des Geldes im Verhältnis zum Güter- und Dienstleistungsangebot die Preise, das heißt den Geldwert bestimmen, kannte man nicht.

Reichsbankpräsident Havenstein war auf das höchste verwundert, daß der Reichsbank die

Geldversorgung des Staates und der Wirtschaft trotz aller technischen Anstrengungen der Reichsbank immer weniger gelang. Man druckte und druckte und es wurde zunehmend schwieriger, dem Bedarf nachzukommen. Im August 1923, als man für den Erwerb eines US-Dollars schon über eine Million Mark zahlen mußte und als ein Pfund Butter im Inland mehrere 100 000,- Mark kostete, veröffentlichte Reichsbankpräsident Havenstein in der »Deutschen Allgemeinen Zeitung« eine Erklärung folgenden Inhalts:

GZ 23)

»Die ganz außerordentliche Entwertung der Mark hat naturgemäß einen enorm steigenden Zahlungsmittelbedarf hervorgerufen, dem zeitweise von der Reichsbank nicht in vollem Umfang genügt werden konnte. Eine vereinfachte Herstellung der großen Notenabschnitte setzte uns in den Stand, immer größere Beträge in den Verkehr zu bringen. Diese Summen reichen indes knapp hin, den ungeheuer gestiegenen Zahlungsmittelbedarf zu decken, der ganz neuerdings infolge der außerordentlichen Gehalts- und Lohnerhöhungen eine geradezu phantastische Höhe erreicht hat. Die Organisation des ins Ungeheuere gewachsenen Notendruckunternehmens der Reichsbank stellt an unser Personal Anforderungen, die jedes Maß übersteigen. Die Versendung der Barbeträge muß der Eile halber durch persönliche Transporte geschehen. Es sind täglich zahlreiche Geldtransporte von Berlin in die Provinz unterwegs. Die Belieferung einer Reihe von Bankanstalten kann, da die Zugverbindungen frühpostliche Sendungen nicht zulassen, nur mit Hilfe von Luftfahrzeugen erfolgen.«

GZ 24)

Der heutige Leser, auch wenn er kein Sachverständiger in Währungsfragen ist, wird meinen, es handele sich bei dieser Veröffentlichung, in der Ursachen und Wirkungen auf dem Kopf stehen, um den bitteren Spott der Zeitungsredaktion, durch den Havensteins Unfähigkeit lächerlich gemacht werden sollte. Davon ist aber keine Rede. Es war dies die offizielle Meinung der Reichsbank, die auch an den Universitäten von Professoren der Finanzwissenschaft vertreten wurde. Als der Verfasser im Sommer 1923 an der Universität Jena Rechts- und Finanzwissenschaft studierte, erklärte der damalige Inhaber des Lehrstuhls für Finanzwissenschaft, Professor Gutmann, in seiner Vorlesung, wir hätten in Deutschland nicht zuviel, sondern zu wenig Geld im Umlauf. Auch er maß, wie die Reichsbank, die Umlaufmenge der Mark am Dollarkurs und kam dann zu der gleichen erstaunlichen Feststellung, daß der Geldumlauf vermehrt werden müsse. Es war in der Tat so, daß Ende 1922 bei dem damaligen Bargeldumlauf von rund 1300 Milliarden Mark und einem damaligen Dollarkurs von 6750,- Mark der deutsche Bargeldumlauf in Dollar umgerechnet nur rund 200 Millionen Dollar betrug, nach altem Paritätsverhältnis von Mark und Dollar (4,2 :1) also rund 800 Millionen Ursprungsmark, während Deutschland in den letzten Jahren vor dem Ersten Weltkrieg einen Bargeldumlauf von rund 6,5 Milliarden Mark hatte. Wir hatten also nach dieser Logik nicht zu viel, sondern zu wenig Papiergeld im Umlauf.

GZ 25)

Die veröffentlichte Erklärung des Reichsbankpräsidenten, die wegen des unerträglich gewordenen Währungschaos sicherlich sorgfältig mit dem Reichsbankdirektorium abgestimmt worden war, läßt auch nicht hintergründig eine Einsicht in die Marktgesetze des Geldes und damit in die eigene Verantwortung der Reichsbank für die eingetretene uferlose Inflation erkennen. Es werden zwar die Ausdrücke »außerordentlich, enorm, ungeheuer und phantastisch« gebraucht, aber nicht in bezug auf die von der Reichsbank betriebene Geldvermehrung, sondern in bezug auf den angemeldeten Geldbedarf, der in Wahrheit doch erst durch die vorhergegangene Geldvermehrung und die damit notwendigerweise verbundene Kaufkraftminderung des Geldes hervorgerufen war. Hierbei war es allerdings so, daß beim Wechselkurs der Mark vom Ausland die erwartete weitere Geldvermehrung und Kaufkraftminderung der Mark in

immer größerem Umfang vorweggenommen wurde. Aber diesen Vertrauensschwund des Auslands hatte die Reichsbank durch die jahrelang betriebene Papiergeld-Vermehrung selbst verschuldet. Die Kreise in Deutschland, die das Spiel der Inflation begriffen hatten, wonach man seine Kredite schon nach kurzer Zeit entwertet zurückzahlen konnte, kauften nicht nur Waren, Häuser, Güter und Fabriken, sondern bei der freien Konvertierbarkeit der Mark auch ausländische Devisen auf Vorrat, also über den Betrag hinaus, den Deutschland für die Bezahlung seiner Importe gebrauchte. ...

GZ 26)

Fußnote 8) Diese Berechnung ergibt sich aus folgenden Gegenüberstellungen:

Bargeldumlauf	Dollar-Kurs
Ende 1919 = rd. 51 Milliarden	48,90 Mark
Ende 1920 == rd. 81 Milliarden	72,20 Mark
Ende 1921 = rd. 123 Milliarden	173— Mark
Ende 1922 = rd. 1307 Milliarden	6750,— Mark

(S. 66 / 70)

Gz 27)

Die Warenbesitzer aber, die in den ersten Jahren der Inflation nur ungleichmäßig und auch zögernd die Preise heraufgesetzt hatten - die redlichen unter ihnen richteten sich, zumal in den kleinen Städten, noch oft danach, zu welchen Preisen sie selbst die weiterverkaufte Ware eingekauft hatten -, waren in den beiden letzten Jahren der Inflation zunehmend gesonnen wie die ausländischen Devisenverkäufer. Was sie zuvor versäumt hatten, wollten sie jetzt mit vorweggenommenen Preisauflägen nachholen, wenn man überhaupt noch gegen Bargeld und nicht im Ware-gegen-Ware-Tausch etwas hergab. Die deutsche Landwirtschaft weigerte sich, die im Sommer und Herbst 1923 eingebrachte Ernte gegen das völlig wertlos gewordene Papiergeld zu verkaufen. Es drohte für den Winter 1923 die allgemeine Hungersnot und das »Wunder der Rentenmark« war nunmehr wirklich fällig....

(S.71)

GZ 28)

Was in den internen Annalen der Reichsmark über diese Phase und überhaupt über die Einstellung zum Notendruck festgehalten ist, ist dem Verfasser nicht bekannt. In der Festrede zum fünfzigjährigen Bestehen der Reichsbank führte Geheimrat von Grimm, Mitglied des Reichsbankdirektoriums, 1926 rückbetrachtend folgendes aus:

»In immer währendem Maße mußte das Reich auf die Reichsmark zurückgreifen, um seine Existenz zu fristen. Und weil es um die Existenz des Reichs ging, glaubte die Reichsbank, sich auch dann nicht versagen zu können, als ihr durch die Gesetzgebung von 1922 die formelle Autonomie zuteil geworden war.«

Das hört sich zwar vornehm und auch vaterländisch an, vertauscht aber Ursache und Wirkung. Die Existenz des Reichs wurde nicht durch den Notendruck der Reichsbank gerettet, sondern im Gegenteil, wie die spätere Entwicklung dann zeigte, durch den Notendruck bis an den Rand einer totalen Auflösung gebracht.

Die Schäden, die die Inflation in Deutschland angerichtet hatte, waren vielschichtig und keineswegs auf den Verlust der Geldvermögen beschränkt. Festzuhalten ist zunächst - weil es sowohl von den als »Quellen« benutzten politischen Memoirenschreibern der Weimarer Zeit

wie von den meisten Historikern, die heute über die Weimarer Zeit berichten, anders dargestellt wird -, daß die große deutsche Nachkriegsinflation fünf Jahre gedauert hat. Sie war die unmittelbare Fortsetzung der im Krieg betriebenen Geldvermehrung, die bei Kriegsende schon zu einer Halbierung des Außenwerts der deutschen Mark geführt hatte. Es ist eine falsche Darstellung, die Inflation erst 1922, etwa in Verbindung mit dem Ruhrkampf, beginnen zu lassen oder gar erst 1923. An den Dollarkursen gemessen war schon im Verlauf des Jahres 1919 eine Entwertung der Mark auf ein Fünftel ihres Januar-Werts 1919 eingetreten. Am Dollar gemessen, noch nicht im gleichen Umfang an den inländischen Preisen, die langsamer nachzogen, hatten alle deutschen Geldvermögen bereits Ende 1919 über 90 Prozent ihres Vorkriegswertes verloren. Die Inflation setzte sich dann im Jahre 1920 bis auf einen Dollarkurs von 72,20 Mark, im Jahre 1921 auf einen Dollarkurs von 173,- Mark, im Jahre 1922 auf einen Dollarkurs von 7500,- Mark und im Jahre 1923 auf einen Dollarkurs von 4,2 Billionen Mark fort. Das bedeutete, daß die bürgerlichen Familien, soweit sie auf der Grundlage von Spargeldern, Bankguthaben, Versicherungsverträgen, Pfandbriefen, Hypotheken und der reichlich gezeichneten Kriegsanleihe (insgesamt rund 100 Milliarden Mark) Vermögensbesitzer und Rentner waren, schon Ende 1919 völlig verarmt waren.

In diesem Zustand - noch nicht begriffen und hinsichtlich der Folgen, nunmehr Almosenempfänger anstatt ein angesehener Bürger zu sein, gänzlich verwirrt - fand die aus dem Kriege und aus der Kriegsgefangenschaft heimgekehrte bürgerliche Jugend die Elternhäuser vor, soweit sie auf den Geldbesitz angewiesen waren. An eine normale Bezahlung eines Studiums der Söhne war in diesen Fällen nicht mehr zu denken. Der Nebenberuf eines Börsenspekulanten und des Ware-gegen-Ware-Tauschers sprach sich unter der kriegsentslassenen Jugend erst langsam herum. Ein Honnefer-Modell zur Erleichterung der akademischen Berufsausbildung gab es nicht. Wer konnte, blieb als junger Offizier bei der Truppe oder ging zum Grenzschutz und zu den Freikorps. ...

(S. 71 / 73)

GZ 29)

Diese erschreckenden und ganz ungewohnten Veränderungen, die vor allem das deutsche Bürgertum erfaßten, wurden von den politischen Parteien und von den Zeitungen mit dem verlorenen Krieg und dem Versailler Diktat erklärt. Das wurde auch geglaubt, weil keine andere Erklärung gegeben wurde und fast niemand in der Lage war, sich aus eigenem Wissen ein Urteil über die Geldvermehrung und über die Preissteigerungen als ihr Spiegelbild zu bilden. Das Wort Inflation gab es noch nicht. Bis Ende 1921 wurde nicht von einer Geldentwertung gesprochen, sondern von Preissteigerungen und der allgemeinen Teuerung. Ein Wochenanweis der Reichsbank, an dem man den vergrößerten Bargeldumlauf hätte ablesen können, war in der Öffentlichkeit unbekannt, ganz abgesehen davon, daß man daraus keine Schlüsse gezogen hätte, weil man das Quantitätsgesetz des Geldes nicht kannte. Die Erklärung der Preissteigerungen mit dem verlorenen Krieg und den zu liefernden oder zu zahlenden Reparationen leuchtete ein. Schon im Kriege waren trotz der ausgedehnten Preisbindung, die sich vor allem auf die Lebensmittel und die Wohnungsmieten bezogen und hinsichtlich der Mieten auch noch über das Kriegsende hinaus bestehen blieben, allenthalben Preissteigerungen eingetreten, deren Ursache aber ausschließlich in der Verknappung auf der Güterseite gesehen wurde. Diese Verknappung war auch auf vielen Gebieten der Wirtschaft real. Daß neben dieser von der Güterseite herkommenden Ursache auch schon in den Kriegsjahren die zur Kriegsfinanzierung betriebene Geldvermehrung die Mitursache der Preissteigerung und bald die ganz überwiegende Ursache war, wurde auch von den Wirtschaftsexperten nicht erkannt. Die Preiserhöhungen traten auch für Häuser, Liegenschaften, Fabriken und Landgüter ein, deren Anzahl nicht kleiner geworden war, die gütermäßig also nicht knapper geworden waren. ...

(S. 75)

GZ 30)

Nun gab es in den fünf Inflationsjahren in Deutschland nicht nur die große Masse der Bevölkerung als erschreckte und schließlich von Existenzangst gejagte Inflationsverlierer, sondern auch einen erfreuten und das Leben laut und übermütig genießenden Kreis von Inflationsgewinnlern, denen das an Sachgütern und Besitztiteln zufließte, was die anderen verloren. Dieser Vorgang, der sich sichtbar in allen Städten, den kleinen und den großen, und in allen menschlichen Gruppierungen vollzog, wirkte politisch vergiftend. Er legte auch die Grundlage für einen scheinbar berechtigten Antisemitismus.

GZ 31)

An der Inflation gewannen zunächst alle langfristigen Schuldner, vor allem also die Landwirtschaft und der städtische Hausbesitz, die üblicherweise bis zur Hälfte des Wertes mit langfristigen Hypotheken beliehen sind. Sie zahlten jetzt die Hypothekenschuld entwertet zurück oder konnten doch ohne Mühe die im Ursprungsbetrag gleichgebliebenen Zins- und Tilgungsraten aufbringen. Die Landwirte genossen diesen Vorteil voll, weil ihre Produkte die der Geldentwertung entsprechenden Preissteigerungen mitmachten. Der städtische Miethausbesitz hatte es schlechter, weil die Wohnungsmieten gestoppt wurden, so daß hier die Versuchung besonders groß war, durch einen Verkauf den angeblichen Wertzuwachs der Häuser zu realisieren. Dann wurde der ehemalige Hausbesitzer als nunmehriger Geldvermögensbesitzer sehr schnell das Opfer der weiter fortschreitenden Inflation. Auch zahlreiche Landwirte trennten sich bei Erbgängen oder durch die hohen Preisangebote verlockt in der Inflation von ihrem Besitz und wurden dann deren Opfer. ...

(S. 76 / 77)

GZ 32)

Das ganze Bild dieser unaufhaltsamen Veränderungen im sozialen Gefüge, die durch keinen Preisstopp, keine Verbote und keine Verwaltungsanordnungen aufzuhalten waren, ist ohne eigene Erinnerung daran schwer vorzustellen. Die heute über Vierzigjährigen, die wenigstens noch eine Erinnerung an die drei Jahre vor der Währungsreform von 1948 haben, mögen die damaligen Zustände zum Vergleich heranziehen. Auch in den Jahren 1946 und 1947, als die Preise künstlich gestoppt waren und die Geldfülle des Zweiten Weltkrieges marktmäßig die Preissteigerungen erzwang, konnte keine Polizeigewalt die Schwarzmärkte und den überall betriebenen Ware-gegen-Ware-Tausch verhindern. Kein Arbeiter, Beamter und Angestellter war damals in der Lage, mit seinem regulären Arbeitseinkommen die Familie zu erhalten. Ohne die Währungsreform vom Sommer 1948 hätten keine noch so tüchtigen demokratischen Politiker der Bundesrepublik zum Leben verhelfen können.

GZ 33)

Die jüdische Bevölkerung Deutschlands hatte mit der Entstehung der großen Inflation und ihrer fünfjährigen Steigerung ursächlich genausowenig zu tun wie die sonstige Bevölkerung. Weder das Reichsbankdirektorium noch die Reichskabinette der Inflationsjahre wurden maßgeblich von Juden beeinflusst. Auch die Juden verloren durch die Inflation ihr altes Geldvermögen und viele jüdische Familien trennten sich in den Inflationsjahren zur Unzeit von ihrem Sachbesitz und wurden dadurch arm. Albert Ballin, der Generaldirektor der Hapag, nahm sich das Leben, als er den Verlust der Flotte nicht verwinden konnte. Rathenau, in konservativen Anschauungen geschult, stand wie viele andere Wirtschaftsführer dem Inflationsgeschehen fassungslos gegenüber. Der größte Inflationsgewinner Deutschlands war der Nichtjude Hugo Stinnes, der mit den Krediten der Reichsbank und sonstigen Bankkrediten einen ungeheuren Konzern zusammenkaufte. Jüdische Künstler, Gelehrte und Schriftsteller sanken durch die Inflation, wenn sie nicht sich ständig erneuernde Tantiemen hatten, in das gleiche Elend wie ihre nichtjüdischen Kollegen. Von irgendeiner Verantwortung der jüdischen Bevölkerung für die

Inflation ist also keine Rede. Die jüdischen Kaufleute und Händler waren aber im Auffangen der Folgen der Inflation, in der Umstellung auf rechtzeitige Warenhortung, dem Ware-gegen-Ware-Tausch und in den auf Preissteigerung abgestellten spekulationsgeschäften schneller bei der Hand als andere, auch an der Börse. So erschienen sie vielfach als die Nutznießer des Ganzen, vor allem auch durch den Zuzug der zunächst armen jüdischen Kaufleute aus den an Polen abgetrennten Ostprovinzen, wie überhaupt das Deutschland der Inflationsjahre, wo man sich mit einigen Schmucksachen und geschicktem Warentausch lange über Wasser halten konnte, das große Lockfeld für Emigranten und Spekulanten aus vielen Ländern, besonders aus dem Osten und den Balkanländern, war. Von den weißrussischen Emigranten lebten bis Ende 1923 allein in Berlin über hunderttausend. Das Hervortreten der jüdischen Aufkäufer und auch die Verbindung, die besonders in Berlin die neue Oberschicht der großen Inflationsgewinnler in starker jüdischer Durchsetzung mit dem Amüsierbetrieb, mit Film, Theater und Presse einging, blieb in ungueter Erinnerung und führte immer wieder zu dem sachlich falschen Schluß, als hätte die Ausnutzung der Inflation etwas mit ihrer Verursachung zu tun.

GZ 34)

Durch die Zurückführung der Inflation auf den verlorenen Krieg und den Versailler Vertrag erzwangen die Weimarer Parteien geradezu die politische Radikalisierung der jüngeren Jahrgänge. Daß ein demokratischer Staat, in dem fünf Jahre hindurch diese Verwilderung aller wirtschaftlichen Verhältnisse Platz greifen konnte, bei der Jugend keine Liebe fand, war unvermeidlich. Was sollte man tun? Ab 1921 entschloß sich ein Teil der Jugend zum händlerischen Mitmachen. Das fing oft schon in den Oberklassen der Gymnasien an. Die Banken stockten auf und ihre jüngsten Lehrlinge spekulierten an der Börse, das heißt kauften Wertpapiere auf Hausse, und zwar mit Erfolg. Andere verachteten dieses Treiben und wünschten Schluß mit Versailles. Diese Opposition führte die aktiven Jungarbeiter, aber auch viele Intellektuelle, ins Lager des Kommunismus. Ein Teil der Studenten und der aus dem Krieg heimgekehrten Kriegsoffiziere, die mangels anderer Kleidung zumeist noch ihre feldgrauen Uniformen mit leichten Veränderungen trugen, gingen ins Lager der Rechtsopposition. Daß diese politische Radikalisierung der Bevölkerung, zumal der Jugend, deren sichtbare Zeichen der Kapp-Putsch, die Aufstände an der Ruhr, in Thüringen und Sachsen und zum Abschluß der Hitler-Putsch in München waren, nicht einer echten politischen Notwendigkeit, einem unvermeidbaren Aufeinanderprallen politischer Ideologien entsprang, ist durch die sofort anders laufende Entwicklung in den wirtschaftlich guten Jahren von 1924 bis 1929 erwiesen. Damals gewann die Weimarer Republik auch bei der Jugend sofort an Boden und eine gefährliche Zusammenballung des politischen Radikalismus war nicht mehr möglich. Das wäre schon 1920 eingetreten, wenn nach der Demobilisierung des deutschen Heeres die deutsche Arbeitskraft und die deutsche Jugend in einer geldlich geordneten Wirtschaft ihren Platz und auch ihren Lohn gefunden hätten. Vom Kriege hatte, wie es die Entwicklung von 1924 bis 1929 bewies, die weit überwiegende Mehrzahl der Bevölkerung genug. Aber der Wahnsinn der uferlosen Geldentwertung ließ keine Ruhe zu und verwandelte ab 1922 die Menschenmassen in einen aufgestörten Ameisenhaufen. Am glücklichsten waren damals, von der ländlichen Jugend abgesehen, deren Lebensunterhalt gesichert war, und abgesehen von den wenigen Familien mit altem Sachvermögen oder einem sonst gehüteten Wohlstand, die jungen Menschen, die in dem materiell anspruchlosen Leben der deutschen Jugendbewegung das Gedränge und die Nöte des Tages übersehen konnten, ohne in einen politischen Radikalismus flüchten zu müssen.... (S. 78 /80)

Aus dem Kapitel: **Bewertung der Inflation in den politischen Memoiren**

GZ 35)

...

Magnus Frhr. von Braun, Raiffeisenpräsident und späterer Landwirtschaftsminister in den Kabinetten Papen und Schleicher widmet in seinen umfangreichen Memoiren der Inflation nur einige Zeilen. Er schreibt lapidar, aber richtig:

»1918 hörten die Krieganleihen auf, der Staat konnte infolgedessen Gehälter und Löhne nicht mehr voll zahlen und verschaffte sich das Geld künstlich durch den Notendruck. Die Notenmenge ging ins Aschgraue, der Notenwert sank im gleichen Verhältnis.«

Schachts Ansicht über die Inflation, die er als ein unabwendbares und gleichzeitig auch unerkanntes Schicksal empfand, ist schon erwähnt worden. In seinem Buch »Sechundsiebzig Jahre meines Lebens« spricht er davon, daß das Jahr 1923 erschreckend rapide Fortschritte im Währungsverfall machte - so als wenn nicht schon in den vier Jahren zuvor die Währung auf ein Nichts gefallen war. Andererseits bestätigt er aber, daß in der ganzen Zeit von Anfang 1919 bis Ende 1923 weder die Reichsbank noch die Reichsregierung den Versuch unternommen

haben ein stabiles Geld zu schaffen. Die Reichsbank habe das für zwecklos gehalten, solange nicht feststand, welche Kriegstribute gezahlt werden sollten....

(S. 84)

Aus dem Kapitel: **Die Stabilisierung der Währung - Zwischenjahre -**

GZ 36)

Die Stabilisierung der deutschen Währung im November 1923 wurde dadurch erreicht, daß der gesamte Bargeldumlauf auf einen Betrag von zunächst 2,274 Milliarden neue Währung per Ende 1923 vermindert wurde und daß das Reich für seine Ausgaben grundsätzlich nicht mehr den Notendruck der Reichsbank in Anspruch nehmen durfte. Im letzten Jahr der Inflation, als alle Steuereingänge durch die schnell weiterlaufende Entwertung überholt wurden und als ein Nichts bei den Finanzkassen ankamen, hatte das Reich nur noch 1 bis 2 Prozent der Ausgaben durch Steuereingänge gedeckt, 98 bis 99 Prozent durch die Notenpresse.

GZ 37

Durch die Erhebung der Stabilisierung zu einem »Wunder der Rentenmark« und durch verschiedene »Deckungsvorschläge« für das neue Geld ist, wie die Inflation selbst, auch ihre Beendigung in einer gedanklichen Unklarheit gelassen worden, die dann zu der gedanklichen Hilflosigkeit führte, als es in der fünf Jahre später einsetzenden Deflationskrise darauf ankam, genau zu wissen, worauf die Stabilität einer Währung, ihre Kaufkraft im Innern und ihr Wechselkurs gegenüber dem Ausland, beruhen. Obwohl man im November 1923 erkannte, daß auf jeden Fall der Geldumlauf gedrosselt werden mußte, welchen Namen man auch der neuen Währung gab, war man doch im Deckungsirrtum befangen (27). Nachdem Roggen- und andere Sachwert-Mark-Pläne fallengelassen waren, auch der Plan der Industrie eine private Goldnotenbank zu gründen, wurde auf Grund des Ermächtigungsgesetzes vom 13.10. 1923, das der Reichstag mit zwei Drittel Mehrheit annahm, unter dem Reichskanzler Stresemann und dem Finanzminister Luther die Deutsche Rentenbank errichtet die am 15. 11. 1923 mit der Ausgabe von Rentenmark begann. Diese Rentenmark, deren anfängliches Limit von 2 Milliarden bis Ende 1924 nur mit einem Höchstbetrag von 1,835 Milliarden Rentenmark ausgenutzt wurde, wurde durch eine Grundschuld auf dem deutschen Grundbesitz und eine zusätzliche fiktive Belastung von Industrie, Handel und Banken in einem Gesamtwert von 3,2 Milliarden Goldmark »gedeckt« und war dadurch, so meinte man, sicher.

GZ 38)

Neben dieser Rentenmark bestand die alte Papiermark zu nächst weiter- sie wurde bei einem

Umfang von zuletzt rund 496 Millionen Billionen Papiermark zu einem Kurs von 1 Billion Papiermark = 1 Rentenmark = 1 Reichsmark umgetauscht. Den Umtausch in Reichsmark nahm die Reichsbank vor, deren Notenpresse für die alte Mark stillgelegt worden war und die ihrer neuen Mark die Bezeichnung Reichsmark (RM) gab. Diese Reichsmark ist dann fünf und zwanzig Jahre später durch die Währungsreformen von 1948 durch die DMark-West und DMark-Ost abgelöst worden. Die Rentenmark war als eine Übergangslösung zur gold- und devisengedeckten Reichsmark der Reichsbank gedacht. Dr. Schacht, der im Herbst 1923 zum Reichswährungskommissar ernannt worden war und nach dem Tode seines Vorgängers Havenstein (20. 11. 1923) Reichsbankpräsident wurde, setzte sich für einen schnellen Übergang zur Reichsmarkwährung ein, also für eine baldige Stilllegung der Notenausgabe durch die Rentenbank.

GZ 39)

Die Erörterung darüber, welche Währung besser »gedeckt« sei, eine Rentenmark oder die neue Reichsmark der Reichsbank, war ein Streit um des Kaisers Bart. Sowohl Rentenmark wie neue Reichsmark der Reichsbank verdankten ihre inländische stabile Kaufkraft ebenso wie den stabilen Wechselkurs gegenüber den ausländischen Währungen - der Wechselkurs des US-Dollar wurde auf 4,2 Reichsmark bzw. Rentenmark festgelegt - nicht ihrer »Deckung«, sondern ihrem beschränkten Gesamtumlauf und der Überzeugung des Auslands, daß die künftigen Reichsfinanzen nicht mehr durch Inanspruchnahme der Notenpresse bestritten wurden. Die deutsche Bevölkerung hat vernünftigerweise keinen Unterschied zwischen Rentenmark und Reichsmark gemacht. ...

(S. 87 /89)

GZ 40)

Die große deutsche Inflation war also nicht eine unvermeidbare Folge der Niederlage. Sie war ebenso wie das Ausmaß der großen Deflationskrise/ die fünf Jahre später einsetzte, das Ergebnis einer überaus unglücklichen Konstellation in der für das Reich verantwortlichen Führung. Man konnte nicht erwarten, daß die Kenntnis der Ursachen der Geldwertveränderungen schon damals Allgemeingut der politischen Parteien war, aber auf einer der beiden Seiten, der Regierung oder der Reichsbank, hätte diese Kenntnis an entscheidender Stelle vorhanden sein müssen, um sich durchzusetzen. Ließe sich das Rad der deutschen Geschichte zurückdrehen und ließe sich an die Stelle der damaligen verantwortlichen Männer etwa die heutigen Minister und Politiker Schiller und Strauß oder die Bundesbankpräsidenten Blessing und Klagenberg mit ihrem Bundesbankdirektorium setzen, so ist es vollständig sicher, daß wir trotz des Versailler Vertrags die große Inflation von 1919 bis 1923 nicht bekommen hätten.

GZ 41)

Es ist nicht zu beweisen, aber man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß die Inflation früher beendet worden wäre, wenn die Großindustrie dies verlangt hätte. Hier aber verbanden sich lange Zeit die eigenen wirtschaftlichen Interessen mit dem Fortgang der Geldentwertung. Sie sicherte den Betrieben billige, weil ständig unterbezahlte Arbeitskräfte und bewahrte sie vor steuerlichen Belastungen, wie sie nach einer Stabilisierung der Währung zur Deckung des Staatshaushalts und zur Abtragung der Kriegsschulden unvermeidlich waren. So ließ man auch von dieser Seite die Dinge bis zum äußersten treiben und nutzte die Inflationsjahre für einen mit entwertetem Geld bezahlten Ausbau der Anlagen. Neben dem großen Inflationsgewinnler Hugo Stinnes, dessen Name damals in aller Mund war, gab es eine Vielzahl von Industriellen und Industrieverbänden, die in den fünf Jahren mit Hilfe von Bankkrediten, die sich von selbst auflösten, ihre Betriebe und Konzerne durch Zukauf von Aktienmehrheiten und kleineren Unternehmen erweiterten.

 Fußnote 28) Die damalige Unwissenheit (oder das Nicht-Wissenwollen) bei Reichsregierung und Reichsbank über die - vermeidbare - Ursache der Inflation ist um so erstaunlicher, als es einen Vorgang aus der jüngeren europäischen Geschichte gab, der das Quantitätsgesetz des Geldes und damit die Entstehung der inflationistischen Geldentwertung durch übermäßige Geldvermehrung klar erwiesen hatte. Es war die siebenjährige Assignatenwirtschaft in der großen Französischen Revolution. Man gab damals auf die 1789 enteigneten geistlichen Güter und dann auch die eingezogenen königlichen Güter und die Güter der Emigranten, die die »Deckung« darstellen sollten, verzinsliche Staatsobligationen mit Zwangskurs als Papiergeld aus. Sie wurden Assignaten genannt. Da man zur Begleichung der Staatsausgaben die Menge der Assignaten in den sieben Jahren von 1789 bis 1796 ständig erhöhte, von anfänglich 400 Millionen Livres (Vorläufer des Franken) bis auf 45 Milliarden Livres, sank die Kaufkraft des Assignatengeldes bis auf 1/833 ihres Anfangswertes, und zwar ganz ohne Rücksicht auf die sogenannte »Deckung«, die in Form der beschlagnahmten Güter bestand. Es war der gleiche Verlauf wie in der fünfjährigen deutschen Inflation. Die Entwertung des Assignatengeldes enthielt nicht nur das Quantitätsgesetz des Geldes, sondern auch den Irrglauben, Papiergeld gegen das Marktgesetz der Quantität durch Grund und Boden im Werte decken zu können. Obwohl dies seit 1796 jedem Staatsmann, jeder Notenbank und Jedem professoralen Geldwissenschaftler hätte klar sein müssen, wiederholte sich alles in tiefer Vergessenheit nach dem Ersten Weltkrieg noch einmal. So konnte Schacht davon sprechen, die deutsche Inflation sei lange Zeit unerkannt und auch ungewollt gekommen, und Helfferich konnte nach Einführung der Rentenmark behaupten, die Rentenmark habe einen Wert weil sie durch Grund und Boden »gedeckt« sei, während sich doch der stabile Wert der Rentenmark ebenso wie der der neuen Reichsmark daraus ergab, daß man beide Geldmengen auf einen dem Güterumlauf entsprechenden kleinen Milliardenbetrag begrenzt hielt.

 (S. 91 / 93)

Aus dem Kapitel: **Der Einfluß der Inflation auf die späteren Irrtümer**

GZ 43)

Und doch wirkte die fünfjährige Inflation mit verhängnisvollen geistigen Folgen nach. Das Schweigen über Ursachen und Verantwortung, das die politischen Parteien und die Reichsbank einhielten, und das Fehlen einer fundierten Untersuchung der Währungs- und Wechselkursfragen, die die Inflation aufgeworfen hatte, durch neutrale Sachverständige führten auf diesem Gebiet zu einer gefährlichen Einstellung. Man hatte zwar nach Beendigung der Inflation die Schuldfragen nicht aufgeworfen und sich wechselseitig bestätigt, daß eben höhere Gewalt infolge des verlorenen Krieges vorlag, heimlich hatten aber alle, die politisch oder verwaltungsmäßig eine Verantwortung für die Inflation getragen hatten, den Schwur getan, es nie wieder in Deutschland zu einer Geldentwertung kommen zu lassen. Das war ein löblicher Vorsatz. Er wurde aber mangels einer sachlichen Aufklärung der Währungs- und Wechselkursfragen mit falschen Vorstellungen verbunden, die dann fünf Jahre später die Bekämpfung der auf Deutschland übergreifenden Weltdeflationskrise verhinderten und, in gegenteiliger Richtung wirkend, in Deutschland aus der Deflation eine Superdeflation mit über 6 Millionen Arbeitslosen und Millionen Kurzarbeitern machten. Der verhängnisvollen gedanklichen Irrtümer, für die das Erlebnis der Inflation verantwortlich war, waren mehrere:

GZ 44)

In den Inflationsjahren hatte man erfahren, daß die Entwertung der Kaufkraft der Mark im Inland und die Verschlechterung des Wechselkurses der Mark sich gleichzeitig vollzogen.

Durch die Gewohnheit, den Fortgang der Inflation am Wechselkurs des Dollar abzulesen und nicht an den Indexzahlen der Preissteigerungen (Großhandelsindex, Index der Lebenshaltungskosten usw.), hatte sich die Überzeugung festgesetzt, daß inflationistische Preissteigerungen und Wechselkursverschlechterungen identisch seien, daß also eine Herabsetzung (Verschlechterung) des Wechselkurses schon ein Anzeichen für eine inflationistische Kaufkraftminderung des Geldes im Inland sei oder diese Kaufkraftminderung doch unmittelbar nach sich ziehe. Dieser Irrtum, man kann ihn auch eine Angst nennen, verhinderte, daß Deutschland sich im Herbst 1931 der Wechselkursherabsetzung des englischen Pfundes anschloß, wodurch mit Sicherheit ebenso wie in England und in den Staaten des sogenannten Pfundklubs auch in Deutschland der verderbliche Druck auf die inländischen Preise aufgefangen worden wäre. Deutschland wäre dann nämlich, ebenso wie es in England durch die Herabsetzung des Wechselkurses des Pfundes eintrat, durch die Herabsetzung des Wechselkurses der Mark in seinen Exportwaren und seinen Dienstleistungen für das Ausland billiger geworden, ohne im Inland durch Geldverknappung und Haushaltskürzungen die Preise weiter herabsetzen zu müssen. Es wurde in Deutschland auf Grund der durch die Inflation gestifteten Verwirrung nicht eingesehen, daß Veränderungen des Wechselkurses und der inländischen Kaufkraft des Geldes eben nicht mit Notwendigkeit identisch sind und daß, wenn von der Stabilität des Geldes die Rede ist, immer gefragt werden muß, welche Stabilität man meint, die des Wechselkurses oder die der inländischen Kaufkraft. ... (S. 96/97)

GZ 45)

In Deutschland hatte man sich aber bei der Beendigung der Inflation auf einen anderen Gedankengang festgelegt. Man wollte das stofflich wertlose Papiergeld durch die Deckung auch stofflich wieder wertvoll machen und verwechselte hierbei den Tauschwert der Geldeinheit mit dem Materialwert des einzelnen Geldzeichens. Das Papiergeld der alten Mark hatte sich nicht auf den billionsten Teil seines Ausgangswertes entwertet, weil es aus Papier war, sondern weil man seine Umlaufmenge uferlos vergrößert hatte, so daß in dem Austauschvorgang Waren und Dienstleistungen gegen Geldeinheiten der Tauschwert der Geldeinheit immer kleiner werden mußte. Das wußte man zwar auch, aber man hielt in Erinnerung an die Gold- und Silberwährungen der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg doch an dem Materialwert-Charakter des Geldes fest. Der führende deutschnationale Politiker Karl Helfferich (er kam im April 1924 bei einem Eisenbahnunglück ums Leben), der im November 1923 vom Zentralauschuß der Reichsbank einstimmig als Nachfolger Havensteins zum Reichsbankpräsidenten vorgeschlagen worden war - Reichspräsident Ebert berief dann aber nicht ihn, sondern den damaligen Demokraten Schacht zum Reichsbankpräsidenten -, war als Währungstheoretiker entschiedener Metallist, also Vertreter der Goldumlaufwährung. Das schloß in der damaligen Widersprüchlichkeit von Theorie und Praxis nicht aus, daß Helfferich als Staatssekretär des Reichsschatzamtess die im Ersten Weltkrieg betriebene Papiergeldvermehrung mitzuvertreten hatte. Auch Schacht war ein Befürworter der Goldwährung. Wenn man bei der Stabilisierung die umlaufenden Geldeinheiten der neuen Währung doch wieder notgedrungen aus Papier machte, weil man nicht genug Edelmetall hatte - die Reichsbank hatte ihren Geldvorrat von rund 2,3 Milliarden Mark, den sie noch Ende 1918 besaß, in den Inflationsjahren bis auf und 470 Millionen Mark eingebüßt -, so wollte man durch die gesetzliche Deckung des Geldumlaufs dem Papiergeld wenigstens teilweise eine Art Sachwert-Charakter geben. Die Deckung der papierernen Rentenbankscheine durch die allgemeine Belastung des deutschen Grund und Bodens und der deutschen Wirtschaft mit einer Rentenbankgrundschuld von 3,2 Milliarden Rentenmark war natürlich ein unrealisierbares Phantom. Wer sollte denn je diesen Sachwert der Rentenbankscheine verwirklichen? Auf welchen Wegen sollte diese allgemeine Zwangsversteigerung durchgeführt werden und mit welcher Art Geld sollte dann der Zuschlag gezahlt werden? Diese Gedanken können nur ein Hirngespinnst genannt werden, an dem jedoch wichtig war, daß durch die Deckungsgrundschuld von 3,2 Milliarden Rentenmark der Höchstbetrag der auszugebenden

Rentenmark begrenzt war.

GZ 46)

Eine Begrenzung der auszugebenden Papiergeldmenge war nach dem Quantitätsgesetz, das den Tauschwert des Geldes bestimmt, durchaus von Bedeutung. Aber die notwendige Begrenzung der Geldausgabe hätte man auch ohne Verbindung mit einer sinnlosen »Deckung« festlegen können. Die Verbindung mit der Deckung machte die Begrenzung des Geldumlaufs starr. Und das war das Unglück, als es in der Deflationskrise darauf ankam, den verlangsamten und unterbrochenen Geldumlauf, der die Wirtschaftsschrumpfung und die steigenden Zahlen an Arbeitslosen zur Folge hatte, durch eine staatliche Auftragsfinanzierung und eine Vermehrung der Umlaufenden Geldmenge wieder auszugleichen. Da sah man sich als Gefangener der gesetzlichen Deckungsbestimmungen, die im Reichsbankgesetz verankert waren und die den dringend notwendigen antideflationistischen Einsatz des Staates angeblich unmöglich machten. Im Reichsbankgesetz von 1924, das mit der neuen Reichsmark die Zwischenlösung der Rentenmark ablöste, war eine 40prozentige Deckung des Banknotenumlaufs durch Gold und Devisen vorgesehen, davon mindestens 30 Prozent in Gold. Zu diesem Zweck mußte die Deutsche Reichsbank ihren Goldbestand von rund 470 Millionen Goldmark Ende 1923 auf 2,729 Milliarden Goldmark Ende 1928 erhöhen. Diese teure Importware Gold, die natürlich unsere Zahlungsbilanz belastete, verschwand dann wieder, kaum angekommen, in den Kellern der Reichsbank.

GZ 47)

Der Vorgang als solcher, also die gesetzliche Ausstattung der neuen Reichsmark als eine teilgedeckte Goldmark - ein Einlösungszwang der Reichsbanknoten in Gold, wie vor 1914, war nicht vorgesehen -, entsprach allerdings den damaligen internationalen Gepflogenheiten und wurde auch vom Ausland in Verbindung mit dem Dawes-Plan verlangt, der die Reparationsfrage regelte. Solange die Konjunktur gut lief und die Reichsbank ihren Goldvorrat behielt, konnte man allenfalls bedauern, daß wir das Gold überhaupt hatten kaufen müssen. Als aber mit der auf Deutschland übergreifenden Welt-Wirtschaftskrise die zwischenstaatlichen Gold- und Kreditabrufe erfolgten und die Reichsbank ihren als Gelddeckung ausgewiesenen Goldvorrat von 2,729 Milliarden Ende 1928 im Verlaufe der Deflationskrise wieder bis auf einen Betrag von 386 Millionen verlor, wurde aus der gesetzlichen Deckungsvorschrift ein exercitium crucis. Jetzt kam es darauf an, eine wirkliche Einsicht in den Vorgang zu haben, das heißt zu wissen, daß die Kaufkraft der deutschen Mark nichts mit dem Goldvorrat der Reichsbank zu tun hatte und daß deshalb auch der zur Krisenbekämpfung gebotene Geldeinsatz der Reichsbank unmöglich von der Einhaltung der 40prozentigen Deckungsgrenze abhängig gemacht werden dürfte. Hier aber fehlte bei Reichskanzler Brüning und dem Reichsbankpräsidenten Luther, den beiden Hauptverantwortlichen für die Bekämpfung der Deflationskrise, ein souveränes Wissen. Ob Schacht, der Anfang 1930 wegen einiger Bestimmungen des neuen Young-Plans plötzlich sein Amt als Reichsbankpräsident zur Verfügung gestellt hatte, sich schon 1931 anders als Luther verhalten hätte, steht dahin. Die Vorstellung von dem Sachwert-Charakter des Geldes, am besten in Form des Edelmetalls, die der gedankliche Ausgang für das Wichtignehmen einer »Deckung« ist, galt wahrscheinlich auch für ihn als annehmbare Theorie, wenn er auch später anders handelte. Jetzt rächte sich, daß man die Beendigung der großen Inflation nicht mit einer gedanklichen Auseinandersetzung über die Grundlagen der Geldwertstabilität verbunden hatte. Für den Reichsbankpräsidenten Luther war die drohende und auch gar nicht zu vermeidende Unterschreitung der 40prozentigen Deckung die Gefahr, vor der er Angst hatte. Sie machte ihn blind gegen das zunehmende Chaos der Wirtschaftskrise und lähmte sein Handeln da, wo er als Reichsbankpräsident hätte handeln müssen. Luther, ein bewährter Verwaltungsjurist, aber ohne geldtheoretische Schulung, hat das bis zu seinem Tode nicht eingesehen, jedenfalls nicht zugegeben. Sein Buch »Vor dem Abgrund« gibt darüber

Auskunft. Hätten Brüning und Luther gewußt, daß die Deckungsbestimmungen des Reichsbankgesetzes für die Kaufkraft der Reichsmark unerheblich sind, so wäre es auch ein leichtes gewesen, diese gesetzlichen Bestimmungen durch eine Notverordnung nach Artikel 48 der Reichsverfassung aufzuheben. Hier wäre eine der Notverordnungen, mit denen Brüning ohnehin regierte, wirklich am Platz gewesen. Die Beseitigung der Deckungsvorschriften im Reichsbankgesetz hätte ebenso wie die Herabsetzung des Wechselkurses der Reichsmark der Reichsbank und der Reichsregierung finanzielle Handlungs freiheit zur Bekämpfung der Krise gegeben. ...

(S. 100 / 103)

GZ 48)

Daß Geld sich auch in den Preisstürzen der Güterseite deflationistisch aufwerten kann und daß dann eine ebenfalls nur von der Geldseite her zu heilende Krise ganz anderer Art vorliegt, nämlich die lähmende Deflationskrise mit ihrem Selbstbeschleunigungseffekt, kannte man nicht. Brüning rühmte sich noch im Frühjahr 1932 in der äußersten Zuspitzung der Deflationskrise, als wir schon über 6 Millionen Arbeitslose und einen Preissturz von 35 Prozent hatten, er habe, was auch sonst an Unglücklichem geschehen sei, wenigstens die deutsche Währung vor der Inflation bewahrt. Das war für den informierten Zuhörer ein Ausspruch des grenzenlosen Unverstandes, denn die einzige Gefahr, die es ihrer Natur nach in der Deflationskrise nicht geben konnte, war die Inflation, die Entwertung des Geldes durch Preissteigerungen. Wären diese Preissteigerungen nur eingetreten, dann hätte die Deflationskrise, wie auch nach 1933 in Deutschland und in den USA geschehen, ihr Ende gefunden.

(S. 104)

Aus dem Kapitel: **Entstehung und Ausmaß der Weltwirtschaftskrise**

GZ 49)

Die große Deflationskrise, die als weltweiter Vorgang außer Deutschland auch die anderen westlichen Industrieländer erfaßte kam wirtschaftlich mit Donnerschlägen, gedanklich aber unerkannt. Ausgang war der Kurssturz an der New Yorker Börse Ende Oktober 1929. Die amerikanischen Aktienwerte verminderten sich im Laufe der Krise schließlich um rund 18 Milliarden Dollar. Das war, als es begann, zunächst etwas Stimmungsmäßiges, eine Meinungsbildung der Börse über den Kurswert von Beteiligungspapieren. In den Werken und Anlagen der Güterseite der amerikanischen Wirtschaft, auf die sich diese Aktienbeteiligungen bezogen, hatte sich real zunächst nichts geändert. Die Werke standen einen Tag nach dem Kurssturz ihrer Aktie genau so da wie am Tage vor dem Kurssturz. Nach den Marktgesetzen, die für die kapitalistische Wirtschaftsordnung gelten, verwandelte sich diese Meinungsbildung der Börse aber sehr bald in güterwirtschaftliche Realitäten. Der Kurssturz war diesmal so heftig gewesen, daß viele Aktienbesitzer, die in der vorhergehenden mehrjährigen Hausse Aktien mit Krediten gekauft hatten, zahlungsschwach wurden, was auch auf Börsenmakler und Banken übergriff, die Aktien mit den Einlagen ihrer Kundschaft gekauft hatten. Die Geldanleger aus der amerikanischen Provinz riefen ihre Gelder aus der Wallstreet ab, so daß die Aktienverkäufe mit weiteren Kursstürzen sich fortsetzten, was wieder neue Unterdeckungen und weitere Zwangsverkäufe mit zurückgehenden Kursen zur Folge hatte und die allgemeine Angst um die Sicherung der Geldanlagen vermehrte.

GZ 50)

Es war ein Modellfall des deflationistischen Beschleunigungseffekts, bei dem aus den Wirkungen die neuen Ursachen werden. Er betraf zunächst die Börse, den Markt der Wertpapiere, wo die Kauflust gänzlich erstarb. Diese Tendenz, nicht mehr zu kaufen, weil man den Kursen bzw. den Preisen nicht traute, griff aber bei dem großen Ausmaß, das die Börsenver-

luste erreicht hatten, zwangsweise und auch aus Vorsicht auf die Warenmärkte über. Waren die Kursverluste an den Aktienwerten an sich eine fiktive und gütermäßig nicht greifbare Größe, so fehlten nun diese Beträge in den Aktiven der Firmen- und Privatbilanzen, während die bilanzmäßig gegenüberstehenden passiven Geldposten sich in den Nominalbeträgen zunächst nicht verändert hatten. Der Automarkt und auch der Baumarkt waren nächste Opfer. Wer sein Aktienvermögen verringert oder ganz wertlos geworden sah, hatte keine Lust und auch keine Möglichkeit mehr, einen neuen Wagen oder ein Haus zu kaufen. Jetzt begannen infolge der ausbleibenden Kauforder die realen Umsatzschrumpfungen auf den Märkten, was bei der amerikanischen Autoindustrie schnell auf die abhängigen Zuliefererindustrien der Stahl-, Glas- und Elektrobranche übergriff. Der Wert der amerikanischen Autoproduktion ging von 1929 bis 1932 von 2,567 Milliarden Dollar auf 0,603 Milliarden Dollar zurück.
(S. 105 / 106

Aus dem Kapitel: **Die besondere Lage Deutschlands in der Weltwirtschaftskrise**

GZ 51)

... Der Geldumlauf mußte beschleunigt und der Preissturz aufgefangen werden, damit die Wirtschaft wieder Aufträge erteilen konnte und aus der zunehmenden Verschuldung herauskam, in die sie mit den weiteren Preis- und Umsatzrückgängen geriet. Für die heutigen deutschen Wirtschafts- und Finanzminister und die heutigen Mitglieder des Bundesbankdirektoriums ist dies ein selbstverständliches Wissen hinsichtlich Konjunktursteuerung und Krisenbekämpfung. Auch damals war in Deutschland dieses Wissen bei den Reformern vorhanden und wurde später auch befolgt. Das Unglück war, daß Brüning als Reichskanzler und Luther als Reichsbankpräsident in einem heute unvorstellbaren Ausmaß uneinsichtig blieben und hierbei von den zuständigen Gremien, dem Reichskabinett, dem Reichstag und dem Reichsbankdirektorium nicht eines Besseren belehrt wurden.

GZ 52)

So wie die Dinge schon im Sommer 1931 lagen, war eine wirksame Krisenbekämpfung und eine schnelle Zurückführung der Arbeitslosigkeit nur noch mit kombinierten Maßnahmen und einem starken Selbsteintritt des Staates als Auftraggeber möglich. Der Index der Großhandelspreise war von 142 (im Jahre 1929) auf 111 zurückgegangen, das Bruttosozialprodukt von 88 Milliarden auf etwa 60 Milliarden, der Aktienindex sank ständig weiter, von 153 im Jahre 1928 bis schließlich auf 34 im Jahre 1932.

GZ 53)

Die Frage, ob auch die Regierung Brüning ebenso wie später die Regierung Hitler und in den USA der demokratische Präsident Roosevelt mit dem New Deal mit einem antideflationistischen Arbeitsbeschaffungs- und Wirtschaftsbelebungsprogramm Erfolg gehabt hätte, ist mit voller Sicherheit zu bejahen. Brüning hätte es allerdings mit der psychologischen Komponente des in Gang zu bringenden Geldumlaufs schwerer gehabt, weil er die Nationalsozialisten und die Kommunisten als Nein-Sager gegen sich hatte. Aber auch diese Wählermassen wünschten das Ende der Krise und in ganz überwiegender Mehrzahl keine neuen Ideologien, sondern Sicherheit, Arbeit und Brot. Sie entschieden auch nicht über die Stimmung in der Wirtschaft. Vielleicht hätten Brüning und Luther zur vollen Beseitigung der Krise nicht nur 12 Milliarden Arbeitsbeschaffungswechsel gebraucht, die von der Reichsbank abzusichern waren, wie Schacht später 12 Milliarden Mefo-Wechsel, sondern mehr. Vielleicht aber auch weniger, wenn sie auch den deutschen Außenhandel durch eine Herabsetzung des Wechselkurses der Reichsmark in die Wirtschaftsbelebungsmaßnahmen miteinbezogen hätten, was Schacht fälschlicherweise unterließ. Wie dem auch sei, die Beträge, die zur Initialzündung nötig waren, brauchten nicht festzustehen. An der Umkehr der Preistendenz und an dem Rückgang der Arbeitslosenzahlen war mit Sicherheit abzulesen, wann mit den staatlich finanzierten Programmen aufgehört werden konnte,

weil fortan die Wirtschaft sich mit dem belebten Geldumlauf selbst weiterhalf und nunmehr die Kette von Ursache und Wirkung in guter Richtung lief. ...

GZ 54)

Brüning und Luther wären, wenn ihr Ziel und Wille dahingegangen wäre, spätestens nach Erlass des Hoover-Moratoriums in der Lage gewesen, mit einem großen antideflationistischen staatlichen Arbeitsbeschaffungs- und Kredithilfeprogramm vor den Reichstag und vor die deutsche Öffentlichkeit zu treten. Stießen sie im Reichstag auf Widerstand, so stand das Notverordnungsrecht des Artikels 48 der Reichsverfassung für dieses gute Programm ebenso zur Verfügung wie für die mörderischen Deflationsmaßnahmen, die statt dessen im Wege der Notverordnungen von der Regierung Brüning erlassen wurden. Brüning hätte mit einem solchen antideflationistischen Wirtschaftskurs nicht nur für die Krise, sondern auch für die deutsche Innenpolitik die Wende gebracht. Das weitere Ansteigen des Arbeitslosenheeres auf über 6 Millionen und Millionen Kurzarbeiter mit dem Ergebnis der Reichstagswahlen vom Juli 1932 wäre nicht eingetreten. (S. 116 / 118)

Aus dem Kapitel: **Die Deflationspolitik der Regierung Brüning**

GZ 55)

Die sachlich zutreffende Bezeichnung »Deflationspolitik« für die innenpolitischen Maßnahmen der Regierung Brünings bedarf einer Einschränkung. Die Bezeichnung unterstellt, daß in dieser Hinsicht beim Reichskanzler Brüning und auch beim Reichsbankpräsidenten Luther ein bewußtes gesamtwirtschaftliches Handeln vorlag, eine Art Grundsatzentscheidung zur Bekämpfung der Krise. So war es aber nicht. Weder Brüning noch Luther waren sich darüber klar. Deflationspolitik im heute verstandenen Sinn zu betreiben. Das Wort Deflation kam auch erst im späteren Verlauf der Krise auf ohne genaue Verdeutlichung seines Inhalts Brüning und Luther wollten auch gar nicht die Krise als solche mit einer bestimmten Wirtschaftspolitik, wir wurden heute sagen Konjunkturpolitik, bekämpfen. Sie wollten vielmehr, trotz aller wirtschaftlichen und finanziellen Bedrängnisse, die für sie unerwartet gekommen waren, die Grundsätze weiter anwenden, die nach Ende der Inflation bisher für die Staatsfinanzen und für die Reichsbank gegolten hatten

GZ56)

Die Maßnahmen, die Reichsregierung und Reichsbank unter Brüning und Luther in den zwei Jahren von März 1930 bis Mai 1932 trafen, bezogen sich in Anwendung dieser Haltung auf die jeweilig entscheidungsbedürftigen Fragen. In diesen zur Entscheidung anstehenden Fragen und nicht in dem gedanklichen Zusammenhang einer allgemeinen Krise stellten sich für Brüning und Luther die zunehmenden wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten dar. Es waren für sie fiskalische und finanzielle Schwierigkeiten, in die die Krise zerfiel und mit denen Staat und Reichsbank fertig werden mußten. Die drohenden Zwangsversteigerungen großer landwirtschaftlicher Flächen in Ostdeutschland verlangten den landwirtschaftlichen Vollstreckungsschutz und die anschließende Umschuldung. Das war die Agrarkrise. Die Illiquidität einiger großer Banken und die drohende Illiquidität für weitere Kreditinstitute verlangten die Entscheidung darüber, ob und welche Kreditinstitute geschlossen oder mit Reichshilfe gestützt und umorganisiert werden sollten. Das war die Bankenkrise. Die Ausgaben für die wachsenden Millionenheere der Arbeitslosen verlangten mehrfache Entscheidungen darüber, wie das Defizit der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung zu decken sei, durch Erhöhung der Beiträge, durch Einschüsse des Reiches oder durch Verminderung und zeitliche Verkürzung der Arbeitslosenfürsorge.

GZ 57)

Diese entscheidungsbedürftigen Fragen, die in der Krise nacheinander und auch gleichzeitig auftraten, fielen zunächst nur in die Zuständigkeit der Reichsregierung, wo sie im Endergebnis zu Fragen der Haushaltsdeckung wurden. Die Reichsbank hatte nach ihrer damaligen Auffassung damit nichts zu tun. Luther und die Reichsbank sahen sich an der Krise erst beteiligt, als die Reichsbank infolge der Rückzahlung der gekündigten Auslandskredite ihren Gold- und Devisenbestand verlor und nun mit dem weiteren Transfer und der gesetzlich vorgeschriebenen Deckung des Notenumlaufs in Schwierigkeiten geriet und als dann die Fragen auftauchten, die mit der Illiquidität der Banken, der sogenannten Bankenkrise, im Zusammenhang standen. Noch dreißig Jahre später hat Luther sein Rechtfertigungs- und Erinnerungsbuch »Vor dem Abgrund - Reichsbankpräsident in Krisenzeiten« fast ausschließlich auf diesen Teilbereich der Krise beschränkt, dem er in den Einzelheiten nachgeht, der aber doch nur eine unvermeidliche Auswirkung des Ganzen der Krise war.

GZ 58)

Die >alten< Grundsätze, an denen Reichskanzler Brüning für den Staat und Reichsbankpräsident Luther für die Reichsbank festhalten wollten und denen sich nach ihrer Auffassung die wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten unterzuordnen hatten, waren bekannt. Der Reichsetat sollte ohne Hilfe der Reichsbank mit Steuereingängen ausgeglichen werden (für öffentliche Anleihen war kein Markt vorhanden). Für den Banknotenumlauf sollte die gesetzliche Deckung und für den Wechselkurs der Reichsmark der im Reichsbankgesetz festgelegte Goldstandard eingehalten werden. Diese Grundsätze, man kann sie etatistisch und rechtlich-formal nennen, waren es, die mit Notwendigkeit den starken deflationistischen Effekt auslösten, der aus dem deutschen Anteil an der Weltwirtschaftskrise die spezielle deutsche Superdeflation mit ihren unseligen politischen Folgen machte.

GZ 59)

Die Sorge der Reichsbank, daß für den Notenumlauf die 40-prozentige Deckung in Gold und Devisen nicht mehr eingehalten werden könnte, war im Sommer 1931 akut geworden. Der Goldbestand der Reichsbank, der Ende 1928 noch rund 2,7 Milliarden Reichsmark betragen hatte, verringerte sich bis Ende 1931 durch die Transferierung der gekündigten Auslandskredite auf unter 1 Milliarde Reichsmark. Am 7. 7. 1931 sank die Deckung des Notenumlaufs auf 35 Prozent. Statt diese unvermeidlichen und für die Kaufkraft des deutschen Geldes unerheblichen Vorgänge mit Ruhe zu betrachten, lösten sie beim Reichsbankpräsidenten Luther heftige Reaktionen aus. Durch Reisen in die westlichen Hauptstädte versuchte Luther, Anleihen und Hilfe zur Aufrechterhaltung der Notendeckung und des Goldstandards der Reichsmark zu bekommen. Seine Bitten wurden, man muß in diesem Fall sagen mit Recht, abgelehnt. Jede neue vom Ausland geliehene Milliarde wäre in kurzem in den Sog und Abruf der gekündigten Auslandskredite geraten. Die ausländischen Notenbanken und Regierungen hätten sich mit der von Luther erbetenen Hilfe nur selbst bezahlt. Hinzu kam, daß auch in dieser Hinsicht die Lage der einzelnen Länder unterschiedlich war. Frankreich, für die deutschen privaten Auslandsschulden der kleinste der ausländischen Gläubiger, aber der Empfänger der größten Quote der Reparationszahlungen, hatte durch seine Kündigungen das englische Pfund unter starken Druck gesetzt, dessen Ende dann die Loslösung des Pfundkurses vom Goldstandard im September 1931 war.

GZ 60)

Wenn Luther eine Unterschreitung der Notendeckung vermeiden wollte, so hätte er den Abfluß seiner Gold- und Devisenbestände durch eine rechtzeitige Unterbrechung des Transfers verhindern müssen. Da er das im Hinblick auf den zu erwartenden Protest des Auslands nicht wagte, blieb nur die andere Konsequenz, Gold und Devisen solange zu transferieren, wie man

konnte. Dann mußte aber klar sein, daß dieser vom Ausland herbeigeführte Gold- und Devisenverlust der Reichsbank keinen Einfluß auf die inländische Geldversorgung haben durfte. Die Deckungsvorschriften des Reichsbankgesetzes mußten also unbeachtet bleiben. Das war rein logisch unausweichbar. Die Reichsbank verlor im Zuge der ausländischen Kreditkündigungen schließlich ihren Goldvorrat bis auf 400 Millionen Reichsmark und hätte ihn ohne die spätere Devisenbewirtschaftung zur Gänze verloren. Wollte man also danach den inländischen Notenumlauf richten, so hätte man Deutschland in den geldlosen Zustand des Naturaltausches zurückführen müssen. Das war als unvermeidliche Folge der Kündigungen und des noch weiter laufenden Devisentransfers klar, auch für den, der kein Währungsspezialist war, und ließ eben nur den Schluß zu: Die Deckungsvorschriften des Reichsbankgesetzes mußten für die inländische Geldversorgung unbeachtet bleiben.

GZ 61)

Luther zog aber einen anderen Schluß. Er setzte, als die 40-prozentige Deckung im Juli 1931 nicht mehr gewahrt war, das Instrumentarium in Gang, das das Reichsbankgesetz für die Unterschreitung der Deckung vorsah. Es waren ihrem Sinn nach Strafvorschriften für die deutsche Wirtschaft, Erhöhung des Reichsbankdiskonts (Zinserhöhung für die eingereichten Wechsel) und Einschränkung der Wechselkontingente, die zum Diskont bei der Reichsbank zugelassen wurden, also Kreditverteuerung und Kreditverknappung. ... (S. 120 / 123)

GZ 62)

Der Staatssekretär Trendelenburg machte den Vorschlag, die vorhandene Notendeckung durch eine Milliarde neu zu druckender Rentenbankscheine zu erhöhen, die ins Depot der Reichsbank gelegt werden sollten. Dieser Vorschlag, der darauf fußte, daß das gesetzliche Notenkontingent der Rentenbank von zwei Milliarden damals nur mit rund 390 Millionen ausgenutzt war, so daß man formal berechtigt war, zusätzlich eine Milliarde Rentenmark neu zu drucken und bei der Reichsbank zu deponieren, war natürlich eine reine Spiegelfechtereie, bei der Papiergeld durch Papiergeld gedeckt wurde. Sie zeigte die ganze Sinnlosigkeit der sogenannten Deckung. Trendelenburgs Vorschlag wurde ernsthaft erörtert und schließlich abgelehnt, nicht, weil er überflüssig war, sondern im Hinblick auf eine Inflationspsychose der Bevölkerung.... (S.125)

GZ 63)

Wie dem aber auch sei. Für das von der Krise geschüttelte Deutschland war das englische Vorgehen und der englische Vorschlag geradezu ein Fingerzeig vom Himmel, um auch in Deutschland aus der Kette der sich gegenseitig bedingenden Deflationsmaßnahmen herauszukommen. Die Kreditrestriktionen der Reichsbank, die Heraufsetzung des Diskontsatzes und die Verweigerung eines ausreichenden Geldeinsatzes der Reichsbank für die Liquidität der Kreditinstitute und für eine Mitfinanzierung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen wurden von Luther nicht nur im Hinblick auf die nicht mehr eingehaltene Notendeckung abgelehnt, sondern auch mit Rücksicht auf den Wechselkurs der Mark. In Verkennung dessen, was vordringlich und wichtig war, befürchtete man, daß eine Steigerung des inländischen Preisniveaus als Ergebnis eines massierten Geldeinsatzes für die Arbeitsbeschaffung die deutsche Wirtschaft für die Ausfuhr zu teuer und damit ein Durchhalten des Wechselkurses der Mark unmöglich machen würde. Wichtig und vordringlich war natürlich nur die inländische Wirtschaftsbelebung. Für den Außenhandel konnten dann, wie dies später auch Schacht verwirklichte, unter dem Schutz einer Devisenkontrolle andere Hilfen gefunden werden. Für dieses Dilemma, wenn es in Wahrheit auch ein scheinbares war, bot jetzt das englische Beispiel die offene Tür. Luther wurde auf sie auch von der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel (BIZ), die speziell für die deutschen Transfer- und Reparationsprobleme errichtet worden war, hingewiesen. Er lehnte ohne klare Begründung ab und hielt dann, unbelehrt durch das wachsende und innenpolitisch

bedrohlich werdende Elend der deutschen Massenarbeitslosigkeit, an seinem Restriktionskurs und an der Ablehnung einer Wechselkursänderung bis zum Ende seiner Amtszeit fest. Er verhinderte auch bewußt eine andere Aufklärung der deutschen Öffentlichkeit über den Zweck einer Wechselkursänderung. Anfang 1932 hatte Keynes in einem Vortrag vor dem Hamburger Überseeklub erklärt, daß auch für Deutschland der Anschluß an den Sterling-Standard das Gegebene wäre. »Für Deutschland erscheint mir dieser Schritt eine unzweifelhafte Notwendigkeit.« Als die Studiengesellschaft für Geld- und Kreditwirtschaft Keynes zu einem weiteren Vortrag in Berlin eingeladen und auch schon eine Zusage erhalten hatte, hielt es Luther für angebracht, Keynes zu bitten, von dem Vortrag Abstand zu nehmen.

GZ 64)

Über die damals mit Luther geführten Diskussionen, in denen auch die guten Vorschläge der Reformer zur Sprache kamen, so daß Luther nicht sagen konnte, daß er sie gar nicht gekannt hätte, hat der Baseler Professor Edgar Salin in der Einführung zu Luthers Erinnerungsbuch »Vor dem Abgrund« eine Darstellung gegeben. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß Salin 1964 nach Luthers Tod als dessen langjähriger Freund berichtet. Professor Salin war von Luther zur Besprechung nach Berlin gerufen worden. Er schreibt: »Ein Problem, das Luther und seine Ratgeber und einen großen Teil der deutschen Wirtschaftswissenschaftler und Wirtschaftspolitiker unablässig beschäftigte, war die deutsche Deflation. Die Reichsbank verhielt sich nach dem Rezept der alten Konjunkturtheorie, ein Teil der jüngeren Theoretiker und auch Ministeriale wie Lautenbach forderten volle Umkehr, verlangten massiven Einsatz von Mitteln zur Arbeitsbeschaffung, um endlich das explosive Wachstum des Arbeitslosenheeres zu stoppen. ... (S. 129 /130)

GZ 65)

Ich glaubte, in der Nacht des 3. zum 4. Oktober Luther überzeugt zu haben. Am Mittag des 4. lehnte er kategorisch ab. Wir hatten den Eindruck, daß der Schöpfer der Rentenmark sich nicht mit dem Odium einer Abwertung belasten wollte. Den entscheidenden Grund hat er nicht genannt; ich habe ihn selbst erst während seiner Arbeit an diesem Buch (Luthers Erinnerungen »Vor dem Abgrund«) erfahren: Brüning hat jede Diskussion einer Abwertung weit von sich gewiesen, da er nur bei konsequenter Durchführung der Deflationspolitik die Alliierten vom guten Willen Deutschlands zu überzeugen hoffte und da ihm, richtigerweise, diese Überzeugung als Voraussetzung zum endlichen Verzicht auf die Reparationen erschien.« ... (S. 130)

GZ 66)

Was Brüning tat und unterließ, steht fest. Im Verlauf seiner Kanzlerzeit, die von März 1930 bis Ende Mai 1932 dauerte, trug er die Verantwortung für 67 Notverordnungen des Reichspräsidenten von Hindenburg gemäß Artikel 48 der Reichsverfassung, von denen fünf im Jahre 1930, dreiundvierzig im Jahre 1931 und neunzehn im Jahre 1932 erlassen wurden. Ein Teil von ihnen war den finanziellen, wirtschaftlichen und sozialen Notständen der Krise gewidmet. Die wichtigste war die vierte große Spar -und Kürzungsverordnung vom 8. Dezember 1931. Brüning bemühte sich mit Hilfe der Notverordnungen, die öffentlichen Ausgaben, vor allem den Reichsetat, den sinkenden Steuereinnahmen und den sinkenden Preisen anzupassen. Er war dabei blind gegen die eigentliche Ursache der Krise und ihren Beschleunigungseffekt, der gerade in diesen sinkenden Preisen bestand. In Verbindung mit der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 wurde von Brüning sogar ein Preissenkungskommissar eingesetzt. Es war der Oberbürgermeister Gördeler. Seine Aufgabe erledigte sich von selbst. Die Preise und die Löhne sanken mit der Krise weiter.

GZ 67)

Der Ausgleich des Reichshaushalts und der Haushalte der Länder und Gemeinden durch Steuern, Zölle usw. bedeutete bei sich ständig verminderten Wirtschaftsumsätzen mit sinkenden Preisen und sinkendem Arbeits- und Gewerbeeinkommen die Kürzung der Ausgaben. Die öffentliche Hand, die, wie wir heute sagen würden, in einer antizyklischen Haltung als Auftragnehmer und Geldumlaufbeweger der Rocher de bronze inmitten der allgemeinen wirtschaftlichen Erlahmung hätte sein müssen, war damals das Gegenteil. Das löste die deutsche Superdeflation aus und trieb im Winter 1931/32 in Auswirkung der rigorosen Dezember-Notverordnung die Arbeitslosenzahl auf den neuen Höhepunkt von über 6 Millionen. ... (Y. 131 / 132)

GZ 68)

Es ist heute schwer, sich von den damaligen Gedankengängen überhaupt eine Vorstellung zu machen. Sie würden heute von keiner politischen Partei wiederholt und von keinen Sachverständigen gutgeheißen werden. Die Regierung Brüning rechnete statisch-fiskalisch und nicht wirtschaftlich-dynamisch. Schon zur außenwirtschaftlichen Konkurrenzfähigkeit mußte nach ihrer Vorstellung bei Ablehnung der Wechselkursherabsetzung der Mark das gesamte deutsche Preisniveau herabgesetzt werden. Paßte man allgemein - nicht nur in den Haushaltsplänen der öffentlichen Hand - die Ausgaben und Löhne dem herabgesetzten Preisniveau an, so würde man, das war die Vorstellung der Regierung Brüning, insbesondere beim Erlaß der rigorosen Kürzungsnotverordnung vom Dezember 1931, auf dem neuen Preis- und Ausgabenniveau den Ausgleich wieder erreichen. Der Irrtum bei diesem Gedankengang war ein totaler. Das lebende Geflecht einer Volkswirtschaft mit dem ständigen Austausch von Ware gegen Geld und dem Marktgesetz, daß bei sinkenden Preisen und Erlösen in allen Sparten der Produktion und der Vorratshaltung Verluste zu erwarten sind, läßt die Rückführung auf ein erheblich tiefer liegendes Preisniveau ohne heftigste Krisenerscheinungen nicht zu. Ganz abgesehen davon, daß zum rechnerischen Ausgleich der Aktiv- und Passivseiten der Bilanzen dann auch gehört hätte, nicht nur die Schuldzinsen herabzusetzen, sondern auch die Schuldbeträge selbst, was aber schon aus Rechtsgründen gar nicht möglich war und auch in den landwirtschaftlichen Umschuldungsverfahren, wo es versucht wurde, nur in zeitraubenden Umschuldungsplänen verwirklicht werden konnte, deren neue Zinsleistungsgrenzen wegen weiterer Preisrückgänge immer wieder überholt waren. ... (S. 132 / 133)

(Brüning sah die Krise als Reinigungskrise. TA)

GZ 69)

Mit diesen Vorstellungen trat Brüning auf den Wahlversammlungen auch vor die breite Öffentlichkeit. Er wirkte ernst und überzeugt von dem, was er sagte. Als der Verfasser ihn im Frühjahr 1932 in den Stettiner Messehallen hörte - es ging damals um die Wiederwahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten -, bestand wohl schon der größere Teil der Zuhörer aus arbeitslosen, verhärmtten und schlecht gekleideten Männern, die gekommen waren, um jetzt aus dem Mund des deutschen Reichskanzlers zu erfahren, wann ihr Elend ein Ende nähme. Brüning machte ihnen keine Hoffnung, jedenfalls keine, aus der die Zuhörer sofort neuen Mut hätten gewinnen können. »Ein armes Volk muß billig sein.« »Auch Preußen hat sich hochgehungert.« »Ist die Talsohle erreicht, so wird der Weg auch wieder aufwärts gehen.« »Wir sind so arm, daß wir nicht einmal den Neubau der Pädagogischen Akademie beenden können.«

GZ 70)

Damit spielte Brüning für die Stettiner Zuhörer auf einen hinter den Messehallen stillgelegten Bau an. Daß wir erst arm wurden, weil wir nicht bauten und nicht etwa zu arm waren, um zu bauen, überstieg ganz offensichtlich Brünings volkswirtschaftliches Vorstellungsvermögen. Es

war begrenzt von den Sparsamkeitsideen eines guten Hausvaters, der in den Zeiten der Not seine Familie durchbringen muß. Daß dasselbe arme deutsche Volk schon ein Jahr später ohne ausländische Hilfe nicht nur diese eine Pädagogische Akademie unter Dach bringen, sondern viele Tausende anderer Bauvorhaben beginnen und auch beenden konnte, ohne dafür vom Ausland Geld zu erhalten und ohne dabei seine Währung inflationistisch zu zerrütten, gehörte zu den volkswirtschaftlichen Abläufen, die Brüning, wie seine 1970 erschienenen Memoiren zeigen, auch später niemals hat gedanklich nachvollziehen können. Brüning schloß seine damalige Stettiner Wahlrede, die wahrscheinlich auch die Wahlrede in den anderen Städten war, mit der Versicherung, daß zwar vieles verloren, aber doch die deutsche Währung gerettet sei. Daß dies so bleiben werde und daß es keine Inflation gebe, darauf dürften sich alle Zuhörer verlassen. Für den aufgeklärten Zuhörer war dieses Bekenntnis zur deflationistischen Elendspolitik in Abwehr einer eingebildeten Inflationsgefahr, die es real in der Deflationskrise gar nicht geben konnte, eine Erklärung der totalen Hoffnungslosigkeit. Die nicht aufgeklärten, im Unglück ihrer Arbeitslosigkeit steckenden Zuhörer empfanden diese Hoffnungslosigkeit, die von Brünings Rede ausging, mit anderen Gedanken, aber sicherlich ebenso stark. Wer noch eine Erinnerung an diese Monate des Frühjahrs 1932 hat, als die Massenarbeitslosigkeit die 6-Millionen-Grenze überschritt, wird wissen, daß die ungeheuren Wahlerfolge der Nationalsozialisten und der Kommunisten in der Reichstagswahl vom Juli 1932 nur auf der Grundlage dieser Hoffnungslosigkeit zustande gekommen waren, auf die die Regierung Brüning und die nicht radikalen Parteien des Reichstages keine Antwort wußten.

GZ 71)

Brüning hat anders als Luther seine Memoiren erst posthum veröffentlicht. Sie werden in einem späteren Kapitel noch gesondert besprochen. Seine Gedanken und politischen Ansichten, auf die er seine verfehlten wirtschaftlichen Maßnahmen stützte, sind damals aber von ihm in seinen Reden wiederholt ausgesprochen. Vor der Zentrumsfraktion des Reichstages erklärte er am 5. November 1931 zur Begründung der kommenden großen Kürzungs- und Sparnotverordnung: »Ich werde mich bis zum letzten dagegen wehren, irgendeine inflatorische Maßnahme irgendeiner Art zu treffen, und zwar nicht nur aus Gerechtigkeit, nicht nur zum Schutze der Schwachen, sondern weil ich der Ansicht bin, daß die ehrliche Bilanz in der deutschen Wirtschaft trotz aller Bitternisse wiederhergestellt werden muß und daß jeder Versuch und jedes Verlangen nach inflatorischen Maßnahmen letzten Endes nur den Zweck haben kann, diesen Prozeß der klaren Bilanz der gesamten deutschen Wirtschaft zuschanden zu machen und wiederum einen Schleier über die Fehler der Vergangenheit zu ziehen. Erfolge in der Außenpolitik sind um so mehr zu erreichen, wenn wir die Bilanz der deutschen Finanzen und der deutschen Wirtschaft klar und ehrlich jedermann in der Welt zur Einsicht vorlegen.«

GZ 72)

In derselben Rede gebrauchte Brüning den schon zitierten Vergleich vom Messer des Chirurgen, das rechtzeitiger und radikaler hätte angesetzt werden müssen.

GZ 73)

In einer Wahlversammlung in Mainz am 13. November 1931 führte er aus:

»Die Welt ist endlich mitten in ihrer wirtschaftlichen Krise, die sich am deutlichsten bei dem Absinken von 25 Währungen vom Goldstandard zeigt, zu der Erkenntnis gelangt, daß das Zentralproblem der Weltwirtschaftskrise die Reparationsfrage ist. Alle agrar- und finanzpolitischen Sparmaßnahmen im Etat der öffentlichen Hand und in der Sozialversicherung hatten den Zweck, dahin zu kommen, daß in dieser Krise endlich ein klarer Weg beschritten werden konnte, dessen Ende die wirtschaftliche und finanzielle Liquidation des Krieges ist. Weil es möglich war, Schritt für Schritt, alle Maßnahmen organisch aufeinander einzustellen, haben wir Deutschland glücklich bis zu dieser Stunde ohne Inflation durchgebracht.«

GZ 74)

In seiner letzten Kanzlerrede in der Reichstagssitzung vom 31. Mai 1932, als das Chaos der Deflation für den deutschen Staat und das deutsche Sozialgefüge schon unerträglich geworden war, lehnte Brüning nach einer Rede von Gregor Strasser den zusätzlichen Geldeinsatz für die Finanzierung staatlicher Arbeitsbeschaffungsprogramme wiederum ab mit den Worten:

»Aber im Punkte der Finanzierung scheiden sich die Geister. Wir müssen Wege wählen, die ganz klar sind. Wir müssen den Glauben verhindern, als ob wir durch die Hintertür irgendeine Inflation machen würden.«

GZ 75)

In dieser Rede fielen auch die Worte: »Es spielt auch gar keine Rolle, was Sie über mich im Lande verbreiten. Wenn ich mich dadurch beeindrucken ließe, würde ich die Ruhe auch innenpolitisch verlieren, die in den letzten hundert Metern vor dem Ziel das absolut Wichtigste ist.«

GZ 76)

Diese Worte von den »Hundert-Meter-vor-dem-Ziel« sind inzwischen Bestandteil der deutschen Geschichtsschreibung geworden. Sie werden immer wieder als Argument dafür gebracht, daß Hindenburg zu Unrecht und zur Unzeit Brüning als Reichskanzler abberufen habe (es geschah kurz nach der Reichstagssitzung). Was hat es mit dieser Hundert-Meter-vor-dem-Ziel-These auf sich? Danach war das Ziel der Brüning'schen Politik die Befreiung von den Reparationen, konkret also die Aufhebung des Young-Plans, und alles, was auf dem Weg dazu lag, mußte nach Brüning's Auffassung hingenommen werden. Dieser Weg war in Brüning's Vorstellung der Elendsweg der Deflationskrise, der um des Zieles willen nicht verkürzt und nicht verschleiert werden durfte.

GZ 77)

Der Verfasser nimmt zur Entschuldigung von Brüning und auch von Luther an, daß die Rechnung Wirtschaftskrise gegen Aufhebung der Reparationen nicht so durchdacht und gewollt war, wie sie von Brüning ausgesprochen wurde, und daß ihn in Wahrheit andere Irrtümer an der Bekämpfung der Krise hinderten, nämlich seine Meinung, daß jede Geldvermehrung schon Inflation und jedes Geldprojekt Scharlatanerie sei und daß es sich auch bei der ganzen Krise überhaupt nur um eine ohnehin fällige Reinigungskrise handele. Die andere Rechnung, bewußte Beibehaltung des Deflationseleids gegen Aufhebung der Reparationen, ginge wirtschaftlich nicht auf und wäre angesichts des tiefen Unglücks der arbeitslos gewordenen Männer und ihrer Familien menschlich ein Zynismus, den man bei einem so hochachtbaren, wenn auch in tragischen volkswirtschaftlichen Irrtümern befangenen Mann wie Brüning nicht unterstellen mag. Brüning's Memoiren lassen allerdings auch den gegenteiligen Schluß zu. ... (S. 134 / 137)

GZ 78)

Der Reichsminister a. D. Treviranus, ein Freund und Kabinettskollege Brüning's, versucht in seinem 1968 erschienenen Buch »Das Ende von Weimar - Heinrich Brüning und seine Zeit« Brüning dadurch zu rechtfertigen, daß er nicht nur die Hundert-Meter-vor-dem-Ziel-These wiederholt, sondern zusätzlich unterstreicht, es hätten damals, von Brüning vorbereitet, umfangreiche und genaue Pläne für eine Krisenbekämpfung und ein Arbeitsbeschaffungsprogramm vorgelegen, die nach der Aufhebung des Young-Plans in Gang gesetzt werden sollten. Durch diese Behauptung wird die Sache nur widerspruchsvoller und für Brüning belastender. Der Young-Plan wurde im Juni 1932 durch die Lausanner Konferenz aufgehoben. Mit einer (nie geleisteten) einmaligen Schlußzahlung sollten die Reparationen ihr Ende haben. Dieser außenpolitische Erfolg - Brüning's Ziel - hatte nicht die geringste Wirkung auf die deutsche Wirtschaftskrise. Er machte auch keinen Eindruck mehr auf die Bevölkerung, die mit Recht

Arbeit und Brot und nicht außenpolitische Erfolge von der Regierung erwartete. Das war bei der Lage und der Stimmung, die das Übermaß der Krise ausbreitete, vorherzusehen. Es war also innenpolitisch ganz abwegig, den Einsatz einer großen Krisenbekämpfung mit dem Endtermin der erwarteten Reparationskonferenz zu verbinden. Im übrigen, welcher Art sollte die plötzliche Finanzierung eines wirkungsvollen Arbeitsbeschaffungsprogramms sein, bei dem es nicht mehr um Millionen, sondern um Milliarden ging? Brüning hatte noch kurz zuvor am 31. Mai in seiner Reichstagsrede aus Inflationsangst jede Finanzierung »durch die Hintertür« abgelehnt. Wenn aber Brüning und sein Kabinett damals wirklich wußten, wie man es machen müsse, um aus der Krise herauszukommen, so war es ein an Gewissenlosigkeit grenzender politischer Leichtsin, mit dem Einsatz dieser Mittel zu warten und diese Pläne offenbar auch Hindenburg gegenüber zu verschweigen. Es ist zur menschlichen Rechtfertigung Brünings besser, sich hier entgegen der von Treviranus gegebenen Darstellung zu bescheiden und anzunehmen, daß Brüning mit der Krise nicht fertig wurde, weil er sie nicht verstand und eine unbegründete Sorge vor einer Inflation hatte. ... (S.138 / 139)

Aus dem Kapitel: **Einstellung der Parteien und der öffentlichen Meinung zu Brünings Deflationspolitik - Die Ohnmacht der Reformier -**

GZ 79)

Brünings Kürzungs- und Sparnotverordnungen und die Restriktionsmaßnahmen der Reichsbank fanden ihrer Wirkungen wegen keinen Beifall, sie stießen aber in der Öffentlichkeit und in der Wirtschaft nicht auf unbedingte Ablehnung, wenn man von der politischen Propaganda der Nationalsozialisten und der Kommunisten absieht. Man murrte, wußte aber selbst nichts Besseres. Die Reformier, verstreut und miteinander nur teilweise bekannt, waren politisch nicht organisiert und hatten auch kein Publikationsorgan. Sie konnten nur als einzelne wirken. Die Fachgelehrsamkeit war sich nicht einig und neigte in falscher Sorge um Wechselkurs und Inflationsgefahr überwiegend zu einer Bejahung des Restriktionskurses. Das schon zitierte offene Bekenntnis des Professors Edgar Salin gibt darüber Auskunft. Ebenso wie er hatten auch der Nationalökonom Professor Röpke und Reichsfinanzminister a. D. Professor Dr. Hilferding, der als Vertreter der sogenannten Wiener Schule damals im Ruf eines kundigen Währungsspezialisten stand, noch im September 1931 die Finanzierung eines wirkungsvollen Arbeitsbeschaffungsprogramms mit Hilfe der Reichsbank abgelehnt. Der wohl angesehenste deutsche Wirtschaftspublizist, Dr. Gustav Stolper, Herausgeber der viel gelesenen und führenden Wirtschaftszeitschrift »Der Volkswirt«, äußerte sich zu den Ursachen der Krise und zu den Problemen der Währung rätselhaft. Er schrieb in der Weihnachtsnummer 1931 seiner Zeitschrift folgendes: »Über die Ursache für die große Krise: Kriegsverwüstung und Kriegsbedarf, Blockade und Inflation, Untergang und Entstehung neuer Staaten mit neuem Machtapparat, technische Revolution in Industrie und Landwirtschaft, soziale und moralische Revolution: neue Lebensformen, neue Sexualmoral, neue Ernährungssitten, neue Frauentracht, neues Verhältnis zur Natur, Erwachen des allgemeinen Sportbetriebs - niemals haben sich in der Wirtschaftsgeschichte Störungsquellen annähernd gleichen Ausmaßes in solchem Umfang gehäuft wie in den mehr als anderthalb Jahrzehnten . . . seit Kriegsausbruch . . .«

GZ 80)

Hier darf man zur Entlastung von Brüning und Luther sagen: Was sollten sie wohl, wenn sie den »Deutschen Volkswirt« zur Hand nahmen, für Schlüsse aus diesem Sammelsurium von Gründen ziehen, von denen auch nicht ein einziger etwas mit der Entstehung und dem Weiterlauf der Krise zu tun hatte? Sie waren auch schon in den guten Vorkrisenjahren vorhanden gewesen. Vom deflationistisch gestörten Geldumlauf, dem wirklichen Grund der Krise, sagt Stolper kein Wort. Stolper war es auch gewesen, der in einer Reichstagsdebatte vom 20. Februar 1931, als Reichstagsabgeordneter der Deutschen Staatspartei, geäußert hatte, er halte es

für möglich, daß durch den Rückruf der Auslandskredite wegen Wegfalls der vorgeschriebenen Deckung eine Halbierung des deutschen Notenumlaufs eintrete und daß auch der Reichsbankdiskont erheblich heraufgesetzt würde. Das sei aber nicht bedenklich, weil hierdurch der Goldstrom wenigstens zum Teil wieder nach Deutschland zurückgedreht würde. Die Folge wäre eine stürmische Erhöhung der Ausfuhr und ein rapides Sinken der Einfuhr, so daß der nach Deutschland fließende Devisenstrom die Rückzahlung der gekündigten Kredite, die Zahlung der Reparationen und Zinsen gestatten würde.

GZ 81)

Daß bei diesem Prozeß der Halbierung des Notenumlaufs, daß heißt der Kündigung der Mehrzahl der innerdeutschen Kredite, zunächst erst einmal die ganze deutsche Wirtschaft zerbrechen würde, hat Dr. Stolper im Reichstag nicht vorgetragen.

GZ 82)

Brüning konnte in seiner Stettiner Wahlrede auch mit Recht darauf hinweisen, daß ihm fälschlich vorgehalten werde, er solle doch in Wirtschaftsfragen auf den Rat der Sachverständigen und der Wirtschaft hören. Das täte er durchaus, er beriete sich mit ihnen, aber sie wüßten es nicht besser und hätten auch keine übereinstimmende Meinung. Es war in der Tat so, daß die Theoretiker der Wirtschaftswissenschaft und die Praktiker der Wirtschaft und der sogenannten Hochfinanz, also die Inhaber und Vorstandsmitglieder der großen Bankhäuser, damals tief in den Vorstellungen von dem Materialwert des Geldes befangen waren und der Goldgeldlehre anhängen, wie sie bis zum Ersten Weltkrieg unangefochten bestanden hatte. Auch die Herren der Hochfinanz kannten in der Wirtschaftskrise, so unwahrscheinlich das heute klingt, als Gefahr für die Währung nur die Inflation, nicht aber die Deflation, obwohl ihre eigenen Banken an der Deflation zu zerbrechen drohten. Sie gaben also, wie dies damals in den Kreisen der Reformen von dem einen und dem anderen Bankier berichtet wurde, auch dem Reichskanzler Brüning den gleichen Rat, den sie sich selbst und ihrer Kundschaft gaben: unnötige Ausgaben vermeiden, sparsam das Geld zusammenhalten und liquide bleiben. Dem sich in der Krise auftuenden Widerspruch, daß dieser Rat zwar für den privaten Bereich zur Selbsterhaltung in der Krise richtig ist, daß aber die öffentliche Hand sich zur Bekämpfung der Krise umgekehrt zu verhalten habe, war man damals geistig noch nicht gewachsen, so selbstverständlich das heute ist. Professor L. Albert Hahn, damals Hauptaktionär der Deutschen Effekten- und Wechselbank in Frankfurt, war unter den bekannten Bankiers der einzige entschiedene Gegensprecher. Er war in persönlichen Besuchen bei Luther bemüht, Luther von seinem Deflationskurs abzubringen, aber auf ihn, der neben Professor Dr. Wagemann, dem Präsidenten des Statistischen Reichsamtes und Direktor des Instituts für Konjunkturforschung, der führende Reformen war, hörte man nicht. ... (S. 142 / 144)

GZ 83)

In den nichtradikalen Parteien des Reichstags gab es wegen der Brüning-Lutherschen Deflationspolitik keine Spaltungen oder sonst für die Bevölkerung erkennbare Auseinandersetzungen. Zentrum und klein gewordene Demokratische Partei (Deutsche Staatspartei) stimmten vorbehaltlos zu, die SPD murrte, aber schwieg.

GZ 84)

Der damalige demokratische (staatsparteiliche) Reichstagsabgeordnete Heuss, unser späterer Bundespräsident, erklärte in seiner letzten Reichstagsrede vom 11. Mai 1932 zur Finanzierung einer Arbeitsbeschaffung durch zusätzlichen Geldeinsatz der Reichsbank folgendes: »Die Inflation würde morgen vorhanden sein, mit diesem zusätzlichen Geld, das sich der Regulierung durch den Diskont entziehen würde, die Inflation, die ja zudem nicht nur eine Frage von mechanischen Mengenmanipulationen ist, sondern ein psychologisches Problem. Von der Re-

gierung aber erwarten wir, daß sie, so hart die Auswirkungen der deflatorischen Periode, in der wir drinstecken, sind, auf diesem Gebiete bis zum letzten allen Währungsexperimenten widersteht, denn das deutsche Volk und die deutsche Wirtschaft könnte sie nicht ertragen (Sehr wahr! in der Mitte.).«

GZ 85)

Die breite Masse der Bevölkerung war in Währungs- und Konjunkturdingen ohne eigenes Wissen und ohne eigene Meinung. Sie folgte zunächst den Leitartikeln der nichtradikalen Zeitungen, insbesondere der Generalanzeigerpresse, die ganz und gar auf Inflationsangst und Aufrechterhaltung des Wechselkurses abgestellt waren. Die auf Anraten des Nationalökonom Keynes bewußt herbeigeführte Abwertung des englischen Pfundes wurde in den deutschen Zeitungen irreführend unter die Überschrift gebracht: »Weltwährung wird Treibholz«. Dann folgten immer breitere Massen in dem wachsenden Elend der radikalen politischen Propaganda, vor allem der nationalsozialistischen, die Arbeit und Brot versprach. Irgendeine geld- und konjunkturmäßige Aufklärung war damit nicht verbunden.

GZ 86)

Das außenpolitische Ziel, dem Brüning die inneren wirtschaftlichen Verhältnisse unterordnete, verhinderte nicht nur zusammen mit seinen Irrtümern über Geld und Währung die Bekämpfung der Krise, es gab auch der deutschen Bevölkerung eine falsche Blickrichtung, was sich in der politischen Radikalisierung übel auswirkte. Man war sich in Deutschland in den Krisenjahren bis 1933 gar nicht bewußt, in einer Welt-Wirtschaftskrise zu stecken. Die 6 Millionen deutschen Arbeitslosen des Jahres 1932 wußten nicht, daß gleichzeitig in Amerika und England Millionen Arbeiter und Angestellte ihren Arbeitsplatz verloren hatten und ein ähnliches Elend wie sie selbst durchmachten. In den Zeitungen war zwar hier und da auch von der Krise im Ausland die Rede, aber entsprechend den amtlichen Parolen wurde das deutsche Elend doch nur in einen Zusammenhang mit dem verlorenen Krieg und mit dem Versailler Vertrag gebracht. In den dreißiger Jahren war die Erinnerung an die guten und geordneten wirtschaftlichen Verhältnisse vor 1914 noch allenthalben wach. Daß dies nun alles verschwunden war und nach dem Taumel der gerade sechs Jahre zurückliegenden Inflationszeit das Unglück der wirtschaftlichen Zusammenbrüche und der Dauerarbeitslosigkeit folgte, wurde im Bewußtsein der Massen, aber auch der gebildeten Stände mit dem verlorenen Krieg erklärt. ... (S. 145 / 147)

GZ 87)

Es ist aber richtig, daß Brüning und Luther keine organisierte Aufklärung gegenüberstand. Die Gegenpartei der »Reformer« war zahlreich und auch in vielen Schichten und Berufskreisen zu finden. Es waren aber Einzelgänger oder kleinere Gruppen mit ganz unterschiedlichen, zumeist nicht weitreichenden Einflußmöglichkeiten und einem spärlichen Zugang zur Presse. Von der politisch organisierten Gegenmeinung der Nationalsozialisten und Kommunisten darf hierbei abgesehen werden. Mit ihnen über die Beibehaltung oder Aufhebung des Deflationskurses, Deckung des Geldumlaufs, Änderung des Wechselkurses, Grenzen für die Inanspruchnahme der Reichsbank usw., ernsthaft zu verhandeln, war nicht möglich, weil diese Umsturzparteien gar nicht die schnelle Beendigung der Wirtschaftskrise, sondern den totalen Austausch des »Systems« wollten.

GZ 88)

Die politisch nicht gebundenen Reformer, die die Deflationskrise beseitigen wollten, nicht mit allgemeinen politischen Änderungen, sondern mit den zureichenden Mitteln der Geldseite, waren wie die Krise selbst eine internationale Erscheinung. In den USA gehörten dazu die »Ei erköpfe« der Ära Roosevelt, in Großbritannien der Kreis um Keynes. In Deutschland war das Institut für Konjunkturforschung mit seinem Leiter Professor Wagemann ein Sammel-

punkt. In der Bankwelt war es vor allem der Frankfurter Bankier und Währungstheoretiker Professor L. Albert Hahn, der damals unermüdlich und verzweifelt protestierte, weil er das ganze Unheil auch in politischer Hinsicht kommen sah. Viele andere Namen mit den von ihnen entwickelten Einzelplänen wären hier zu nennen 55). Statt dessen sei auf die Einzelangaben in dem Buch von Wilhelm Grotkopp verwiesen 56). Die Reformer hatten, wie Luther selbst berichtet, in den Deflationsjahren viele Hunderte von Briefen und Eingaben an die Reichsbank und an die Regierung geschickt. Ein auf Kreditausweitung für die Arbeitsbeschaffung abgestellter Plan von Professor Wagemann war veröffentlicht und von Brüning abgelehnt worden. Auf Luther, der offensichtlich die Eingaben ungelesen in die Akten oder in den Papierkorb wandern ließ, weil er sie ebenso wie Brüning für moralisch verwerfliche Inflationsprojekte hielt, wenn nicht sogar für Wahnideen von Geisteskranken (auch solche werden dabei gewesen sein), wurde sogar ein Attentat verübt. Brüning und Luther konnten also nicht behaupten, daß man sie nicht unterrichtet hätte.

GZ 89)

Fußnote 55)

Eine gewisse volkstümliche Ausdehnung hatten die Reformer in den Kreisen der Silvio-Gesell-Anhänger, die sich auch als politische Kleinpartei organisiert hatten. Silvio Gesell ist der Vater vieler moderner Gedankengänge, die sich auf die Geldseite der Wirtschaft und das Verhältnis von Geldumlauf und Krise beziehen. Auch die meisten Reformer kannten sein Buch »Die natürliche Wirtschaftsordnung«, ohne es aber zu nennen. Keynes hat Silvio Gesell lobend erwähnt. Silvio Gesell hatte seine Erfahrungen in den südamerikanischen Geldkrisen gesammelt. Durch seine Lehre vom Schwundgeld ist er unberechtigt in Verruf gekommen. Mit dem Schwundgeld wollte Gesell erreichen, daß im Geldumlauf keine zur Deflationskrise führende Unterbrechung eintritt. Seine Beobachtung war richtig, auf die Technik aber kam es nicht an. Gesell wollte eine Technik entwickeln, die sich in einem total liberalen Staat von selbst verwirklichte und kontrollierte. Durch seine Anhänger, die zum Sektierertum neigten und die das Wort »natürlich« in dem Titel von Gesells Buch zum Lösungswort für alle möglichen Programme einer natürlichen Lebensweise machten, ist Silvio Gesell in der Geldwissenschaft in einen falschen Ruf geraten. Hierzu trug auch noch bei, daß Gesell sich nach 1918 in Bayern der Räterepublik als Finanzminister zur Verfügung gestellt hatte und von dort das Schwundgeld einführen wollte. Anhänger von Gesell sind heute noch organisiert. Politisch haben sie auch noch in der Schweiz in den Kantonatswahlen eine gewisse Bedeutung. Der Name von Gesell muß im Zusammenhang mit der Bekämpfung der großen Deflationskrise lobend erwähnt werden, weil es weitgehend die zuerst von Gesell entwickelten Grundansichten waren, die von den Reformern vertreten wurden und in ihrer Weiterwirkung der heutigen modernen Konjunkturbetrachtung zugrunde liegen. Die Gesell-Anhänger, die sich Freiwirte nannten, gaben in den Krisenjahren eine Wochenzeitung »Der Neue Kurs« heraus. Es war nur ein Blättchen, hielt aber Woche für Woche der Regierung Brüning und der Reichsbank vor, was sie falsch machten.

GZ 90)

Fußnote 56)

Dr. Wilhelm Grotkopp, »Die große Krise«, Düsseldorf 1954.

Aus dem Kapitel: **Wirtschaftliche und menschliche Probleme der Arbeitslosigkeit**

GZ 91)

Man kann das Problem der Arbeitslosigkeit nicht ernst genug nehmen. Es ist in den modernen arbeitsteiligen Industriegesellschaften ein Problem, von dem der wirtschaftliche Teil nur die kleinere Hälfte des Ganzen ist. Jedes darüber Hinwegreden ist unerlaubt. Die Ansicht mancher

Volkswirte und Arbeitgeber, daß ein kontinuierlicher Überhang von Arbeitssuchenden vorhanden sein müsse, um uns vor Überhitzung und Preissteigerungen zu schützen, ist denkbar unsozial. Man kann den Vertretern dieser Ansicht nur wünschen, daß sie selbst oder ihre Söhne und Töchter einmal zu diesem Überhang gehören, der nach Lehrbuchansicht die Konjunkturen so schön ausgleichen soll. Es ist zwar richtig, daß das Fehlen der Arbeitslosigkeit, also die Vollbeschäftigung, auch Nachteile bringt, die neben dem Preisauftrieb den Fleiß und die Arbeitsmoral betreffen. Diese Nachteile sind aber in keiner Weise mit den wirtschaftlichen und menschlichen Schäden der Arbeitslosigkeit zu vergleichen.

GZ 92)

Wer in der großen Krise oder in den Jahren danach Gespräche mit Männern führen konnte, die die Arbeitslosigkeit persönlich erleiden mußten, oft mehrere Jahre hindurch, weiß, um welchen Einbruch in ihr Leben es sich dabei gehandelt hat. Es war eine verhängnisvolle Verblendung der Weimarer nichtradikalen Parteien und ihrer führenden Männer, daß sie diesen Einbruch in das Leben des deutschen Volkes nicht als die größte Gefahr erkannten, der gegenüber die finanziellen und außenpolitischen Probleme unterzuordnen waren.

GZ 93)

Von den 14 Millionen nationalsozialistischen Reichstagswählern des Sommers 1932 hatten sicherlich nicht einmal 5 Prozent Hitlers »Mein Kampf« oder andere Schriften gelesen, die das Parteiprogramm der NSDAP erläuterten. Die neuen nationalsozialistischen Reichstagswähler waren auch keine Antisemiten. Sie wählten die NSDAP, so wie 3 bis 4 Millionen andere Deutsche damals zusätzlich zu den alten kommunistischen Mitgliedern die KPD wählten, weil sie aus der Krise herauswollten und auf die nicht-radikalen Weimarer Parteien keine Hoffnung mehr setzten. Es wäre für Deutschland und die Welt besser gewesen, wenn Hitler als Reichskanzler später diese Hoffnung enttäuscht hätte. Weil sein Kabinett sie aber erfüllte, auf schnellem Wege und mit einfachen Mitteln, die auch Brüning hätte einsetzen können, wurden aus den Wählern der NSDAP dankbare Nationalsozialisten, die nunmehr Jahre hindurch für richtig hielten, was Hitler anordnete. Ohne diese Dankbarkeit der Massen, die nach 1933 wieder einen Arbeitsplatz gefunden hatten, hätte Hitler seine außenpolitischen Abenteuer und seinen innenpolitischen Terror nicht wagen können. Man kann nicht beweisen, was aus der NSDAP geworden wäre, wenn es die Weltwirtschaftskrise nicht gegeben hätte. Vielleicht hätte sie auch dann ihren Tiefstand des Jahres 1928 mit 2,6 Prozent der abgegebenen Stimmen und 12 Reichstagsabgeordneten überwunden. Aber mit voller Sicherheit kann man sagen, daß die NSDAP es niemals zu einer politischen Stärke gebracht hätte, die dem Bestand der Weimarer Republik gefährlich werden konnte. Dazu hatten Hitler und die NSDAP zu viele natürliche Feinde. Außer den Kommunisten und den organisierten Mehrheitssozialdemokraten waren es das katholische Zentrum, das aufgeklärte Literaten- und Freimaurertum, die jüdischen Kreise und auch die Konservativen und Deutschnationalen alter Art, Großgrundbesitz, größeres Bauerntum, Adel und Reichswehrführung. Um durch diese starke Mauer einer Abwehr von Gegnern, die Hitler selbst dazu machte, weil er sie ständig angriff, eine Bresche zu schlagen, bedurfte es eines alles aus den Fugen reißenenden Vorgangs, wie es die Deflationskrise mit ihren Arbeitslosenheeren war.

Aus dem Kapitel: **Schlußfolgerungen**

GZ 94)

Der Verfasser möchte das Buch mit Ausführungen des im Oktober 1968 verstorbenen Professors L. Albert Hahn (1877-1968) schließen, entnommen aus dessen großem Aufsatz in der Zeitung »Die Zeit« vom 5. April 1963. Hahn, zugleich überragender Währungswissenschaftler und erfahrener Bankier, war in der Deflationskrise einer der führenden Reformer. Hahn, der

seinem Aufsatz die Überschrift gegeben hatte: »Brüning war an allem schuld - Eine falsche Wirtschaftspolitik ebnete den Weg für die Massenverführer« schreibt darin:

GZ 95)

»Die Brüning-Luthersche Deflationsperiode, die 1931 begann, ist, wenn nicht die tragischste, so doch die paradoxeste der letzten fünfzig Jahre. Es ist die paradoxeste, weil alles, aber auch alles, was seitdem geschah - Nazirevolution, Krieg, moralische und physische Vernichtung von Millionen Menschen und schließlich die deutsche Niederlage - nach meiner und vieler meiner Freunde Auffassung vermieden worden wäre, wenn die damals die Hebelstellung der Wirtschaft, das Geldwesen, direkt oder indirekt Beherrschenden sich nur ein wenig aufgeschlossener gegenüber heute selbstverständlichen Gedankengängen gezeigt und den kumulativen Deflationsprozeß unterbrochen hätten. Statt dessen hat man, die Jüngeren werden sich den damaligen Mangel an Urteilsfähigkeit gar nicht mehr vorstellen können, die Fortsetzung des Deflationsprozesses nicht nur geduldet, sondern (aus falsch verstandenen Gold- und Wechselkursrücksichten) gewünscht und mit einer prozyklischen Fiskalpolitik gefördert. Eine solche Politik mußte ein hoffnungslos gewordenes Volk in die Arme der Extremen treiben, die ihm die rasche Befreiung von der Pest der Arbeitslosigkeit versprochen - und dieses Versprechen durch Akzeptierung etwas >moderner< Praktiken auch hielten.

GZ 96)

Um dies vorwegzunehmen: Keine der damals in Regierung oder Reichsbank verantwortlichen Personen hat das Unheil bewußt herbeigeführt. Auch die unseligen Berater aus >Theorie und Praxis<, die die offizielle Politik stützten, waren gutgläubig, wenn auch manche Industrielle aus Angst vor dem Vorwurf des Inflationismus in der Öffentlichkeit Aussagen machten, die ihrer mir privat geäußerten Überzeugung widersprachen. Ursächlich für die Deflations- oder wenn man es schonender ausdrücken will, für das Fehlen jeder bewußten Anti-Deflationspolitik, war vielmehr: Einerseits herrschte in den weitesten Kreisen eine völlige Unkenntnis über den Charakter von Wirtschaftskrisen als Deflationskrisen, andererseits ein erstaunlicher Mangel an >judgment<, an abwägendem Urteil darüber, ob der Vermeidung der katastrophalen wirtschaftlichen und politischen Deflationsfolgen oder gewissen formal-juristischen Erwägungen der Vorrang einzuräumen war. Wie unbegreiflich erscheint zum Beispiel heute, daß man eine Abwertung der Mark mit dem Hinweis ablehnte, daß im Young-Plan die Aufrechterhaltung der Goldparität stipuliert worden war. War doch seit der Einführung der Devisenzwangswirtschaft im Juli 1931 von einem Goldstandard überhaupt nicht mehr die Rede und die Mark im Verfolg der Pfundabwertung vom September 1931 gegenüber der zweitwichtigsten Weltwährung - und siebzehn der Pfundabwertung folgenden Nebenwährungen - tatsächlich um etwa 40 Prozent aufgewertet. Wie konnte es geschehen, fragt man sich heute, daß die Industrie, die gegen die letzte fünfprozentige Aufwertung der DM so heftig opponierte, gegen jene Aufwertung der Reichsmark nichts einwandte?

GZ 97)

Ich selbst empfinde bei der Erinnerung an diese Periode meines Lebens jetzt, nach dreißig Jahren, noch dieselbe Verzweiflung und Aufregung, die ich damals angesichts der offiziellen Geld- und Kredit-Politik verspürte; und dasselbe Gefühl der ohnmächtigen Wut darüber, daß unser Kampf erfolglos war, nicht - das hat wohl die spätere Entwicklung bewiesen - weil unsere Argumente falsch waren, sondern weil die Gegner wegen ihrer offiziellen Stellung oder auch nur wegen ihres Alters und angeblich größeren praktischen Erfahrung ein höheres Prestige genossen als wir Jüngeren, die obendrein noch vielfach Theoretiker waren.« (S. 229 / 231)

GZ 98)

Fußnote 137)

Professor Dr. Dr. Dr. h. c. L. Albert Hahn wurde am 12. Oktober 1889 in Frankfurt/M. geboren. Er studierte Rechtswissenschaft und Philosophie, erwarb in beiden Fakultäten den Doktorgrad, wurde Assessor und Rechtsanwalt und trat 1919 in den Vorstand der Deutschen Effecten- und Wechselbank in Frankfurt/M. ein, einer Gründung seiner Vorfahren. Im Jahre 1928 wurde Hahn neben seiner weiteren Tätigkeit als praktischer Bankier auf Grund seiner zahlreichen Veröffentlichungen über Themen des Geldwerts und der Konjunkturlehre Honorarprofessor an der Universität Frankfurt/M. Im Jahre 1936 ging Professor Hahn in die Emigration. Durch Gastvorlesungen in New York, später auch in Paris und Zürich, und durch Bücher und Aufsätze, die bis kurz vor seinem Tode erschienen, wurde Professor Hahn als Währungs- und Konjunkturwissenschaftler weltweit anerkannt. Er starb am 4. Oktober 1968 in Zürich.

(Ende Ziemer)

Dokumentation der Vorgänge vor Hitler Teil 2

Hans Schumann und die SPD

TZ 68) Der Verlorene Kampf für eine Reformpolitik innerhalb der SPD

In den Ausführungen von Ziemer heißt es, daß zu der Brüning-Lutherschen Deflationspolitik die SPD murrte aber schwieg. Das ist von Ziemer zu milde ausgedrückt. Die SPD hat aus anderen aber ebenso falschen Vorstellungen wie die von Brüning und Luther eine Reform in der Wirtschafts- und Währungspolitik aktiv bekämpft. Ich übertrage anstatt eines Querverweises aus meiner Arbeit: *Verlogenes, Böses und Verschüttetes in der deutschen Politik - gestern und heute*, Aug. 2002 aus dem Teil zwei, Text-Collage den Abschnitt 7.

(Q 19) 7. Letzter Appell

aus der Textsammlung Gegen den Strom

von Hans Schumann

(Q 19.1) *Hans Schumann (25.3. 02 - 24. 4. 94) war Lehrer, hat mit Erich Mäder in Thüringen Ende der zwanziger / Anfang der dreißiger Jahre um eine Neuorientierung der SPD gerungen, damit sie mit damaligen Gefahren besser fertig würde. Er hat also das Kaiserreich, die Weimarer Republik, die DDR⁸, und die Wiedervereinigung erlebt. Hier im Westen*

8 Ein Kapitel in seiner Schrift heißt „12 Jahre“ - und drei hinter dem „Eisernen Vorhang“

hat er neben der Berufstätigkeit in und mit der Freisozialen Union (die nach dem zweiten Weltkrieg als Radikalsoziale Freiheitspartei gegründet worden ist und sich jetzt Humanwirtschaftspartei nennt) gewirkt. Hans Schumann war ein großer Sachkenner der politökonomischen Vorgänge des vorigen Jahrhunderts, ein unermüdlicher Arbeiter aber auch - da er ein Leben lang gegen Mauern angerannt war - in seinen schriftlichen Äußerungen für Freund und Feind manchmal ein unverdaulicher Brocken. Die FSU war (oder ist ?) auch ein Lieblingsfeind der Antifa. Der Grund dürfte weniger die paar rechten Mitglieder, die sich der FSU zugesellt hatten, als vielmehr der antimarxistische Kurs, der maßgeblich von Schumann geprägt war. Für diesen Kurs waren eben nicht nur die Erfahrungen von Schumann und anderen Mitgliedern in der SBZ / DDR der Grund, sondern besonders die Fixiertheit der Linken im Marxismus.

Die Wiedergabe des Flugblattes „Letzter Appell“ erfolgt im Original in Faksimile. Ich kann sie hier nur in einfacher Form übertragen. Das heißt, die Schriftgestaltung ist verändert, auch hier sind die Hervorhebungen nicht alle erfaßt.

XX

(Q 19.2) Arbeit und Geldpolitik Nr. 6 Preis 10 Pf. (Lt. H. S. Mitte 1932 erschienen T.A.)

Hans Schumann

Letzter Appell!

„Die Tage der Zivilisation sind gezählt,
wenn der wirtschaftliche Aufstieg nicht bald beginnt.“

(Prof. Cassel in Oxford)

Herausgeber: Erich Hader, M.d.L, Hans Schumann

Verlag von Stritzke & Co., Altenburg Thür.

XX

Letzter Appell!

Die Tage der Zivilisation sind gezählt, wenn der wirtschaftliche Wiederaufbau nicht bald beginnt. Vergeßt niemals, daß die Stunden, die uns zum Wiederaufbau gelassen sind, vielleicht kurz sind.

Prof. Gustav Cassel in Oxford.

Nur durch richtige Geldpolitik können wir Herren unseres wirtschaftlichen Schicksals werden.

Williams, Redakteur des „Daily Herald“.

*An die Parteinstanzen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands,
z.. H. Gen. Otto Wels, Berlin 1*

Werter Genosse Wels!

Sie haben - offenbar erfüllt von Stolz auf die bisherigen Erfolge der Partei und auf die Lage, in die die Partei unter Ihrer Leitung (bzw. Ihrem Vorsitz!) heute gekommen ist - jede Diskussion mit den unbequemen Kritikern und Mahnern Mäder und Schumann abgelehnt. Sie haben selbst dann nicht reagiert, als im Namen von 10000 Thüringer Parteigenossen von Ihnen gefordert wurde, die in der Denkschrift „Krieg der Krise“ gemachten Vorschläge einer vorbehaltlosen Prüfung zu unterziehen.

Sie haben sich vielmehr dem Diktat der die Meinung der Partei beherrschenden Finanzsachverständigen Hilferding, Aufhäuser usw. gebeugt, die nur Vorschläge erlauben, welche die Goldwährung nicht angreifen, die von der auf Baisse spekulierenden Hochfinanz gewünscht wird, die den Preisabbau propagierten, die den Young-Plan tarnten, die die Verständigung mit „Frankreich“, d. h. mit der französischen Hochfinanz, erstreben, die „an die Geldmächte der Welt appellieren“, die jeden beschimpfen und herunterreißen, als Nazi verdächtigen, Roßtäuscher, Gauner und Gassendreck nennen und nennen lassen, der dagegen rebelliert.

Wenn ich trotzdem immer und immer wieder, bis zur letzten Minute versuche, diese Verschwörung des Schweigens zu brechen, so geschieht es nicht, um diese Sachverständigen zu lehren über ihren eigenen Schatten zu springen (das kann niemand)!, sondern es geschieht, um wenigsten vor der Geschichte den Nachweis zu erbringen, daß es nicht am Wissen, sondern am Willen gelegen hat, wenn die Partei und die Arbeiterschaft in die Katastrophe geführt wird.

*

Die Brüning-Regierung ist gestürzt! Man mag zu Brüning stehen, wie man will - jedenfalls hat er „ehrlich“ versucht, das deutsche Volk nach der „ehrlichen“ Golddecke zu strecken, die ihm die internationale Hochfinanz bzw. Dr.Luther zugestanden haben. Seine Lohnsenkungs- und Steuererhöhungspolitik war lediglich die Konsequenz aus der Deflationspolitik der Reichsbank.

Ein moralisches Recht, über Brüning zu richten, haben die Finanzsachverständigen nicht, die an der Deflations- = Goldwährungspolitik nicht rütteln wollen.

Jede neue Regierung (sei sie bürgerlich oder sozialdemokratisch), die zur Macht kommen sollte und nicht an der Deflation und an der Goldwährung rüttelt, muß den Lohnabbau und die Steuererhöhung weitertreiben - das heißt: sie wird das deutsche Volk in den Abgrund führen.

*

Wenn die Nazis zur Regierung kommen, werden sie - gestützt auf Gottfried Feder - durch Landstraßen „gedeckte“ Geldmengen ausgeben und eine Inflation hervorrufen. Auch dieser Weg führt in den Abgrund.

*

Sollte die Sozialdemokratische Partei maßgebend Einfluß in irgendeiner kommenden Regierung haben, so ist zu befürchten, daß die Maßnahmen, die ihr von den heute maßgebenden Finanzsachverständigen vorgeschlagen werden, das Chaos noch schneller herbeiführen und damit ihr Schicksal besiegeln würden.

*Das gilt von den unglaublich naiven Plane, durch *S t e u e r n* Arbeit zu schaffen, das gilt von dem Plane, durch eine Goldlotterie Mittel zur Arbeitsbeschaffung aufzubringen, das gilt vor allem für den „Preisabbau“, den man bereits bisher gefordert hat, obgleich dadurch die Wirtschaft zugrunde gerichtet wird.*

*

Ich warne Sie und jeden ehrlichen Sozialisten aber auch vor der Illusion, als ob für eine „Gemein- und Bedarfswirtschaft“ irgendwo realisierbare, konstruktive Vorstellungen oder gar Pläne' vorhanden seien.

Wenn man uns entgegenhält, daß nicht durch „Geldexperimente“, sondern nur durch den Kampf um eine sozialistische Plan- und Bedarfswirtschaft die Krise überwunden werden kann, dann ist das eine furchtbare Illusion. Es gibt kein „Wirtschaften nach dem Bedarf“, da eine objektive Feststellung des subjektiven Bedarfes unmöglich ist. Es gibt nur einen Arbeitszwang und einen Verbrauchszwang, Methoden, die in Rußland zu einem furchtbaren Fiasko geführt haben. Wollen wir das deutsche Volk den Pfuschiereien einiger wildgewordener Nationalökonomien unterwerfen, um nach Millionen Opfern doch wieder schrittweise zum freien Markt zurückzukehren wie die „Kommunisten“ in Rußland? Ich stelle fest, daß nirgends auch nur der allergeringste Ansatz für einen konstruktiven Aufbau einer sozialistischen Gemeinwirtschaft besteht, am allerwenigsten bei denen, die sie fordern, um vom Kampfe gegen die krisenmachende Hochfinanz abzulenken.

Wenn man - wie Sie - der Ansicht ist, daß „der Sozialismus eine Wachstumserscheinung“ ist, dann muß man dafür sorgen, daß durch Ausschaltung der Krisen der Boden für das Wachsen des Sozialismus freigemacht wird. Solange aber die Möglichkeit besteht, das Geld aufzuschätzen, so lange beherrschen die Beherrscher der Zirkulationsmittel auch die Produktionsmittel, „mögen diese auch noch jahrelang dem Namen nach als Eigentum der Wirtschafts- und Handelskommune figurieren“, schreibt Engels im Anti-Dühring - vielleicht wird er deshalb eines Tages auch noch als Nazi bezeichnet und „als Sozialist begraben“!

Die Weltwirtschaftskrise hat geldpolitische Ursachen (Verringerung der umlaufenden Geldmenge im Verhältnis zur angebotenen Warenmenge!) und kann nur durch geldpolitische Maßnahmen wirksam bekämpft werden.

Auf dem Boden einer krisenfreien Wirtschaft mag dann jeder durch Vorbild und Beispiel für das arbeiten, was er für „sozialistisch“ hält. Wir haben zwar bisher nicht erreicht, die Parteinstanzen zu einer selbständigen Prüfung der international diskutierten Forderung einer aktiven, d. h. geldpolitischen Konjunkturpolitik zu veranlassen bzw. ihre Prüfung durch unbelastete Sachverständige herbeizuführen.

Aber wir haben immerhin die Genugtuung, daß alle unsere wirtschaftlichen und politischen Prognosen auf Grund unserer Wirtschaftsansichten richtig - und alle offiziellen falsch waren.

tätstheorie⁹ keine oder nur eine untergeordnete Rolle. Die Maßhalteappelle - zu Zeiten als Erhard den Höhepunkt seines Wirkens schon überschritten hatte - gingen völlig an den quantitätstheoretischen Einsichten vorbei, es sei denn, man wollte damit die Geldumlaufgeschwindigkeit drosseln.

TZ 70) Inaktive Nachfrage ist keine eliminierte Nachfrage

Als dann mit dem deficit spending die Konjunktur in Schwung gebracht werden sollte und das Preisniveau stieg, hat Karl Walker darauf hingewiesen, daß eine ruhende - inaktive - private Nachfrage keine eliminierte Nachfrage ist. Wenn diese durch eine mit der Druckerpresse erzeugte staatliche Nachfrage ersetzt würde, stünden dem betreffenden Quantum an Warenangebot geldmäßig die doppelte Nachfrage gegenüber - eine legitime, die zeitweilig inaktiv ist, aber durch Vorleistungen erworben wurde, und eine illegitime, die via Staat durch die Notenpresse erzeugt wurde.

TZ 71) Umlaufgeschwindigkeit

Die gegenseitigen Vorwürfe der Tarifparteien in Form der Lohn-Preis-Spirale und der Preis-Lohn-Spirale übersahen ebenfalls, daß das Preisniveau nicht von den Marktteilnehmern durch ihre Preispolitik verändert werden kann, sondern allenfalls durch ihr Kauf- und Zahlungsverhalten, das kollektiv in Richtung Verlangsamung oder Beschleunigung tendiert. Aber die Vorstellung, die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes sei eine unabhängige Größe, die beliebig manipuliert werden kann, ist auch irrig. Wir können zwar mit einem Geldschein in kurzer Zeit ein -zigfaches seines Wertes an Schuldentilgungen vornehmen, aber ansonsten kann die „Umlaufgeschwindigkeit“ des Geldes nicht schneller sein als die Produktion und die Tauschakte. Sind aber Geldinhaber in der Lage, den Gegenwert ihres Geld nicht unmittelbar konsumieren oder investieren zu müssen, können sie durch Hortung die Tauschkette unterbrechen. Das ist dann die Liquiditätsfalle, die auch Keynes beschreibt.

TZ 72) Vorwurf der Preistreiberei an die falsche Adresse

Aber in den Zeiten, als die Tarifparteien sich gegenseitig die Preistreiberei vorwarfen, war nach meiner Erinnerung gar nicht die Umlaufgeschwindigkeit das Problem, sondern dies bestand darin, daß die Bundesbank bei fixierten Wechselkursen und im Verhältnis zum Dollar unterbe-

⁹ Nach dem verstorbenen Elimar Rosenbohm, Mitbegründer der Zeitschrift für Sozialökonomie, ehemals Mitarbeiter in der volkswirtschaftlichen Abteilung einer LZB, handelt es sich nicht um eine Theorie, sondern um eine Tatsachenbeschreibung.

werteter DM gezwungen war, Devisen aus dem Exportüberschuß gegen neue zusätzliche DM aufzukaufen. Binnenmarktmäßig stand einem Minus an Waren ein Plus an Geld gegenüber. Die ganze politische Diskussion um die daraus folgende Inflation ging mit dem gesellschaftlichen Klima vergiftende Wirkung an diesen Tatsachen vorbei.

TZ 73) Nobelpreis und Verachtung für die gleiche Sache

Als Milton Friedman 1976 den Nobelpreis zugesprochen bekam, stiftete dies erst Verwirrung und Aufregung innerhalb der Freiwirtschaftsschule, weil es schien, als würde Friedman für die Entdeckung der Quantitätstheorie geehrt. Friedman wurde aber dafür geehrt, daß es ihm gelungen war, die Quantitätstheorie wieder in die Wirtschaftstheorie einzuführen. Das heißt, die bitteren Erfahrungen aus der Zeit, die unzählbaren Menschen den frühen Tod gebracht oder das Lebensglück geraubt hat und über die Ziemer berichtet, waren binnen weniger Jahrzehnte schon wieder vergessen worden. Und diejenigen, die dieses Wissen gegen den Trend der Währungspolitik und der Hochschullehre wachgehalten haben und weiter tragen wollten, wurden als Spinner, Sektierer oder Kryptoökonomien beschimpft. Für wichtige ökonomische Analysen und Vorschläge jenseits des Atlantiks gab es den Nobelpreis, für die älteren und umfassenderen Analysen und Problemlösungen hier bei uns keine Auszeichnung für den Urheber, keine Ehrung, kein Forschungsinstitut oder keine Universität, die den Namen des Preiswürdigen trägt, keine Vorlesung über seine ökonomischen Lehren, dafür aber Beschmutzung mit Faschismus vorwürfen, für jemanden, dessen Wissen angewendet uns die Nazis, den Holocaust und den Krieg hätte vermeiden helfen können.

TZ 74) Verteidiger der Juden wird als Antisemit beschimpft

Der einzige Ökonom, den ich kenne, der vor dem Holocaust gesagt hat, daß es eine große Ungerechtigkeit gegenüber den Juden ist, wenn ihnen die Urheberschaft für die wirtschaftliche Drangsal unterstellt wird, wird verdächtigt, er sei ein Antisemit, ohne daß diejenigen in Wissenschaft und Politik, die es besser wissen, widersprechen. Ich bin damit bei Silvio Gesell angelangt. Sozialwissenschaftler zu deren Forschungs- und Lehrbereich das Thema „Entstehung und Wirkung gesellschaftlicher Tabus“ gehören, müßten direkt auf ihn fliegen, weil sie hier die Relevanz eines Tabus unmittelbar und gegenwärtig beschreiben könnten. Aber das Tabu wirkt wahrscheinlich so stark, daß es sogar die Tabuforscher innerhalb der Sozialwissenschaftler lähmt.

TZ 75) Besetzung des Zinthemas durch die Nationalsozialisten

Dies hängt vielleicht auch damit zusammen, daß die Nationalsozialisten das Thema Zins in ihrer Zeit besetzt und dazu abstruse Begründungen geliefert haben. Aber der Zins war damals ein gesellschaftliches Problem erster Güte, wie er es heute auch ist. Die Parteien von heute sind genauso wie in der Vergangenheit darauf angewiesen den Wählern zu versprechen, drückenden Probleme anzupacken . Wenn darunter heute der Zins nur indirekt benannt wird, dann wegen des Tabus und der Angst, mit dem Hinweis auf die Nazis eins rübergezogen zu bekommen. Gunnar Heinsohn, Prof. an der Universität Bremen, weist in seinem Essay „Zins, Hexen, Habermas“ (veröffentlicht in Neue Praxis - ... Nr. 2/84) darauf hin, daß bei Jürgen Habermas in seinem Werk zur Gesellschaftserklärung „Theorie des kommunikativen Handelns“ mit einem Umfang von 1166 Seiten das Wort *Zins* nicht vorkommt.

TZ 76) Nur eine Fußnote

Ziemer erwähnt Gesell nur einmal in einer Fußnote. Er muß eine ganze Menge über ihn gewußt haben. Politische Klugheit veranlaßte ihn vermutlich, die Wiedergabe seines Wissen auf die eine Fußnote beschränken, damit sein Buch die Chance der Veröffentlichung bekam. Ziemer erwähnt die Reformer, die gegen Brüning ankämpften. Die Reformer kannten Gesell, nannten ihn aber nicht. Auch der Rezensent Helmut R. Külz (ZEIT vom 26. 5. 72 muß einiges über Gesell gewußt haben, sonst hätte er ihn nicht aus der einen Fußnote mit empfehlenden Charakter in seine Buchbesprechung geholt. Aber in der angeblich liberalen ZEIT kommt Gesell nur alle zehn Jahre in einem Nebensatz vor. Ziemer erwähnt nicht den schwedischen Prof. Gustav Cassel („Theoretische Sozialökonomie“, „Der Zusammenbruch der Goldwährung“), der intensiv gegen den tödlichen Unsinn mit der Golddeckung des Geldes gekämpft hat. Da kein Autor den totalen Überblick hat oder vor Vergessen geschützt ist, ist das nicht tragisch, so lange es von anderen nachgetragen wird. Ich wurde durch den oben wiedergegebenen Beitrag von Hans Schumann daran erinnert.

TZ 77) Lieber massenhafter Tod als die Ohren und Augen öffnen

Wir haben im vorigen Jahrhundert die Situation gehabt, in der lieber der ganze Staat und Millionen Menschen geopfert wurden, als einem Menschen zuzuhören, der kein Fanatiker war und für die Freiwirtschaftler (mit Ausnahmen) kein Guru ist. Der Gesellsche Theorieansatz ermöglicht es den Christen, die wirtschaftlichen Gebote der Bibel zu leben, den Sozialisten, die Ausbeutung aufzuheben, den Liberalen, der Freiheit Substanz zu verleihen und den Anarchisten, den Staat auf ein erträgliches Maß zu reduzieren. Er gibt keine Glaubensunterweisungen und keine Lehranweisungen, sondern nur Stichworte für die, die selber (marktwirtschaftlich) denken können.

(Q 20) Gesell im O-Ton

Bevor ich mich wieder abschließend einigen Berichten aus der Tageszeitung zuwende gebe ich drei kurze Aussagen von Gesell im O-Ton wieder. Um dann mit Keynes Vision Gesells Anliegen, bzw. geschauter Möglichkeit zu verdeutlichen. Die erste fand ich auf der Startseite der Homepage www.Freiwirtschaft.de

(Q 20.1) Einschätzung der politischen Parteien

Ich glaube, daß die Zukunft mehr vom Geiste Gesells als von jenem von Marx lernen wird.

(John Maynard Keynes, brit. Ökonom)

Den Parteien, samt und sonders, fehlt das wirtschaftliche Programm, zusammengehalten werden sie alle nur durch Schlagworte.

Die "Natürliche Wirtschaftsordnung" (polit. Terminus: "Freiwirtschaft") ist keine neue Ordnung, sie ist nicht künstlich zusammengestellt. Der Entwicklung der Ordnung, die die Arbeitsteilung zum Ausgangspunkt nimmt, sind nur die aus den organischen Fehlern unseres Geldwesens und Bodenrechts entstehenden Hemmungen aus dem Weg geräumt worden. Mehr ist nicht geschehen. Sie hat mit Utopien, mit unerfüllbaren Schwärmereien, nichts gemein.

(Q 20.2) Skepsis gegen die EU schon bei Gesell

Der zweite Text fiel mir wieder ein, als ich in der HAZ von der Skepsis der Esten gegenüber der EU las und im Leitartikel von Christian Holzgreve in der HAZ vom 13. 12. 2002 folgende Passage:

Der kühle Empfang im Westen lässt in den Beitrittsstaaten Zweifel wachsen, ob der eingeschlagene Weg richtig sei. Erste Erfahrungen mit der Brüsseler Regelungswut erinnern viele an die Omnipräsenz des einstigen Sowjetreiches. Schon wieder soll die gerade gewonnene Souveränität teilweise abgetreten werden - diesmal an Brüssel, mal für den Binnenmarkt, mal für eine gemeinsame Außen- und Verteidigungspolitik.

Eine Warnung vor dem Europäischen Binnenmarkt aus dem Jahr 1926

*Natürlichem Genügt das Weltall kaum,
was künstlich ist, verlangt geschlossenen Raum.
Goethe im „Faust“*

Immer lauter erschallt der Ruf nach dem europäischen Zollverein. Ernsthafte Männer diskutieren ernsthaft das Problem...

Der Sperrzoll wird Europa in ein geschlossenes Wirtschaftsgebiet verwandeln... Dieses so künstlich geschlossene Wirtschaftsgebiet wird, da zu klein (die Industrie braucht die Produkte und damit auch die Absatzmärkte der ganzen Welt), immer bei allen Unternehmern das Gefühl des Beengtseins erwecken und damit den Wunsch nach Erweiterung des künstlich durch die Zollunion geschlossenen Wirtschaftsgebiets auslösen. Damit legen wir unser Schicksal wieder in die Hände von Imperialisten, die zur Erreichung ihrer Ziele kein anderes Mittel wissen als die Gewalt ...

Europäische Zollunion heißt nichts anderes als der europäische geschlossene Handelsstaat... Die Zollgrenzen der europäischen Einzelstaaten schufen die wirtschaftlichen Gründe zum europäischen Krieg. Und ebenso werden die Grenzen der europäischen Zollunion die Interessen und die Stimmungen schaffen, die uns in den Weltkrieg gegen die panamerikanische und die mongolische Zollunion treiben werden...

Darum: Reiner Tisch, ganze Arbeit. Keine europäische Zollunion, sondern Weltfreihandel, der allein die imperialistischen Triebe bändigen kann. Wer daher den Frieden wirklich will, der fordere die Beseitigung aller Zollgrenzen, den Weltfreihandel, indem er damit beginnt, die eigenen Zollgrenzen niederzulegen. Es ist das einzige, was er zu tun braucht und was er

überhaupt tun kann. Die günstigen Wirkungen werden sich bald genug bemerkbar machen, und diese werden dann alle anderen Staaten zur Nachahmung veranlassen. Dann haben wir in kurzer Zeit den Weltfreihandel, ohne daß es nötig gewesen wäre, ein Wort darüber zu verlieren, ohne Konferenzen und Kongresse und Geschwätz.

Silvio Gesell,
Der Vereinigte Unsinn von Europa - Gegen den europäischen
Zollverein, in: Die Freiwirtschaft 8. Jg. 1926, Nr. 2, S. 17-22

Hier zitiert aus der Zeitschrift für Sozialökonomie 93/1992

(Q 20.3) Wirtschaftsordnung kein Naturprodukt

Die dritte Textpassage von Silvio Gesell

stammt aus dem Vorwort zur dritten Auflage von „Die natürliche Wirtschaftsordnung“,
Herbst 1918, zitiert aus der neuen Auflage, 1949, S. 12

Die Wirtschaftsordnung, von der hier die Rede ist, kann nur insofern eine natürliche genannt werden, als sie der Natur des Menschen angepaßt ist. Es handelt sich also nicht um eine Ordnung, die sich etwa von selbst, als Naturprodukt einstellt. Eine solche Ordnung gibt es überhaupt nicht, denn immer ist die Ordnung, die wir uns geben, eine Tat, und zwar eine bewußte und gewollte Tat.

Den Beweis, daß eine Wirtschaftsordnung der Natur des Menschen entspricht, liefert uns die Betrachtung der menschlichen Entwicklung. Dort, wo der Mensch am besten gedeiht, wird auch die Wirtschaftsordnung die natürlichste sein. Ob eine in diesem Sinne sich bewährende Wirtschaftsordnung zugleich die technisch leistungsfähigste ist und dem Ermittlungsamt Höchstzahlen liefert, ist eine Frage minderer Ordnung. Man kann sich ja heute leicht eine Wirtschaftsordnung vorstellen, die technisch hohe Leistungen aufweist, bei der aber Raubbau am Menschen getrieben wird. Immerhin darf man wohl blindlings annehmen, daß eine Ordnung, in der der Mensch gedeiht, sich auch in bezug auf Leistungsfähigkeit als die bessere bewähren muß. Denn Menschenwerk kann schließlich nur zusammen mit dem Menschen zur Höhe streben. „Der Mensch ist das Maß aller Dinge“, darum auch Maß seiner Wirtschaft.

(Q 21) Gesell mit Keynes erklärt

In einem Beitrag von Georg Hummel mit dem Titel „Wissenschaft und Utopie im Hauptwerk von John Maynard Keynes“ fand ich nachfolgende Passage, mit der man Gesell auch erklären kann. Der Unterschied zwischen beiden Ökonomen besteht in den Maßnahmen.

Wenn wir jetzt einen Schritt weitergehen und den ganzen Komplex von Keynes' wirtschaftspolitischen Empfehlungen im Zusammenhang mit seiner Theorie und seinem Wirtschafts- und Sozialideal betrachten, so erscheint es zweckmäßig, das letztere zuerst etwas näher anzuse-

hen. Fragen wir daher zunächst nach dem Inhalt dieses Ideals im Sinne einer Vision, die nach Keynes dann in Erfüllung gehen soll, wenn seine wirtschaftspolitischen Ratschläge befolgt werden. Wir können die gestellte Frage am besten beantworten, wenn wir die gesamte Keynessche Vision zum Zwecke der Verdeutlichung in drei Teilvisionen aufgliedern, die aber zusammen ein organisches Ganzes bilden.

Die erste Teilvision können wir die Verheißung des „Zustandes der Vollbeschäftigung“ nennen. Diese Verheißung soll nach dem Einsatz der von Keynes empfohlenen wirtschaftspolitischen Mittel zuerst in Erfüllung gehen.

Die zweite Teilvision ist die Verheißung des „Zustandes der Vollinvestition“. In diesem „Zustand der Vollinvestition“ sind die Kapitalgüter so reichlich geworden, daß sie keinen Mehrwert mehr abwerfen können, aus dem ein Zinseinkommen fließen könnte. Mit der Erreichung dieses „Zustandes der Vollinvestition“ wird der Zins als Einkommenszweig verschwinden. Alsdann gibt es kein arbeitsloses Einkommen mehr.

Die dritte Teilvision können wir in der Verheißung eines „gesunden Individualismus“ erblicken, der erst zur vollen Entfaltung kommen soll, wenn neben dem „Zustand der Vollbeschäftigung“ auch der „Zustand der Vollinvestition“ allmählich Wirklichkeit geworden ist. (Keynes gebraucht unseres Wissens das Wort „gesunder“ vor Individualismus nicht. Im Interesse einer prägnanten Kennzeichnung des Inhaltes seiner dritten Teilvision dürfte es jedoch zweckmäßig sein, hier ausdrücklich von einem „gesunden“ Individualismus zu sprechen.) Unter „gesundem Individualismus“ ist hier ein solcher zu verstehen, der spontane Initiative und Verantwortung der einzelnen unter Aufrechterhaltung des Privateigentums im überlieferten Ausmaß zuläßt, ohne indessen mit den Mängeln und Mißbräuchen des „kapitalistischen Individualismus“ behaftet zu sein. Die Mängel und Mißbräuche des „kapitalistischen Individualismus“ bestehen nicht zuletzt darin, daß es unter seiner Herrschaft möglich ist, den Knappheitswert der Kapitalgüter in der Form des Zinseinkommens auszubeuten. Keynes bringt seine Vorstellung vom „gesunden Individualismus“ aber nicht nur gegenüber dem „kapitalistischen Individualismus“ vor, sondern auch gegenüber der Forderung nach Verstaatlichung der Produktionsmittel. Er lehnt alle Bestrebungen der Vertreter dieser Forderung ab, weil er glaubt, daß die Verwirklichung des Staatssozialismus die Freiheit wesentlich beschränken würde. ...¹⁰

TZ 78) Das Bodenrecht als Störfaktor nicht vergessen

Die Hauptstörungen unserer Ökonomie rühren aber nicht nur von der Geldseite her. Der nächste Komplex, der ebenfalls tabu ist, ist das Bodenrecht. Diese Probleme sind noch älter als die Geldprobleme. Viel Blut ist wegen des Zwietracht säenden Bodenrechts geflossen. Untaugliche Lösungen wurden versucht. Die Probleme könnte man gut mit Konrad Adenauer, Winston Churchill oder Friedrich Naumann zitierend beschreiben. Das geltende Bodenrecht macht den Gleichheitsgrundsatz innerhalb der allgemeinen Menschenrechte zu Makulatur, es verhindert die Chancengleichheit und die Leistungsgerechtigkeit innerhalb eines ökonomischen

¹⁰ Ich habe hier aus einem Sonderdruck aus dem Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik 6. Jahr (1961) der Akademie für Gemeinwirtschaft (Später Akademie für Wirtschaft und Politik, danach Hochschule für Wirtschaft und Politik) zitiert. Auch Prof. Dr. Hummel unterlag dem Gesell-Tabu. Nur hinter der vorgehaltenen Hand konnte er zugeben, daß er viel bei Gesell über Geld und Kredit gelernt hätte.

Systems des Wettbewerbes und es sabotiert ökologische und städtebauliche Zielsetzungen. Der Weg von starken Bodenrechtsbewegungen am Anfang des 20. Jahrhunderts bis hin zur Tatsache, daß das Thema nicht einmal mehr in den Vorlesungen der Sozial- und Gesellschaftswissenschaften behandelt wird, ist mehr als merkwürdig. Vielleicht liegt auch hier ein Grund für die Nichtbeachtung der Freiwirtschaftsschule. Diese hat durchgängig, wenn auch nicht immer mit gleicher Intensität wie das Geldproblem, das Bodenrecht als Störfaktor behandelt. Ein dritter Störfaktor für die Entwicklung einer Marktwirtschaft ist das Patentrecht. Das sei hier aber nur als thematischer Platzhalter erwähnt. Gute Beiträge zum Patentrecht finden sich auf der Internetseite www.sffo.de. Als weitere thematische Platzhalter sei die Landwirtschaftspolitik benannt. Wenn „Schröder und Chirac über EU-Agrarhilfen einig“ sind (Schlitzer Bote v. 25. 10. 2002), dann haben sie sich (ungewollt) für den Tod unzähliger Menschen in der dritten Welt ausgesprochen und einen weiteren Grundstein für die kommende große europäische Rebellion gelegt.

TZ 79). Rückbesinnung auf die Ausgangsfrage

Die Frage war ja, ob es berechtigt ist, unseren Bundeskanzler Gerhard Schröder in die Nähe vom historischen Reichskanzler Heinrich Brüning zu rücken. Unter dem Gesichtspunkt der Ehrbarkeit, so konnten wir feststellen, ist das erlaubt, ohne Schröder zu schaden. Wir konnten auch feststellen, daß die Ehrbarkeit eines Politikers seine Gefährlichkeit für die Gesellschaft nicht ausschließt. Die Gefährlichkeit bei Brüning ergab sich aus seinen falschen Vorstellungen von der Wirkungsweise der Währung. Wir können heute feststellen, daß auch heute die Politik vielfach von falschen Ökonomievorstellungen ausgeht oder aus tagespolitischen oder traditionellen Gründen an solchen falschen Vorstellungen zu lange festhält.¹¹

TZ 80) Wir können uns beruhigen, aber nicht zu sehr.

Auch wenn Deutschland in einem Stimmungstief steckt (HAZ vom 7. 11. 02 und DIE ZEIT vom gleichen Tage) und die Politik im Nebel der gegenseitiger Propaganda kein Ziel mehr findet, ist die politische Situation von Brüning und Schröder sehr verschieden. Vor allem können sich Denkfehler von Schröder nicht so katastrophal auswirken, wie jene von Brüning sich ausgewirkt haben, weil Schröder nicht mit Notverordnungen wie Brüning regieren kann.

¹¹ Beim Überprüfen eines Gedankens habe ich in „John Maynard Keynes - Revolutionär des Kapitalismus“ von Robert Lekachman geblättert. Ich gebe im Anhang einen Textausschnitt wieder, aus dem hervorgeht, wie auch Irrungen und Wirrungen in der Ökonomietheorie die Politik der USA vor dem zweiten Weltkrieg bestimmt haben. Letztlich war der Krieg die Erlösung. Wer aufgrund meiner Darlegungen immer noch nicht begreift, wo die Forschungsschwerpunkte unserer Gesellschaft zu liegen haben, dem kann nicht geholfen werden.

Das ist aber keine Aussage, die uns längerfristig beruhigen sollte: 1. Könnte sich ja herausstellen, daß sich Notverordnungen aus den Notstandsgesetzen ableiten lassen. (Wer hat die schon im Kopf?) 2. Haben wir nämlich die Situation, daß wir mit unzähligen kleinen Brünings fertig werden müssen. Sie sitzen in den Ministerien, Parlamenten, Verbänden, Kirchen und Redaktionen, haben alle ein bißchen Macht und die falschen Vorstellungen von der Natur der Dinge im Kopf..

TZ 81) Das Gefährliche an der nicht eingetroffenen Verheißung

Das Fatale unserer Situation ist nämlich folgendes: Wenn immer von der freien, sozialen und demokratischen Gesellschaft gesprochen , diese aber vom Führungspersonal verhindert wird, dann glauben die Menschen irgendwann nicht mehr an das Versprechen. Wenn keine gesellschaftlichen Strukturen entwickelt werden, in der 99% der Menschen sich selbstbestimmt in den Stand hineinarbeiten können, in dem sie sich Wohl fühlen (echter Wohlstand), dann beginnen sie an sich und an die Idee von der freien Gesellschaft zu zweifeln und letztlich zu verzweifeln. Es ist nicht unrealistisch, sich eine Situation vorzustellen, in der z.B. der politische Liebling der Nation, Joschka Fischer (Politbarometer, HAZ vom 14. 12. 02), in dem er z.B. wie Otto Schily zur SPD übertritt, seine Grünen gleich aus Hausmacht mitbringt und sich mit Hilfe der nach Erlösung suchenden Unmündigen zum neuen GröFaZ¹² aufschwingt. Ich sage das nicht in Ehre abschneidender Absicht und ich sage auch nicht, daß er solche Absichten hat und daß er in einer konkreten Situation sich berufen fühlen würde. Ich sage nur, daß eine solche Entwicklung möglich, in der heutigen Politik angelegt ist. Der neue GröFaZ kann auch aus dem gesellschaftlichen Nichts oder einer anderen, sich heute noch demokratisch verstehende Partei, auftauchen.

TZ 82) Die Stunde für den Machtinstinkt

12 GröFaZ ist die Abkürzung für „Größter Führer aller Zeiten“.

Unklare, bedrückende gesellschaftliche Situationen sind die Stunde für Menschen mit Machtinstinkt. Wir beklagen bedrückende Probleme, wir lösen sie aber nicht, auch wenn sie sich lösen lassen. Seit Jahrzehnten wird der Umfang staatlicher Tätigkeit beklagt und täglich wächst das staatliche Normenkorsett, und die Eingriffsrechte des Staates werden auch nicht weniger. 1948 war die Marktwirtschaft eine großartige Idee, heute sind wir auf nationaler und europäischer Ebene der Zentralverwaltungswirtschaft näher als dem ursprünglichen Ziel. Unsere politischen Strukturen sind so, daß das Individuum, wenn es sich auf diese einläßt, in kurzer Zeit nicht mehr wieder zu erkennen sind. Wenn ich z.B. Otto Schily reden höre, denke ich immer, wo bleibt die Philosophie der Freiheit seines geistigen Lehrers Rudolf Steiner?

TZ 83) Reform: Synonym für Flickschusterei

In jeder Tageszeitung an jedem Tag wird von politischen Flickschustern berichtet, die großartig versprechen, Stiefel mit brüchigem Leder wasserdicht, bergfest und salonfein zu machen. Wenn heute irgendwo von Reformen gesprochen wird, dann ist das schon fast eine Garantie dafür, daß es sich um ein Möbelrücken im Hause des Bürokratismus handelt.

TZ 84) Ein Hund gibt laut, der nächste kläfft zurück

Und gibt ein politischer Hund Laut, kläfft ein anderer schon zurück bevor er den Inhalt der Nachricht aufnehmen konnte.¹³ Nichts beweist mehr, daß wir etwas besseres erfinden müssen als die politischen Parteien, als der Kommunikationsstil zwischen den Parteien. Dieses sprachliche Bild kam in mir hoch, als ich von den Äußerungen des hessischen Ministerpräsidenten Koch (CDU) und der Erwiderung des niedersächsischen Ministerpräsidenten Gräbe zum Thema Kennzeichnung der Reichen durch Listen hörte. Kochs Motive mögen wenig edel gewesen sein, auch mag man ihn nicht leiden können, seine Aussage ist trotzdem bedenkenswert. Warum hat man die Juden denn in der Nazizeit gekennzeichnet? Weil man sie doch aufgrund falscher Vorstellungen von den Ursachen der gesellschaftlichen Misere für die Urheber hielt. Nach dem Ende des für viele tödlichen Schreckens wurden wieder Gruppen ausgeguckt, denen man alle Übel der Welt in die Schuhe schieben konnte. Eine Zeitlang waren es die Unternehmer, dann die Multis. Und jetzt die Reichen? Wenn gesellschaftliche Fehlentwicklungen durch fehlerhafte Strukturen und Institutionen verursacht sind, so müssen diese Fehler benannt und behoben werden und nicht Personen stigmatisiert werden. Reiche sollten nur dann benannt werden, wenn sie ihr Geld für die Erhaltung der fehlerhaften Strukturen einsetzen oder wenn ihr Reichtum auf Verteilungskurven gar nicht mehr dargestellt werden kann und sie müssen dann benannt werden, wenn sie zum Sprengsatz für die Demokratie werden. Aber bei einer solchen Nennung sollten die Reichen auch selber zu Wort kommen.

TZ 85) Die Verhöhnung der Opfer

Wenn die Herren Spiegel und Friedman als Repräsentanten der Juden in Deutschland oder als Deutsche jüdischen Glaubens bei der Verwendung des Begriffes Judenstern durch Koch in einem ungewohnten Sinn gleich Protest anmelden und von Verhöhnung der jüdischen Opfer sprechen, dann sollten sie doch auch zur Kenntnis nehmen, daß die ganze Politik nach dem zweiten Weltkrieg eine Verhöhnung der Opfer zweier Weltkriege, der russischen und der chinesischen Revolution unzähliger Klein- und Bürgerkriege und der Hungersnöte ist, weil sie nicht die ökonomischen Probleme gelöst hat, die letztendlich zu der unendlich großen Drangsal geführt haben, obwohl sie hätten gelöst werden können.

TZ 86) Nicht nur Juden waren Opfer

Unzweifelhaft war das Schicksal der Juden unter dem Naziregime grauenvoll. Aber nicht nur Juden waren Opfer des Geschehens. Und es kann keine Rangfolge in der Opferschaft geben. Die nichtjüdischen Opfer haben sich in der Regel ihre Opferrolle genausowenig ausgesucht wie

¹³ Das ist eine Assoziation, die mir bei dem jüngsten Schlagabtausch von Koch und Gräbe kamen.

die jüdischen. Der Schmerz der nichtjüdischen Überlebenden dürfte genauso groß sein wie die der jüdischen. Das Leid der Kinder der Täter ist vielleicht noch größer als das Leid der Kinder der Opfer. Denn sie müssen neben dem Verlust der Eltern oder Großeltern noch den Schmerz der Schande ertragen. Die Vertreter der heutigen Juden müssen aufpassen, daß sie nicht in den Verdacht kommen, sie möchten sich den Holocaust als Goldgrube erhalten. Der Versuch, das den Juden geschehene Unrecht durch Wiedergutmachungszahlungen zu mildern, wurde in der Hauptsache von den Kindern der Tätergeneration getätigt - also von Menschen, die selber Opfer der durch politische Borniertheit der Demokraten verursachten politischen Katastrophe sind. Bei der Vertretung jüdischer Interessen sollten die Sprecher der Juden den Bogen nicht überspannen, sonst werden sie gegen ihre eigene Absicht zu Förderern des Antisemitismus.

TZ 87) „Reiche sollen mehr Steuern zahlen“ (HAZ vom 27. 11. 02 und weitere Ausgaben.)
Der Ruf nach Steuergerechtigkeit ist berechtigt. Aber erst müssen wir doch fragen, wie reduzieren wir die hohe Steuerlast insgesamt, die kollektiv auf der Gesellschaft lastet, und danach kommt die Frage nach der gerechten Verteilung dieser Last.

TZ 88) Kein Schwachsinn produzieren

Eine Vermögensteuer ohne Rücksicht auf ihre Wirkungen für die Bürger zu fordern, nur weil diese in dem verhunzten föderalen System den Ländern zukommt, ist doch schwachsinnig, schwachsinnig auch in dem Sinn, daß die Politik sich dadurch bescheinigt, der Republik keine Ordnung geben zu können, in der die autonomen Untergliederungen ohne den Status des Schuldenverwalters und Bittstellers agieren können.

TZ 89) Erfolglosigkeit der Umverteilungspolitik

Natürlich ist die Einkommens- und Vermögensverteilung bei uns ungerecht und ein Hohn auf die Idee der Leistungsgesellschaft. Aber die Frage nach dem Warum ist doch wieder tabu. Und die Vorstellung, diese Ungerechtigkeit durch eine steuerliche Umverteilungspolitik berichtigen zu können, widerspricht jahrzehntelangen Erfahrungen, die besagen, daß die Armen noch ärmer werden, weil sie die Umverteilungskosten zu tragen haben. Die Erfahrung und auch die Analyse lehrt, daß die Möglichkeit, durch steuerliche Umverteilung Gerechtigkeit zu schaffen, eine fixe Idee ist. Die Verteilungsgerechtigkeit muß direkt in den ökonomischen Prozeß im-plantiert werden.

TZ 90) Nichthaltbare Versprechen

Die Vorstellung unseres Ministerpräsidenten Sigmar Gabriel, mit der Vermögensteuer weitere Bildungsangebote finanzieren zu wollen, macht sich in der politischen Werbung ganz gut. Das Versprechen, die so eingenommenen Mitteln für die Bildung zu reservieren, hält ein hoch verschuldetes Land nicht lange durch. Mit der Einführung einer solchen Steuer könnte schon der Auftrag an die Fachabteilungen verknüpft werden, die Erklärung auszuarbeiten, warum man das Versprechen nicht halten konnte.

TZ 91) Freie Bildungslandschaft?

Es wäre aber tröstlich, wenn Ministerpräsident Gabriel andeuten würde, wie er unseren Bildungskommunismus überwinden will, damit Platz für eine freie Bildungslandschaft geschaffen wird. Aber solche Gedankengänge liegen außerhalb unserer politischen Zwangsbeglücker.

TZ 92) Sachkapital unterliegt Erhaltungsaufwand

Bis auf den Grund und Boden bedarf das Realvermögen eines ständigen Erhaltungsaufwandes, damit sich der Wert nicht reduziert. Kommt zu dem Erhaltungsaufwand eine Vermögenssteuer als zusätzliche Last, dann dürfte es schwer sein, mit dem wirtschaftlich genutzten Sachvermögen (= Real-Kapital) eine Verzinsung zu erreichen, die dem Zinsertrag des Geldes entspricht. Wer investiert aber in Sachkapital, wenn dieses eine geringere Verzinsung abwirft, als eine Geldanlage? Wir haben dann die Situation in der die staatliche Wirtschaftspolitik sich genötigt fühlt, durch Subventionen die Rentabilität des Sachkapitals wieder herzustellen. Das Geld, das zusätzlich eingenommen wurde, ist man dann mit viel bürokratischem Aufwand wieder los.

TZ 93) Zinsbegriff und Höhe des verzinslichen Kapitals?

Nun ist man auf die Idee verfallen, die Zinsen konsequenter zu besteuern. (Auf den Streit über die richtige Höhe <Im Gespräch mit Dieter Ondracek, HAZ 16. 12. 02> will ich nicht eingehen.) Nun wäre auch hier erst einmal zu klären: Was soll in diesem Zusammenhang unter dem Begriff *Zins* verstanden werden? Wie hoch ist das zu verzinsende Kapital (Geldanlage und unverschuldetes Sachkapital) insgesamt?¹⁴ Wie hoch ist die Zinsbelastung bzw. sind die Zinseinnahmen in unserer Gesellschaft insgesamt?¹⁵

14 Mir wurde die Zahl von 10 Billionen genannt. Verzinst mit 10% ergibt das eine Billionen Zinsen, verzinst mit 5% ergibt das fünfhundert Milliarden Zinsen p.a.. Bei 80 Millionen Einwohner ergibt das eine Zinslast pro Kopf und Jahr von Euro 12500 bzw. 6250. Es ist die Tributpflicht der 90% Verlierer an die 10% der Gewinner, des Realmonopolys, das immer mit einem Knall endet.

15 Bei Helmut Creutz ist in der 5. aktualisierten Ausgabe seines Buches „Das Geld-Syndrom - Wege zu einer krisenfreien Wirtschaftsordnung“ auf der Seite 135 zu lesen, daß sich die Zinserträge der deutschen Banken 1998 auf 603 Mrd. DM beliefen. Die von den Banken an die Einleger weitergereichten Zinsen beliefen sich

TZ 94) Real-Monopoli

Da wir alle Zinszahler sind (Jeder Preis hat einen Zinsanteil.) und in der großen Mehrheit auch Zinsnehmer, ist die Frage, wie hoch muß die Summe des angelegten Geldes sein, damit der Saldo zwischen Soll und Haben, zwischen Zinsen zahlen und nehmen gleich Null ist. Ich las die Zahl von 300.000 Euro, ob sie stimmt, weiß ich nicht. Nur wenn eine solche Zahl annähernd genau berechnet und bekannt gemacht wird, kann jeder leicht kontrollieren, ob er zu den Gewinnern oder Verlierern des Real-Monopolis gehört.¹⁶

TZ 95) Korrektur des Zinsertrages

Wenn die Vermögenssubstanz nicht besteuert werden soll, sondern nur der Ertrag, dann muß der Zinsertrag jährlich um den Inflationsverlust bereinigt werden, weil sonst doch die Substanz besteuert wird.

TZ 96) Belastet Zinssteuer die Schuldner?

Da die Zinsen ja nun von den Schuldnern letztendlich bezahlt werden müssen, wäre zu klären, ob die Schuldner durch eine Zinssteuer nicht zusätzlich belastet werden. Wenn die Zinssteuer den Gläubiger, den Geldanleger trifft und dessen Zinsertrag in den Keller geht, dann haben wir bald die Situation, wo das Geld sich der Investition verweigert. Die Krise muß auch in diesem Fall wieder durch Subventionen vermieden oder behoben werden. Die Folgen: Die Armen, die Schuldner, tragen eine noch größere Last. Die Kasse des Staates bleibt weiterhin klamm. Die Reichen werden weiterhin reicher.

TZ 97) Staatliche Vermögensförderung ist Pipifax

Wenn die Wissenschaft die Politik über diese Zusammenhänge aufklären könnte, würde man dort bald einsehen, das die Riester-Rente, die Eigenheimzulage, die Wohnungsbauprämie und die Vermögenswirksamen Leistungen realistisch gesehen Pipifax, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für Bürokraten sind. Die Geförderten werden ärmer gemacht, denn diese haben auch hier die Umverteilungskosten zu tragen. Zudem können oder wollen in der Regel nicht alle Berechtigten die Förderung in Anspruch nehmen. Diese ganzen staatlichen Versuche, auf diese Weise die Vermögensverteilung zu korrigieren, sind letztlich nur Umsatzförderungsmaßnahmen für Bausparkassen und Versicherungen.

1998 auf rund 455 Mrd.

¹⁶ In der heutigen Post fand ich eine Tabelle zum Thema Zins-Gewinner und -Verlierer von Helmut Creutz. Ich füge sie dieser Arbeit als Anhang bei.

TZ 98) Preisabsprache bei den Privatbanken?

Nun hat die EZB (Europäische Zentralbank) den wichtigsten Leitzins um 0,5 Prozentpunkte auf 2,75% gesenkt. In der HAZ 13. 12. 02 war nun zu lesen, daß die Privatbanken die Zinssenkung an die Kunden aufgrund der angespannten Ertragslage nicht weitergeben wollen. Die Sparkassen wollen sich anders verhalten. Ein oder zwei Tage später war in der HAZ zu lesen, daß das Kartellamt überprüfen wolle, ob hier eine verbotene Preisabsprache vorliege. Nun kann man sich ja freuen, daß das Kartellamt noch nicht ganz entmutigt ist und hier und da noch Flagge zeigt. Aber übersehen wird bei diesem Vorgang, daß die Kredite der Geschäftsbanken, für die sie bei der Notenbank einen Refinanzierungskredit in Anspruch nehmen, nur eine kleine Teilmenge ihres Gesamtkreditvolumens sind. Preise für eine Teilmenge eines wirtschaftlichen Gutes (hier Kredites) können den Trend einer Preisbewegung vielleicht bremsen oder beschleunigen, mehr aber nicht. Für den Kreditsektor fand ich bei Creutz folgende Aussage:

„Schon seit Jahren geben Notenbanker zu, dass sie die Zinsen am Markt allenfalls noch im Trend verstärken oder abschwächen, nicht aber mehr entscheidend beeinflussen können. So z.B. 1992 der Ökonom Gerhard Fels, Direktor des Instituts der Deutschen Wirtschaft:
>Es gehört zu den Grundirrtümern der geldpolitischen Diskussion, in der Notenbank die Instanz zu sehen, die die Höhe der für die Volkswirtschaft relevanten Zinsen bestimmt. Sie kann das Zinsniveau allenfalls kurzfristig beeinflussen und auch das nicht entgegen den Marktkräften.“ (S. 134)

(Q 20) Die Notenbanken sollten zu Vorreiter von Reformen gemacht werden

In der HAZ vom 14. April 1999 war in einem Leitartikel von Claudia Schmidt-Wehrmann unter dem Titel „Zinsen - Stumpfe Waffe“ unter anderem zu lesen:

(Q 20.1) ... *Untergegangen im Zinstrubel sind nämlich die deutlichen Worte, die der Präsident der Zentralbank, Wim Duisenberg, an die Politiker gerichtet hat. Er forderte unmißverständlich auf, endlich umfassende Reformen einzuleiten, um die wahren Wachstumshemmnisse zu beseitigen: die hohen Steuer- und Sozillasten und die Unbeweglichkeit der Arbeitsmarkts. ...*

TZ 99) Systembedingungen beachten

Ich will hier nicht auf die Unmöglichkeit eingehen, nur im Wachstum eine Möglichkeit der Wohlstandssteigerung zu sehen. Duisenberg hat natürlich Recht, die hohen staatlichen Abgaben sind einfach demotivierend. Ich halte die Eigentumsgarantie des Grundgesetzes auch schon lange durch die hohen Steuern und die Zwangsabgaben für die Sozialversicherung für

teilweise aufgehoben. Wer sich nur etwas auf die Systemzusammenhänge einer freien Gesellschaft einläßt, wird leicht nachvollziehen können, wenn ich sage, solange wir noch Bildungs-, Sozial- und Arbeitsminister haben, schmücken wir uns mit dem Attribut „frei“ in freie Gesellschaft zu unrecht. So lange wir Wirtschaftsminister haben, die mittels direkter und indirekter Subventionen willkürlich in die Wirtschaft eingreifen, können wir von Marktwirtschaft nicht reden. Und solange wir Finanzminister haben, die - möglichst wie ein Betrüger die Tat verschleiern - bei jeder Gelegenheit den Bürger in die Tasche greifen, ist es eine Zumutung, von den Bürgern eine Steuerehrlichkeit zu verlangen.

Man könnte Fragen: Was mischt der EZB-Chef sich in die Politik ein? Der Grund ist ganz einfach: Die Europäische Währung, der Euro, ist nicht aufgrund einer Währungsreform entstanden, sondern durch die Fusion der erneuerungsbedürftigen Länderzentralbanken. Die Mängel und Fehler der einzelnen nationalen Notenbanken stecken jetzt in konzentrierter Form in der EZB. Die klassische Peitsche der dosierten Inflation und das klassische Zuckerbrot, der Zins, mit der der Geldumlauf in Gang gehalten wurde, funktioniert nicht mehr richtig, wenn die Inflationsrate und das Zinsniveau in den Keller gehen. Die eigentlich erfreulichen ökonomischen Tatsachen bewirken nun, daß der Geldkreislauf sich verlangsamt, die Konjunktur dahindümpelt. Nun muß man die Notenbanker ja nicht über diese Probleme aufklären. In den USA wurde schon ein Negativzins als Instrument der Umlaufsicherung diskutiert. Wir kommen hier wieder in den Wirkungsbereich des Tabus. Die Notenbanker sprechen die tatsächlich vorhandenen Probleme auf dem Nebengleis an, aber die Störungen auf dem Hauptgleis der Konjunktur werden wieder nicht benannt. Europa würde innerhalb eines halben Jahres ein Wirtschaftswunder erleben, wenn die Politik den Mut hätte, den Notenbankern zu sagen: Die Gehälter der Verantwortlichen (vom Abteilungsleiter bis zum Präsidenten) werden um 50% gekürzt, wenn sie nicht innerhalb von vier Wochen das Umlaufproblem des Geldes gelöst haben.

(Q 20.2) „**Aussichten für 2002 immer düsterer**“, HAZ am 13. 12. 02:

Keine zwei Monate nach der gemeinsamen Konjunkturprognose der sechs führenden deutschen Wirtschaftsinstitute haben drei von ihnen ihre Erwartungen bereits wieder gesenkt. Zudem deutete das Münchener Ifo-Institut eine Korrektur nach unten an. Wegen der trüben Stimmung bei Unternehmen und Verbrauchern in der Euro-Zone erwartet die Europäische Zentralbank (EZB), dass das Wachstum in den kommenden Monaten verhalten ausfallen. ...

(Q 30.3) 20. 12. 02 in der HAZ:

„Tiefpunkt noch nicht erreicht“ *Das Ifo-Institut rechnet im kommenden Jahr angesichts der weiterhin schwachen Konjunktur mit einem weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit. „...Anzeichen für den Beginn eines Aufschwungs sind derzeit einfach nicht zu erkennen“ ...*

TZ 100) Pferde zum Saufen tragen

Wir haben gegenüber der Situation vom April 1999 (Q 20.1) keine wesentliche Änderung. Die EZB kann immer noch Reformen anmahnen und eigenen Reformbedarf nicht benennen. Und man kann weiterhin versuchen, mit dem Karren „Appelle“ die Pferde zur Tränke zu fahren, damit sie endlich saufen. Die Pferde saufen aber aus Angst vor dem Schicksal der durch Konkurs zum Kadaver gewordenen Artgenossen nicht. Die Politik muß sich verdammt anstrengen, damit die Pferde wieder überzeugt werden, daß das Wasser nicht vergiftet ist.

(Q 21) HAZ 20. 12. 02 Kanzleramt plant radikale Sozialreform

Berlin (rtr). Im Bundeskanzleramt gibt es nach einem Zeitungsbericht Überlegungen für eine umfassende Reform der Sozialsysteme. Eine Regierungssprecherin bestätigte am Donnerstagabend die Existenz eines entsprechenden Diskussionspapiers, das aber keinen offiziellen Status habe. Es bilde die Grundlage für ein zu Beginn des Jahres vorgesehenes Gespräch. Zu den Inhalten des Papiers machte die Sprecherin keine Angaben. Der Berliner „Tagesspiegel“ berichtet in seiner heutigen Ausgabe, das Kanzleramt plane umfassende Abgaben- und Steuerentlastungen sowie grundlegende Reformen der sozialen Sicherungssysteme. Damit sollten staatliche und private Investitionen entfesselt werden.

(Q 22) **Aufstand im Gesundheitswesen - Die Probleme sind lösbar - von GABI STIEF** HAZ vom 21./22. 12. 2002

Es wird wieder gern über Barrikaden schwadroniert. Früher waren die Rebellen jung an Jahren, die Haare waren länger und das gesetzte Leben noch nicht in Sicht Heute sind es ergraute Professoren und versierte Verbandsfunktionäre, die zu Streik und Boykott aufrufen. Auch Mediziner, Apotheker, Klinikbetreiber und Pharmafirmen reihen sich ein. Es riecht nach Pulverdampf; der Aufstand droht; „Probesitzen in der Hölle“ lautet die Parole. Geschlossene Praxen sollen Patienten auf schlechte Zeiten einstimmen. ...

Der Frust und der Arger der Ärzte sind verständlich. Dennoch fehlt es an Ehrlichkeit. Es ist ja nicht so, dass das Gesundheitswesen schrumpft. Allein im vergangenen Jahr wurden von den Kassen 410 Millionen Euro mehr als im Vorjahr - insgesamt 22 Milliarden Euro - an die niedergelassenen Ärzte überwiesen. Seit 1990 sind die Honorare weitaus höher gestiegen als die Arbeitnehmereinkommen. Zwar sind es heute mehr Ärzte (27 Prozent), die sich das Geld teilen. Doch der Durchschnittsverdienst ist höher als vor zehn Jahren. Auch die Kliniken verzeichnen ein Umsatzplus, trotz des Abbaus von Betten. Ebenso die Apotheker. Von der Pharmabranche gar nicht zu reden. Allein im vergangenen Jahr gaben die Kassen knapp fünf Milliarden Euro mehr für Medikamente aus als im Vorjahr - ein Zuwachs von 30 Prozent. ...

(Q 23) **»Geheimes« Papier ist in der Welt von MATTHIAS PHILIPP** HAZ vom 21./22. 12. 2002

Hat da nur jemand unerlaubt halbgare Gedankenspiele verraten? Oder handelt es sich um einen veritablen politischen Vorstoß? Wer angesichts der Veröffentlichung einer Vorabmeldung des Berliner „Tagesspiegels“ am Donnerstagabend noch an die erste Variante glaubte, sah sich am Freitag eines Besseren belehrt. Kein Dementi, kaum Abwiegeln: ...

Dem „internen Strategiepapier“ aus dem Bundeskanzleramt, in dem grundlegende Reformen der Sozialsysteme angeregt werden, wurde ganz offiziell das Siegel des Vertraulichen genommen. Das Papier, so sagte der stellvertretende Regierungssprecher Hans-Hermann Langguth, sei die Vorlage für ein „Planungsgespräch“ bei Kanzleramtsminister Frank Walter Steinmeier im Januar. ...

Zwar ist völlig offen, ob aus der Gedankensammlung politisches Handeln wird. Klar ist aber, dass die Bundesregierung sich nun selbst unter Druck setzt - von der Spitze her. Jetzt sind Ansichten aus dem Kanzleramt in der Welt, an die die Regierung oft erinnert werden dürfte.

Ausgangsposition der auf 23 Seiten zusammengefassten Überlegungen ist das Eingeständnis: „Wir befinden uns in einer Vertrauens- und Wachstumskrise.“ Der Bundesregierung müsse es schnell gelingen, „dass die Menschen das Vertrauen in die Problemlösungsfähigkeit der Politik zurückgewinnen“. Steuern und Abgaben dürften keinesfalls weiter steigen. ...

Die Autoren regen die Diskussion über Schritte an, die zum Teil klar bisheriger SPD-Programmatik widersprechen:

- Krankenversicherte sollen künftig Tarife mit Selbstbeteiligung wählen können. Beitragsrückerstattungen für kostenfreie Jahre und Bonussysteme seien sinnvoll.*
- Die Rentenversicherung soll weiter in Richtung Eigenvorsorge umgebaut werden, damit der Beitragssatz gesenkt werden kann. Die Rürüp-Kommission soll prüfen, wie auch der Bundeszuschuss gesenkt werden kann. Auch Abstriche bei den Rentnern müssten diskutiert werden.*
- Arbeitslosenunterstützung und Sozialhilfe sollten so verringert werden, dass sich die Aufnahme von Arbeit auch lohne.*
- Vorschriften für Existenzgründer sollen ebenso gelockert werden wie allzu enge Regelungen im Arbeitsrecht.*

...

Sozialministerin Ulla Schmidt (SPD) war an der Erarbeitung der Vorschläge nicht beteiligt.

...

Aufgeschlossen zeigte sich dagegen Christine Scheel, Finanzexpertin der Grünen. Sie sprach von einem „positiven Signal“ aus dem Kanzleramt.

TZ 101) Reformen ohne Fusch sind Gewinn für die Betroffenen

Daß sich unsere Gesellschaft und ihre Institutionen sich ändern müssen, weiß oder fühlt fast jeder Bürger. In der öffentlichen Meinung hört sich das immer so an, als sei es zwangsläufig so, daß die Menschen am Ende des Veränderungsprozesses einen erheblichen Verlust registrieren können. Das kann durchaus so sein, wenn Halbherzigkeit und Fusch weiterhin die Merkmale von sozialökonomischen Änderungen sind. Wenn die Sache aber richtig angepackt würde, könnte am Ende eine positive Bilanz gezogen werden, mit einem Plus an Einkommen, einem Plus an sozialer Sicherheit, einem Plus an Mündigkeit, einem Plus an Gestaltungsfreiheit und auch einem Plus an Chancen für einen selbstbestimmten Broterwerb sowohl als Unselbstän-

diger wie als Selbständiger in alten und –zig neuen Berufen und Unternehmen. Wenn man die Menschen zu mehr Freiheit und Selbstverantwortung führen will, dann muß man ihnen auch konkret, erfahrbar, zeigen, daß das keine leeren Versprechungen sind, und daß dieser Weg sich individuell im ideellen und materiellen Sinne lohnt.

TZ 102) Einsparpotential bei den Zinskosten

Auch im Gesundheitssektor spielt der Zinsanteil innerhalb der Kosten eine erhebliche Rolle, nicht nur alle Heilmittel, Krankenhäuser, Rettungsdienste und Kuranstalten sind mit Zinsen belastet, sondern auch die Praxen. Gehen wir davon aus, daß eine Praxis (Räume und Inventar) eine Million Euro kostet. Dann ist diese Praxis bei einem durchschnittlichen Zins von 10 % mit 100.000 Euro pro Jahr mit Zinsen belastet, bei 5 % Zins mit 50.000 Euro pro Jahr. Und zwar unabhängig davon ob die Praxis eigen- oder fremdfinanziert ist. Welches Einsparpotential im Gesundheitswesen möglich ist, wenn der Zins gegen Null gefahren würde, können die Leser an konkreten Zahlen einmal nachrechnen. Da in einem solchen Fall ja die Patienten ja auch von Zinslasten in anderen Preisen befreit wären, hätten sie die Möglichkeit, sich eine optimale Gesundheitsfürsorge zu leisten, ohne sich anderweitig einschränken zu müssen.

TZ 103) Antidemokratische Untugend

So wie es in einem demokratischen System nicht die Aufgabe der Verfassungsorgane sein kann, einen Herrschaftssystemwechsel herbeizuführen, so kann es auch nicht die Aufgabe einer Regierung und auch nicht des Parlamentes sein, eine Verfassung zu beschließen, die Verfassung zu ändern, das Währungssystem (nach der Sprache das zweitwichtigste Mittel der Kommunikation) zu wechseln oder das Sozialsystem auszutauschen, Souveränitätsrechte aufzugeben oder sich an einem Krieg zu beteiligen. Leider haben wir in unserer Politik eine antidemokratische Tradition zu verzeichnen. Trägt man einem durchschnittlichen Politiker solche Thesen vor, wird man angesehen, als wäre man einer Irrenanstalt entlaufen.

TZ 104) Unkluge Handlungsweise

Es ist aber nicht nur antidemokratisch, sondern auch unklug, die erforderlichen Veränderungen in Ausschüssen ohne demokratische Legitimation und dann im Kabinett zu beschließen und anschließend durch Legitimationsmaschine Bundestag legalisieren zu lassen. Wie sollen wir Deutsche zu einem positiven Wirgefühl kommen, wenn wir immer und überall als Unmündige behandelt werden. Sowohl die staatlichen Institutionen wie auch die Parteien, Gewerkschaften, Kirchen und Wirtschaftsverbände haben doch unsere Gesellschaft dahin gebracht, daß auch

rein gar nichts mehr stimmt. Es ist doch irre anzunehmen, daß diejenigen, die den gesellschaftlichen Karren in den Graben gefahren haben, in der Lage wären, ihn wieder heraus zufahren. Der Trecker, der den Karren aus den Graben ziehen kann, wird angetrieben durch Impulse der Direkten Demokratie. Das läuft nicht auf eine Rätedemokratie hinaus, sondern auf eine konsequente Föderation (der jeweils Betroffenen im privatrechtlichen Rahmen). Und für die Findung von Problemlösungen könnten Verfahren eingesetzt werden wie die der Planungszelle / des Bürgergutachtens.

TZ 105) Das bessere Modell durch Wettbewerb

Wir beanspruchen, eine freie Gesellschaft zu sein. Die Freiheit hat den Wettbewerb zur Bedingung. Wir wissen, daß der Wettbewerb leistungsfähiger ist als jedes Zuteilungssystem. Also finden wir durch einen Wettbewerb - von dem keine Person ausgeschlossen wird, die in der Sache etwas zu sagen hat - heraus, wie unser künftiges soziales Netz aussehen soll und welche Leistungen wir künftig zu welchem Steuersatz vom Staat erwarten. Eine solche Gruppenleistung des Suchens und Findens ist organisierbar. Und es würde uns Deutschen - die sich in einigen Generationen in der größeren Einheit Europa aufgelöst haben werden - aufrichten, wenn wir sagen könnten: Einmal in der Geschichte haben wir, das Volk, uns für eine Teilordnung der Gesellschaft eine eigene Verfassung gegeben. Einmal waren wir nicht Herrenmenschen und nicht Untertanen, sondern wir selbst. Wir haben uns ein Anrecht auf den Titel *Demokraten* erworben.

(Q 106) Schröders neue Stärke

In der oben zitierten HAZ-Ausgabe steht unter dem Titel „Schröder entdeckt neue Stärke - in sich selbst“ u.a. folgendes:

Wer Schröder in diesen Tagen so reden hört, sieht sich erinnert an den Kanzlerkandidaten von 1998. Damals sprach er davon, Wirtschaftspolitik solle nicht links oder rechts sein, sondern in erster Linie modern. Zu solchem Denken scheint Schröder allmählich zurückzufinden.

TZ 107) Schröder mit grüner Zauberformel

Fast trifft der Kanzler mit seiner Aussage die Zauberformel aus der Gründungszeit der Grünen: Wir sind nicht rechts! Wir sind nicht links! Wir sind vorne! Wie die Geschichte gezeigt hat, schützen solche Formel nicht davor doch nur ein Gehilfe in der staatlichen Reparaturwerkstatt für den Kapitalismus zu werden. Wenn sich Christine Scheel, Finanzexpertin der Grünen, für die Gedankenspiele im Bundeskanzleramt erwärmen kann, ist das andererseits ein Hoffnungs-

zeichen, denn für ähnliche Überlegungen wie sie offensichtlich im Kanzleramt angestellt werden, wurde die Ur-Gründungsgruppe der Grünen 1980 von linken Grünen als Sozialdarwinisten beschimpft - natürlich ohne zu klären, was darunter zu verstehen ist. (Siehe Auszug aus programmatischen Beitrag von 1980 im Anhang.)

(Q 24) Das Jammern der Jungen

Die junge Generation greift die ältere an. Aber wer hat mehr Grund zur Klage?

Aus einem Beitrag von Ernst Corinth in der HAZ vom 19. 12. 2002

Während sich Deutschland beharrlich einem Krieg verweigert, der nach allen klassischen Kriterien ungerecht wäre, wird in seinem Innern emsig gerüstet: zu einem Kampf der Generationen. Zumindest gewinnt man diesen Eindruck, wenn man den Blick über die Medienlandschaft streifen lässt. Wohin man schaut, Gejammer und Gezeter der „Jüngeren“ über ihr Schicksal und - über die Alten.

Besonders markant äußerte sich Walter Wüllenweber: Im „Stern“ schwang sich der Journalist zum Sprecher der unter 40-Jährigen auf und warf in einer geharnischten Polemik den Jahrgängen von Kohl (1930) bis Schröder (1944) vor, sich rücksichtslos auf Kosten der jüngeren Generation ein schönes Leben zu machen. Das Sündenregister ist lang: verschleppete Reformen, ein absurdes Steuersystem, außer Kontrolle geratene Sozialversicherungen, ein aufgeblasener öffentlicher Dienst, kaputte Schulen als „ideologische Versuchsküchen“, eine alles erwürgende Bürokratie, Schulden in Billionenhöhe: „Ausgegeben habt ihr es. Zurückzahlen müssen wir.“

Selbst wer das Generationengerede durch inflationären Gebrauch nachhaltig entwertet sieht, muss anerkennen, dass genügend „harte“ Fakten vorliegen, um einen Kampf der Generationen zu begünstigen. Zumal innergesellschaftliche Kämpfe um Überleben und Anerkennung immer wieder ausgefochten wurden, zwischen den Geschlechtern, zwischen Minderheiten und Mehrheiten, zwischen Privilegierten und Unterprivilegierten. Warum nicht auch zwischen Alten und Jungen? ...

Es ist jedenfalls diese wechselseitige Asymmetrie, die im Verhältnis der Generationen eindeutige Zuschreibungen von Täter- und Opferrollen so aussichtslos macht. Weil sie gerade das tut, Täter und Opfer eindeutig zuweist, entbehrt Wüllenwebers Anklage eben jener Fairness, die sie im Schlusssatz pathetisch anmahnt („Probiert einfach mal etwas komplett Neues: Seid fair!“). ...

Wie so viele in Deutschland jammern auch die Jungen auf hohem Niveau. Was ein wenig jämmerlich klingen mag angesichts Milliarden Armer in der Welt, die mehr Grund zur Klage hätten als die westliche Erbgeneration. Und doch: Wenn nicht alles täuscht, taucht in diesen Generationsdebatten etwas Neues auf: eine neue Befindlichkeit unter Jüngeren, die es, trotz hoher Qualifikation, trotz Flexibilität und Leistungsbereitschaft, schwer haben, angemessene Arbeitsplätze zu finden.

Interessanter als Anklagen sind Generationsklagen, in denen sich Hochqualifizierte in ihrer beruflichen Unsicherheit verbunden fühlen können und dabei, vielleicht zum ersten Mal, so etwas wie Solidarität kennen lernen. Solidarität nicht als Wert, der von einer älteren, egoistisch gewordenen Generation nur noch lippenbekenntnisartig beschworen wird, sondern als

rettende Kraft, die mit den Gefahren wächst.

TZ 108) Ein berechtigtes Lamento der Jungen - aber auch der Alten

Von dem Artikel „Die Last mit den Alten“ von Walter Wüllenweber im STERN 48/2002 habe ich zuerst durch eine Erwiderung von Uwe Timm (Herausgeber der kleinen Zeitschrift *espero*, langjähriges freigestelltes Betriebsratsmitgliedes und Rentner) gehört.¹⁷ Dann durch den oben zitierten Artikel von Ernst Corinth. Anschließend habe ich den im STERN veröffentlichten Kommentar „Wir sind keine Schmarotzer“ von Wilhelm Hankel (Professor der Ökonomie und 73 Jahre alt) gelesen. Danach blieb mir selbstverständlich nichts anderes übrig, als auch Wüllenwebers Artikel zu lesen. Und? Ich finde Wüllenweber in der Argumentation gar nicht so übel. Alle vier Beiträge (und sicher weitere unter denen, die ich nicht kenne) würden eine gute Basis für eine gründliche Erörterung des Problems ergeben. Wenn wir genau hinschauen, haben sowohl die Jungen wie die Alten Grund genug zu klagen. Und wenn wir noch genauer hinsehen, können wir feststellen, daß es keine unschuldige Generation der Erwachsenen gibt. Und keine Generation kann isoliert die Verhältnisse zum Guten wenden.

TZ 109) Die Klärung der Probleme durch Stellvertreter wird mangelhaft bleiben

Ich fürchte nur, daß wir auf die Politik und die Massenmedien keine Hoffnung setzen dürfen. In der Politik wird man weiterhin faule Kompromisse produzieren. In den Medien wird weiterhin für vertiefende Diskussionen kein Raum sein. Ein Chefredakteur wird doch schon nervös, wenn ein Thema in zwei Ausgaben seines Mediums verhandelt wird. Schalten ein paar Zuschauer ab oder werden von einer Auflage einige Exemplare weniger verkauft, dann ist das Thema gestorben. Außerdem: Die Politik und die Medien leben davon, daß die Probleme morgen auch noch bestehen. Wenn wir nicht wollen, daß uns unsere gesellschaftlichen Probleme begraben, müssen wir andere Kommunikationswege suchen, um Klarschiff machen zu können.

(Q 25) Aus Hankels Kommentar „Wir sind keine Schmarotzer“

Es ist eine weit verbreitete Illusion zu glauben, dass man sich seine Alterssicherung selber kaufen kann - durch privates, ausreichendes Sparen in der Jugend. Gerade tüchtige und verantwortungsbewusste Menschen fallen auf dieses "Selbstversorger-Märchen" herein. Sie übersehen (oder verdrängen), dass kein noch so klug angelegtes Kapitalvermögen frei ist von wirtschaftlichen Risiken. Was sich die Sparer später aus ihren Zinsen, Dividenden, Mieten, Versicherungsleistungen und dem Verkauf ihrer Häuser und Aktien leisten können, entscheidet einzig und allein der Markt. Und der ist - wir erleben es gerade an den Börsen - un-

¹⁷ Der Stern hat die Erwiderung von Timm nicht veröffentlicht. Ich stelle sie in den Anhang, obwohl ich meine, daß sie einen besseren Platz verdient hat.

berechenbar. Deswegen führt kein Weg an einer solidarischen Haftpflicht der Jugend für ihre alten "Vorarbeiter" in der Sozialgemeinschaft vorbei: Die Jungen übernehmen die Vorleistungen der Alten (deren Wissen, Fertigkeiten und Infrastruktur) und beteiligen dafür die Alten an ihrer eigenen, darauf aufbauenden Wertschöpfung - am laufend verdienten Einkommen. ...

TZ 110) Widerspruch zu Wilhelm Hankel

Bei viel Zustimmung zu Hankel muß ich zur obigen Passage Widerspruch anmelden:

- a) Die Möglichkeit der Selbstvorsorge ist bisher häufig ein Märchen geblieben, weil die theoretische Ökonomie falsche Analysen geliefert und der Staat durch falsches Handeln die Selbstvorsorge der Bürger zerstört hat. Wenn eine staatliche Vorsorge heute noch attraktiv erscheint, dann deshalb, weil der Staat - aufgrund seiner Kompetenz Steuern zu erheben und die Steuereinnahmen nach politischen Kriterien zu verteilen - seine eigenen ökonomischen Missetaten verschleiern kann. Der Dieb schlüpft in die Rolle des Wohltäters.
- b) Die aus der Umlage finanzierte Altersvorsorge (als Zwangskollektiv) ist und bleibt eine machtpolitische Spielwiese der Parteien und wirkt gegen offene Grenzen, gegen die Selbstbestimmung der Menschen und hält die Bürger in Unmündigkeit.
- c) Die Altersvorsorge sollte eben nicht auf Kapitalerträge aufbauen, sondern auf Ersparnis, welches im Alter verzehrt werden kann. Die Kapitalerträge akkumulieren sich in der Hauptsache eben nicht bei der Masse der Vorsorger, sondern bei den maximal 10% Gewinnern des Kapitalismus. Die Sparrate für die Altersvorsorge könnte - wenn der Kapitalertrag in den Arbeitsertrag einfließt - so hoch sein, daß die heute erreichbaren Ertragsanteile in der Rente geradezu lächerlich wirken. Und nicht zu vergessen: Die Kapitalertragsanteile in den Renten müssen von denen aufgebracht werden, die noch im Arbeitsprozeß stehen.
- d) Die solidarische Haftpflicht der Jungen den Alten gegenüber hört sich gut an. Auch ist es ja Tatsache, daß die Jungen auf die Vorleistungen der Alten aufbauen. Nur ist es ein großer Unterschied, ob diese solidarische Haftpflicht als staatliches Gesetz oder als moralischer Imperativ in der Sozialisation der Nachgeborenen aufgebaut wird. Wir dürfen doch nicht vergessen, daß kein Kind gefragt wird, ob es gezeugt und geboren werden will. Und ob das von den Alten angesammelte Wissen und die geschaffene Infrastruktur als Ballast oder Bereicherung empfunden wird, kann auch nicht im Voraus entschieden werden. Schaffen wir eine gesellschaftliche Situation, in der sich jede Generation selber helfen kann, in der gesellschaftlich verursachte Drangsal überwunden wird, dann stellt sich die Solidarität (die etwas anderes ist als ein Zwangsausgleich) zwischen den Jungen und Alten von selber ein.

TZ 111) Walter Wüllenweber beklagt ja nicht nur die Rentenlast

Uwe Timm wirft Wüllenweber in seiner Erwiderung Stimmungsjournalismus und Verzicht auf Fakten vor, auch mangelnde ökonomische Kenntnisse. Ich sehe das etwas anders: Wenn Stimmungen erfaßt und wiedergegeben werden, haben wir es auch mit Fakten zu tun. Es gibt eben Fakten unterschiedlicher Art. Wenn ihm einerseits Staatsfixiertheit und in einem anderen Beitrag Neoliberalismus vorgeworfen wird, dann muß man schon nachhaken. Tatsache ist, die Welt ist nicht so, wie sie ist, weil es die Alten so wollten, sondern eher weil der politisch gestaltende Wille der Alten nicht klarer ist als jener der Jungen. Als ich noch zu den Jungen zählte, war es ein wahrgenommenes Merkmal der Zeit, daß es überall Bildungsschranken und verschlossene Bildungstore gab. Diese Probleme haben die Jungen heute weniger. Heute sind es mehr die verschlossenen Berufs- und Marktchancen. Dieser Mangel ist aber nicht naturnotwendig, sondern eines, das aus nichtgemachten ökonomischen Hausaufgaben resultiert.

TZ 112) Bedingungen auch in jeweiliger Generation ungleich

Ein Beispiel: Anfang der 60er Jahre hatte ein Freund eine Maurerlehre und ein Studium zum Berufsschullehrer hinter sich. Er hätte eine Stelle in einer Berufsschule annehmen oder das väterliche Baugeschäft übernehmen können. Die Berufsschule war ihm zu bürokratisch und sein Vater wollte ihm nicht genügend Gestaltungsspielraum einräumen. Er überlegte, was er als erste Grundausrüstung für eine selbstbestimmte Existenz benötigte, und kam zum Schluß, daß er eine Karre, eine Schippe, eine Kelle, zwei Böcke und zwei Gerüstbretter aus eigenen Mitteln finanzieren könne. Er machte sich selbstständig und hatte ein gutgehendes Baugeschäft. Er brauchte sich weder hier noch dort zu beugen und wurde so ein selbstbestimmtes und nützliches Mitglied der Gesellschaft. Fünf Jahre später sah die konjunkturelle Landschaft völlig anders aus. Ein Mensch mit den Fähigkeiten und Neigungen des oben beschriebenen Freundes im gleichen Alter, wäre unklug gewesen, sich selbstständig zu machen. Er mußte seine Abneigungen und Vorbehalte runter schlucken und heucheln, daß er der glücklichste Mensch wäre, da oder dort arbeiten zu dürfen. Ende der 60er Jahre konnten angepaßte Absolventen der Hochschulen durchaus attraktive Karrieren machen. Nur jene, die mehr wollten als persönliches Fortkommen, guckten durch die Röhre. Wenn man die Jahrzehnte des vorigen Jahrhunderts durchgeht, wird man feststellen können, daß die Chancen und Widrigkeiten immer sehr ungleich verteilt waren.

TZ 113) Kein Interesse an Klärung

Wer nun annimmt, daß besonders jene sich für die ökonomischen Ursachen ihrer Lage interessieren, die für sich keine Chance sehen, ist auf dem Holzweg. Walter Wüllenweber könnte

sich ja einmal die Mentalität seiner Generation prüfend beschreiben. Wenn die 50-, 60- und 70-jährigen auf sozialökonomische Tatbestände unangemessen reagieren, dann können sie es nur, wenn die 20- bis 40-jährigen sich dauerhaft in der alimentierten Klage- oder Zuschauerrolle eingerichtet und weder Mumm noch Verstand haben, die Dinge zu ändern. Vielleicht ist das zu hart geurteilt. Die ersten zwei Jahrzehnte hocken die Jungen am Tisch der Eltern (ohne daß Gegenleistungen gefordert werden). Das dritte Jahrzehnt hängt ein Großteil von ihnen noch am finanziellen Tropf der Eltern (die dann schon glücklich sind, daß der Junge, die Tochter gute Noten schreibt oder die Examen besteht). Das vierte Jahrzehnt ist dann der Kampf um eine eigenen Existenz, man unterläßt tunlichst auffällige politische Aktivitäten, die nicht die Karriere fördern (jetzt muß der Haushalt der „Kinder“ und die Enkel von den zu Großeltern „aufgestiegenen“ Eltern finanziell gestützt werden. Im fünften Jahrzehnt kann man sich schon gar nicht um die Gesellschaft kümmern. Die Anforderungen am Arbeitsplatz erlauben es nicht. Die Absolventen der Fach- und Hochschulen, die man vorher über die steuerlichen Abzüge mit finanziert hat, sitzen einem auf die Fersen. Ihre Botschaft: „Wir sind unverbraucher!“ „Unser Wissen ist aktueller!“ „Macht Platz, wir sind jetzt dran!“ Alle leiden, alle schimpfen. Zu wenig ...

TZ 114) Die Probleme zwischen Jungen und Alten haben ihr eigenes Alter

In meiner Arbeit „Verlogenes, Böses und Verschüttetes in der deutschen Politik - gestern und heute“ vom August 2002, Teil 1, habe ich in der Sechszwanzigsten These „Anmerkungen zur Gestaltung der Verfassung“ darauf hingewiesen, daß wir uns bei allem rechtlichen Gestalten unserer gesellschaftlichen Verhältnisse zwischen zwei Markierungsposten bewegen, die ich mit zwei Zitaten beschrieben habe. Der erste Markierungsposten steht für Kontinuität des Rechtes und der zweite steht für die Grenze, wo die Rechte der Nachgeborenen beginnen, über die wir nicht verfügen können.

a) Nicolaus Oresme Bischof von Lisieux (1325 - 1382) schreibt in seinem Traktat über Geldabwertungen:

Vor allem wisse man: ohne offenkundige Notwendigkeit sollen frühere Gesetze, Statuten, Anordnungen, Gewohnheiten aller Art, welche die Gemeinschaft betreffen, nicht abgeändert werden. So lehrt Aristoteles im zweiten Buch der Politik. Ein positives altes Gesetz ist nicht zugunsten eines neuen und vielleicht besseren abzuschaffen, außer es liege ein großer Unterschied in ihrer Güte vor. Denn solche Änderungen erschüttern Autorität und Ehrfurcht vor den Gesetzen in hohem Maße, falls sie häufig vorkommen. Ärgeris und Murren im Volk und Gefahr der Auflehnung sind Folgen. Um wieviel mehr erst, wenn diese Wandlung zum Schlechten hin geschieht! Dann wäre sie völlig untragbar und ungerrecht.

b) Das folgenden Zitate stammt aus: Ezra Pound: Usura - Cantos XLV und LI, Hrsg.: Eva Hesse, Zürich 1985.¹⁸

Vers 49: Ein anschauliches Bild der Verdinglichung aller menschlichen Beziehungen, durch die jedwede Festlichkeit an der Wurzel zerstört wird. So wie die »tote Arbeit« die sich im Kapital verkörpert, die lebendige Arbeit unterdrückt, so lasten Eigentum und Gesetze der Toten auf den Lebenden. Für dieses Eigentum gebraucht Pound gern den juristischen Begriff »mortmain« (die »tote Hand«, das Eigentum keines Menschen, sondern eine Körperschaft, meist der Kirche). Wiederholt zitiert er Thomas Jefferson (1743-1826), den Verfasser der Unabhängigkeitserklärung und dritten Präsidenten der Vereinigten Staaten. Jefferson schreibt über das Staatsschuldensystem: »Die Kapitalisierung der Staatsschuld betrachte ich als von Rechts wegen auf die Tilgung innerhalb der Lebensspanne der Generation, die sie einging, befristet; da jede Generation nach dem Gesetz des Schöpfers diese Welt in den freien Besitz der Erde, die zu ihrem Unterhalt geschaffen, geboren wird, unbelastet von ihren Vorgängern, die gleich ihnen nur Pächter auf Lebenszeit waren.

(Brief an John Taylor, 28. Mai 1816) Andernorts schreib er zur politischen Macht der Toten über die Lebenden: »Dennoch schärfen uns unsere Juristen und Doktoren diese Doktrin ein und unterstellen, daß die vorhergegangenen Geschlechterfolgen den Erdkreis mit größerer Freiheit besaßen als wir; daß sie ein Recht hatten, uns Gesetze aufzuerlegen, die wir nicht ändern dürfen, und daß wir in gleicher Weise den kommenden Generationen Gesetze und Belastungen aufherrschen dürfen, die diese nicht sollen ändern dürfen; kurzum, daß die Erde den Toten gehört, nicht den Lebenden.« (Brief an William Wirt, 30. Mai 1811 in: The Writings of Thomas Jefferson, Washington D. C., 1903)

TZ 115) Das Unmögliche und das Mögliche

Wir können nicht in jeder Generation das Rad neu erfinden und wir können auch nicht jeden Tag die Erkenntnisse, Institutionen und Strukturen von gestern für ungültig erklären, nur weil sie von gestern sind. Andererseits können wir uns ohne Glaubwürdigkeitsverlust nicht an der ständigen Reduzierung der Gestaltungsfreiheit der nachfolgenden Generationen beteiligen. Wir müssen, zur Wahrung der Rechte der Nachgeborenen wenigsten alle 25 Jahre unsere Gesetze (einschließlich der Verfassung), Institutionen und Strukturen der Revision, der Überprüfung unterziehen. Dieses sollte eigentlich keine utopische Forderung sein, sondern in einer sich als frei verstehenden Gesellschaft eine Selbstverständlichkeit. Das ist es aber nicht. Und ich glaube bis zum Gegenbeweis auch nicht, daß die 20- bis 50-Jährigen in dieser Beziehung die Kraft entwickeln, die notwendig wäre, um das zu ändern.

(Q 26) Otmar Issing

In der HAZ vom 27. 12. 02 befindet sich ein Interview von Klaus Oehler und Holger Paul mit

¹⁸ Mir geht es hier um das Zitat im Zitat. Ich bringe aber das gesamte Zitat, um den Zusammenhang zu verdeutlichen, wie ich darauf gestoßen bin.

dem Direktoriumsmitglied der EZB Otmar Issing. In einem „Kasten“ wird er wie folgt vorgestellt:

***Ottmar Issing** gehört zu den wichtigsten Personen an den internationalen Finanzmärkten. Von den Analysen des Chefvolkswirts der Europäischen Zentralbank (EZB) hängt es maßgeblich ab, ob der EZB-Rat einen Zinsschritt beschließt oder nicht. Bisher seien die Eurohüter dem Ratschlag des 66-jährigen Ökonomen stets gefolgt, heißt es an den Märkten. Bereits mit 29 Jahren wurde der Würzburger Gastwirtssohn Professor. Schon in seiner Doktorarbeit hatte er sich mit dem Einfluß fester und flexibler Wechselkurse auf die Konjunktur befasst. 1988 berief ihn die Bundesregierung in den Rat der so genannten fünf Wirtschaftsweisen, zwei Jahre später wechselte Issing ins Direktorium der Deutschen Bundesbank. Er hat sich als strikter Verfechter einer Anti-Inflationspolitik profiliert. Im Juni 1998 wurde er in das Direktorium der neuen Europäischen Zentralbank unter dem Präsidenten Wim Duisenberg berufen.*

TZ 116) EZB für die Konjunktur wichtiger als Kanzleramt

Die HAZ gibt mir mit ihrer Personenbeschreibung das Stichwort, um die Bedeutung der Zentralbank für unser Wohl- und Wehe hervorzuheben. Es genügt aber nicht, allgemein auf die Europäische Zentralbank (früher auf die Bundesbank) zu zeigen, sondern die Politik muß präzise sagen, daß die EZB sowohl die Inflation- wie auch die Deflation zu vermeiden und ein Instrumentarium zu entwickeln hat, daß unter allen Umständen garantiert, daß das Einkommen zu 100% zur Nachfrage wird, die Märkte also geräumt werden und Vollbeschäftigung eintritt. Vor der Schaffung der EZB und der Einführung ist in Bezug auf der Ausstattung der Europäischen Währung schlichtweg geschludert worden. Berichtigungen und Ergänzungen sind im Nachhinein vermutlich wesentlich schwieriger durchzusetzen, aber unverzichtbar. Mitglieder des EZB-Direktoriums - wie Ottmar Issing - sind sehr lernfähig, wenn ihre Aufgabe präziser von der Politik definiert wird. Was macht Issing mit seiner Stabilitätsorientierung, wenn er in die Situation der Japaner kommt?

(Q 27) Deflation in Japan

KURZ GEMELDET HAZ vom 27. 12. 2002

Wer wird Notenbankchef in Japan?

Japans Ministerpräsident Junichiro Koizumi bevorzugt als Nachfolger für den scheidenden Gouverneur der Bank von Japan, Masaru Hayami, eine Persönlichkeit aus der Privatwirtschaft. In einem Interview mit der Zeitung „Asahi Shimbun“ sagte Koizumi: „Ich würde gern jemanden nominieren, der aggressiv gegen die Deflation vorgeht.“ Er wünsche sich jemanden, der wisse, was in der realen Wirtschaft vorgehe, idealerweise jemanden aus der privaten Wirtschaft. Er sei jedoch flexibel, sagte der Regierungschef weiter. Die Amtszeit des Notenbankchefs endet im März 2003. rtr

TZ 117) Deflation in Japan erträglich?

Auf die Frage, warum für die Mehrheit der Menschen in Japan die Deflation erträglich ist, geht

Helmut Creutz in seinen Beitrag „Deflation - ein Gespenst geht um! Welche Rolle spielt die Sättigung der Märkte?“ Der Artikel wurde auf der Internetseite www.inwo.de/ticker/news/nachrichten_1039038585.html veröffentlicht.

TZ 118) Der Zins im Kreuzfeuer

Am 20. 11. 1993 wurde von Otmar Issing in der FAZ ein Artikel unter dem Titel „Der Zins und sein moralischer Schatten“ veröffentlicht. Die Zeitschrift „Der 3. Weg“ (heute HUMANWIRTSCHAFT) hat aus diesem Artikel und Er widerungen von 17 Autoren einen Sonderdruck gemacht. Unter www.geldreform.de kann der Beitrag von Issing und folgende Er widerungen eingesehen werden:

- Werner Onken: [Zins als Angelpunkt von Wirtschaft und Moral](#)
- Tristan Abromeit: [Der Zins im Schatten des gesellschaftlichen Bewußtseins](#)
- Helmut Creutz: [Die Schatten des Zinses sind nicht nur unmoralisch](#)

TZ 119) Der Zinstick

Jürgen Trittin soll seine freiwirtschaftlich orientierten Parteifreunde als die Zinsknechte apostrophiert haben. Gemeint war wohl: „Die Leute mit dem Zinstick!“ Nun ja, man kann es ihm nicht übel nehmen, weil er diesbezüglich keine Ahnung hat. Hätte er eine Ahnung von dem Problem, wäre er vermutlich kein Minister geworden. Das merkwürdige an dem Thema ist ja auch, daß es fast täglich in Teilaspekten in den Massenmedien vorkommt, aber als Gesamtkomplex in der öffentlichen und wissenschaftlichen Diskussion ein Schattendasein hat. Das Problem steht nicht im Licht, schon gar nicht im Brennpunkt, sondern im Schatten, man ahnt seine Umrisse mehr, als das man sie sieht. Die Situation ändert sich aber langsam. Siehe nächste Quelle.

(Q 28) Wolfram Engels über Zins

Wolfram Engels, Über Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit - Kritik des Wohlfahrtsstaates, Theorie der Sozialordnung und Utopie der sozialen Marktwirtschaft

Über den Autor: Wolfram Engels ist Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Universität Frankfurt, Sprecher des Kronberger Kreises und Herausgeber der Wirtschaftswoche.

Alle großen Religionen haben das Zinsnehmen verboten. Die frühen Zins- und Gewinntheorien waren Rechtfertigungslehren und sind es bis heute geblieben. Es ist schwer vorstellbar, daß Marx einen solchen Widerhall gefunden haben würde, hätte sich nicht der Gewinn als Ausbeutungsrate interpretieren lassen. In dem hier definierten Geld wird weder Zins noch Gewinn gemessen. Das Volkseinkommen besteht - so wie es gemessen wird - vollständig aus

Arbeitseinkommen. Der reale Zins und der reale Gewinn nehmen die Form einer Senkung des Güterpreisniveaus an (d. h., daß man mit einem nominal konstanten Vermögen mehr kaufen kann). Die Wirtschaftswissenschaftler haben sich über das Zinsverbot hinweggesetzt, gewissermaßen mit der Rechtfertigung, Moses, Jesus und Mohammed seien schließlich ökonomisch nicht gebildet gewesen. Wenn aber - wie hier behauptet wird - bei optimalem Geld kein expliziter Zins auftaucht, dann waren Moses, Jesus und Mohammed vielleicht doch die besseren Ökonomen. (S.124)

(Q 29) Goldmünzen

Die Rückkehr zur GOLD-Währung n Deutschland

Auf Beschluss der Bundesregierung wird es ab 2003 jährlich eine deutsche Goldmünze geben. Damit werden, wie im Kaiserreich, nach fast 100 Jahren auch wieder Goldmünzen fester Bestandteil unseres Geldes. Die GOLD-EURO-Münze 2003 ist aus reinstem Fein-Gold. Die Auflage wird per Gesetz streng limitiert. Deshalb wird sie schnell vergriffen sein. ...

Der offizielle Ausgabe-Preis wird zum Ausgabetag durch das Bundesministerium der Finanzen festgelegt. Sie erhalten selbstverständlich vor Lieferung eine Information....

TZ 120) Staatlich veranstalteter grober Unfug

Der obige Text zur Gold-Währung entstammt einem Werbeprospekt der Münzhandelsgesellschaft in Braunschweig. Daß der Bundesfinanzminister überlegt, Geld in seine leere Kassen zu bekommen, kann man ihm ja nicht verübeln. Auch daß Redlichkeit und Politik häufig zwei verschiedene Stiefel sind, ist ein Tatbestand, der wie schlechtes Wetter hingenommen wird. Wenn aber mit direkter Desinformation die Staatskassen gefüllt werden sollen, dann muß der Politik klar gesagt werden: So nicht!

Alleine schon mit der Gold-Währung zu werben ist so, als würde man mit einem der Todeslager der Nationalsozialisten für ein Produkt werben. Das Gold als Währung hat ein Vielfaches an Menschen umgebracht, mehr als alle Schreckensregime des vorigen Jahrhunderts zusammen. Ja es hat diese Schreckensregime erst ermöglicht.

TZ 121) Funktionalität der Münzen

Natürlich kann ein Staat Gedenkmedaillen prägen und verkaufen lassen. Solange dafür kein Ab- und Annahmewang besteht, kann in die Motive und die Preise viel Phantasie fließen. Für die DM-Münzen hatte das Finanzministerium das Prägerecht. Ich bin mir im Moment gar nicht sicher, ob diese Regelung für den Euro übernommen wurde. Wenn ja, dann ist das falsch. Da die Zentralbank für die Stabilität des Euro zuständig ist, muß sie auch die Gesamtmenge des Geldes - also Scheine und Münzen - bestimmen können. Die Münzen wurden wie die Noten zum Austausch der Güter geschaffen. Sowohl die Mitfinanzierung des Staatshaushaltes als Nebenzweck wie auch das Sammeln von Münzen ist kontraproduktiv. Wenn die

Zentralbank die Menge und den Umlauf der Münzen nicht bestimmen und sichern kann, dann haben die Münzen das Verfallsdatum ihrer Existenz erreicht. Nominell gleichlautende Münzen mit unterschiedlichem Material (Eisenlegierung und Gold) auszustatten, ist für den Gütertausch wenig hilfreich. Denn die Normaleuromünze erhält unabhängig von den Prägekosten ihren Wert aus ihrer Tauschfunktion. Der Wert des Goldeuro wird aber von der Sammelleidenenschaft der Menschen und den allgemeinen Goldpreisen bestimmt. Der Austausch zwischen Normaleuro und Goldeuro muß dann über einen Wechselkurs erfolgen. Die Reduzierung der Wechselkurse war aber ein Motiv für die Schaffung des Euro. Nun spekuliert man im Finanzministerium vermutlich darauf, daß die Gold-Euro gleich in die Horte und nicht in den Umlauf gehen. Die Spekulation ist aber ein Instrument, das dem Finanzministerium nicht zusteht.

TZ 122) Münzen in Schubladen

Das Sammeln von Euro-Münzen kann durchaus zu einem Problem werden. Mehr als die Hälfte der ausländischen Euro-Münzen verschwindet in die Schubladen von Sammlern. (HAZ vom 1.11.2002 / „Sammler sind verrückt nach Euro“. Ich habe dazu am 15. 11. 2002 an die HAZ einen Leserbeitrag unter dem Titel „Das Geld wurde nicht zum Sammeln und Horten erfunden!“ geschickt. Da ich nicht weiß, was aus dem Beitrag geworden ist, füge ich ihn dem Anhang zu dieser Arbeit bei.

(Q 30) „**Unehrllichkeitskrise**“

Am 27. 12. 2002 war unter der Schlagzeile „Die Regierung kämpft mit der „Unehrllichkeitskrise“ u.a. folgendes in der HAZ zu lesen:

Berlin (dpa). Ein Vierteljahr nach der Bundestagswahl befindet sich die rotgrüne Koalition nach Ansicht von Meinungsforschern in einer „Unehrllichkeitkrise“. Emnid-Geschäftsführer Klaus-Peter Schöppner sagte der Deutschen Presse-Agentur: „Vier von fünf Wählern unterstellen der Bundesregierung, sie in punkto Steuern belogen zu haben“. Die SPD habe seit der siegreichen Bundestagswahl am 22. September rund zehn Prozent an Zustimmung verloren. Für Schöppner ist der Vertrauensverlust „einmalig“ in der Geschichte der Bundesrepublik. ...

Der Forsa-Chef Manfred Güllner sagte: „Die Bürger akzeptieren, die Kürzung der Eigenheimzulage, Steuerreformen, Zinsabgeltungssteuer, sie erwarten längst höhere Sozialversicherungsbeiträge und werden sie zahlen. Aber sie wollen wissen, was damit passiert. Und sie wollen nicht, dass damit nur die staatliche und Verbandsbürokratie gemästet wird.“ ...

TZ 123) Wieviel Lüge verträgt der Mensch, die Gesellschaft?

Nach meiner Überzeugung ist nichts in der Welt, was nicht einen Sinn, eine Funktion hat. Also hat auch die Lüge ihren Sinn. Ich will nun aber nicht der schwierigen Frage nachgehen, worin

der Sinn der Lüge besteht. Mich beschäftigt mehr die Frage: Wieviel Raum darf der Lüge gewährt werden und wieviel Raum darf man der Wahrheit nehmen bis man die Scheide erreicht, ab der es nur noch bergab in die gesellschaftliche Destruktion geht? Bei der Klärung dieser Frage muß man die Begriffe Lüge und Wahrheit ganz pragmatisch verstehen. Die Lüge ist dabei der bewußte Versuch, einen Sachverhalt durch Verdrehung, Auslassung, Überbetonung, die Falschanwendung von *ja* und *nein* anders darzustellen als er in Wirklichkeit ist. Die Wahrheit ist dagegen der Versuch, Sachverhalte mit den jeweils zur Verfügung stehenden Mitteln so darzustellen wie sie (nicht nur aus der eigenen, sondern auch aus der Sicht des anderen) sind oder wenigstens, wie sie sein könnten.

TZ 124) Die Lüge oder Unehrlichkeit überall

Die Unehrlichkeit oder mangelnde Glaubwürdigkeit ist ja nicht nur ein Problem der rot-grünen Koalition. Die weiter unten wiedergegebene Stellungnahme von Pädagogen zielt ja schwerpunktmäßig auf eine andere Partei. Das Problem ist aber nicht nur eines der politischen Parteien, sondern aller privatrechtlichen und öffentlich-rechtlichen Institutionen und natürlich auch uns Einzelpersonen als Trägern dieser Zusammenschlüsse. Die Lüge hat sich sogar in vielen unserer Begriffe eingeschlichen. Es scheint eine ausweglose Lage zu sein. Aber solange wir uns individuell wie kollektiv über diese Zustände aufregen können, hat die Wahrheit auch noch Anwälte.

TZ 125) Perfide Verknüpfung von Wahrheit und Lüge

Auf der Suche nach einer Information im Internet bin ich auf die Befragungsaktion „Perspektive Deutschland“ gestoßen. Sie wird getragen von Mckinsey, stern, T-Online und dem ZDF. Ziel ist es durch die Bündelung von Wertungen und Meinungen einen positiven Einfluß auf die Gestaltung Deutschlands zu nehmen. Schirmherr ist der ehemalige Bundespräsident Dr. Richard von Weizsäcker. Wenn man näher wissen will, worum es geht, muß man die Fragen in strenger Reihenfolge beantworten. Dieses kann man noch als raffiniertes oder notwendiges Verfahren werten, das die Brauchbarkeit der Aussagen fördert. Die Fragen nach Alter, Geschlecht, beruflicher Rolle und Bildungsstatus leuchten auch ein, wenn differenzierte Aussagen erwünscht sind. Aber schon die Frage, ob man sich von zu Hause aus oder vom Arbeitsplatz aus an der Aktion beteiligt, liegt im Grenzbereich zwischen Wahrheit und Lüge zur Zielangabe des Vorhabens. Wenn dann aber die Frage nach der Art des verwendeten Modems kommt, das man verwendet, dann weiß man spätestens jetzt, daß man auf die Marketingforschung herein gefallen ist. Meine gefühlsmäßige Reaktion war der Fluch „Verdammte Arschlöcher“ und

ausklinken aus der Internetseite. Nun sind zwar schon immer das Heilige und Profane, der Glaube und das Geschäft eine Verbindung eingegangen. Es gibt aber Situationen, da muß man auf das Geschäft verzichten, wenn man nicht alles schlimmer machen will, als es schon ist. Gute Sätze wie die von der Unterstützerin der Befragungsaktion, Tita von Hardenberg, Journalistin und Fernseh-Moderatorin von „Polylux“, bekommen sonst einen Anstrich von Hohn. Sie sagt: „Es liegt an uns, die Zukunft Deutschlands zu gestalten. Der Wandel darf aber nicht nur von ein paar Köpfen ausgehen, sondern muss von uns allen angeschoben werden. Über 'Perspektive Deutschland' kann jetzt jeder Einfluß nehmen.“

(Q 31) Eine Gesellschaft der Lügner?

Die Pädagogen Dauber und Beck zur Finanzaffäre (Frankfurter Rundschau vom 29. 1. 2000)

Die Pädagogen Heinrich Dauber und Johannes Beck haben an der Gesamthochschule Kassel mit Studierenden darüber gesprochen, was sie in diesen Tagen der Aufdeckung ständig neuer Lügen und Teilwahrheiten bewegt. Diese reagierten überwiegend achselzuckend: „Wundert Sie das? Uns war das schon längst klar.“ Als Antwort darauf verfassten die Hochschullehrer folgende Erklärung, die wir - gekürzt - im Wortlaut abdrucken.

„Die Eltern meiner Generation sind in einem politischen System aufgewachsen, das auf Lügen aufgebaut war. Als sie sich getäuscht sahen, haben die meisten aus dieser Generation verleugnet, was mit ihnen gemacht worden war. Sie wollten es nicht wissen und haben uns nichts erzählt, weil sie sich vor unserer Verachtung fürchteten. So setzten sich die Lügen fort.

Schlimm ist nicht, dass sie gelogen haben. Schlimm ist nicht, dass sie Angst hatten vor unserer Kritik. Schlimm ist nicht, dass sie versuchten ihre Haut zu retten. Schlimm für uns war, dass wir das Gefühl hatten, in unserem Vertrauen verraten worden zu sein, ihnen gar nichts mehr glauben zu können. Doch heute sind wir keine Kinder mehr.

Heute muss ich erkennen, dass wir von unseren Politikern getäuscht und belogen wurden. Daraus mag ein in diesen Tagen oft beschworener Schaden für die Demokratie erwachsen. Es liegt an uns,... diesen Schaden abzuwenden. Dazu muss ich, müssen wir gegenüber unseren Kindern glaubwürdig bleiben. Dieselben Politiker, die behaupten, als gewählte Volksvertreter in unserem Namen für Gesetz und Ordnung zu sorgen, haben sich ... außerhalb der Gesetze gestellt. Heute werben sie um Glaubwürdigkeit für ihre Parteien, für das politische System.

Glaubwürdigkeit können nur Personen einfordern, niemals Parteien oder politische Systeme. Unsere Glaubwürdigkeit als Personen hängt davon ab, ob wir etwas dagegen tun können, dass sich dieses auf Lügen aufgebaute System wiederholt. Deshalb denke ich darüber nach, wie es damals funktioniert hat und immer noch funktioniert - nicht auf der Ebene der Kontenbewegungen, sondern in meinen, in unseren Köpfen und Gefühlen.

In manchen Argumenten erinnert mich die Debatte an die Diskussion, die vor 30 Jahren geführt wurde, als es um die Aufarbeitung der nationalsozialistischen Verbrechen ging. Und doch ist die historische Situation nicht vergleichbar. Damals ging es um die verbrecherische,

menschenverachtende und -vernichtende Politik der Nazis. Heute geht es um unzulässige Mittel einer demokratischen Partei, den eigenen Machterhalt zu sichern. Anders als damals insistiert die öffentliche Meinung heute auf der Wahrheit und fordert lückenlose Aufdeckung der Mechanismen dieses Machterhalts. Schlimm finde ich nicht, was aufgedeckt wird, sondern was geschehen ist, wie wir getäuscht worden sind. Schlimmer finde ich, wie sich Täter und Profiteure dieses Systems als unerschrockene Aufklärer, als persönlich enttäuschte und zu Tränen gerührte Opfer stilisieren, dass manche es wagen, von einer Treibjagd der Medien zu sprechen, die gegen sie geführt wird.

Schamlos finde ich, in welcher antisemitischen Tradition und mit welchen Lügen sie versucht haben, ihre Machenschaften zu verschleiern, als Vermächtnisse reicher Juden, die ihre Vermögen aus Deutschland abgezogen und durch Börsenspekulation in der Schweiz vermehrt haben, um es aus Dankbarkeit einer christlich-demokratischen Partei zu spenden.

In Wahrheit handelt es sich bei diesen Parteispenden - wie zuvor in Italien, Spanien, Frankreich, Belgien - nicht zuletzt um Bestechungsgelder aus dem Geschäft mit dem Tod, dem militärisch-industriellen Komplex. Bei unseren europäischen Nachbarn sind die betroffenen Politiker allerdings schneller zurückgetreten und haben sich nicht weiter als Heuchler in Szene gesetzt. Dass dies quer durch Europa so lange funktioniert hat und jetzt - auch in Deutschland - herauskommt, ist allerdings nicht das Ende, sondern vielleicht der Anfang einer neuen, postautoritären, demokratischen Kultur.

Was mir und anderen als Kindern in der Familie widerfuhr, wiederholt sich auf der gesellschaftlichen Ebene. Um uns zu schützen, um unser Vertrauen nicht zu erschüttern, wurden wir getäuscht und belogen. Wenn wir nachgefragt haben, hieß es: ‚Wir wissen es selbst nicht. Wir waren doch selbst Opfer. Ich persönlich habe nichts damit zu tun gehabt. Es waren doch nur Einzelne, die selbstverständlich zur Rechenschaft gezogen werden müssen. Aber das System als Ganzes war doch nicht verbrecherisch.‘ Diese ‚Erklärungen‘ habe ich schon einmal - vor dreißig Jahren - gehört und höre sie heute wieder.

Heute soll ich wieder glauben gemacht werden, dass alles rechtens zugegangen ist, dass es keine Bestechung und persönliche Bereicherung gab, dass Spenden uneigennützig und nicht mit dem Versuch verbunden sind, Einfluss zu nehmen. Wieder werde ich als Kind behandelt. Wieder wird mir versichert, dass die größte Sorge dieser Politiker darin besteht, den Schaden zu begrenzen, mein Vertrauen zurückzugewinnen und eine Staatskrise zu vermeiden.

Die Verhältnisse sind nicht so, wie sie sich jetzt zeigen, sondern weil wir sie so hinnehmen. Es wird Zeit, dass wir lernen, zwischen unseren demokratischen Rechten und unseren emotionalen Abhängigkeiten von Elternfiguren zu unterscheiden.“

(Q 32) Die Rolle der Gewerkschaften

Dauerbremsen mit düsterer Zukunft? VON HARTMUT CONTENIUS
HAZ vom 28. / 29. Dezember 2002 (Auszug)

Der Gedanke mutet utopisch an und ist zu schön, um wahr zu sein: die Gewerkschaften als Reformmotor in Deutschland. Sie machen sich nicht mehr als Dauerbremsen unbeliebt, sondern warten mit interessanten Vorschlägen auf, befruchten die Debatte über eine Modernisierung des Wirtschafts-, Sozial- und Arbeitsmarktsystems. Sie akzeptieren schmerzhaft, aber notwendige Einschnitte und nehmen kurzfristig Nachteile für die Beschäftigten in Kauf, damit langfristig wichtige Ziele erreicht werden: Senkung der Lohnnebenkosten, stetiges Wirtschaftswachstum, Abbau der Arbeitslosigkeit, Gesundung der Kranken-, Renten- und

Arbeitslosenversicherung.

Von all dem kann zurzeit keine Rede sein. Es handelt sich um eine Idealvorstellung, von der die Gewerkschaften weit entfernt sind. ...

Ihnen wird vorgeworfen, sie seien tarifpolitisch unbeweglich, sperrten sich gegen flexiblere Arbeitszeitregelungen, hätten überhaupt einen verderblichen, viel zu großen Einfluss auf die rot-grüne Bundesregierung, zumal seit der Bundestagswahl vom 22. September. ...

Die Gewerkschaften sind grundsätzlich schwerfällig. Für sie gilt der auf Peter Glotz zurückgehende Begriff von der „Unbeweglichkeit des Tankers“. ...

Querdenker haben es schwer. So mancher Gewerkschaftschef hat das zu spüren bekommen. Wer aus der Reihe tanzt, wird rasch als unsolidarisch abqualifiziert. Der „Apparat“ dominiert. Unter diesen Bedingungen kann Kreativität kaum gedeihen.

Ein einheitlicher Block sind die Gewerkschaften indes nicht. Neben den Traditionalisten gibt es Modernisierer, neben Besitzstandswahrern auch aufgeschlossene Verhandlungspartner, die das Ganze im Blick haben. ... Sozialpartnerschaft lautet das Schlüsselwort. ...

Steuern erhöhen, neue Steuern einführen, Verschuldung ausweiten, überhaupt mehr statt weniger Staat - solche Parolen predigen Gewerkschaftsvorsitzende wie Michael Sommer (DGB), Frank Bsirske (ver.di), Klaus Zwickel (IG Metall) und Klaus Wiese (IG Bauern-Agrar-Umwelt). Es sind Konzepte, die sich nicht bewährt haben, die private Initiative abwürgen und die der Wirtschaft schaden. Skeptisch reagieren die Traditionalisten zudem auf die Forderung, das Tarifsystem und den Arbeitsmarkt zu flexibilisieren. ...

Nicht nur im Interesse des Gemeinwohls, auch um ihrer selbst willen müssen die Gewerkschaften sich stärker öffnen. Seit langem leiden sie an Mitgliederschwund und damit auch an Finanzmangel. Ihre Anziehungskraft ist unzureichend. Sie seien zu rückwärts gewandt, hat ihnen kürzlich ausgerechnet der alterfahrene Gewerkschafter Walter Riester vorgehalten. Sie müssten flexibler werden und attraktiver für modern denkende Arbeitnehmer. Verharren die Gewerkschaften in der Ecke der Besitzstandswahrer, könnten sie tatsächlich zu Dinosauriern werden, die sich überlebt haben. Die Gefahr ist erkannt. Seit einiger Zeit führt die IG Metall eine Zukunftsdebatte. ...

Die Schwäche birgt eine Chance. Oft genug wird Wandel nur unter Druck erreicht. Dem sind die Gewerkschaften in Zeiten ökonomischer und sozialer Krisen ohnehin ausgesetzt. Mehr denn je müssen sie die Kraft aufbringen, neue Wege zu wagen.

(Q 33) Kommentar mit einem Zitat von Wolfram Engels

Der gesamte Institutionenrahmen mit Gewerkschaften und Sozialversicherungen, Gesellschaftsrecht und Steuersystem sieht aus, als sei er eigens dazu erfunden worden, den Arbeiter arm und unmündig zu halten. Welch ein Stoff für eine Verschwörungstheorie! (Über die Freiheit Gleichheit und Brüderlichkeit, Seite 132)

TZ 126) Gewerkschaften sind kein Sonderfall

Organisationen werden gebildet, um bestimmte Ideen oder Interessen durchzusetzen, Mängel

zu beheben oder bestimmte Anliegen zu fördern. Organisationen sind in ihrem Ursprung Werkzeuge, Mittel zu einem Zweck. Ist eine Organisation erfolgreich, wächst mit der Mitgliederzahl der hauptamtliche bürokratische Apparat. Der bürokratische professionelle Apparat erfüllt die Gründungs- und nachfolgenden Mitglieder erst mit Stolz, weil er für Effizienz und Durchsetzungskraft steht und dem Mitglied Ansehen verleiht. Irgendwann beginnt dann der bürokratische Apparat sich zu verselbständigen, er wird zum Selbstzweck und die Mitglieder werden zu Statisten, die ihre Rolle auch noch teuer bezahlen müssen. Im Grunde müßte in jede Organisation ein Selbstaflösungsmechanismus eingebaut werden, der in Kraft tritt, wenn die Gründungsziele zur Selbsterhaltungsideologie des Apparates verkommen sind.

TZ 127) Gewerkschaften und Kirchen

Die Gewerkschaften sind in der gleichen Lage wie die Kirchen. In beiden Organisationsgruppen laufen die Mitglieder davon, die Masse der Mitglieder ist lustlos und zweifelt an den Glaubensinhalten. Und die Mitglieder zweifeln daran, daß die Funktionäre selber das glauben, was die Mitglieder glauben sollen. Der Mangel kann durch die kleine Minderheit der hoch Motivierten nicht ausgeglichen werden. In beiden Organisationsgruppen gibt es Einsichtige, die den Wandel wollen, die aber scheitern müssen, weil sie die Masse der Mitglieder nicht mehr begeistern können und an Macht den Strukturkonservativen unterlegen sind. Der Wandel kann nur vom Druck, der vom Mangel ausgeht - Reduzierung der finanziellen Mittel, Ansehensverlust, Einflußreduzierung etc. - erzeugt werden. Bei uns wird der Druck auf die Kirchen durch die Kirchensteuer stark gemildert. Die Kirchensteuer verzerrt also nicht nur den Wettbewerb der Glaubens und Weltanschauungsgemeinschaften, sondern wirkt direkt gegen die Kirchen, weil sie diese in ihrem Fehlverhalten fixiert.¹⁹

TZ 128) Umbau oder Neubau

Eine Weile habe ich gedacht, man könne die Gewerkschaften dadurch erneuern, daß man ihnen ein neues Programm unterlegt. Ein Programm, das den ehrenamtlichen und hauptamtlichen Funktionären wieder das Gefühl gibt, auf der Höhe der Zeit zu sein, ihren Einfluß und ihr Einkommen erhöht. Aber es ist wohl so: Ein altes oft umgebautes Haus so zu modernisieren, daß man hinterher unter allen Aspekten sagen kann, es ist gelungen, ist schwieriger, als einen passenden Neubau zu erstellen.

¹⁹ Ich bin nach der Niederschrift auf das Schlußkapitel „Die Kirchensteuer in der Krise“ in „Den Kapitalismus umbiegen“ von Oswald von Nenn-Breuning gestoßen. Seine Ausführungen sind eine gute Grundlage für eine politische Diskussion dieses Themas.

TZ 129) Die Schwierigkeit mit den Anschauungen

Ein Mensch, der seine Weltanschauungsfahne nach dem politischen Wind hängt, also opportunistisch wechselt, ist zu recht nicht besonders angesehen. Eine gewisse geistige oder politische Standorttreue stabilisiert Klein- und Großgruppen. Auch kann die Tradition seinem Träger Orientierung verleihen. Aber irgendwann wird eine solche Haltung - wenn sie nicht ständig in kleinen Schritten modernisiert wird - problematisch, weil sie zu unangepaßten Aktionen und Reaktionen gegenüber der Wirklichkeit führt.

Das gewerkschaftliche Handeln ist immer noch vom marxistischen Ökonomieverständnis geprägt. Und weil der Marxismus in großen Teilen nicht stimmt, kann die Strategie der Gewerkschaften nicht stimmen, nicht erfolgreich sein. Das Gegenmacht Modell ist gescheitert. Der Streik z.B. ist für die Arbeitnehmer kontraproduktiv und ist rechtlich mehr als problematisch, weil er immer in Rechte Dritter eingreift.

TZ 130) Die doppelte Verunsicherung der Gewerkschafter

Daß die in ihrem Ursprung vom Marxismus²⁰ entlehene Strategie nicht stimmt und auch im Gegensatz zur Anfangszeit der Gewerkschaften keine Handlungssicherheit mehr vermittelt spüren die Gewerkschafter ja selber. Aber nun kommen die „bürgerlichen“ Ökonomen und reden auf sie ein, daß das alte sozialistische Ziel, der Anspruch des arbeitenden Menschen auf den vollen Arbeitsertrag nicht richtig sei. Und es gibt ja inzwischen genug Gewerkschaftler, die auf die These eingeschwenkt sind, das Kapital ist ein Faktor, der entlohnt werden muß. Daß diese These schon deshalb falsch ist, weil eine Marktwirtschaft nur als ein System des Leistungsaustausches gedacht werden kann, in dem die Entlohnung für Nichtleistung ein Störfaktor sein muß, wird nicht bedacht.

TZ 131) Ziele und Instrumente

Die Ziele müssen klar und die Instrumente müssen tauglich sein. Die Zielklarheit und die Tauglichkeit der Instrumente müssen einer laufenden Kontrolle unterzogen werden, ohne daß sie zur Beliebigkeit verkommen. Die Ausbeutung, die Marx und andere beschrieben haben gibt es auch heute noch. Die Formen und Wirkungen mögen sich gewandelt haben. Es kann sogar so sein, daß die Ausbeutung von vielen gar nicht wahrgenommen wird, weil ihnen der analytische Blick dafür fehlt. Sie wird vielleicht nur als Druck, als Einengung und Bedrohung des

²⁰ Hier wird keine Abwertung des Marxismus versucht. Jede Idee, jede Gesellschaftserklärung hat ihre Wirkungsgeschichte. Verdammenswert ist nur der Mensch, der aus egoistischen, politischen Motiven entgegen besserer eigener Einsicht an Ideen festhält, die sich als untauglich oder gar menschenfeindlich herausgestellt haben.

Lebens gefühlt. Aus liberaler, anarchistischer, christlicher oder sozialistischer Sicht ist es etwas Ehrenwertes, sich für die Überwindung der Ausbeutung einzusetzen. Differenzen gibt es bei der Erklärung der Ursachen und der Wege der Überwindung. Wer nicht glaubens-, sondern verstandesmäßig das Problem der Ausbeutung lösen will, kann sich vor einer analytischen Prüfung der Lösungswege nicht auf einen bestimmten festlegen.

TZ 132) Zentralistisch oder dezentral?

Die Entscheidung für einen zentralistischen oder dezentralen (kommandowirtschaftlichen oder marktwirtschaftlichen) Weg hängt schon mit der Analyse der Ausbeutungsursachen zusammen. Karl Marx empfahl aufgrund seiner Analyse, daß die Ausbeutung ihre Ursachen im Eigentum hat, den zentralistischen Weg, der im Staatssozialismus und letztlich im Staatsterror mündete. Seine Gegenspieler, der Franzose Pierre Joseph Proudhon (1809 - 1865) sah die Ursachen der Ausbeutung in der Zirkulation. Er warnte, die Ziele des Sozialismus würden nie erreicht, wenn der Staat als Instrument der Zielerreichung eingeschaltet würde. Wenn sich Proudhon in diesem geistigen und politischen Ringen durchgesetzt hätte, wäre die Folgezeit weniger blutig gewesen.

TZ 133) Die Gefahr von ökonomische Lehren

Solange ökonomische Lehren dem prüfenden Verstand der Anwender unterworfen, also korrekturfähig sind, sind sie nützliche Instrumente der Gesellschaftsgestaltung. Wenn aber ökonomische Lehren zum Glaubensinhalt ganzer Generationen werden, müssen die Folgen um so verheerender sein, je fehlerhafter die Lehren sind. Die gesellschaftlichen Katastrophen des vorigen Jahrhunderts wurden nach meiner Einsicht vorwiegend dadurch verursacht, daß ganze Generationen und Völker nicht zweckrational, sondern glaubensmäßig die Ökonomie gestalten wollten. Das Schlimme dabei ist, daß die Wirtschaftswissenschaften wenig dazu beigetragen haben, daß die erforderliche Zweckrationalität eine Chance bekommen hätte.

1964 habe ich Studenten der Akademie für Wirtschaft und Politik, die sich als engagierte Sozialisten verstanden, eine Schrift von Silvio Gesell mit dem Titel „Die Ausbeutung, ihre Ursachen und ihre Bekämpfung“ zum Lesen ausgeliehen. Diese bestimmt noch ehrlichen Sozialisten konnten den Inhalt nicht verstehen, weil Gesell wie Proudhon marktwirtschaftlich argumentiert. Aber diese Nichtverstehenden haben bestimmt ihren Arbeitsplatz in einer Gewerkschaft gefunden und somit die Tankermentalität der Gewerkschaften mit befördert.

TZ 134) Eigenes Bemühen

a) 1970 wurde ich von Gewerkschaftskollegen der DAG animiert, die Frage zu untersuchen, ob der Tarifvertrag ein geeignetes Instrument ist, die DAG-Gegenwartsforderungen - Sicherheit, Fortschritt und Gerechtigkeit - durchzusetzen. Ich kam zu einem klaren Nein. Und stieß natürlich damit auf wenig Sympathie. Dabei waren in dieser Arbeit schon Ansätze für eine Umorientierung der Gewerkschaftsarbeit zu finden.²¹

b) In der Nr. 2 des Jahres 1994 konnte ich in der Zeitschrift Bündnis 2000 einen Beitrag veröffentlichen mit dem Titel „Die Arbeitnehmer beteiligen ...- Kann die Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivkapital durch Investivlohn das Verhältnis zwischen Kapitaleinkommen und Arbeitseinkommen ändern?“

In dem Abschnitt „Und die Gewerkschaften?“ heißt es:

Den erforderlichen Änderungen steht auch das Selbstverständnis der Gewerkschaften entgegen. Gewerkschaften, so wie sie heute sind, können nur wachsen und gedeihen, wenn es den Arbeitnehmern schlecht geht. Nur dann sucht der Arbeitnehmer Zuflucht bei ihnen und zahlt ohne Murren seine Beiträge. Bei guter Konjunkturlage geht es den Gewerkschaftsfunktionären in ihren Versammlungen so wie den Pastoren heute in der Kirche: Sie predigen leeren Stühlen. Die Folgerung daraus ist, daß die Gewerkschaften heutiger Form ein Hemmnis sind auf dem Wege zu einer wirklichen Besserstellung der Arbeitnehmer. Der hauptamtliche Gewerkschaftsfunktionär wird in der Regel nichts tun, was seine Stellung beeinträchtigt. Dies merkt man auch daran, daß sie sich gegen Lohnindexklauseln wenden und ein geringes Interesse an Beteiligungs- und Selbstverwaltungsmodellen haben. Dabei könnten die Gewerkschaften eine neue, sogar eine Vorreiterrolle für eine bessere ökonomische Zukunft übernehmen, in der es den hauptamtlichen Gewerkschaftsmitarbeitern dann besser geht, wenn es den Arbeitnehmern auch besser geht. Ich denke, die Gewerkschaften müssen sich zu Dienstleistungsgenossenschaften - also zu Unternehmen - wandeln, die folgenden Funktionen (konkurrierend mit anderen Institutionen) übernehmen könnten: örtliche und überörtliche Arbeitsmarktanalysen für Arbeitnehmer und Beteiligungsunternehmen, Berufsberatung, Arbeitsplatzvermittlung, Berufsausbildung und die Abdeckung der Risiken der Arbeitnehmer von der Haftpflicht über die Arbeitslosenversicherung bis zur Altersversorgung.

Aber vorerst müssen wir damit leben, daß weder die Unternehmerverbände noch die Gewerkschaften Förderer der Marktwirtschaft sind.

TZ 135) Die vorletzte Ausgabe der HAZ im Jahr vom 30. 12. 2002

21 Diese Arbeit habe ich in der Dokumentation 10 zu „Agenda Niedersachsen 2001 / zweiter Teil“ vom 1. Mai 2001 eingefügt.

Die große Schlagzeile lautet „Fischer empört die Grünen: Deutsches Ja zum Krieg möglich“. Der Bericht reizt zum Spotten: „Was fürchten wir uns vor einem Ja der Bundesregierung zum Irak -Krieg. Dafür darf Deutschland doch Platz nehmen im UN-Sicherheitsrat.“ „Was klagen wir Grünen über das Einknicken von Joschka. Er ist doch der beliebteste „Staatsmann“ der Republik. Er kann ja nicht gleichzeitig der nützlichste Volksmann sein.“ Der ganze Irak-Komplex ist eine Gemengelage aus Wahrheit und Lüge, aus edlen und verwerflichen Motiven. Es wäre schön, wenn man dieses Thema wie das letzte Kalenderblatt des Jahres abreißen könnte.

TZ 136) Das Helle hinter der Düsternis sehen

Eine weitere Schlagzeile auf der HAZ vom 30. 12. lautet: „Die Deutschen blicken düster in die Zukunft“ „Allensbach-Umfrage: Fast zwei Drittel hegen Befürchtungen / Angst vor sozialem Abstieg“ Die Stärke des Pessimismus soll auch im größeren Zeitüberblick bemerkenswert sein. Ich denke, daß die Deutschen ihre möglichen positiven Perspektiven nicht sehen, weil sie die Wirklichkeiten und ihr Entwicklungspotential in einem zu großen Umfang in den Massenmedien gespiegelt sehen. Und die Massenmedien sind wie ein alter Spiegel mit überwiegend trüben oder blinden Flecken. Nur wer schon eine Vorstellung von der verhinderten guten Gegenwart und der möglichen guten Zukunft hat, kann die lückenhaft klaren Stellen im Massenmedien-Spiegel zu einem Gesamtbild zusammenfügen. Wenn wir wieder in die Finsternis laufen, dann sind es nicht Götter oder Dämonen, die uns auf diesen Weg schicken, sondern unsere Un-ersichtigkeit und Unehrlichkeit. Wer den Sonnenaufgang bisher verschlafen hat und ihn jetzt sehen möchte, muß früher aufstehen.

TZ 137) Der lange Weg zur Demokratie

Ebenfalls in der Ausgabe vom 30. 12. läßt sich Wolfgang Drechsler in seinem Leitartikel „Der Lange Weg“ über die „Demokratie in Afrika“ aus. Sicher läuft vieles im Sinne der Demokratie-Idee in Afrika nicht gut. Aber läuft es bei uns denn viel besser? Unsere Parlamentarier fühlen sich durch die Wähler legitimiert. Aber haben die diktatorischen Regime in der Regel nicht auch die Zustimmung durch das Volk? Und wenn wir die Nichtwähler mitzählen, haben wir in der Regel auch nur Minderheitenregierungen. Haben schon alle Kommentatoren vergessen, daß unsere „Demokraten“ im Vereinigungsprozeß die Verfassung in verräterischer Weise ausgelegt und Demokratieprinzipien mißachtet haben. Dieser Mangel wird nicht durch die Zeit, sondern nur durch die demokratische Tat geheilt. Diese Tat, die nicht von Einzelnen oder von Gremien vollbracht werden kann, kann in einen Dreierschritt aufgeteilt werden. 1. Die Suche und die Antwort auf die Fragen: Woher kommen wir, wo sind wir und wo wollen wir hin?

2. Die Formulierung und Beschlußfassung über die Instrumente, Institutionen und Strukturen, die eine Erreichung der neuen Ziele ermöglichen. 3. Die Umsetzung der Beschlüsse, die Kontrolle der Wirkungen und des Erreichten und eventuell erforderliche Korrekturen.

TZ 138) Europa auch demokratisch auf Abwegen

Vergleiche zwischen dem EU-Bürokratismus und dem Bürokratismus des untergegangenen Sowjetimperiums sind voll berechtigt. Was als friedensstiftende Lösung für Europa gedacht war, verkommt immer mehr zu einem Zerstörungsmittel der Idee vom vereinten Europa. Europa ist aber auch demokratisch auf Abwegen.

(Q 34) Verfassungsentwurf für Europa

(Q 34.1) In einem Bericht von Thomas Gack unter dem Titel „Europäische Verfassung erhält erste Umriss“ in der HAZ vom 30. 10. 2002 heißt es u.a.:

So schlecht für die Integration Europas kann Valery Giscard d'Estaings erster Entwurf für eine europäische Verfassung nicht sein. Denn Europagegner schäumten nach der Lektüre vor Wut. „Das soll doch die Verfassung eines Superstaats werden“, zeterte der dänische Europaparlamentarier Jens-Peter Bonde. Er und seine Freunde, von ultrakonservativen Briten bis zu den antieuropäischen Linksextremen, wollen jetzt einen Gegenentwurf erarbeiten.

Tatsächlich kann nicht die Rede davon sein, dass der ehemalige französische Staatspräsident Giscard als Präsident des EU-Konvents einen „Superstaat“ vorgeschlagen hat. Entschieden ist mit diesem Vorentwurf, der lediglich die Systematik des künftigen EU-Verfassungsvertrags vorgibt, noch nichts. Giscard vermeidet jede inhaltliche Festlegung. Die entscheidenden Fragen hat er nicht beantwortet: Wie wird die Macht zwischen den Nationalstaaten und Europa verteilt? Geht die Reise zu mehr europäischer Integration oder zurück zur Zusammenarbeit der Nationalstaaten? Wie sind die Entscheidungen in der EU zu treffen, damit die um zehn weitere Staaten erweiterte Union handlungsfähig bleibt? ...

(Q 34.2) Unter dem Titel ZUR PERSON heißt es Bericht in der HAZ vom 16. 12. 2002 :

VALERY GISCARD D'ESTAING, ehemaliger französischer Staatspräsident, wird im kommenden Jahr mit dem Internationalen Karlspreis der Stadt Aachen ausgezeichnet. Giscard werde unter anderem für seine Arbeit als Präsident des EU-Verfassungskonvents geehrt, teilte das Karlspreis-Direktorium am Wochenende in Aachen mit. Zur Begründung hieß es, der einstige französische Staatspräsident sei in den vergangenen Monaten zu einer entscheidenden Antriebsfeder für das „neue“ Europa geworden.- Giscard habe den europäischen Einigungsprozess seit Jahrzehnten in unterschiedlichen Funktionen vorangetrieben. Man ehre ihn „in Würdigung der vornehmen und historischen Aufgabe, eine Verfassung für das vereinte Europa auszuarbeiten, die die Gemeinschaft ihren Bürgern noch näher bringt“.

TZ 139) Ein Antidemokrat wird geehrt

Ich weiß nicht allzuviel über Vylery Giscard D'estaing. Die Berichte in den Medien aus seiner Amtszeit als französischer Präsident sind in meinem Gedächtnis verblaßt. Daß er ein Franzose ist, ist in einem Europa, das zu stark von den USA beeinflußt wird, ein Pluspunkt. Mein Urteil bilde ich aus dem berichteten Vorgang. (Es gilt ebenfalls für alle anderen Mitglieder des EU-Verfassungskonvents.) Und der Vorgang erlaubt kein anders Urteil, als dies, daß mit dem Karlspreis der Stadt Aachen ein Antidemokrat ausgezeichnet werden soll. Für eine Verfassung ist nicht nur wesentlich, was sie inhaltlich aussagt, sondern auch wie sie zustande gekommen ist. Im Demokratiemodell gilt immer noch, daß das Volk der Souverän ist. (Wie weit das im politischen Alltag realisierbar ist, hängt wesentlich von der Ausgestaltung der politischen Institutionen und Strukturen ab.) Und folglich kann der Souverän auch nur eine Verfassung (direkt oder auf delegierte Weise) beschließen. Aber auf europäischer Ebene soll wie in der Bundesrepublik der politische Klüngel die Verfassung beschließen. Erschwerend kommt hinzu, daß die 10 neuen Mitglieder (HAZ vom 13. 12. 02) von dieser Klüngelpolitik ausgeschlossen sind. (Klüngel kommt von Knäuel. „Gruppe von Menschen, die sich zusammentun, einander fördern, andere mißachten und fernhalten.“ Der Neue Brockhaus)

Wären V.G. D'estaing und die übrigen Konventmitglieder Demokraten, dann hätten sie gesagt, ja wir trauen uns die Arbeit der Verfassungsfindung zu, aber wir machen zur Bedingung, daß uns die Bürger (nicht die Politiker) der europäischen Völker (einschließlich jener, die neu Mitglieder werden) dazu legitimieren. Eine zweite Bedingung für (mich) uns ist, daß die Bürger (und nicht die Regierungen) Europas über die europäische Verfassung abstimmen und auch Korrekturen zum Entwurf (zur Vorlage) durchsetzen können. Diese Verlautbarung gab es nicht. Ich weiß nicht, ob es Eitelkeit, politische Blindheit oder die Angst ist, die Bürger könnten mehr fordern, als ihnen die Politik zubilligt, die das antidemokratische Verfahren in Gang gesetzt hat und den Konventmitgliedern den Mund verbunden hat.

Es gibt gute Gründe, die gegen das Demokratiemodell sprechen. Und in einer freien Gesellschaft sollte es selbstverständlich sein, daß man für ein andere Regierungsform werben darf. Eine offene Ablehnung der Demokratie schadet ihr wesentlich weniger als jene, die eine Fürsprache heuchelt und immer das Gegenteil praktiziert.

TZ 140) Kein Euro-Zentrismus

Bevor Wolfgang Drechsler mit seinem Leitartikel „Der Lange Weg“ bei mir das Thema Afrika ins Spiel brachte, hatte ich mir den Artikel „Die Stimme Afrikas - Der nigerianische Schriftsteller Chinua Achebe erhält den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels“ von Heinrich Halbig (HAZ vom 14. 10. 02) zurecht gelegt. Sicher stellt man fest, wenn man die Hauptteile

der deutschen Tageszeitungen aufmerksam verfolgt, daß sie national (bestenfalls europäisch) fixiert sind. Das ist auch bei der HAZ so. Ich will hier gar nicht erörtern, ob das von Vor- oder Nachteil ist und ob das geändert werden sollte oder kann. Da ich hier in dieser Arbeit der Berichterstattungsspur der HAZ gefolgt bin, kommt es mir nur darauf an zu sagen, daß meine Argumentation sich nicht an Grenzen gebunden fühlt. Die europäischen Völker haben sicher in den letzten 500 Jahren die Welt am stärksten Gestaltet, Verändert. Daß dies mit viel Ungerechtigkeit, Unmenschlichkeit und Dummheit verbunden war, kann man rückblickend bedauernd feststellen. Das Dumme und Grausame der jeweils gegenwärtigen Politik ist nicht so leicht zu erkennen. Der Einfluß Europas auf die Welt in den nächsten 500 Jahren hängt aber wesentlich davon ab, daß es seine gegenwärtigen Fehler erkennt und behebt. Auch wäre ein erfolgreiches, so geartetes Bemühen die beste Entwicklungshilfe für alle notleidenden Völker dieser Erde.

(Q 35) Gedanken um Krieg und Afrika

Ich will hier aber doch je einen Gedankengang des geehrten Chinua Achebe und des Laudators Theodor Berchem vorstellen:

Es gebe wichtigere „andere Kriege“ zu führen, als eine militärische Auseinandersetzung mit dem Irak anzuzetteln, und zwar den Krieg gegen Armut, gegen Analphabetentum, Ausbeutung, Aids oder Hunger. Die Antwort des Nigerianers Chinua Achebe bei einer Pressekonferenz am Tag vor der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels in Frankfurt auf die Frage, was er US-Präsident George W. Bush sagen würde, wenn er ihn treffen würde, fällt ernst aus. Doch sie bleibt bis auf die Meinung des Schriftstellers zur Einführung der Scharia-Gesetze in Nordnigeria mit dem Steinigen angeblich ehebrecherischer Frauen („Das ist eine meiner größten Sorgen und nicht zu tolerieren“) praktisch die einzige Aussage des 71-Jährigen zur aktuellen Politik. ...

Längst finde eine afrikanische Renaissance in der Musik, im Film und auch in der Literatur statt, konstatiert der Laudator. Dass sie politisch, wirtschaftlich und sozial ebenfalls schnell Realität werde, daran müssten aber vor allem die Europäer mitarbeiten. „Denn wir haben einiges wieder gutzumachen.“ Achebe wiederum trage dazu bei, dass die afrikanische Gesellschaft den „Glauben an sich selbst wiedergewinnt und die Komplexe überwindet, die durch viele Jahre der Beleidigung und Selbsterniedrigung entstanden sind“. Berchem fordert: „Die Wunde in der Seele eines jeden Afrikaners sollte uns ein Stachel im Fleische sein.“

TZ 140) China

Afrika ist mit seinen Völkern, Rassen, Kulturen und Landschaften vielfältig, doch in der Welt als ganzes ist die Vielfalt ja noch größer. Daß mir das bewußt ist, will ich nur für jene kritischen Leser anmerken, die sich mit anderen andern Völkern und Erdteilen beschäftigen.

Wenn man von Afrika sagen kann, daß es durch die Kolonialpolitik der Europäer geprägt wurde, so kann man von dem modernen China ja wohl sagen, daß es durch Ideen, die in Europa ausbrütet wurden, geprägt wurde. Der Marxismus, der als Befreiungsinstrument gedacht war und als Unterdrückungstechnik (besonders in der Form des Maoismus) zur Anwendung kam und immer noch nicht ganz überwunden wurde, hat ja tiefe Spuren hinterlassen. Andeuten will ich hier nur, daß nicht nur militärische Gewalt mit ökonomischer Überlegenheit zur Unterdrückung führen kann, sondern auch einfach nackte Ideen, die man in einem oder einem halben Dutzend Bücher bündeln kann. Heute läuft China Gefahr (wie die anderen Völker dieser Erde), eine neue Stufe der Unterdrückung zu erklimmen, die vorher Ursache war für jene, die man jetzt abstreift. Man fragt sich, ob die Völker sich in einem Paternoster befinden, der sie - wenn sie nicht aussteigen - immer wieder dort hinbringt, wo sie herkommen.²² Angeregt zu diesem Gedanken hat mich ein in der ZEIT vom 7. 11. 2002 veröffentlichtes Gespräch mit drei „führenden Intellektuellen Chinas, einem Schriftsteller, einem Rockmusiker und einem Biogenetiker“. Vor allem der Titel - ein Zitat - ist verräterisch: „Wir wollen wie die anderen sein“. Die Chinesen wollen also den europäisch geprägten „Rest“ der Welt kopieren, um so zu sein wie diese. Es scheint fast so, als könnten die Menschen aus ihren Fehlern nicht lernen. Aber immerhin wird die Gefahr erkannt, wie aus dem nachfolgenden Abschnitt aus dem ZEIT-Gespräch hervorgeht.

(Q 36) Chinesen, Individualisten mit Verlust der Krisenbewußtsein

...

Cui: Diese Frage ist für die Chinesen nicht nachvollziehbar. Jürgen Habermas hat sie hier am gleichen Ort im ZEIT-Gespräch vor eineinhalb Jahren gestellt. Damals erklärte mir Habermas, dass es bei den „asiatischen Werten“ um eine offizielle Philosophie gehe, die von der Unterordnung der Individuen sowie ihrer Interessen unter die Gesellschaft und den Staat spreche. Habermas hielt Singapur, Malaysia, Taiwan und die Volksrepublik für Vertreter dieser Werte. Aber aus meiner Sicht zeigt sich diese Tendenz in Japan und Korea viel deutlicher. Einzeln befragt, würden die Chinesen nie ihre eigenen Interessen denen des Staates unterordnen.

ZEIT: Herr Habermas ist kein Asien-Spezialist. Aber in seiner Rede sagte er, dass es nach dem Tanz ums goldene Kalb Rückschläge geben wird. Ist die Geldanbetung auch in China schon so weit gediehen, dass grundlegende Probleme wie die Armutfrage verdrängt werden und dann in möglicherweise explosiver Form wieder auftauchen?

Cui: Die Jugendlichen in China sind in der Tat dabei, die Probleme von anderen zu lösen,

²² Da die Fahrstuhl-Paternoster heute eine Seltenheit geworden sind, sei der Hinweis gegeben, daß es sich um eine Kabinenreihe handelt, die durch Kettenlieder über- oder untereinander gekoppelt sind und die ohne Unterbrechung vom Kellergeschoß zum obersten Geschoß laufen. Oben angekommen über ein Laufrad umgelenkt werden und wieder abwärts gleiten. (Wie bei einem Schaufelbagger - aber den gibt es auch nur noch selten zu sehen.) - - - Zwischenzeitlich ist mir der Begriff „Schleife“, „Wiederholungsschleife“ als mögliche Bezeichnung eingfallen, für das, was ich meine.

nicht die eigenen. Sie imitieren Trends aus Hongkong, Singapur und Taiwan und vergessen dabei, wie weit China diesen Vorbildern wirtschaftlich hinterherhinkt. Deshalb besteht in China ein Wertevakuum. Selbst in Hongkong oder Taiwan, wo das Armutproblem schon gelöst ist, ist das Bewusstsein für die Gefahren der Armut heute größer als bei uns. Wir aber schauen nur auf die Vorbilder und verlieren ein eigenes Krisenbewußtsein.

...

(Q 37) Leitartikel vom Chefredakteur in der HAZ vom 31. 12. 2002

_____2003_____ / **Schiefe Ebene**

VON WOLFGANG MAUERSBERG (Auszug)

Selten weckte der Blick in die Zukunft so viele Ängste und Zweifel. Die einen zagen, die anderen zürnen der Politik. Es gibt nicht viel, was einen hoffnungsvoll stimmen könnte. Allenfalls Galgenhumor: Schlimmer kann es kaum noch werden.

Aber es wäre falsch, wie gebannt auf Signale aus Berlin zu warten. Politik ist nicht alles. Wir Bürger können selbst etwas tun, damit sich die Verhältnisse ändern: in unseren Einstellungen und unserem Verhalten, jeder an seinem Platz in der Gesellschaft, in der Wirtschaft und in der Familie.

Es beginnt mit der Erziehung unserer Kinder. Angeblich ist jetzt eine Erben-Generation herangewachsen, der alles in den Schoß fällt, was ihre Eltern erarbeitet haben. Das wäre ein tückisches Geschenk. Es schadet Menschen, wenn sie von Kindesbeinen daran gewöhnt werden, dass Wünsche ohne eigene Mühen erfüllt werden, weil ihre Eltern sich durch Geschenke von persönlicher Zuwendung freikaufen. Wer selbst nichts leistet, wird sein Erbe bald verschleudern. Verlangen wir unseren Kindern wieder etwas ab, verbringen wir unsere Zeit mit ihnen und vermitteln unsere Erfahrungen, auch wenn sie davon nichts wissen wollen. Nicht Vermögen oder Immobilien, sondern leistungsbereite Kinder, die viel gelernt haben und ihren eigenen Kopf gebrauchen, sind das wichtigste Kapital für die Zukunft.

...

Deutschland steckt in einer tiefen Krise.

Krisen haben ein zwiefaches Gesicht. Einerseits überspitzen sie die Lage. Alles sieht immer viel schlimmer aus, als es wirklich ist. Andererseits schärfen Krisen das Bewusstsein und die Bereitschaft, Fehlentwicklungen zu korrigieren, vielleicht sogar Opfer zu bringen, falls es dadurch besser wird. Die meisten Bürger sind bereit, solche Veränderungen mitzutragen. Aber wer weist die Richtung, wer geht voran?

Bis auf weiteres ist die Politik dazu nicht in der Lage. In Deutschland befindet sich nicht nur die Ökonomie in der Klemme. Auch die Parteiendemokratie macht eine tiefe Krise durch. Insbesondere die Regierungsparteien haben einen beispiellosen Verlust an Vertrauen und Glaubwürdigkeit verschuldet. Vor der Wahl haben sie den Bürgern erzählt, alles sei in bester Ordnung, die Staatsfinanzen seien im Lot, die Renten sicher und die Krankenkassen gesund. Nach der Wahl war alles anders. In der Koalition brach panischer Aktionismus aus ohne Sinn und Verstand.

...

Bundeskanzler Gerhard Schröder hat zum Jahreswechsel umfassende Reformen mit harten Einschnitten angekündigt und einen Mentalitätswechsel gefordert. Damit könnte er gleich bei sich selbst anfangen und klären, von welchen Reformen er spricht. Mit neuen verschwom-

menen Ankündigungen gewinnt man kein Vertrauen zurück. Der Worte sind genug gewechselt - lasst uns Taten sehen.

TZ 142) Den Splitter im Auge des andern sehen, nicht aber den Balken im eigenen

Ob in einem autoritären System oder in einer Demokratie, die staatliche Herrschaft, die Masse der Regierten (egal ob Genosse oder Bürger genannt) und die vermittelnden Medien sind eine Einheit. Wenn etwas schief läuft, dann kann man das nicht nur einem Teil in diesem Dreierbund anlasten. Die Masse der Bürger kann man nie pauschal für schuldig oder unschuldig erklären, weil in ihr immer unterschiedliche Kräfte wirken. Von der Schuld der Bürgerschaft kann man wohl dann sprechen, wenn sie in der Mehrheit offensichtliche Fehlentwicklungen in der Herrschaftsebene und in den vermittelnden Medien hinnimmt und nicht aktiv dagegen einschreitet. In dieser Arbeit ging es ja vor allem um die Fehlentwicklungen in der Regierungsebene. Diese Fehlentwicklungen wären aber nicht möglich gewesen, wenn sie nicht von den Fehlentwicklungen in vermittelnden Medien gestützt worden wären. (Ich erinnere an meine Ausführungen in den 60er Jahren und auch an die Demonstrationen gegen den Springer-Verlag) Ich bin mir unsicher, ob wir dabei die Sozialwissenschaften der Herrschaftsebene oder den vermittelnden Medien zuordnen müssen. Wenn ich als mitdenkender und mitfühlender Bürger darüber urteilen müßte, ob Gerhard Schröder als Kanzler oder Gerhard Mauersberg als Chefredakteur die übernommene Rolle funktional und von der Glaubwürdigkeit her gesehen besser ausgeübt hat, dann komme ich zu dem Schluß, beide haben die berechtigten Erwartungen nicht erfüllt. Als mildernde Umstände würde ich anführen: Beide sind Systemgefangene, können nicht frei agieren, ohne das sie es selber so empfinden müssen.

TZ 143) Nun wartet nicht auf Berlin

Wenn wir vom Demokratiemodell ausgehen, müssen einzelne Bürger und Gruppen von Bürgern auf Mißstände immer vor der Politik reagieren, weil doch vom Modell hergesehen die staatlichen Organe die Erfüllungsgehilfen der Bürgerschaft sind. Es ist dabei ja nicht ausgeschlossen, daß Mitarbeiter im Staatsapparat auch Fehlentwicklungen oder Mängel entdecken können, nur die Wahrscheinlichkeit, daß die Betroffenen den Mängel wahrnehmen, ist größer. Es wurden schon viele Wege versucht, von der Bürgerebene aus Korrekturen bei der Politik anzumahnen: von der Demonstration, über die Bürgerinitiative, Parteienbildung bis hin zur Rebellion und Terrorgruppenbildung. Eine befriedigende Lösung für die Einbringung des partiellen Bürgerwillens in die Regierungsebenen wurde noch nicht gefunden. In den Lehrbüchern werden natürlich die Wahlen angeführt. Aber nicht nur Wahlen in autoritären Systemen unterliegen der Manipulation der Herrschaftsebene.

Den Menschen einfach zu sagen, nun tut mal was und fangt bei euch selbst an. Klingt lebensklug ist aber politisch dumm. Natürlich bewirkt auch ein spontanes oder überlegtes individuelles Handeln Ergebnisse. Das Gesamtergebnis vieler einzeln handelnder Menschen kann aber nur dann befriedigende Ergebnisse zeigen, wenn ein gemeinsames Ziel sichtbar ist. Die Zielsetzung kann aus einem gemeinsamen Glauben oder aus gemeinsamer Denkarbeit resultieren. Nun kann es nützlich sein, daß der mitdenkende Bürger von einer Religion getragen wird. Aber einen Glauben weltanschaulicher oder religiöser Art zur Basis politischer Zielsetzung zu machen, hat - so wie ich das sehe - bisher immer zur Katastrophe und nicht zur Lösung gesellschaftlicher Probleme geführt. Es gilt also, vor Ausgabe der Parole: „Der Worte sind genug gefallen - lasst uns Taten sehen.“ erst einmal einen kollektiven Denkprozeß zu organisieren. Es ist wenig hilfreich, den Menschen zu sagen, sie sollten doch endlich gehen, wenn man ihnen nicht vorher die Gelegenheit gegeben hat, herauszufinden, wohin sie gehen können. Dies habe ich versucht auch der Bischöfin Frau Dr. Margot Käßmann mit meinem Offenen Brief vom 2. 2002 zu verdeutlichen. Sie hatte damals aufgerufen „aktiv an der Gestaltung der Gesellschaft mitzuwirken“.

TZ 144) Parteienkrise

Wenn Wolfgang Mauersberg erst jetzt eine Parteienkrise sieht, dann liegt das sicher daran, daß die politischen Kommentatoren eine ungenügende Distanz zu unserer Parteienherrschaft haben. Jetzt wo sie selber nasse Füße bekommen, bemerken sie, daß das Schiff, auf dem sie sich zu Hause fühlten, gar nicht schwimmfähig ist. Und Parteienkrise hat bestimmt nicht erst mit der letzten Bundestagswahl begonnen. Wer selber etwas über den Wettbewerb als Bedingung der Freiheit nachgedacht hat, konnte unser Parteienkartell noch nie gutheißen. (Das ist kein Versuch der Abwertung des politischen Engagements innerhalb und mit diesen Organisationen.)

TZ 145) Erbengeneration

Das Gerede von der Erbengeneration sollte Mauersberg nicht nachplappern. Er hat den Apparat zur Verfügung, um mit aufklärender Wirkung darzustellen, wer was mit welcher Wirkung erbt. Sicher gibt es bei uns Reichtum, der von den Nachkriegsgenerationen angesammelt wurde. Es gibt aber eben auch die Schulden: Privat-, Unternehmens-, Kommunal- Landes- und Bundesschulden. Der größte Pechvogel unter den Erben ist, wer selber verschuldet ist und nur Schulden der Eltern erben kann. Glücklicherweise kann sich schon nennen, wer aus dem ganzen Vorgang mit plus-minus-null herauskommt.

TZ 146) Die Erziehung

Der Hinweis auf die Erziehung im Hinblick auf unseren gesellschaftlichen Zustand ist wichtig. Und Mauersberger wird mir bei seinen Äußerungen dazu direkt sympathisch. Nur übersieht er, daß der ganze Komplex Erziehung und Bildung wie die Komplexe Politik, Ökonomie, Soziale Sicherheit von Widersprüchen, Ungereimtheiten und Unsicherheiten strotzt. Ich vermute: Es wird selten zwei Elternteile geben, die noch eine übereinstimmende Vorstellung davon haben, was erzieherisch notwendig ist.

(Q 38) **Handwerker wollen demonstrieren**

(HAZ Wirtschaft vom 31. 12. 02)

Kurz vor der Landtagswahl wollen Handwerker in Hannover gegen die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung demonstrieren. Der Präsident des Niedersächsischen Handwerkstags, Kurt Rehkopf, hat Arbeitgeber und Beschäftigte zu einer Kundgebung am 24. Januar aufgerufen.

Hannover (dis). „Jetzt reicht's - Handwerk gegen Stillstand" - unter diesem Motto gehen Handwerker auf die Straße, um bessere Rahmenbedingungen zu fordern, wie der Niedersächsische Handwerkstag (NHT) am Montag mitteilte.

Nachdem all die Stellungnahmen der Handwerksorganisation zu keinem Umdenken der Politiker geführt hätten, müsse man sich nun, auf diese Weise Gehör verschaffen. Rehkopf rechnet mit „mindestens 2000“ Demonstrationsteilnehmern. Die Handwerker wollen vom Schützenplatz zum Opernplatz marschieren. Auch ein Autokorso durch die hannoversche Innenstadt ist geplant.

So schlecht wie zum Beginn des Jahres 2003 sei die Lage des Handwerks seit Ende des Zweiten Weltkriegs nicht mehr gewesen, sagte Rehkopf. Hauptursache sei eine verfehlte Politik, die zu immer mehr Staatsverschuldung, erdrückender Steuer- und Abgabenlast sowie „einschnürender“ Bürokratie geführt habe. Die jüngsten Beschlüsse der Bundesregierung ließen nichts Gutes erwarten. So werde durch höhere Sozialversicherungsbeiträge Arbeit noch teurer. Außerdem hätten die Bürger künftig weniger Geld für Konsum. Dies wirke wie ein „Programm für mehr Schwarzarbeit“.

Rehkopf fordert unter anderem eine Reform des Renten- und Gesundheitssystems, niedrigere Lohnzusatzkosten und die versprochene Steuerentlastung für den Mittelstand. Dass die Steuerreform wegen den Kosten der Flutkatastrophe verschoben worden ist, sei „ein Witz“.

• *„Hannover ist der falsche Ort“: Ein Sprecher der Landesregierung zeigte sich verwundert über die geplante Protesaktion der Handwerker wenige Tage vor der Landtagswahl am 2. Februar. Immer wieder hätten sich hiesige Handwerker zufrieden über die Landesregierung geäußert. Hannover sei der falsche Ort für eine solche Protestaktion.*

TZ 147) Der Protest der Handwerker ist berechtigt und wenig intelligent

Ich war in diesen Tagen in mehreren Betrieben von Handwerkern und Zulieferern. Es sah dort auftragsmäßig wirklich trübe aus. Kündigungen - zum Teil vorsorglich - wurden ausgesprochen. Und ich sprach auch mit einem engagierten Sozialarbeiter, der - selber mit einen win-

digen Arbeitsvertrag ausgerüstet - Langzeitarbeitslose in den Betrieben unterzubringen versucht. Natürlich gäbe es hin und wieder auch Schwierigkeiten mit unwilligen Langzeitarbeitslosen, die sich in einer bescheidenen Nische mit legalem und illegalem Einkommen eingerichtet hätten. Aber das Problem wäre eben, daß der Arbeitsmarkt nichts her gäbe. Der Vermittlungsaufwand stünde in keinem Verhältnis zum Erfolg. Und schaut man dann in Betriebe, die noch gut über die Runden kommen, dann stehen diese unter enormen Preis- und/oder Leitungsdruck. Ein Druck, der keine Kraft mehr läßt für politische Einflußnahme. Schaut man sich die Situation der Arbeitnehmer in Handel und Industrie an, so leiden sie unter einem ständig steigenden Leistungsdruck, unter schwindenden Chancen, auf einen Arbeitsplatz eigener Wahl zu wechseln, oder auf Grund von Fusionen oder Schließungen ihren Job zu verlieren. Die Lage der selbstständigen Handwerker ist also keine besondere. Mit Demonstrationen zu zeigen, daß es ihnen schlecht geht, ändert nichts an ihrer Lage.

TZ 148) Demonstrationen = blinder Aktionismus?

Spontane Aktionen individueller oder kollektiver Art, die eine akute Angst, Sorge, Bedrängnis in das Bewußtsein der Öffentlichkeit tragen sollen, ist voll berechtigt. Schon deshalb, weil sie den Demonstrierenden Luft schafft für nachfolgendes vernünftiges Überlegen und Handeln. Aber eine Demonstration, wie sie vom Präsidenten des Niedersächsischen Handwerkstages, Kurt Rehkopf angeschoben wird, halte ich für reinen Aktionismus. Es sei denn, daß man sich von dieser Demonstration einen Einfluß auf die Niedersächsische Landtagswahl in dem Sinne erhofft, daß sie einer CDU-FDP-Koalition zum Sieg verhilft. Diese Annahme ist nicht ganz abwegig, weil Rehkopf FDP-Politiker ist und Landtagsvizepräsident war. Sollte ein solches Motiv der Demonstration zu Grunde liegen, wäre das in zweifacher Weise unklug: a) Auch wenn man der SPD-Landesregierung nicht gewogen ist, kann das Handwerk von einer CDU oder CDU-FDP-Regierung keine Besserung ihrer Lage erwarten. b) Der Mißbrauch des politischen Instrumentes „Demonstration“ für verdeckte Zwecke verstärkt das Mißtrauen der Bürger gegen „die Politik“.

TZ 149) Es genügt nicht, eine andere Politik zu fordern

Wenn Rehkopf eine Reform des Renten - und Gesundheitssystems, niedrigere Lohnnebenkosten und Steuerentlastungen fordert, wiederholt er nur, was Land auf und Land ab gesagt wird. Das genügt nicht mehr. Die Handwerker müssen zeigen, daß sie selber denken und Weg beschreiben können. Wenn sie dabei sachkundige Hilfe in Anspruch nehmen, wird ihnen das sicher als *klug* angerechnet werden. Nur können auch die Handwerker sich nicht mehr allein auf ihre Verbandsfunktionäre verlassen.

TZ 150) Beim Kostendruck auf alle Ursachen achten

Wenn die Handwerker berechtigt über den Kostendruck klagen, dann dürfen sie nicht den Posten „Kapitalkosten“ übergehen. Helmut Creutz zeigt in seinem Buch „Das Geld-Syndrom“ und in vielen anderen Beiträgen auf, daß die Kapitalkosten meistens viel mehr angestiegen sind als die der Löhne und Sozialversicherungen. Und soviel ich weiß, kommt er auch gerne auf Einladung aus Aachen zu den niedersächsischen Handwerkern angereist, um ihnen in einen Vortrag mit anschaulichen Grafiken die Situation zu verdeutlichen.

TZ 151) Lohnnebenkosten wegzaubern?

Aus jenen, die rufen: „Die Lohnnebenkosten müssen runter!“ könnte man schon einen Sprechchor bilden. Ich selber bevorzuge ein vom Arbeitnehmer selbstbestimmtes Soziales Netz, in dem gar keine Lohnnebenkosten anfallen, in der die Arbeitgeber auch von der Rolle des Steuereintreibers befreit werden. Ein Arbeitsverhältnis, in dem die Arbeitgeber nur und allein für die Berufsgenossenschaft im Sinne einer Haftpflicht zuständig wären, in dem aber sonst gälte Bruttolohn = gleich Nettolohn. Es wird aber wohl noch dauern, bis sich die Einsicht durchsetzt, daß dies zum Vorteil beider Sozialpartner wäre.

Da die heutigen Lohnnebenkosten aber Lohnkosten sind, die steuerlich anders behandelt werden als die Lohnhauptkosten, ist der Ruf nach der Senkung der Lohnnebenkosten der Ruf nach einer Lohnsenkung, wenn die Sozialkosten in der Höhe so bleiben, wie sie sind, und durch indirekte oder direkte Steuern oder aus dem Hauptlohn der Arbeitnehmer finanziert werden müssen. Da ein Handwerksgeselle von seinem Lohn heute schon nicht ohne zusätzlichen Verdienst - aus der Schwarzarbeit oder durch Überstunden - eine Familie ernähren kann, wird die Folge sein, daß die Meister bald ohne Personal auskommen müssen.

(Q 39) **„Die Freiheitsrechte allein nutzen uns nichts“**

HAZ vom 20. 5. 1999, Im Gespräch, von Jörg Kallmeyer (Auszug)

... Im Gepäck hat sie neben dem Grundgesetz ein abgegriffenes Exemplar des Verfassungsentwurfs, den die DDR-Bürgerrechtsbewegung in der Wendezeit für ein vereintes Deutschland formuliert hatte. Es sei ein Geburtsfehler des vereinten Deutschlands, daß es keine breite Verfassungsdiskussion gegeben habe. „Auch für den Westen ist durch das Anschlußverfahren für lange Zeit eine Chance vertan worden“, meint Dann. Sie pocht auch heute noch darauf, daß neben den Bürgerrechten die „modernen sozialen Menschenrechte“ in der Verfassung verankert werden sollten. Und das heißt vor allem: das Recht auf Arbeit.

Die Autorin, die sich selbst als Radikaldemokratin beschreibt, läßt den Vorwurf nicht gelten, die Menschen in Ostdeutschland wüßten die Freiheitsrechte nicht zu schätzen. „Diese

Rechte nutzen

uns nichts, wenn daneben die konkrete Erfahrung steht, daß man nutzlos ist", betont sie. ...

TZ 152) Der Ausklang

Zum Schluß greife ich auf drei ältere Artikel und einen neuen Text aus einer Non-Profit-Zeitschrift zurück, um Versäumtes und Notwendiges zu verdeutlichen. In oben in Auszügen wiedergegebenen Artikel aus der HAZ wird die ostdeutsche Schriftstellerin und Bürgerrechtlerin Daniela Dahn vorgestellt. Unter ihrem Protrait steht die Zeile: „Wirbt für das 'Recht auf Arbeit' in der deutschen Verfassung: Daniela Dahn.“ Dieser Gedanke ist auf den ersten Blick bestechlich und wurde schon wiederholt vorgestellt. Das Recht auf Arbeit kann im Extremfall aber in menschenfeindlicher Form realisiert werden, wie ich es vor Jahren in einem Bericht über ein Beschäftigungsprogramm einer südamerikanischen Regierung las. Da wurden Arbeiter dafür bezahlt, daß sie einen Sandhaufen ständig nur hin und her schaufelten. Und dieses ist nur ein Beispiel von tausenden Möglichkeiten von Sinn entleerter Arbeit. Es muß also in die Verfassung geschrieben werden: Das Parlament und die Regierung haben die Wirtschaft so zu installieren, daß jeder arbeitsfähige Mensch seine Existenz durch eigene Arbeit gestalten und sichern kann.

Ansonsten würde ich die zitierten Aussagen von Daniela Dahn nicht nur unterstreichen, sondern noch verstärken. Die unterbundene, unterlassene Verfassungsdiskussion nach der Vereinigung von BRD und DDR ist nicht nur eine verpaßte Chance, sondern eine Ursache unseres heutigen gesellschaftlichen Leidens. Freiheitsrechte, die nicht gleichzeitig Gestaltungsrechte im Sinne der eigenständigen Existenzsicherung und Selbstverwirklichung sind, sind die Rechte der Narren in unterdrückerischen Systemen / Strukturen.

(Q 40) Nur Ellbogen zählen noch

Marlies Menge unterwegs mit Stefan Heym, DIE ZEIT 24. September 1998

Der Schriftsteller kennt seine Deutschen und fürchtet: Die braune Sauce gibt es immer noch

... Er ist sich stets treu geblieben. Und trotz aller widrigen Erfahrungen im real existierenden Sozialismus hängt er an der Utopie, dem Baby Sozialismus, wie er es mal genannt hat, das schießt, O-Beine hat und Grind auf dem Kopf. Und das man deshalb nicht umbringen dürfe. Die Möglichkeit eines Sozialismus besteht für ihn so lange, wie der Kapitalismus so ist, wie er ist. „Es muß irgendwas anderes kommen. Es sei denn, daß alles ganz rabiast kurz und klein geschlagen wird und nichts mehr dasein wird. Es muß eine Weltordnung geschaffen werden – das meine ich ganz ernsthaft -, in der nicht mehr der Ellbogen, sondern der Kopf und das Herz die wichtigsten Organe des Menschen sein werden.“ ...

(Q 41) Gründung des „Republikanischen Club 78“

Anlaß dieses Schreibens und der Idee, die wir vortragen wollen, ist eine bei vielen Bürgern spürbare Staats- und Parteienverdrossenheit, die sich in Desinteresse am politischen Geschehen und in Resignation hinsichtlich der Möglichkeiten einer aktiven Politikgestaltung äußert.

Die etablierten Parteien haben unter dem Zwang zum Wahlerfolg ihre Zielvorstellungen und Programme so weit einander angeglichen, daß sie keine echten politischen Alternativen mehr darstellen. Sie scheuen sich aus wahltaktischen Gründen, "heiße Eisen" anzufassen. Ihre Organisations- und Entscheidungsstrukturen sind verknöchert; es fällt ihnen schwer, flexibel und kreativ auf neue Anforderungen zu reagieren. Wer partei- und verbandsinterne Entscheidungsmechanismen durch eigenes Engagement kennengelernt hat, weiß, daß innerparteiliche Demokratie eine weitgehend unerfüllte Forderung geblieben ist. Wesentliche Sach- und Personalentscheidungen werden von oben nach unten getroffen statt umgekehrt.

Die Verfilzung von Regierung, Bürokratie, Parteien, Wirtschaft und Interessenverbänden läßt Zweifel an der Funktionsfähigkeit des Prinzips der repräsentativen Demokratie aufkommen. Für den einzelnen Bürger ist es - selbst im kommunalen Bereich - beinahe unmöglich geworden, Entscheidungsabläufe zu übersehen. Denkanstöße und Initiativen, die sich nicht reibungslos in das herrschende Politik- und Gesellschaftssystem integrieren lassen, haben kaum Durchsetzungschancen.

*...
Wir wollen aber weder resignieren, noch uns in Trotz- oder Splittergruppen verlieren, weil nach unserer Überzeugung die aufgezeigten Probleme einer Lösung bedürfen. Wir möchten deshalb an eine unseres Erachtens gute Tradition aus der Zeit der Außerparlamentarischen Opposition anknüpfen und versuchen, die Idee des Republikanischen Clubs wiederzubeleben. Unser Ziel ist es, eine Brücke über Parteien, Verbände und individuelle Weltanschauungen hinweg zu schlagen, um Menschen zusammenzuführen, die ähnliche Vorstellungen und vielleicht Erfahrungen haben wie wir, und die sich für die Erhaltung und Weiterentwicklung der Grundsätze des demokratischen und sozialen Rechtsstaates, wie ihn das Grundgesetz vorsieht, engagieren möchten. ...*

Eingeladen wurde zur Gründung in Göttingen am 14. 6. 1978

Unterzeichner: Horst Bethmann, Heinz Löffler und Cornelia Löffler-Lohmar

TZ 153) Politische Arbeit in neuer Form

Die Sätze von Stefan Heym bedürfen keines Kommentars, wenn wir hier - wie an anderer Stelle erwähnt - unter Sozialismus, die Überwindung der Ausbeutung verstehen wollen.

Die Einladung zur Gründung des Republikanischen Clubs erfolgte zu einem Zeitpunkt, als die Grüne Liste Umweltschutz in Niedersachsen - der ich anfänglich erst zögerlich gegenüberstand - schon gegründet war. Der Auszug aus dem Einladungstext zeigt: a) Die Probleme, die wir heute haben, sind nicht neu. Das gibt einerseits Grund zu mehr Gelassenheit, andererseits auch zu mehr Beunruhigung, denn es könnte ja sein, daß sich das gesellschaftliche Unbehagen inzwischen so komprimiert hat, daß es - nicht vorausberechenbar aber bald - zur unkontrollierten

Explosion kommt. Die Gründung der Grünen waren immerhin so etwas wie das kontrollierte Abfackeln eines explosiven politischen Gasgemisches. Heute sind die Grünen selber Verursacher einer neuen Konzentration dieses Gasgemisches. Wir sollten nicht warten, bis ein starker Mann oder eine starke Frau kommt, die verspricht, daß es eine Lust sei, die Streichhölzer aus der Tasche zu holen, um das sich erneut angesammelte Gasgemisch zu zünden.

Ob die Idee der lokalen Republikanischen Clubs noch zeitgemäß ist, wage ich zu bezweifeln. Ich halte es eher für möglich, daß sich im Internet Gruppen bilden, die sich fachspezifisch bestimmter Probleme der Demokratie, der Ökonomie etc. annehmen und die dann diese Internetarbeit durch persönliche Begegnungen und Aussprachen in Tagungen und Seminaren von Heimvolkshochschulen und Akademien der Erwachsenenbildung vertiefen. Ich habe eine solche Möglichkeit wissenschaftlicher und / oder politischer Kooperation in einer Arbeit zum Thema Bodenrecht vorgestellt. Die Modellbeschreibung geht über das hinaus, was in Internetforen praktiziert wird. Es ist natürlich möglich, daß eine solche Überlegung ebenfalls schon praktiziert wird. Jeder Gedanke, der richtig und gut ist, kann von jedem gedacht werden, der über die gleichen Sachverhalt nachdenkt.

(Q Q 42) Über das Dienen

In dem Heft Nr. 364 der Vierteljahreshefte „Das Gespräch aus der Ferne“ vom vierten Quartal 2002 mit dem Schwerpunktthema „Frauenrollen - Frauenleben“ wird ein Interview von Dieter Dieterich mit der Schwester Beate Grupp wieder gegeben. *Aus Abenteuerlust ins Kloster ...* - *“Ich würde es wieder machen!”* In dem Ausschnitt, den ich wiedergebe, bitte ich einfach, an den Betrieb, das Amt oder Teil der Bürgerschaft zu denken, in dem wir uns denkend und handelnd bewegen.

(D. Dieterich:) *Ich möchte in diesem Zusammenhang gerne einen Begriff ansprechen, der zumindest früher im klösterlichen Leben eine große Rolle gespielt hat: Dienen. Wie sehen Sie diese alte Tugend heute?*

(Beate Grupp:) Wenn ich dazu einfach einmal von meiner eigenen Geschichte her anfangen darf, wie ich dieses Wort früher in der Gemeinschaft erlebt habe: Also da brauchte man für eine Arbeit jemanden und wir sagten: wir sind bereit zu dienen. Die Bereitschaft ist da und es ist ja auch gepredigt worden: Dienen heißt: zu allem bereit sein. Also dann soll die Schwester das jetzt machen. In dem Zeitraum, in dem ich nun studiert habe, ausgebildet wurde, unter anderem auch in TZI {Themenzentrierte Interaktion nach Ruth Cohn) und in der Arbeit stand, habe ich gelernt, daß Dienen nicht einfach bedeutet, irgendwo eine Lücke zu füllen und einen Platz einzunehmen, den jemand anders für mich aussucht, sondern: wie kann ich die Fähigkeiten, die in mir angelegt sind, auch zur Entfaltung bringen, wie kann ich mich einbringen, so daß es dem Ganzen dient. Es ist heute meine Überzeugung, daß Dienen etwas Kostbares ist in dem Sinne, sich einzubringen mit den Möglichkeiten, die ich habe und diese Fähigkeiten

auch wirklich zur Entfaltung zu bringen. Nicht: Jetzt mach ich halt was, weil man da jemand braucht. Früher war meine Vorstellung: Also nach dem Kurs, da geh ich dann ins Nähzimmer und dann nähe ich. Diese Abgeschiedenheit hat mir damals ganz gut gefallen. Aber da hat meine Gemeinschaft mich nicht auf diesem Trip gelassen, sondern mir ganz andere Aufgaben gezeigt. In diesem Sinne sich einzubringen und mit den Fähigkeiten, die ich hab' zu dienen, sie zur Verfügung zu stellen, das finde ich richtig.

Hat Dienen im Kloster also mehr mit Selbstbestimmung als mit Unterordnung zu tun?

Ich finde Dienen als Unterordnung verkehrt. Dienen ist auch nicht Warten, bis jemand mich braucht oder mir eine Anweisung gibt. Andererseits verstehe ich Selbstbestimmung nicht in dem Sinn: ich such' mir jetzt etwas, was mir paßt. Dienen in Selbstbestimmung ist für mich ein Weg dazwischen. Ich bin verantwortlich, auch für das, worin ich mich einfüge und einordne. Ich bin nicht gegen Unterordnung, ich habe mitgeleitet in diesen 26 Jahren, aber ich war nicht die Vorgesetzte, die sagt: So und so hat es zu laufen. Wir haben keine Vorgesetzten, die das tun. Sondern es ist ein miteinander suchen: Was ist jetzt unser Weg und unsere Aufgabe? Wenn grade jemand ausfällt und es ist niemand da, der z.B. das Brot schneidet, dann schneide ich Brot. Ganz klar, gar keine Frage. Aber ich würde nicht sagen: Es fehlt jetzt schon länger jemand, die das Frühstück richtet, also mach ich jetzt keine Bildungsarbeit mehr, sondern richte das Frühstück.

Verstehe ich richtig, daß Dienen also etwas zu tun hat mit dem Wahrnehmen der Inneren Stimme, die einfach merkt, was jetzt dran ist?

Ja, die eigene Innere Stimme und in Abstimmung mit meinem Umfeld, also auch: was ist für meine Oberin und meine Priorin wichtig. Was ich mache, muß einpassen in das große Ganze und in die Gemeinschaft. Noch etwas ist mir wichtig. Es ist das Besondere, was ich in das Ganze einbringen kann. Jede Schwester kann ihre einmalige Besonderheit in das Ganze der Gemeinschaft und ihrer Aufgaben einbringen.

Heißt das, daß Dienen keine unangenehme Fremdbestimmung ist; etwa nach dem Muster: Du mußt das jetzt machen, weil ich, die Vorgesetzte das sage?

Also das würde mir sehr schwerfallen, und ich glaube nicht, daß ich das fertigbrächte

TZ 154) Voraussetzung des selbstbestimmten Dienens

Aus dem wiedergegebenen Text können wir leicht ableiten. Die Nonne oder Schwester Beate Grupp würde einem Orden, der ausgeprägt hierarchisch betont wäre, der auf Befehl und Gehorsam ausgerichtet ist und in dem auf persönliche Neigungen und Fähigkeiten keine Rücksicht genommen würde, bald den Rücken gekehrt haben.

Wenn heute geklagt wird, die Menschen seien nicht mehr bereit zu dienen, dann sollte doch bedacht werden, daß die Merkmale des Negativordens für die Mehrzahl der Arbeitsplätze in allen Tätigkeitsfeldern zu trifft. In Zeiten der Unterbeschäftigung besteht wenig Anlaß, dies zu ändern, weil man die geforderte Leistung durch Druck erpressen kann. Wenn dadurch die Werk tätigen krank werden, können sie ja leicht durch andere ersetzt werden. Die Situation in

einer Vollbeschäftigung ist entgegengesetzter Natur. Deshalb ist die Vollbeschäftigung nicht nur ein ökonomisches Ziel, sondern eines der Realisierung von Grundrechten. Wenn dienen Freude bereiten soll, dann benötigen die Menschen Wahlmöglichkeiten der „Ordnung“, der Ziele, der Aufgaben, des Ortes, des Umfangs und der Dauer. Sicher kann der dienende Mensch auf vieles verzichten, wenn das Ziel klar und erreichbar ist und wenn er handelndes Subjekt ist und sich nicht als Objekt fremder Interessen fühlen muß. Wer aber denkt, Dienen erfülle sich erst im Leiden für eine Aufgabe, der sollte sich einer psychotherapeutischen Behandlung unterziehen. Dienen im Sinne von Schwester Beate Grupp ist in einem anarchistischen System wesentlich leichter als in einem autoritären.

TZ 155) Schlußbemerkung

Der Ausgangspunkt dieser Darlegungen, Überlegungen und Betrachtungen war ja Oskar Lafontaines Vergleich von Bundeskanzler Gerhard Schröder mit dem ehemaligen Reichskanzler Heinrich Brüning. Ich denke, es ist deutlich geworden, daß Brüning durchaus ein ehrenwerter Mensch war, seine Tragik und damit das Schicksal der Deutschen war, daß er und eine ganze Generation von Wirtschaftstheoretikern und Politiker wissenschaftlich falsch programmiert war. Der Preis für die Zurückweisung bzw. die Ignoranz gegenüber besseren vorhandenen ökonomischen Einsichten hat der Welt den zweiten Weltkrieg eingebracht, führte zum Holocaust, hat ein mit Schuld beladenes reduziertes Deutschland hinterlassen und führte zur negativen Weltgeschichte der Nachweltkriegszeit mit Völker- und Bürgerkriegen, mit vermeidbarem Hunger- und Krankheitstod, mit Arbeitslosigkeit und reduziertem Lebensglück der Massen. Brüning ist das Symbol für viele Menschen mit einem anständigen Charakter, aber tödlicher Wirkung. Brüning hat viele Nachfolger gefunden bis in unsere Tage. Daß Gerhard Schröder, der einen Vergleich in Punkto des guten Willens und der (in der Politik möglichen) Anständigkeit einen Vergleich mit Brüning nicht scheuen muß, sich jedoch von den negativen Aspekten, die mit dem Namen Brüning verbunden sind, durch Taten lösen kann, ist sehr zu wünschen aber keinesfalls sicher. Eine Auswechslung des Kanzlers würde auch nichts bringen, weil das gegenwärtige politische Selektionssystem einen Kandidaten mit einer besseren Vorstellung von Demokratie, Gesellschaft und Ökonomie wahrscheinlich nicht durchläßt. Der Bundeskanzler war in China. Die erstarrten chinesischen politischen Strukturen in anderer Form haben wir auch bei uns.

Das klingt für einen Ausklang alles zu pessimistisch. Das soll es aber gar nicht. Es ist nur ein Hinweis auf die Schwierigkeiten, die wir überwinden müssen, wenn wir zu neuen Ufern wollen. Nicht ein Gott oder die Natur hat uns die Katastrophen des vorigen Jahrhunderts be-

schert, sondern fehlerhaftes Denken, das sich in führenden Köpfen und danach in den Köpfen der Massen festgesetzt hatte und heute noch fest sitzt und damit weiterhin Krieg und Hungertod zur Folge hat.

Die befreiende Tat kann dann kommen, wenn wir vorher das befreiende Denken geleistet haben. Unsere Welt ist voller Möglichkeiten. Die Welt wird sicher nie dahin kommen, daß die Menschheit für immer von allen Übeln befreit wird. Aber wenn es uns gelingen würde, das angefangene Jahrhundert so zu gestalten, daß die Träume der Menschen von Freiheit, Frieden und Wohlstand zu einem Gutteil realisiert würden, dann könnten sich - nachdem die Dummheit der Menschen wieder alles zerstört hat - Dutzende folgender Generationen innerlich an diese - dann untergegangenen - Zeit aufrichten und nach den Quellen für das Blühen in dieser Zeit suchen. Aber das ist Zukunft, und wir wissen nicht, wie die Zukunft verläuft. Wir in der Gegenwart haben das Angebot, uns morgen eine Gesellschaft, eine Welt zu schaffen, die einfach besser ist. Das Angebot steht. Wir müssen nur zugreifen.

Vollbeschäftigung mit natürlichen Wachstumskurven (das heißt ohne Wachstumszwang), umweltschonende Ökonomie, freies Bildungswesen - mit Studenten, die durch zwei Stunden täglicher Erwerbsarbeit ihren Lebensunterhalt und die Studiumskosten unbehindert von Förderungskriterien unbefristet studieren können -, autonome selbstbestimmte soziale Netze, eine Einkommens- und Vermögensverteilung die mit der Verteilung der Intelligenz und den Fähigkeiten korrespondiert, eine Fülle von Möglichkeiten genossenschaftlicher oder individueller selbständiger Existenzen, drastische Reduzierung des Bürokratismus und neue Formen der Demokratie, all das ist möglich, hat keinen utopischen Charakter. Wir müssen es nur wollen, die gedankliche Vorarbeit leisten und es dann umsetzen. TA

TZ 156) Nachbemerkung

In den Zitaten habe ich die Rechtschreibung so übernommen, wie ich sie vorgefunden habe. Bei den eigenen Texten habe ich die alte Rechtschreibung beibehalten. Ich bin der Auffassung das verschiedenen Rechtschreibformen miteinander konkurrieren sollten und die Rechtschreibung nicht Gegenstand staatlicher Normierung sein sollte. Bei den eingescannten Texten kann es sein, daß ich Lesefehler des Programms übersehen habe. Ein häufiger Fehler war, daß „rn“ zu „m“ wurde. Die Korrektur hat unsere Wahlverwandte Isa Bening, Jahrgang 1913 vorgenommen. (Der Sensemann, der schon an die Tür geklopft hatte, hat sich noch einmal zurückgezogen.) Ich habe also ihr also zu danken. Zu danken habe ich auch meiner Frau - die beruflich

mehr als ausgelastet ist - dafür, daß sie meiner Vernachlässigung der Hausmannspflichten während der Niederschrift nur im erträglichen Rahmen widersprochen hat.

Anhang 1 Zur Textziffer 94) [Real-Monopoli](#), etwa Seite 116

Sind Sie Gewinner oder Verlierer?

oder warum die Reichen systembedingt reicher werden müssen

(Werte beliebig in Euro, Dollar oder Schweizer Franken)

Bei jährlichen Haushaltsausgaben in Höhe von z.B.:	20.000	30.000	40.000	50.000	
zahlen Sie in Preisen und Gebühren versteckte Zinsen in Höhe v. ca 40% =	8.000	12.000	16.000	20.000	
Zum Ausgleich benötigen Sie Zinseinnahmen in gleicher Höhe, wozu bei 4% Verzinsung ein Vermögen in folgender Größe erforderlich wäre:	200.000	300.000	400.000	500.000	

Das heißt: Zum Ausgleich Ihrer Zinslasten müssten Sie über ein zinsbringendes Vermögen verfügen, das mindestens dem Zehnfachen Ihrer Jahresausgaben entspricht!

Liegt jedoch Ihr zinsbringendes Vermögen z.B. bei	10.000	200.000	350.000	800.000	
und damit der Zinsertrag bei 4% im Jahr bei:	400	8.000	14.000	32.000	
dann haben Sie per Saldo einen Verlust bzw. Gewinn p.a. in Höhe von:	- 7.600	- 4.000	- 2.000	+ 12.000	

Wenn Sie in der freien Spalte Ihre eigenen Werte eintragen, können Sie aus dem Ergebnis im untersten Feld entnehmen, ob und in welchem Umfang Sie zu den Verlierern oder Gewinnern dieser Umverteilung durch die Zinsen gehören.

In der Realität gehören rund 85 bis 90 Prozent der Haushalte zu den Verlierern, der Rest zu den Gewinnern. Dabei gewinnt diese Minderheit genau soviel hinzu, wie die Mehrheit per Saldo verliert.

H. Creutz

Abschnitt / Auszug aus:

DER DRITTE WEG - Die natürliche Wirtschaftsordnung (NWO)

- ein programmatischer Beitrag für die grüne Bewegung
- erstellt zum Programmkongreß der GRÜNEN im März 1980 in Saarbrücken

von TRISTAN ABROMEIT

Hrsg. ARBEITSKREIS DRITTER WEG NWO, 3221 Eberholzen

3.3.4 Soziales Netz

3.3.4.1 Probleme

Unser soziales Netz ist sicherlich mit den besten Absichten in mehreren Generationen mit jeweils unterschiedlichen Vorstellungen vom Menschen, der Arbeitswelt und der Gesellschaft entstanden. Es soll auch gar nicht bestritten werden, daß es seine Sicherheitsfunktion teilweise erfüllt hat. Wir sind jedoch an einem Punkt der sozialen Entwicklung angekommen, wo wir die Position des Schiffes "Soziales Netz" überprüfen müssen, um feststellen zu können, ob wir noch auf dem richtigen Wege sind. Folgende Probleme hat uns unser soziales Netz beschert:

a) Das Netz als Ganzes ist ein System der gegenseitigen Ausbeutung und der politischen Manipulation geworden.

Die Vorstellung, der Mensch verhalte sich in Groß-Kollektivsystemen solidarisch, ist ein Trugschluß. Je höhere Kosten das soziale Netz verursacht, desto mehr Mitglieder haben das Gefühl, daß sie sich ihren Anteil zurückholen müßten. Die Bescheidenen sind die Dummen. Von politischer Manipulation muß hier gesprochen werden, weil der Staat über die Steuern hinaus in die Einkommen und Vermögen der Bürger mit dem Ziel der Wählermanipulation und der Wirkung der Freiheitsbeschränkung eingreift.

b) Das Krankenversicherungssystem in der Form der Vollkaskoversicherung hat das Gesundheitswesen zu einer Krankheitsindustrie verkommen lassen.

c) Die Arbeitslosenversicherung, die nur aufgrund unseres wirtschaftlichen Krisensystems in dem Umfang erforderlich ist, enthält soviel Ungerechtigkeiten, daß hier die Bezeichnung "Sozialversicherung" mit beiden Begriffsbestandteilen fehl am Platz ist.

d) Das soziale Netz teilt willkürlich die arbeitenden Menschen in die Klassen der Arbeiter, der Angestellten, Beamten, Selbständigen auf und vernebelt die Tatsache, daß die Klassenbildung dadurch entsteht, daß es neben dem Arbeitseinkommen noch Kapitaleinkommen gibt.

e) Das soziale Netz ist für eine geschlossene Gesellschaft gestrickt, in der die Bürger ein Leben lang ausharren. Der Auswanderer hat es schwer, Leistungsansprüche entsprechend seinem Einsatz mitzunehmen. Das Problem der Gastarbeiter war bei der Entwicklung der Sozialversicherungen noch nicht sichtbar.

3.3.4.2 Lösungen

Bei der Neugestaltung des sozialen Netzes ist zu berücksichtigen:

a) Solidarität ist nicht durch den Zwang der Kollektivversicherungen zu erreichen. Der Mißbrauch des sozialen Netzes ist durch eine ökonomische Belohnung des Wohlverhaltens und eine ökonomische Bestrafung des Fehlverhaltens im Sinne gesundheits- und sozialpolitischer Zielsetzungen zu vermindern.

b) Der grundsetzliche Anspruch auf Freiheit und auf Selbstverwirklichung, auch auf Entwicklung von Alternativen muß sich auch im sozialen Netz manifestieren, offenbaren. Das heißt konkret, daß es keine Zwangsversicherungen in diesem Bereich geben darf.

c) Wenn es weiterhin staatliche Versicherungen gibt, dann dürfen diese gegenüber privatrechtlich organisierten Versicherungen nicht privilegiert sein.

d) Die Leistungen der Versicherungen dürfen nicht an die Nationalität innerhalb von Staatsgrenzen gebunden sein. Das bedeutet dann aber auch, daß Defizite einer Versicherung nicht einfach mit Steuermitteln ausgeglichen werden können.

- Für die Krankenversicherung bedeutet das:

a) die Chancengleichheit für die unterschiedlichen Träger

b) die individuelle degressive Beteiligung an den Kosten

c) die Bestätigung der quantitativen Leistung in der Kostenrechnung durch den Versicherten.

- Für die Arbeitslosenversicherung bedeutet das (zumal nach dem hier vorgestellten Gesamtkonzept die Arbeitslosigkeit nur noch eine zeitweilige Randerscheinung für Einzelne sein wird):

a) daß die Bundesanstalt für Arbeit sowohl für die Versicherung wie für die Arbeitsvermittlung das Monopol verliert,

b) daß unterschiedliche Risiken mit unterschiedlichen Prämien versichert werden können,

c) daß berufliche Bildungsinvestitionen (die besonders von den Cleveren in Anspruch genommen werden) nicht einfach zu Lasten anderer vorgenommen werden können,

d) daß Handwerker und Kleinunternehmer (die ja auch arbeitslos werden können durch Konkurs oder Liquidation) ebenfalls Zugang zu dieser Versicherung erhalten,

e) daß der Moralingeruch durch klare Definition der Rechte und Pflichten vertrieben wird,

f) daß Leistungen, die nach Ausschöpfung der Versicherungsansprüche erforderlich sind, nach den Sozialhilfegesetzen geregelt werden.

- Für die Altersversorgung bedeutet das (zumal bei Anwendung der Natürlichen Wirtschaftsordnung die Arbeitseinkommen zu Lasten der Kapitaleinkommen steigen und die Gemeinschaftskosten durch Überwindung der Krisen sinken):

a) daß jeder seine Altersversorgung individuell gestalten kann,

b) daß der Staat nicht mehr in die Vermögensmassen der Versicherungsgemeinschaften eingreifen darf und

c) inflationäre Entwertungen, die nur durch das Staatsorgan Bundesbank verursacht werden können, zu erstatten sind.

- Sozialhilfe: In der natürlichen Wirtschaftsordnung ist der Wohlstand so groß, daß auch jene noch mit Mitteln für eine Existenzsicherung ausgestattet werden können, deren Leistungen aus dem individuell verantworteten und gestrickten Sozialen Netz erschöpft sind. Wichtig ist dabei:

a) daß auch hier der Moralingeruch und die Macht der Bürokraten durch klare Spielregeln überwunden wird,

b) daß die Regreßansprüche gegen den Leistungsempfänger und seine Verwandten eingeschränkt werden,

c) daß die Leistungen nicht so hoch sind, daß der Anreiz für eine selbstverantwortete Versorgung verloren geht und

d) daß Leistungen an Arbeitslose, deren Ansprüche aus der Arbeitslosenversicherung erloschen sind, nicht ohne Gegenleistungen gewährt werden (Einsatz dieser Arbeitslosen für Gemeinschaftsaufgaben, die sonst nicht erledigt würden).

- Nächstenliebe (freiwillige Hilfe durch Personen und Organisationen): Geben ist seliger als Nehmen. Kein Sozialsystem kann so perfekt sein, daß es nicht erforderlich wäre, Lücken zu füllen durch spontane oder organisierte Nächstenliebe oder Solidarität. Auch ist das freie Geben eine Möglichkeit der Selbstverwirklichung durch die soziale Gestaltung. Der Mensch verliert einen Teil seiner Würde, wenn er durch räuberische Steuersätze und durch Aufrechterhaltung des Ausbeutungssystems seiner sozialgestaltenden Fähigkeit des Schenkens beraubt wird.

Karitative Organisationen verlieren ihren Sinn, wenn sie ihre Tätigkeit aus Zuweisungen des Staates und der Versicherungsträger finanzieren. Die Folgerung: Wenn die Schenkungsmöglichkeiten des arbeitenden Menschen so eingeschränkt sind wie heute, dann hat ein Dritter Weg sein Ziel verfehlt.

Weg mit den Alten ?

Von Uwe Timm

12 / 2002

E-mail: utesper@aol.com

Im STERN 48/ 2002 erschien unter dem Titel „Die Last mit den Alten“ ein polemischer Artikel von Walter Wüllenweber, der in seinen Thesen dahin gelangt, pauschal die „Alten“ für die finanzielle Situation der BRD sowie den leeren Kassen der staatlichen Zwangsversicherungen schuldig zu sprechen und zu unterstellen, dass die Jungen für die Alten leiden und bluten müssen.

Wüllenweber, Jahrgang 62, gehört einer Generation an, die weder Kälte noch Not, weder Armut noch Krieg kennen lernte, also einer Wohlstandsgeneration, die nur den geraden und bequemen Weg kannte, Lehre, Berufsausbildung, Besuch einer Hochschule, um überwiegend mit den erworbenen Qualifikationen erheblich mehr Geld als es ihren Eltern möglich war zu verdienen.

Mussten die Eltern noch für zwei oder auch mehr Kinder sorgen, ist das bei dieser Generation seltener Fall, weil Nachwuchs Stress bedeutet und junge Leute andere Genüsse vorziehen, Auto, Wohnung, Reisen, vieles was sich ihre Eltern erst im Alter leisten konnten.

Es gehört zum Stimmungsjournalismus, sich nicht mit den Fakten zu befassen, sondern Symptome zu beschreiben, um damit Emotionen anzusprechen, Hass – oder auch Neidgefühle zu wecken oder auch, was bei Wüllenweber zutrifft, sich in der Kunst der oberflächlichen Polemik zu üben und in seinem Frust einen Hass auf die Alten zu predigen, der bewirken könnte, dass sich gewalttätige Anschläge auf die ältere Generation nicht ausschließen lassen.

Seinen Verstand hatte der Autor Wüllenweber beim Schreiben so gut wie ausgeschaltet, was sich mit einigen seiner Äußerungen belegen lässt: „Noch nie hat sich eine Generation so schamlos aus dem Geld ihrer Nachkommen bedient wie ihr bei uns. Ihr hinterlasst uns nicht mal nichts... Arbeitet länger! Zahlt noch ein paar Jahre in das System!“

„Ihr habt zwar gebaut, aber das Geld habt ihr euch bei uns gepumpt!“

Nun haben sich Eltern, die etwas bauten, wohl bei einer Hypothekenbank verschuldet, nicht aber beim Staat und wenn sie sich verschuldet hätten, wäre bei ihnen der Gerichtsvollzieher erschienen, um die Schulden einzutreiben. Schlicht, weder Arbeitnehmer noch Unternehmer konnten oder können über ihre Verhältnisse leben!

Differenzierungen sind Wüllenweber fremd und ich habe mich gefragt, wie kann ein Journalist einen solchen Artikel schreiben, ohne jede Hinterfragung und völlig staatlich fixiert und gänzlich frei von den geringsten ökonomischen Kenntnissen.

Mündigkeit wird an keiner Schule, keiner Universität gelehrt. Und so schreibt Wüllenweber wie ein plärendes Kind, das ausschließlich gelernt hat, seine Forderungen an die Eltern, die Gesellschaft und eben an den Staat zu stellen. (Er selbst gehört zur „Erbengeneration“)

Jeder Mensch ist für sich selbst verantwortlich. Jede Generation ist für sich verantwortlich und einen Generationsvertrag hat es nie gegeben.

Juristisch gibt es Verträge zwischen lebenden Personen, auch zu Gunsten Dritter, aber es gibt keinen Vertrag mit Menschen, die nicht existieren oder existieren werden.

Der Generationsvertrag ist eine Fiktion der Politiker und bei der Rentenversicherung handelt es sich um eine staatliche Zwangsversicherung, ebenso bei den Krankenkassen.

Für diese Zwangsversicherung mussten die „Versicherten“ Beiträge leisten, nur diese Beitragsleistungen wurden von der Politik auch zur Finanzierung von „versicherungsfremden Leistungen“ missbraucht und genutzt.

Versicherte, die ihre Beiträge leisteten, also in diese Kasse einzahlten, gehörten selbst schon zu den Betroffenen, die mehr einzahlten als an rein versicherungsspezifischen Leistungen auf ihre Konten zurückfließt.

Das ist auch der Grund dafür, warum jeder zweite Versicherte über seinen Rentenbescheid enttäuscht ist, weil die erwartete Rente niedriger ausfällt als erhofft oder erwartet.

Ein Durchschnittsverdiener, der 45 Jahre Beiträge leistete, kommt auf eine Rente von 1099 Euro und viele Arbeitnehmer erreichen diesen Betrag nicht, wegen der Berechnung von einem Durchschnittsverdienst der gesamten Lebensarbeitszeit.

Gegen die Fremdverwendung der Rentenbeiträge gab es Klagen beim Bundessozialgericht Kassel (1996), aber dieses entschied in einem Grundsatzurteil, dass es nicht gegen das Grundgesetz verstößt, wenn die Rentenbeiträge „fremd“ verwendet werden und man müsse dem Gesetzgeber einen „Spielraum“ bei der Verwendung der Versicherungsbeiträge einräumen.

Norbert Blüm begrüßte diese Entscheidung, wurde doch damit anerkannt, es ist Sache des Gesetzgebers wie mit den Leistungen in der Sozialversicherung und deren Finanzierung verfahren wird.

Es war also eine Schuld des Staates, nicht der Versicherten, dass die Beitragszahler in den staatlichen Zwangsversicherungen etwa die Kosten der „Deutschen Einheit“ oder andere versicherungsfremde Leistungen finanzierten.

Wenn es den Politikern schon frei steht, wie sie mit den Beitragszahlungen in den Sozialkassen verfahren, so nutzten sie die Möglichkeit der „Zwangsbesteuerung“ auch für eine eigene Wohlstandsmaximierung und die Beamten können mit 75 Prozent ihrer letzten Bezüge in den verdienten Ruhestand gehen. Zahlungen erfolgen dreizehnmal jährlich und ohne jede eigene Beitragsleistung haben sie 1300 Euro monatlich mehr auf dem Konto als die braven Beitragszahler.

Dass politische Beamte, Staatssekretäre, Minister und Abgeordnete für sich „Bezüge“ realisieren, wovon etwa ein selbständiger Handwerksmeister nur träumen kann, dürfte sich in der BRD herumgesprochen haben. Sie sind heute die Reichen in der Republik!

Dass die BRD mit mehr als 1 Billion Euro verschuldet ist, was der Journalist Wüllenweber so sehr beklagt, auch das ist keine Schuld der älteren Generation, sondern eine Schuld von Politikern – die zur Verantwortung zu ziehen sind – , die das Geld anderer Leute verwirtschaften, dieses als ihr Spielgeld betrachten. (Informationen beim Bund der Steuerzahler)

Der Staat ist eine unproduktive Institution. Aber die staatlichen Vormünder nehmen den Menschen die Möglichkeit, ihre eigenen Interessen für sich wahrzunehmen, selbst zu bestimmen, ob sie viel, wenig oder auch gar nicht arbeiten.

Konsequente Marktwirtschaft ist der einzige Weg zur Emanzipation von der staatlichen Willkür und Ausbeutung.

Zu unterstellen, dass die ältere Generation, die noch die Kapitulation, Demontage, Hunger und Kälte der Nachkriegszeit erlebte, Deutschland mit langen Arbeitszeiten, kurzen Urlaubszeiten, wieder aufbaute, heute als eine Schmarotzerbande bezeichnet wird, ist der Gipfelpunkt der Ignoranz.

Zudem, wenn Senioren Reisen unternehmen, sich dieses und jenes leisten können, beleben sie die Wirtschaft und sichern Arbeitsplätze.

Aber die Einsicht, dass der Zwangskommunismus ins Elend führt, nicht der freie Markt, fehlt noch in Deutschland und Journalisten wie Wüllenweber erwarten in ihrer Unkenntnis vom Staat sogenannte Reformen, die sich an den Symptomen und nicht an den Ursachen orientieren.

Anhang 4 zur Quelle 29) [Goldmünzen](#) und den Textziffern 120) Staatlich veranstalteter grober Unfug, 121) Funktionalität der Münzen, 122) Münzen in der Schulblade / S. 131 / 132

Tristan Abromeit, Neustadt, abromeit@t-online.de
15. 11. 2002

Hannoversche Allgemeine Zeitung
Leserbrief-Redaktion
bzw. für das HAZ-Leserforum Abt. Wirtschaft auf der HAZ-Hompage
Frau Sigrid Capelle
haz@masdack.de

Das Geld wurde nicht zum Sammeln und Horten erfunden!

TZ 1) Am 1. November 2002 brachte die HAZ unter Welt im Spiegel einen Bericht von Sonja Fröhlich mit dem Titel „Sammeler sind verrückt nach Euro - Ausländische Münzen lösen Sammeleidenschaft aus - Händler verlangen bis zu 12000 Euro für einen Vatikan-Satz“. Im Text heißt es dann u.a.: „Ausländische Euro haben ein wahres Sammelfieber bei Millionen von Menschen ausgelöst - neben Historikern und Spekulanten sind immer mehr Hobbysammler hinter den Stücken her.“

TZ 2) Sammeln ist eine schöne Sache, wenn sie nicht zur Krankheit wird. Ich möchte auch den Münzsammlern nicht ihren Spaß verderben, aber ihr Wirken ist unter den gegebenen Umständen - auch wenn es nicht so sichtbar ist - verderblicher als jenes von politischen Extremisten. Das hängt damit zusammen, daß das Geld nicht zum Sammeln erfunden wurde, sondern um eine arbeitsteilige Wirtschaft und einen leichteren Gütertausch als beim Naturaltausch zu ermöglichen. Wer nun Geld aus dem Kreislauf nimmt, unterbricht den Güter- und Leistungsstrom vom Her- bzw. Ersteller zum Verbraucher. Im Normalfall kommt ein Mensch dadurch zum Geld, daß er einen Markterlös erzielt. Wird dieser Erlös in Form des Geldes nicht wieder zur Nachfrage auf dem Markt, bleibt der nächste Anbieter auf seiner Ware sitzen. Absatzstockung nennt man das. Die Folge ist, wenn eine solche Kaufzurückhaltung, eine Hortung im größeren Volumen auftritt, Produktionsdrosselung, Arbeitslosigkeit, steigende Zahl der Konkurse. Der Volksmund kennt die Zusammenhänge schon lange, nur die Wirtschaftsredaktionen und Wirtschaftswissenschaften - überwiegend - nicht.

Taler, Taler du mußt wandern, von dem einem zum andern!

Der Rubel muß rollen!

TZ 3) In noch klarerer Form wird der Sachverhalt auf einer Gedenkmedaille aus Fürth auf die Hungersnot von 1771 - 1772 mit dem Dante-Zitat ausgedrückt:

Fortuna in der Welt Bringt Nahrung Brod und Geld

Fortuna in Kammer Bringt große Not u. Jammer

TZ 4) Als ich mir 1966 den Spruch aus dem Buch „Die Grünental Waage“, 2/1966, Band 5, abgeschrieben habe, bin ich davon ausgegangen, daß „Fortuna“ nicht nur eine Göttin des Glücks und des Schicksals war, sondern wie zum Beispiel die „Eule“ eine Münze. Ich bin mir da nicht mehr sicher. Im Brockhaus von 1884 finde ich den Hinweis, daß es viele Göttinnen Fortuna (auch unter anderen Namen) gegeben hat. Eine Münze namens Fortuna wird nicht erwähnt. „Der Göttin des Staatswohls, der F. publica, stand die der Einzelnen, die F. privata gegenüber, welche in eine zahllose Menge einzelner F. zerfällt, ...“ . In diesem Fall würde es wohl heißen, sperrst du dein Glück in Form von Einkommen, Gold, Reichtum oder Geld in die Kammer, herrscht in der Gemeinschaft ein großer Jammer.

TZ 4) Nun war in der HAZ vom 28. 2. 02 unter den Schlagzeilen „Riesige DM-Mengen geistern weiter durch die Welt / Bargeldbestand aufgrund der Umtauschaktion drastisch gesunken / Deutsche hatten Hang zum Barem“ in einem dpa-Beitrag unter anderem zu lesen:

...“Obwohl die größte Umtauschaktion in der Währungsgeschichte weitgehend abgeschlossen ist, geistern noch immer riesige DM-Bestände durch die Welt. Der gesamte deutsche Bargeldumlauf - Banknoten und Münzen - hatte am 20. Februar 2002 einen Wert von 96,5 Milliarden Euro. 18,5 Milliarden Euro oder 19 Prozent davon entfielen noch auf DM-Noten und DM-Münzen.

Selbst wenn in den nächsten Tagen die letzten Nachzügler noch ihre alten DM-Scheine, Markstücke und Pfennige in die neue Gemeinschaftswährung umtauschen, bleiben die DM-Restbestände immens. Der größte Teil dürfte weiter in privaten Haushalten gehortet werden, vermutet der Präsident der Landeszentralbank Hessen, Hans Reckers. Vor allem die Zusage der Bundesbank, auf D-Mark lautende Noten und Münzen auf unbegrenzte Zeit in Euro umzutauschen, treibe nicht zur Eile. Daneben gibt es einen nicht zu beziffernden Sickerneffekt von verlorenen oder in Sammlungen entschwundenen Münzen. Völlig unklar ist auch, wie viel D-Mark noch im Ausland schlummern. Die weitgehend reibungslose Umtauschaktion brachte

auch ein typisch deutsches Phänomen zu Tage. Der gesamte Bargeldumlauf ist hier zu Lande drastisch zurückgegangen. Mitte 2001 waren noch Noten und Münzen im Wert von 278 Milliarden DM oder umgerechnet 142 Milliarden Euro im Umlauf - beziehungsweise in Schränken, unter Matratzen oder in Sparschweinen versteckt. Mittlerweile hat sich das Bargeld um gut 45 Milliarden Euro verringert.

Statt Erklärungen für diesen deutlichen Einbruch gibt es nur grobe Anhaltspunkte. Ein großer Teil der früheren Bargeldhortung dürfte auf die Konten von Banken und Sparkassen geflossen sein. Dies war der bequemste Weg für den Wechsel in das neue Währungszeitalter. Dafür spricht auch der überdurchschnittliche Rückgang von großen Geldscheinen. ...

Ob der Trend zu niedrigerer Bargeldhaltung allerdings fortbesteht, ist offen. Mit der Gewöhnung an den Euro könnten hier zu Lande auch alte Gewohnheiten wieder zurückkehren, schließt LZB-Präsident Reckers nicht aus. Anders als in Italien und Frankreich war in Deutschland der Hang zum Baren immer größer.“

TZ 5) In den von der Deutschen Bundesbank herausgegebenen „Auszügen aus Presseartikeln Nr. 13 vom 13. März 2002“ wird aus der Börsen-Zeitung u.a. zitiert:

... „Erstaunlich ... ist, dass der Notenumlauf in Deutschland - wie auch in Euroland - noch nicht wieder den alten Stand erreicht hat. In Deutschland liegt er mit rund 89 Mrd. Euro um knapp ein Drittel unter dem Niveau von Ende 2000 (umgerechnet rund 130 Mrd. Euro). Meister erwarte aber eine Zunahme etwa durch die Anlage neuer Bargeldhorte und den Rückfluss von in Dollar umgetauschten DM-Beträgen in Euro.“ ...

TZ 6) Das war der Stand in diesem Februar und März dieses Jahres. Aber wie ist der Stand heute und wie ist der Trend. Verfolgt man die Wirtschaftsnachrichten und beobachtet das Verhalten der Menschen, dann ist wahrscheinlich, daß wieder erheblich gehortet wird. Wenn wir berücksichtigen, daß es eine vollbeschäftigte Wirtschaft nur geben kann, wenn alle Einkommen wieder direkt oder indirekt über den Bankenapparat zur Nachfrage werden, dann müßte man doch annehmen können, die Notenbanken wüßten, wieviel von dem Geld, das sie ausgegeben haben, mit welcher „Geschwindigkeit“²³ umläuft und wieviel davon jeweils in den Horten ruht. Auch könnte man meinen, die Europäische Zentralbank und andere Notenbanken

23 Geschwindigkeit deshalb in Anführungsstrichen, weil das U = Umlaufgeschwindigkeit des Geldes in der Quantitätsformel unkorrekt ist. Nach Untersuchungen von Karl Walker empfahl Hans Hoffmann aus der Schweiz den Begriff „Ausnutzungsgrad des Geldes“.

hätten ein Instrument, um das Fließen des Geldkreislaufes aufrecht zu erhalten, den Geldstrom damit zu verstätigen und dadurch die wirksame Nachfrage und die Preisniveaustabilität zu bestimmen. Zweimal muß man mit Nein antworten. Geldpolitik und damit Konjunkturpolitik wird bei uns im Nebel ohne Kompaß gemacht. Man kann schon glücklich sein, wenn die Verantwortlichen einen Zusammenhang zwischen diesen beiden Politikbereichen nicht verneinen.

TZ 7) Nun hörte ich in einem Vortrag von Prof. Dr. Thomas Huth²⁴ in einer Tagung der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft in der Ländlichen Heimvolkshochschule Mariaspring am 19. Oktober eine neue Version darüber, wie und wo Geld-Hortung stattfindet. Huth sagte sinngemäß, daß das Geld, das für den Gütertausch gedacht ist, zum großen Teil dem Gütermarkt entzogen würde und im spekulativen Bereich auf der Börsenebene zirkuliere und damit für den Gütersektor wie gehortetes Geld wirke. Da an der Börse wohl wenig mit Bargeld gehandelt wird, ist diese Behauptung wohl nur dann schlüssig, wenn das sogenannte Buch- oder Giralgeld die gleichen Eigenschaften hat wie das Bargeld. Damit kommen wir zu der Frage, was denn eigentlich Geld ist. Es gibt ja einige Leute - auch kluge -, die sagen alles ist Geld, womit man bezahlen kann. Der größere Block der Fachleute, die sich zu einer Gelddefinition wagen, schließen sich einer der Lehrbuchaussagen an: Bargeld, Giroeinlagen und weitere Einlagen, ganz wie man es für die Plausibilität der eigenen Theorie oder Politik gebraucht. Aber es gibt auch die hartnäckigen, quantitäsorientierten Leute, die klar unterscheiden zwischen Bargeld - das preisbildend sei - und Buchgeld, das nur Forderungen auf Geld darstelle. Wobei das zuletzt genannte Verständnis von Geld nicht ausschließt, daß eine Zentralbank das Geld ohne Noten und Münzen in rein elektronischer Form emittieren könnte, ohne die Aussage „Forderungen auf Geld sind kein Geld!“ aufzuheben.

TZ 8) Wenn wir bedenken, daß Milton Friedman seinen Nobelpreis dafür erhalten hat, daß er die Quantitätstheorie des Geldes wieder in die Wirtschaftswissenschaft eingeführt hat und damit Verantwortliche für die Preisniveaustabilität wieder bestimmt werden konnten. Die ganze Quantitätstheorie²⁵ hat aber nur dann einen Sinn, wenn die Menge an Geld eine Bestimmtheit hat.

Vom Leiter der US-Notenbank, der Federal Reserve Bank (FED), Alen Greenspan war vor einiger Zeit das Bekenntnis zu lesen, eigentlich wüßte man nicht, was Geld ist.

²⁴ Prof. Dr. Huth hat seine Lehre in einer Landeszentralbank absolviert und lehrt an der FH Nordost Niedersachsen in Lüneburg Volkswirtschaftslehre.

²⁵ Ein verstorbener Freund, Elimar Rosenbohm, der in der LZB in Hannover gearbeitet hat, sagte: Theorie ist unkorrekt. Es handelt sich um eine Tatsachenbeschreibung.

TZ 9) Wie soll aber eine Marktwirtschaft - und zwar in einer besseren Form als das bisher realisierte Zerrbild - entwickelt werden, wenn das Geld in seinem Wesen und Wirken nicht verstanden wird und darum auch nicht optimiert werden kann? Dieses tatsächliche oder auch nur vorgeschobene Unwissen verdeckt ja nicht nur die tieferen Ursachen für Arbeitslosigkeit, der Verzerrungen beim Einkommen und Vermögen und Umweltzerstörung, sondern erzeugt Enttäuschung über das, was als freie Gesellschaft propagiert wird und macht die Menschen wieder reif für zentralistische, autoritäre Wirtschafts- und Gesellschaftsmodelle.

TZ 10) Nun habe ich einen Bericht der HAZ in Erinnerung, der voll Lobes war über die Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der Universität Hannover. Aber was bei mir als besondere Leistungen der Hannoverschen Wirtschaftswissenschaftler hängen geblieben ist, war der Hinweis, daß sie überdurchschnittlich viel Drittgelder für ihre Institute eingesammelt haben. Das scheint mir keine wissenschaftliche Leistung zu sein und ist auch kein Beitrag zur Lösung unserer marktwirtschaftlich-gesellschaftlichen Probleme. Die Erforschung ökonomischer Zusammenhänge und die Vermittlung dieser Ergebnisse in der Lehre ist sicher kein leichtes Geschäft. Aber es ist merkwürdig: Bei der Vielzahl der Wirtschaftswissenschaftler, die wir haben, ist es nur eine kleine Zahl dieser gutdotierten Runde, die die Geldproblematik sehen. (Das ist nicht meine, sondern die Variation der Aussage von Prof. Binswanger sen.) Wenn die Wirtschaftswissenschaftler von der Brauchbarkeit ihrer Arbeitsergebnisse abhängig wären, dann würden sie verhungern. Aber sie verhungern nicht, weil sie Beamte sind, und als solche können sie völlig an dem Markt für nützliches Wissen vorbei produzieren und ihren Studenten nach und nach die Hoffnung austreiben, daß sie nach dem Examen als Volkswirte eine Hilfe für die Gesellschaft sein könnten..

TZ 11) Aber auch Wehe den Leserinnen, den Lesern, die in ihrer Zeitung eine wirtschaftspolitische Orientierung suchen und dabei Wirtschaftsjournalisten und -redakteuren ausgesetzt sind, die nur aus gängigem Hochschulwissen schöpfen.

TZ 12) Diese letzten Aussagen sind kein Versuch der Herabsetzung von Mitgliedern bestimmter Berufe, sondern eine Erinnerung daran, wozu sie geschaffen wurden. Ich bewundere die Klugheit und Brillanz von Professoren und der schreibenden und redenden Zünfte in den Medien. Wenn ich unter den Arbeitsbedingungen eines Redakteurs diesen Beitrag hätte fertigen sollen, wäre er nicht entstanden.

Tristan Abromeit

Anhang 5 mit Bezug zu Oskar Lafontaine und korrespondierend mit
„Inflation und Deflation ...“ von Gerhard Ziemer

Robert Lekachman

John Maynard Keynes

Revolutionär des Kapitalismus

Ich möchte mit der Wiedergabe der Textausschnitte aus Lekachmans Buch auf folgendes hinweisen:

1. Die Weltwirtschaftskrise von 1929 wurde als epochale Wende verstanden.
2. Die theoretische wie die praktische Ökonomie war in den USA in der Vorkriegszeit und nach dem zweiten Weltkrieg wie heute verworren und unklar.
3. Die Ökonomieberatung der Politik war unbrauchbar, weil zu widersprüchlich.
4. Die Annahme einer neuen Ökonomietheorie als Grundlage der politischen Ökonomie war schwerfällig und zögerlich. (Ist es heute anders?)
5. Roosevelt, der Präsident der USA mochte oder konnte sich nicht auf eine Linie festlegen.
6. Aus 3. bis 5. folgernd waren die wirtschaftspolitischen Maßnahmen halbherzig.
7. Der Krieg war letztlich die Erlösung von ökonomischen Problemen.
8. Der Frieden wurde von den Ökonomen als ein Furcht erregendes Ereignis verstanden.
9. Humanität und Gerechtigkeitsfragen blieben dem Ziel der Vollbeschäftigung untergeordnet.
10. Einkommensumverteilungen via Steuern wurden als legitimes und wirksames Mittel zur Erreichung der Vollbeschäftigung gesehen.
11. Bei einem Vergleich der damaligen Wirtschaftspolitik mit der heutigen ist kein wesentlicher Fortschritt festzustellen. Die Konflikte in der Wirtschafts- und Finanzpolitik (auch innerhalb einer Partei Schröder - Lafontaine) von heute spiegeln die alten theoretischen Ansätze bzw. Probleme wider ohne Hoffnung auf Klärung.
12. Wozu braucht man dann noch eine Ökonomie als Wissenschaft und Beratung?
13. Legt die us-amerikanische Regierung jetzt ein großes Wirtschaftsförderungsprogramm auf,

weil sie fürchtet, den Krieg gegen den Irak nicht durchsetzen zu können oder will sie da von ablenken, daß der Krieg ihr eigentliches Wirtschaftsförderungsprogramm ist?^{26 27}

14. Warum der Keynesianismus auf die Sozialdemokraten faszinierend wirken mußte, sie aber auch unglaubwürdig machen mußte wird deutlich:

a) Auch wenn „The New Bill of Rights“ in Deutschland nicht direkt bekannt waren, konnte man sich die Inhalte aus anderen Veröffentlichungen erhoffen.

b) Der Keynesianismus fordert mit seinen vielen Eingriffen des Staates in die Gesellschaft für von einer staatsfixierte Partei wie die SPD gegenüber der vorherigen Marxismusorientiertheit keinen grundsätzlichen Wandel der politischen Strategie.

c) Die SPD brauchte Ihren Glauben, durch staatliche Umverteilung soziale Gerechtigkeit schaffen zu können, nicht abschwören.

d) Die pazifistischen Neigungen in der SPD waren immer unglaubwürdig, weil sie die Rüstung (und Krieg den Krieg) als Konjunkturförderung ansah.²⁸

15. Der Krieg als wirtschaftliches Instrument übergeht einfach die humanen und ökologischen Aspekte und rational auch nur zu empfehlen, solange der Krieg auf dem eigenen Territorium nicht ausgetragen wird.

Gesell hat - so kann ich mich schwach erinnern - sich zwar auch mit der Volkswirtschaft unter Kriegsbedingungen befaßt, um den Schaden für das Volk möglichst gering zu halten, aber die von ihm begründete Freiwirtschaftsschule (ein mehr ideenmäßiger als organisatorischer Zusammenschluß von Personen und Vereinen) hat den Krieg immer eindeutig, nicht nur aus humanen, sondern auch aus ökonomischen Gründen abgelehnt. Der Krieg bedeutet eine Realkapitalvernichtung, die eine Steigerung nach Geldkapital und damit eine Zinsniveausteigerung zur Folge hat. Das Kapitaleinkommen steigt zu Lasten des Lohneinkommens.

26 **Irak-Krieg schützt USA vor Rezession** / Nach Einschätzung der US-Regierung sind die Kosten eines möglichen Krieges gegen den Irak mit 100 bis 200 Milliarden Dollar zu beziffern. / So sagte es Lawrence Lindsey, Chef des Wirtschaftsrates im Weißen Haus, dem „Wallstreet Journal“. Eine Rezession sei deshalb nicht zu erwarten, meinte die Zeitung nach dem Gespräch mit Lindsey. (Humanwirtschaft, Ausgabe Dez. 2002 / Jan. 2003, dämlichst unter WWW.Humanwirtschaft.Org einsehbar.)

27 Siehe auch: „USA denken schon an den Wiederaufbau“ in der HAZ vom 7.1. 2003. „Die Experten des Sicherheitsteams sehen einen ehrgeizigen Wiederaufbauplan vor, der an die Zeit der Besetzung von Deutschland und Japan nach dem zweiten Weltkrieg erinnert. ... Von großem Interesse dürften selbstverständlich die Erdöllagerstätten sein. Immerhin verfügt der Irak über ein Zehntel der Weltölvorräte.“ Ich vermissen hier einen Kommentar der HAZ zu der Anmaßung, die hinter den Plänen der US-Regierung steht.

28 Mir ist eine entsprechende Veröffentlichung vom ehemaligen Finanzminister Hans Apel (SPD) in Erinnerung. Aktueller: „Selbst der deutsche Finanzminister Hans Eichel versuchte - wie der SPIEGEL in der Ausgabe 19/1999 berichtete - während der Nato-Bombardierungen die Öffentlichkeit zu beruhigen: „Ich weise darauf hin, dass von der Hilfe für die Menschen im Kosovo letzten Endes ganz Europa profitieren wird, denn der Wiederaufbau ist auch ein Beschäftigungsprogramm.“ Hier zitiert aus: Helmut Creutz, „Gewinn durch Gewalt - Die wirtschaftlichen Triebkräfte von Rüstung und Krieg“. Humanwirtschaft, Ausgabe Dez. 2002 / Jan. 2003.

16. Wenn Keynes und Gesell in der Analyse auch ziemlich übereinstimmen, so unterscheiden sie sich stark in den Maßnahmen. Das freiwirtschaftliche Konjunkturprogramm ist: einfacher, klarer, friedensstauglich, eindeutig, marktwirtschaftlich, verzichtet auf unsystematische und willkürliche staatliche Interventionen und erfordert nur an wenigen Stellen institutionelle Korrekturen.
17. Wenn Keynes in den USA in Alvin Hansen einen erfolgreichen Impresario hatte, so hatte Gesell diesen in Irving Fisher (1867 - 1947), der durch seine Arbeiten zum Geldwesen eine ökonomische Berühmtheit war. Für mich ist die Frage: Warum konnte Hansen polit-ökonomisch erfolgreicher Wirken als Fisher - zumal mit Gesell in den USA an den Bodenreformer Henry George (1839-1897) angeknüpft werden konnte? (Oder bestand gerade darin das Handikap? Für Literaturhinweise bin ich dankbar.)
18. Auch wenn ich das Konzept von Gesell für besser halte als jenes von Keynes (Ich sage das nicht als Gesellianer, sondern als Marktwirtschaftler.), so hätten Keynes ökonomischen Empfehlung in Deutschland die Deflationskrise überwindbar und damit Hitler vermeidbar gemacht. Die Dummheit der damaligen Politik im allgemeinen und der der Notenbank im besonderen macht nachfolgender Ausschnitt aus „Inflation und Deflation zerstören die Demokratie“ von Gerhard Ziemer deutlich:
- Anfang 1932 hatte Keynes in einem Vortrag vor dem Hamburger Überseeklub erklärt, daß auch für Deutschland der Anschluß an den Sterling-Standard das Gegebene wäre. »Für Deutschland erscheint mir dieser Schritt eine unzweifelhafte Notwendigkeit.« Als die Studiengesellschaft für Geld- und Kreditwirtschaft Keynes zu einem weiteren Vortrag in Berlin eingeladen und auch schon eine Zusage erhalten hatte, hielt es Luther für angebracht, Keynes zu bitten, von dem Vortrag Abstand zu nehmen. (S.129 f.)*
19. Die wirtschaftspolitischen Intentionen von Ludwig Erhard waren offensichtlich viel marktwirtschaftlicher orientiert, als die der US-Administration. Ich verstehe erst jetzt so richtig die Aufregung, die Erhards - mit der Besatzungsbehörde nicht abgestimmte - Freigabe der Preise in den Westzonen bei den US-Amerikanern hervorgerufen hat. T.A.
20. Im freiwirtschaftlichen Ökonomiemodell, das dem Erhardschen Denken nahe kommt, gibt es keine Kollision der Wirtschaftspolitik mit dem Ziel der rationalen staatlichen Haushaltsführung, weil die Staatshaushalte nicht für die Konjunkturförderung mißbraucht werden.

John Maynard Keynes

Revolutionär des Kapitalismus

von **Rober Lekachman**, 1966, deutsch 1970

- Das Buch ist nicht mehr im Handel erhältlich.
- Für den Fall, daß es zu einer Diskussion über die Aussagen von Lekachman kommt, habe ich die einzelnen Absätze am rechten Rand mit einer Kennzeichnung „RL“ und laufenden Nummer versehen. Ein Bezugnahme ist dadurch erleichtert.
- Die Endnoten zum Text habe ich nicht übernommen.
- Bei dem im vierten Abschnitt erwähnten Hansen handelt es sich um Alvin H. Hansen. Er war (So habe ich es gelesen.) ein herausragender Vertreter der Keynesischen Lehre in den USA.²⁹

Die Auszüge:

Aus der

Einleitung

Seit mehr als einer Generation haben weder Großbritannien noch die Vereinigten Staaten die Massenarbeitslosigkeit, verwaisten Fabriken, Konkurse, Hypothekenentwertungen und die weitverbreitete, tiefe Hoffnungslosigkeit zu verzeichnen gehabt, die einst zu den üblichen Begleiterscheinungen der offenbar unvermeidlichen Zyklen wirtschaftlicher Depressionen zählten. Für die Mehrheit aller Amerikaner und Briten unter Vierzig ist die Große Depression von 1929 bis 1933 nicht so sehr eine schmerzliche persönliche Erfahrung oder gar ein Modell ähnlicher Ereignisse in der Zukunft als vielmehr ein abgeschlossenes Kapitel der Geschichte. Das Wort Depression selbst ist aus der Umgangssprache so gut wie verschwunden, und weitgehend auch schon aus dem Fachwörterbuch des Nationalökonomien. An seine Stelle ist der Begriff Rezession getreten, und die meisten Leute verlassen sich darauf, daß solche Rezessionen kurz, harmlos und selten sind.

RL 1

Unsere Erwartungen pflegen sich auf unsere jüngsten Erfahrungen zu gründen. Die meisten von uns sind im Verlauf ihres Berufslebens in den Genuß ununterbrochener Beschäftigung, stetigen Aufstiegs, erfreulicher Einkommenssteigerungen, größerer Wohnungen und Autos, ausgedehnter Urlaubsreisen in ferne Länder und vielseitig gestalteter Freizeit gekommen. Die amerikanischen Geschäftsleute

RL 2

²⁹ Von Alvin H. Hansen steht in meinem Bücherschrank „Keynes' ökonomische Lehren - Ein Führer durch sein Hauptwerk, deutsche Ausgabe, Hrsg. Prof. Dr. Georg Hummel, 1959.

ihrerseits haben sich daran gewöhnt, davon auszugehen, daß jeder Jahresumsatz den des Vorjahres übertrifft und jede neue Bilanz ein noch erfreulicheres Bild von Dividenden und Gewinnen als die vorangegangene zeigt. Alljährlich werden alte Wirtschaftsrekorde überboten. Und im gleichen Maße, in dem die Bevölkerung zunimmt und ihr durchschnittlicher Lebensstandard steigt, steigern die Hersteller aller möglichen Waren vom Babyöl bis hin zu Särgen ihre Investitionen in neue Maschinen und neue Fabriken, in Forschung und Entwicklung, um Nachfrage und Produktion noch stärker anzuregen. Diese Spekulation auf künftige Märkte gibt an sich schon dem Wirtschaftswachstum mächtige Impulse, stellt sie doch eine wichtige Komponente der Gesamtnachfrage und ein wesentliches Element des wirtschaftlichen Wachstums dar, der heute von Staat, Wirtschaft und Bürgern schon fast als selbstverständlich erachtet wird.

Das freundliche Wirtschaftsklima der sechziger Jahre erlaubte es den US-Steuerbehörden, aus dem steigenden Bruttosozialprodukt, das 1970 zweifellos die 1-Billion-Grenze überschreiten wird, Jahr um Jahr zusätzlich etwa 7 Milliarden Dollar zu kassieren. Das hat die in jener Dekade amtierenden Präsidenten und Kongreßabgeordneten in die angenehme Lage versetzt, mit einem ganzen Katalog verschiedenartiger Steuerermäßigungen, Subventionen für Bundesstaaten und Städte und dem Ausbau der Sozialleistungen zu jonglieren. Natürlich konnte auch im wirtschaftlichen Bereich der Himmel auf Erden nicht verwirklicht werden. Die Liste noch immer bestehender nationaler Mißstände ist keineswegs auf Null zusammengeschrumpft. Selbst im wohlhabenden Amerika gibt es noch 40 Millionen Arme, und die Slums einiger amerikanischer Städte stehen denen von Kalkutta oder Caracas in nichts nach. Obgleich nur jeder zwanzigste oder gar fünfundzwanzigste Berufstätige von der Arbeitslosigkeit betroffen wird, nimmt sie in städtischen Negergettos und rückständigen ländlichen Gebieten noch immer erschreckende Formen an. Die bevorstehende und zum Teil bereits verwirklichte Automation zwingt uns dazu, unser Bildungssystem, unsere Arbeitslosenversorgung und den Begriff >Arbeit< selbst neu zu überdenken. Verschmutzte Flüsse, riesige Autofriedhöfe und haushohe Reklametafeln an den Autostraßen stimmen, was >America the Beautiful< und seine Wirklichkeit betrifft, doch sehr nachdenklich.

RL 3

Diese Liste ließe sich mühelos verlängern, aber darum geht es nicht; entscheidend dürfte vielmehr sein, daß keines dieser Probleme neu ist. Das eigentlich Neue an unserer heutigen Auffassung von wirtschaftlicher Notwendigkeit, ihre Abkehr von der Vergangenheit, besteht darin, daß sie diese hartnäckigen Schandflecke auf dem Gesicht der Wohlstandsgesellschaft so deutlich sichtbar werden läßt. Jetzt, da der traurige Zyklus von Boom und Bust als gezähmt gelten darf und viele Amerikaner nicht nur die Mittel, sondern auch den Willen haben, alle Schichten der Gesellschaft an den Annehmlichkeiten des Wohlstandes teilhaben zu lassen, werden auch an die So-

RL 4

zialpolitik neue Anforderungen gestellt..... (S. 11 /13)

Die neue Wirtschaftslehre der sechziger Jahre verkörpert den Triumph einer Idee. Und diese Idee selbst ist größtenteils dem schöpferischen Genius eines einzigen Mannes zu verdanken: John Maynard Keynes, wie er von Hause aus hieß — des späteren Lord Keynes, Baron of Tilton. Das vorliegende Buch will die Geschichte jenes Mannes erzählen, dessen Kopf die Idee entstammt. Es ist folglich ein Bericht über seine Ausbildung und seine Laufbahn, seine Lehrer, Freunde und Gefährten - über das Cambridge der G. E. Moore, E. M. Forster und Lytton Strachey; das Bloomsbury Virginia Woolfs, Clive Beils und Duncan Grants; die Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät am King's College, die Alfred Marshall und A. C. Pigou prägten; die Welt der Kunst und der Literatur, die Kreise der Hochfinanz und der Regierung, in denen sich Keynes gleichermaßen selbstverständlich bewegte. ... (S. 15)

RL 5

aus: Kapitel 5

Die Politik des >New Deal<

Landläufige Meinungen gehen sehr oft an der Wirklichkeit vorbei. So ist es auch beim Ruf, den die beiden ersten Amtszeiten Präsident Roosevelts in der Öffentlichkeit genießen. Im Laufe der Jahre haben sich Vorurteile fest sedimentiert, die Erinnerung an damalige Ereignisse ist verblaßt. Aus diesem Grunde pflegt die Wirtschaftspolitik des New Deal fast schon mechanisch mit den währungs- und steuerpolitischen Empfehlungen der General Theory in Verbindung gebracht zu werden. Viele konservative Bürger haben Roosevelts Anfangsjahre als eine Zeit massiver Staatsverschuldung im Gedächtnis. Jedoch ziehen sie aus ihren lückenhaften Erinnerungen den falschen Schluß, daß das Unvermögen, der Arbeitslosigkeit in ausreichendem Maße mit dem Mittel des >deficit spending< entgegenzutreten, nichts weiter darstellt als den gescheiterten Versuch, Keynesianische Finanzpolitik in der Praxis anzuwenden. Nicht wenige Gegner Keynesianischer Wirtschaftspolitik haben sicherlich aus George Humphreys Erklärung Trost geschöpft, die er während seiner Amtszeit als Finanzminister unter Eisenhower abgegeben hat: durch Geldausgeben können wir nicht reich werden. Die Lehre aus den 30er Jahren lautet jedoch völlig anders. Aller Wahrscheinlichkeit nach dürfte die Mehrheit unter den Wirtschaftswissenschaftlern mit folgenden vier Thesen übereinstimmen:

RL 6

Erstens: Erst seit 1938 haben sich Roosevelts Hauptberater stark von Keynes beeinflussen lassen. Weitere Anzeichen dafür, daß Roosevelt selbst jemals Einsicht in die Zweckmäßigkeit einer Politik des unausgeglichenen Haushalts, des >deficit spending< oder der Staatsverschuldung größeren Ausmaßes gehabt oder sie auch nur voll verstanden hätte, gibt es nicht. In seinen Augen konnte eine >optimale Ausgabenpolitik< nur von echten Nachfahren sparsamer

RL 7

kalvinistischer Ahnen aus den Niederlanden betrieben werden.

Zweitens: Vom Keynes'schen Standpunkt aus lassen sich die Entscheidungen der 30er Jahre wie folgt zusammenfassen: Eine Finanzpolitik, die zu zaghaft und zu unschlüssig vorgeht, die zu oft im Widerspruch zu anderen Maßnahmen mit gegensätzlichen Zielrichtungen steht, wird nicht in der Lage sein, den Beschäftigungsgrad und das Volkseinkommen in dem Umfang zu steigern, wie es zur Wiederherstellung der Prosperität erforderlich ist. Zwischen Reform und Restauration hin- und herschwankend, hat die Politik des New Deal beide Ziele nicht im gewünschten Umfang realisieren können.

RL 8

Drittens: Das Modellbeispiel für die Wirksamkeit Keynes'scher Gegenmittel wurde nicht in den 30er Jahren geliefert, sondern durch das gewaltige Anschwellen der Staatsausgaben während des Krieges sowie durch den darauffolgenden Boom der Konsumgüter in der Zeit kurz nach dem Krieg. Beide Ereignisse beweisen, daß eine Regierung Arbeitslosigkeit ausschalten kann, wenn sie hinreichende Ausgaben bei hinreichender Verschuldung des Staates tätigt. Wie Keynes selbst bereits in seiner General Theory bemerkt hat, sind Militärausgaben eines der wenigen konkreten Mittel, mit denen der Staat die Gesamtnachfrage ausdehnen kann.

RL 9

Viertens: Gegen Ende der Ära Roosevelt hat die Keynes'sche Lehre ohne Zweifel eine deutliche Auswirkung auf die Politik der öffentlichen Hand gehabt, jedoch hat sich der Zeitpunkt, zu dem diese Wirkung zum Tragen kam, bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges verzögert. In den 30er Jahren war der Keynes'sche Einfluß weit mehr unter Wirtschaftswissenschaftlern und verhältnismäßig jungen Beamten als bei Politikern und den Leitern bedeutender staatlicher Stellen verspürbar.

RL 10

Woraus aber bestand nun die Wirtschaftspolitik der beiden ersten Amtsperioden Roosevelts? Es fällt schwer, bei Betrachtung der ersten Jahre von Roosevelts Präsidentschaft ein Gefühl der Ironie zu unterdrücken. Wie bereits im 4. Kapitel ausgeführt, prangerten Roosevelts Parteiprogramm und, in noch stärkerem Ausmaße, seine Wahlkampfreden die Defizitpolitik Hoovers sowie dessen Verschwendung staatlicher Mittel an, die das Defizit verursacht hatte.

RL11

In der Tat, wenn sich überhaupt eine Grundlinie aus Roosevelts Wahlkampfaußerungen herauslesen läßt, dann spiegeln sie jene Vorliebe britischer Finanzminister für staatliche Sparmaßnahmen während Depressionen wider, über die gerade Keynes einige seiner scharfsinnigsten Schmähschriften verfaßt hat. Der Historiker William Leuchtenburg zitiert eine Rede, die Roosevelt im September 1932 in Sioux City gehalten hat; >Ich werfe unserer jetzigen Regierung vor, die Regierung mit dem größten Ausgabenvolumen zu Friedenszeiten zu sein, die je in unserer Geschichte im Amt war. Eine Regierung, die ziellos Ämter und Ausschüsse gebildet hat und die

RL 12

sich dabei außerstande zeigte, die dringenden Notwendigkeiten sowie die verringerte Erwerbsfähigkeit des Volkes vorauszusehen< Das ist keine wahllos herausgegriffene Erklärung. Einige Wochen später kam Roosevelt in Pittsburgh auf diese Frage zurück: >Eines der wichtigsten Sachprobleme dieses Wahlkampfes ist für mich die Reduzierung der Bundesausgaben. Dies ist meiner Meinung nach der direkteste und wirksamste Beitrag, den die Regierung zur allgemeinen Wirtschaftslage beisteuern kann.< Kein Wunder, daß ein Bewunderer Roosevelts später zugab: >Betrachtet man die spätere Entwicklung, dann kommen einem die Wahlkampfreden wie ein riesiger Rollentausch vor, bei dem Roosevelt und Hoover jeweils die Rolle des anderen übernahmen.<

Während seiner Wahlkampfreden kam Roosevelt niemals auf >deficit spending<, öffentlichen Wohnungsbau, die Beseitigung der Elendsviertel, das National Industrial Recovery Program, die Tennessee Valley Authority zur wirtschaftlichen Sanierung des Tennesseeets, progressive Besteuerung, liberalisierte Behandlung der Gewerkschaften oder durchschlagende Unterstützungsprogramme zu sprechen. Was Roosevelt auch immer in jenem Herbst 1932 einer verwirrten Wählerschaft anbot, mit den Kernpunkten des New Deal hatte es nichts gemein. Wahrscheinlich war sich Roosevelt selbst nicht über die Sachverhalte, die zur Formulierung der Kernpunkte des New Deal führten, im klaren. Auf der anderen Seite waren seine Äußerungen nicht nur schöne Wahlkampfreden. Nach seiner Amtsübernahme bemühte sich Roosevelt aufrichtig, die öffentlichen Versprechungen in die Tat umzusetzen: ... (S. 129 - 131)

RL 13

xxxxxxxxx

Hansen selbst war alles andere als zuversichtlich. Zwar trat er für die Anregung des Konsums durch Steuersenkungen sowie öffentliche Investitionen in >menschliche und natürliche Ressourcen bzw. in gesellschaftlich nutzbare Produktionsgüter, die zur Befreiung von körperlichen und kulturellen Bedürfnissen der ganzen Gesellschaft dienen sollten, für eine nützliche Sache< ein, doch fürchtete er um die >wirtschaftliche Nutzbarkeit einiger Einrichtungen dieser Art. Er fragte sich obendrein, bis zu welchem Umfang man die staatliche Ausgabenpolitik vorantreiben könne, >ohne das System der freien Marktwirtschaft in Frage zu stellen<. Aus einer ansteigenden Staatsverschuldung könnten sich unangenehme Folgen ergeben. Sehr umfangreiche Staatsausgaben könnten zwar der Volkswirtschaft die Vollbeschäftigung sichern, dies aber nur um den Preis einer verlustreichen Inflation.

RL 15

Die Vereinigten Staaten befanden sich in einer scheinbar ausweglosen Situation. Einerseits >konnte die fortdauernde Arbeitslosigkeit großen Umfangs, deren Ursachen in unzureichenden Möglichkeiten für private Investitionen lagen, zu einer in allen Bereichen reglementierten Wirtschaft führen<. Das konnte jedoch >auch eintreten,

RL 16

wenn man einen indirekten Weg mit langsamer Entwicklung einschlug und ein weit ausgedehntes Programm staatlicher Ausgabenpolitik verwirklichte< Keiner dieser beiden Wege schien ein glückliches Ende zu nehmen. Die beste Lösung schien ein Programm zu sein, >das durch Staatsausgaben Nettoeinkommen schuf< und sie dann wohlweislich >einschränkt, wenn wir uns dem Stadium der Vollbeschäftigung und dem entsprechenden Einkommensniveau nähern<. Aber selbst dann gab es noch einige sehr gefährliche Fallgruben: Engpässe in der Produktion (bottlenecks), steigende Kosten, übermäßige Lohnforderungen und die heimtückische Lohn-Preis-Spirale bei sinkender Auslastung der Kapazitäten. Auch Hansen mußte zugeben, keine vollständige Lösung dieses Problems parat zu haben: >Die Fragen, die ich angeschnitten habe, sind eine Herausforderung an unser Fach.<

Die späten 30er Jahre waren keine erfreuliche Zeit. Keynesianer wie Hansen werden mit Recht betonen, daß eine umfassende kompensatorische Finanzpolitik niemals gewagt wurde. Doch hatte Hansen selbst Zweifel und Vorbehalte gegenüber der Effektivität dieses wirtschaftspolitischen Instruments; diese rührten aus der kurzfristig von ihm geteilten Sorge über eine mögliche Inflation her. Sowohl die vielfältigen Experimente wie auch die Erwartungen jener talentierten Männer des New Deal, die einen phantasievollen und mitfühlenden Präsidenten berieten, haben nicht zu einer zufriedenstellenden Wirtschaftspolitik führen können, von der Wiederherstellung allgemeinen Wohlstandes ganz zu schweigen. Einer von Roosevelts Biographen hat das so ausgedrückt: >Hätte Roosevelt dem Kongreß Ausgabenprogramme aufgezwungen anstatt sich 1937 in großartige Pläne und Reformen zu stürzen, so hätte er dem Drittel unserer Bevölkerung, das Mangel an Wohnungen, Nahrung und Kleidung litt, wirksam helfen und zugleich in beträchtlichem Maße Wiederbeschäftigung herbeiführen können.< Tatsächlich wollte Roosevelt aber den Haushalt ausgleichen und damit seine konservativen Kritiker beschwichtigen. Obwohl Roosevelt und seine Berater durch die Folgen ihrer Bestrebungen ziemlich aufgeschreckt wurden, haben sie sich nur äußerst widerwillig zu Keynesianischer Politik überzeugen lassen. Harrod meinte dazu: >Es ist nie deutlich geworden, daß er (Roosevelt) sich nach dem Prinzip des Defizits gerichtet hat und nicht nach den öffentlichen Aufträgen selbst, als er versuchte, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen.<

RL 17

Rückschauend ist es nicht allzu schwer, die Schwächen in Roosevelts Finanzpolitik aufzudecken. Die Ausgabenpolitik wurde viel zu ängstlich und vorsichtig betrieben, als daß man damit wirtschaftliche Prosperität hätte wiederherstellen können. Gleichzeitig wurden hinreichend genug staatliche Stellen zur Ausgabenverwaltung eingerichtet, hatte man genügend Mittel aufgewendet, um die Unternehmer in den Alarmzustand zu versetzen. Diese sammelten sich nun zum Kampf gegen die Demokratische Regierung. Durch die schillernde Rhetorik des New Deal noch verstärkt hat diese At-

RL 18

mosphäre durchaus dazu beigetragen, die private Investitionstätigkeit zu senken. Wenn der anerkannte Exponent Keynes'schen Gedankengutes bereits fragen konnte, ob >die Interventionen der Regierung bereits eine Bastard-Gesellschaft, halb-frei, halb unter staatliche Aufsicht gestellt, erzeugt (haben), die nicht in der Lage ist, mit Vollbeschäftigung zu funktionieren<, so kann man einem einfachen Unternehmer beim besten Willen nicht verdenken, wenn ihn beim Gedanken an seine Zukunftsaussichten ein ungutes Gefühl befällt. Die wirtschaftliche Tragikomödie während der Rezession 1937—38 paßt haargenau zu jener Quacksalberei, die Roosevelt bei allen innenpolitischen Fragen praktizierte. Nach anfänglichem Liebäugeln mit der Reduzierung von Regierungsstellen und Gehältern verlegte er sich dann auf umfangreiche Ausgaben. Seine Ausgabenpolitik schwankte zwischen direkter Notlinderung bei bedürftigen Bürgern und Ickes' Forderung nach Arbeitsplätzen. Was die Außenpolitik betrifft, wirkte eines seiner ersten Gesetze wie ein Torpedo auf die Londoner Wirtschaftskonferenz (London Economic Conference). Kaum hatte er diesen Musterbeweis für wirtschaftlichen Nationalismus geliefert, schickte er seinen Außenminister zwecks Abschluß von Handelsverträgen und gegenseitigen Zollsenkungsabkommen auf Weltreise.

Aus diesem Grund war die zweifache Richtungsänderung während der Jahre 1937-38, zuerst in Richtung auf einen ausgeglichenen Haushalt und dann wieder in defizitär finanzierte Arbeitsplätze im Rahmen der Public Works Administration (PWA) kein Versagen Keynes'scher Theorie, sondern vielmehr ein weiteres Anzeichen für die Unbrauchbarkeit eklektischer Praktiken bei der Verwaltung eines Staates. So war es ganz typisch, daß Roosevelt bei erneuter Rückkehr zur Ausgabenpolitik seine Entscheidung absicherte, indem er sich vom Kongreß die Vollmacht geben ließ, eine Untersuchung über die Konzentration wirtschaftlicher Macht in den Vereinigten Staaten durchzuführen. Der Kongreß war allzugern bereit, das Temporary National Economic Committee unter dem Vorsitz eines bekannten >trustbusters< (Bundesbeamter, der Trusts unter Zuhilfenahme des Antitrustgesetzes bekämpft) aus dem Westen Amerikas, Senator Joseph C. O'Mahoney, ins Leben zu rufen. Auf der einen Seite unterstützte der New Deal die Unternehmerschaft, auf der anderen Seite wurden gerade die Unternehmer in Angst und Schrecken versetzt.

RL 19

Am Ende dieser betrüblichen Geschichte von stümperhaften politischen Entscheidungen und verpaßten Gelegenheiten drängt sich eine Frage auf: Was hielt Roosevelt davon ab, eine konsequente Politik staatlicher Ausgaben zu verfolgen, um so das Land von der Last der Arbeitslosigkeit zu befreien, die es bis Pearl Harbor tragen mußte? James MC Gregor Burns sieht das Problem folgendermaßen:

RL 20

>Deficit spending< war eigentlich das ideale Konzept für Roosevelts politische Anschauungen und sein Regierungsprogramm. Denn er war kein

RL 21

dogmatischer Kapitalismusverfechter. Schon zwanzig Jahre vor seiner Präsidentschaft befürwortete er als Senator vielfältige Regierungskontrollen und Reformen im Sinne des New Deal, und sowohl als Stellvertretender Marineminister unter Wilson wie auch ab Gouverneur des Staates New York hatte er sich einer Politik des Fortschritts verpflichtet. Auf der anderen Seite war er kein dogmatischer Sozialist. Mit dem Konzept einer Zentralverwaltungswirtschaft und verstaatlichten Produktionsmitteln hatte er sich nie anfreunden können. Gerade weil er beide extremen Lösungen verwarf, schien sich ihm die Keynesianische Wirtschaftspolitik als ein echter Mittelweg anzubieten — und das zu einer Zeit, als sich die Männer des New Deal nach einem funktionsfähigen Mittelweg geradezu sehnten.

Die Erklärung für Roosevelts Versäumnis, sich klar auf eine Richtung festzulegen, ist sicher sehr vielschichtig, doch scheint die Antwort zu einem guten Teil in der Zusammensetzung seines Beraterstabes zu suchen zu sein. Die Ratgeber und Vertrauten des Präsidenten waren sich die ganzen Jahre hindurch über die Ursachen der Depression und die geeigneten Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung uneinig. Während aller Amtszeiten war Henry Morgenthau Finanzminister; er war ein unbeugsamer Gegner des >deficit spending<, dessen gelegentlich gegebene Zustimmung zu Ausgaben der öffentlichen Hand zur Krisendämpfung eher von seinem humanitären Mitgefühl mit den Opfern ökonomischer Notlagen als von einer rationalen Einsicht in die Vorteile von Defiziten zeugte. Der starrsinnig auf Haushaltsausgleich erpichte Morgenthau war zwar eine Ausnahme unter den Männern des New Deal, aber unter den übrigen Beratern und Mitarbeitern wurden mehr unterschiedliche Auffassungen vertreten als einem verwirrten Präsidenten von Nutzen sein konnte.

RL 22

Wenigstens fünf rivalisierende theoretische Lager rangen um die Gunst des Präsidenten, Da gab es jene, die beharrlich behaupteten, die Depression hielte nur noch an, weil die großen Corporations nicht mit den Preisen heruntergingen. Prominente Vertreter dieser Gruppe waren Gardiner Means und Senator Joseph O'Mahoney. Sie erklärten diese Preispolitik mit der Konzentration von zu viel ökonomischer Macht in zu wenigen Händen. Als Gegenmittel forderten sie deshalb eine Untersuchung durch den Kongreß und rigorose Anti-Trust-Politik. Ihr Standpunkt stützte sich dabei auf die schlagkräftige Argumentation von Bundesrichter Brandeis, der kleine Produktionseinheiten sowie die Dezentralisierung wirtschaftlicher Entscheidungsmacht als Grundvoraussetzung für eine freiheitliche Politik betrachtete. Selbst in den 30er Jahren gab es noch eine Gruppe, angeführt von Minister Henry Morgenthau, die sich größere Sorgen wegen einer möglichen Inflation als über die Depression machte. Einige Berater Roosevelts, darunter Lauchlin Currie, waren der Meinung, wenn man die Industrie davon überzeugen oder notfalls dazu zwingen würde, einen höheren Anteil ihrer Erträge als Dividenden auszuschütten, könnte man dadurch die Kaufkraft steigern. Die gesetzliche Verankerung dieser (wohl mehr

RL 23

gefühlsmäßigen) Meinung sollte eine Steuer auf nichtverteilte Gewinne darstellen, die man kurzfristig wieder aufheben konnte. Die gemäßigten Keynesianer, von Hansen beeinflusst, votierten anfänglich für Ankurbelungsmaßnahmen und später für eine kompensatorische Ausgabenpolitik als Hauptmaßnahmen. Als Beweis dafür zogen sie die beiden Präzedenzfälle von 1935 und 1936 heran, Jahre, in denen wirtschaftliche Expansion mit Defiziten zusammenfiel. Und schließlich gab es Männer wie Paul Sweezy, linke Keynesianer, die mit größerer Hingebung die Existenz einer säkularen Stagnation zu beweisen versuchten als der Schöpfer dieser Hypothese selbst. Männer, die den Glauben an einen amerikanischen Kapitalismus verloren hatten und die Interventionsweisen forderten, die weit über die einfache kompensatorische Ausgabenpolitik hinausgingen. Es ist eigentlich kein Wunder, daß Franklin Roosevelt, der Adressat aller dieser Theorien, unschlüssig und zögernd oft mehrere politische Linien zugleich verfolgt hat.

Aber selbst wenn Roosevelts Vertraute ihn einstimmig mit dem Ruf >Ausgeben! Ausgeben! Ausgeben!< bestürmt hätten, wäre es möglich gewesen, daß der Präsident gezögert hätte. Sein Temperament, seine Denkgewohnheiten, ja sogar seine Skepsis standen der Festlegung auf eine Linie feindlich gegenüber; während einer tiefen Depression ermöglicht aber nur diese klare Haltung allein einen Erfolg finanzpolitischer Bemühungen. Von Natur aus mißtraute Roosevelt Einzelstrategien; er experimentierte gern und freute sich an der Zusammenstellung von scheinbar unvereinbaren Personen und Theorien. >Schließt euch in ein Zimmer ein und kommt nicht wieder heraus, bis ihr euch geeinigt habt<, pflegte er vergnügt zu Männern mit hoffnungslos unterschiedlichen ökonomischen Ausgangspositionen zu sagen — zu Anhängern der freien Weltwirtschaft und zu Nationalisten, zu Befürwortern einer Deflationspolitik wie zu Anhängern einer Inflationspolitik, zu >trustbusters< und zu Befürwortern des Kollektivismus, zu Anhängern der defizitären Finanzpolitik wie zu Sparern. Roosevelts politischer Instinkt verstärkte seine natürliche Vorliebe noch. Warum sollte er nicht jeder Fraktion seiner Berater zu gegebener Zeit und mit Maß Beachtung schenken? (S.157 –162)

RL 24

xxxxxxxxxxx

Aus dem: Kapitel 6

Der Krieg als Bewährung

Der Krieg hat einen Grundsatz Keynes'scher Theorie unterstrichen: Zur Bereitstellung von Arbeitsplätzen haben sich alle Kriege (vor dem Atomzeitalter) als ideal erwiesen. Da die gesamte Kriegsproduktion, ökonomisch gesehen, reine Verschwendung darstellt, gelangt man nie in die Gefahrenzone der Überproduktion. Selbst eine Nation mit hohem Entwicklungsstand könnte so viele Schulen, Straßen, Wohnhäuser, Erholungsgebiete und Krankenhäuser bauen,

RL 25

daß damit der gesamte Bedarf abgedeckt wird. Was geschieht, wenn sich die Nachfrage nach vollkommen nutzlosen Dingen bis ins Uferlose potenziert? Was geschieht, wenn diese Nachfrage tatsächlich durch die Ausgabe von neuem (Papier-Geld) finanziert wird? Die Periode von 1941-1945 war durch Vollbeschäftigung, geschäftige Fabriken und einen Produktionsanstieg bei nützlichen und nutzlosen Dingen gekennzeichnet. Im wirklichen Leben resultierten diese Ereignisse aus ökonomischer Verschwendung, genau wie Keynes es vorausgesagt hatte. Im Zweiten Weltkrieg waren Panzer, Bomber und Flugzeugträger das Gegenstück zu den Pyramiden Ägyptens, den Kathedralen des Mittelalters und vergrabenen Flaschen, gefüllt mit Geld.

Durch starke Einflußnahme auf die theoretische Diskussion trugen die bereits zahlreichen amerikanischen Keynesianer wesentlich zur Anhebung des wissenschaftlichen Ansehens der amerikanischen Volkswirtschaftslehre bei. Samuelson vermutet (in einer zumindest für andere Ökonomen einleuchtenden Weise), daß die bisherige Universitätsausbildung den angehenden Wirtschaftswissenschaftlern ausreichende Kenntnisse vermittelt, um den zentralen Problemen der Kriegswirtschaft, nämlich Auswahl und Zuweisung von Mitteln, gewachsen zu sein. Tatsächlich befaßten sich die Wirtschaftswissenschaftler in den ersten Kriegsjahren nahezu ausschließlich mit diesen beiden Problemkreisen. Es galt schließlich, einen Krieg zu gewinnen. Als jedoch 1944 die Aussicht auf einen Sieg beträchtlich wuchs, konzentrierte man sich zunehmend auf die Gestaltung der Nachkriegszeit.

RL 26

Zweifellos mußte die erneut aufflammende Diskussion über die Planung einer Friedensgesellschaft wieder am Diskussionsstand vor dem Kriege anknüpfen. Damals konzentrierten sich die Auseinandersetzungen auf die scheinbar >normalen< und unvermeidlichen >Betriebsunfälle<, wie die mangelhaften Privatinvestitionen, die unzureichende Expansionsrate und die anhaltende Arbeitslosigkeit. Alvin Hansens These von der säkularen Stagnation erfuhr ihre radikalste Auslegung durch eine Streitschrift, die eine Gruppe Wirtschaftswissenschaftler von den Universitäten Harvard und Tufts auf dem Tiefpunkt der Rezession 1937—1938 verfaßte". Darin schlugen die sieben jungen Ökonomen vor, >die wirtschaftliche Entwicklung Amerikas in zwei Hauptabschnitte zu untergliedern. Der erste reicht von den Tagen, an denen die ersten Siedler ihren Fuß auf amerikanischen Boden gesetzt haben, bis zu seinem dramatischen Abschluß durch den Zusammenbruch von 1929. Diese Periode zeichnete sich durch stetiges Wirtschaftswachstum aus. Der zweite Abschnitt ist bis heute durch wirtschaftliche Stagnation gekennzeichnet<.

RL 27

Offensichtlich hatte der New Deal die stagnierende Volkswirtschaft nicht wieder in Gang bringen können. Aber immerhin hatte man mit dem Einsatz von ausgedehntem >deficit spending< bereits den richtigen Weg betreten: >Aus den letzten fünf Jahren läßt sich

RL 28

die Lehre ziehen, daß Staatsausgaben ein wirksames Mittel zur Schaffung von allgemeinem Wohlstand sind.< Durch umfangreichere Ausgaben hätte man im New Deal weit zufriedenstellendere Ergebnisse erzielen können. Die Rezession von 1937—1938 bewies jedoch die Notwendigkeit durchgreifender Änderungen in der Struktur der amerikanischen Volkswirtschaft, >deficit spending< allein reichte nicht aus. Da >in Amerika heute eine langfristige Trendverschiebung stattfindet<, benötigte man koordinierte Regierungsmaßnahmen zur Neuordnung der institutionellen Verhältnisse, die den chronischen Mangel an Gesamtnachfrage verursacht hatten, der seinerseits wieder die Verantwortung für die hohe Arbeitslosigkeit trug.

Ein derartiges Programm umfaßte zwei Hauptabschnitte. Der erste behandelte eine durchgreifende Umverteilung des Volkseinkommens. Die sieben Autoren ließen sich dabei weniger vom Grundsatz sozialer Gerechtigkeit als von den Prinzipien Keynes'scher Wirtschaftstheorie leiten. Die Empfänger hoher Einkommen gaben nur einen relativ niedrigen Teil ihrer Bezüge für Konsumzwecke aus, sparten dafür aber einen relativ hohen Prozentsatz ihres Einkommens. Entzöge man diesen Leuten einen Teil ihrer Geldmittel und übertrüge sie auf die Masse der Bevölkerung, die einen wesentlich größeren Grenzhang zum Konsum und entsprechend einen wesentlich geringeren Grenzhang zum Sparen besaß, könnte man dadurch eine wünschenswerte Ausdehnung der Ausgaben für Konsumgüter und Dienstleistungen sowie ein vermindertes Gesamtsparaufkommen erzielen. Durch die eingeschränkte Spartätigkeit ließe sich Vollbeschäftigung auf einem beträchtlich niedrigeren Niveau privater Investitionen erhalten als vor der Umverteilung der Einkommen. Nun charakterisierten gerade unzureichende Privatinvestitionen das Kernübel wirtschaftlicher Stagnation. Also wurde durch das Instrument der Umverteilung von Einkommen ein beträchtlicher Teil des Problems gelöst. Und der Einwand, daß bei dieser Maßnahme ein paar Reiche die Leidtragenden waren, während auf der anderen Seite die große Masse davon profitierte, war sicher nicht stichhaltig.

RL 29

Zusätzlichen Nutzen zögen die Bevölkerungsschichten mit geringen Einkommen aus staatlichen Investitionen, die die Harvard-Tufts-Gruppe als Zusatzmaßnahme vorschlug. Dabei stützten sie sich im wesentlichen auf das Argument, daß die Märkte der Privatwirtschaft nicht in der Lage seien, dringenden gesellschaftlichen Bedürfnissen zu entsprechen. Dazu hieß es wörtlich in ihrer Erklärung:

RL 30

Da sich die Privatwirtschaft außerstande gezeigt hat, für die Familien der unteren Einkommensklassen neue Wohnungen bereitzustellen, müssen staatliche Stellen umfangreiche Wohnungsbauprojekte in Angriff nehmen, um diese Familien mit besseren Wohnmöglichkeiten zu versorgen. Wenn unser Land bessere Ausbildungs- und Gesundheitseinrichtungen zur Verfügung stellen will, dann sind zur Errichtung von Schulen und Krankenhäusern ebenfalls umfangreiche staatliche Investitionen notwen-

RL 31

dig.

In einer vorsichtigen Schlußbemerkung versicherten die sieben Autoren schließlich ihren Lesern, daß sie mit ihren Vorschlägen keinesfalls auf einen roten Sozialismus zusteuern wollten, sondern daß sie im Gegenteil auf eine >Sicherung des freien Unternehmertums im privaten Wirtschaftssektor abzielten<. Trotzdem waren Unternehmer und konservative Bürger über dieses Verzeichnis notwendiger Maßnahmen zur Sicherung des freien Unternehmertums alles andere als erfreut. Es empfahl nämlich unter anderem die nachhaltige Erweiterung des staatlichen Wirtschaftssektors, starke Erhöhungen in der Staffelung des Steuersystems, uneingeschränkte Ausdehnung der Staatsschulden, Ausweitung der Altersversorgung, Unterstützungsprogramme für das Gesundheits- und Erziehungswesen und massives Engagement in den Bereichen Wohnungsbau und Stadtplanung.

RL 32

Eigentlich hatte die Harvard-Tufts-Gruppe nichts weiter getan als die Implikationen der Stagnationstheorie klar und eindeutig formuliert. Wirtschaftswissenschaftler mit dem gleichen Standpunkt gab es damals in allen speziell für die Verwaltung der Kriegswirtschaft eingerichteten Behörden und in den älteren Ressorts. Es war nur selbstverständlich, daß sie sich gegen Kriegsende mit den Problemen der Zukunft auseinandersetzten, denn der Krieg hatte die Gefahr einer wirtschaftlichen Stagnation nur aufgeschoben, nicht aber aus der Welt geschafft.

RL 33

Eine Zeitlang hatte es den Anschein, als ob jeder, der sich einigermaßen ausdrücken konnte, etwas darüber zu sagen hatte, wie sich die Nachkriegszeit attraktiv gestalten ließe und welche Politik dazu erforderlich wäre. Als die Brauerei Pabst (Pabst Brewing Company) einen Aufsatzwettbewerb mit dem Thema >Der Arbeitsplatz in der Zeit nach dem Kriege< veranstaltete, gingen bei ihr 36 000 Beiträge ein; darunter befanden sich Abhandlungen führender Ökonomen und Sozialwissenschaftler. Allein die vom Legislative Reference Service herausgegebene und kommentierte Bibliographie bedeutender Bücher und Aufsätze zum Thema Beschäftigung, die zwischen 1943 und 1945 zusammengestellt wurde, umfaßt 56 eng bedruckte Seiten. Innerhalb der Regierung entwickelte sich die Planung für die Nachkriegszeit zur Manie. Von einer ganzen Anzahl Ministerien und Behörden, darunter dem Department of Commerce (Handelsministerium), dem Department of Agriculture (Landwirtschaftsministerium), dem War Production Board (Amt zur Überwachung der Kriegsproduktion), der Public Works Administration (Staatsamt für öffentliche Arbeiten), der Maritime Commission (Oberste Handelsschiffahrtsbehörde), der Defense Plant Corporation (Gesellschaft für den Bau von Verteidigungsanlagen), dem Bureau of the Budget, der Rural Electrification Administration (Staatsamt für die Elektrifizierung ländlicher Gebiete), der National Housing Agency (Bundeswohnungsministerium), dem Treasury Department (Finanzministerium) und dem State Depart-

RL 34

ment (Außenministerium) wurden die verschiedenartigsten Projekte geplant und durchgeführt. Dabei stellt die obige Aufzählung nur eine kleine Auswahl der Planungsaktivitäten dar.

Die nachhaltigsten Anstrengungen für die Vorbereitung einer Friedensgesellschaft unternahm das National Resources Planning Board (Behörde zur Planung nationaler Ressourcen). Sie besaß sogar die Verwegenheit, das Wort Planung in ihren Namen aufzunehmen. Die NRPB stellte eine rein theoretische Behörde dar, die keinerlei Regierungsverantwortung besaß und keinen Einfluß auf die Verwendung öffentlicher Mittel nehmen konnte. Deshalb genoß sie bei ihren Untersuchungen einen größeren Freiheitsspielraum als die konventionellen Regierungsabteilungen. Diese Freiheit zahlte sich bald bitter aus, denn bereits 1943 legte der Kongreß das NRPB durch die Verweigerung weiterer Zuschüsse praktisch lahm. Doch konnte das NRPB noch im März desselben Jahres seine wichtigste Arbeit, einen umfangreichen Bericht über Maßnahmen für Sicherheit, Arbeit und Wohlfahrt, vorlegen. Die Argumentationsweise dieser Arbeit war durch und durch Keynesianisch. Sie unterschied sich in ihren Grundannahmen nur geringfügig von der Harvard-Tufts-Gruppe. Wie die sieben Wirtschaftswissenschaftler forderte auch die NRPB steuerliche Maßnahmen zur Einkommensumverteilung, die Weiterführung der Programme zur Schaffung von Arbeitsplätzen, größere soziale Sicherheit und den Angriff auf die Monopole. Ihre Abhandlung stand unter dem Einfluß der Keynesianischen Vorliebe für die Steuerung der Gesamtnachfrage, dem Experiment mit einer Wohlfahrtsgesetzgebung, das im vorangegangenen Jahrzehnt in Wisconsin durchgeführt worden war, dem Brandeis'schen Argwohn gegen die riesigen Aktiengesellschaften und den von Harvard ausgehenden Stagnationsbefürchtungen. Doch der aufsehenerregendste Teil ihrer Dokumentation war eine Art neue Verfassung (>The New Bill of Rights<), deren neun Punkte jeden Leser begeistern mußten:

RL 35

1. Das Recht auf nützliche, schöpferische Arbeit während des erwerbsfähigen Alters.

RL 36

2. Das Recht auf gerechten Lohn, ausreichend, um die täglichen Bedürfnisse zu befriedigen und die Annehmlichkeiten unserer Zeit zu ermöglichen, im Austausch gegen Arbeit, Ideen, Fleiß und andere gesellschaftlich nützliche Leistungen.

3. Das Recht auf angemessene Ernährung, Kleidung, Behausung und gesundheitliche Fürsorge.

4. Das Recht auf Sicherheit, Unterstützung im Alter, Schutz vor Armut, Abhängigkeit, Krankheit, Arbeitslosigkeit und Unfall.

5. Das Recht auf ein Leben in einem System freien Unternehmertums, ohne Zwangsarbeit, verantwortungslose private Macht, willkürliche Machtausübung seitens des Staates und ohne unkontrollierte Monopole.

6. Das Recht auf eigene Entscheidungsfreiheit: zu kommen oder zu gehen, zu reden oder zu schweigen, ohne Bespitzelung durch die Geheimpolizei.

7. Das Recht auf Gleichheit vor dem Gesetz, auf richterliches Gehör ohne Ansehen der Person.

8. Das Recht auf eine angemessene Ausbildung für Beruf und Staatsbürgertum, für die Verwirklichung der eigenen Persönlichkeit und das Streben nach individuellem Glück.

9. Das Recht auf Ruhe, Erholung und Wagnis sowie auf die Möglichkeit, sich zu vergnügen und an den Errungenschaften einer vorwärtsschreitenden Zivilisation teilzuhaben.

In dieser Aufstellung waren Anregungen aus Roosevelts >Four Freedoms< (Vier Freiheiten) verarbeitet. Die ökonomischen Implikate waren jedoch so zukunftsweisend und weitreichend, daß sie weit über die Grundsätze früherer Regierungen hinausgingen. Das liberale Amerika reagierte auf diese Vorschläge mit Freude und Zustimmung. Die Herausgeber von The New Republic, Bruce Bliven, Max Lerner und George Soule, feierten die New Bill of Rights in einer achtzehenseitigen Sonderbeilage mit dem Titel >Charter for America<. Darin wurden die Hauptvorschläge aus Maßnahmen für Sicherheit, Arbeit und Wohlfahrt wiederholt und untermauert. The New Republic ging von der These aus, daß >keine< der in absehbarer Zeit zu erwartenden Maßnahmen in den Vereinigten Staaten die langfristige Perspektive der Arbeitslosigkeit, die in der Zeit kurz nach dem Krieg besonders akut werden wird, beseitigen kann<. Hier wurde eine Keynesianische Analyse der Erfolge und Mißerfolge der Wirtschaftspolitik während der 30er Jahre verwertet:

RL 37

Im Verlaufe der letzten Depression wurde zwischen 1933 und 1937 das Anwachsen der Staatsschulden, die zur Finanzierung von Unterstützungsmaßnahmen aufgenommen wurden, von einem stetigen Zuwachs an Volkseinkommen begleitet. Dann setzten steuerliche Maßnahmen zur sozialen Sicherheit ein, und gleichzeitig nahmen die durch Defizite finanzierten Unterstützungszahlungen ab. Dadurch wurde der Haushalt bis 1938 praktisch wieder zum Ausgleich gebracht. Die Folge war eine Stagnation im Anstieg des Volkseinkommens; für die Jahre 1938 und 1939 sogar ein Rückgang.

RL 38

Die nach der Auffassung von The New Republic am vordringlichsten benötigten Maßnahmen beinhalten langfristige Maßnahmen zur Beschaffung öffentlicher Arbeitsplätze, eine relativ hohe Besteuerung mit dem Schwergewicht auf der Einkommensteuer von Einzelpersonen und Gesellschaften und auf der Erbschaftsteuer, wirksame Maßnahmen gegen die Monopolpreisbildung<. Die Argumentation von The New Republic wurde dabei inhaltlich durch die Überzeugung bestimmt, daß zwischen den Erfahrungen aus der Vorkriegszeit und den zu erwartenden Ereignissen nach dem Kriege ein enger Zusammenhang bestand. Man erwartete von den gleichen

RL 39

Tendenzen, insbesondere vom abnehmenden Bevölkerungswachstum und von starken institutionellen Hindernissen bei der Einführung neuer Technologien, eine Intensivierung der gleichen Probleme: unzureichende Investitionen, mangelnde Gesamtnachfrage und untragbare Arbeitslosenziffern. Es schien allerhöchste Zeit für ein amerikanisches Programm, das weit über die Forderungen von Beveridge hinausging, der erst kurz zuvor in Großbritannien eine Reihe von Vorschlägen für soziale Sicherheit >von der Wiege bis zum Grab< vorgelegt hatte. Die Herausgeber von The New Republic wie auch der NRPB-Bericht räumten der Privatwirtschaft eine maßgebliche Position ein. Trotzdem erklärten sie entschlossen, >daß man sich von Anfang an darüber klar sein müsse, daß die alten Ideale des >laissez-faire< nicht länger tragbar sind ... Planung und Kontrolle werden in wachsendem Umfang nötig sein<22. Den Herausgebern zufolge hatte Amerika die Wahl zwisdien einer von Großunternehmen beherrschten Korporativwirtschaft, einer zentral verwalteten 'Wirtschaft nach sowjetischem Muster und einer Kooperation zwischen Staat und Privatwirtschaft. Die breite Öffentlichkeit gab der dritten Alternative eindeutig den Vorzug.

Je mehr der Sieg in greifbare Nähe rückte, desto beunruhigter wurden die Herausgeber von The New Republic wie auch die Keynesianer, die Mitarbeiter des Blattes waren. Dazu zählten Seymour Harris, Alvin Hansen, Paul Samuelson und Oscar Gass. Sie befürchteten erneute Arbeitslosigkeit nach Kriegsende und Ungerechtigkeiten bei der Demobilisierung, eine unzureichende Planung für die Nachkriegszeit und die Möglichkeit, daß die Unternehmer einen übertrieben großen Anteil an den Erträgen der Nachkriegsgesellschaft an sich reißen könnten. In den Jahren 1944 und 1945 beschäftigte sich The New Republic eingehend mit den Absichten der Unternehmer. Anfänglich hatte die Zeitschrift die Gründung einer neuen, liberalen Unternehmervereinigung, des Committee for Economic Development (CED), begrüßt. Diese wurde zehn Tage nachdem der Kongreß das National Resource Planning Board aufgelöst hatte, ins Leben gerufen. Die Zeitschrift zollte den Vorsätzen des CED Beifall, die >in der Nachkriegsperiode die Unterstützung der Planung für ein hohes Beschäftigungs- und Produktionsniveau seitens der Industrie und des Handels< vorsahen. Sehr beeindruckt zeigte sich The New Republic von der kompetenten Forschungsabteilung des CED, in der Theodor Yntema, damals an der Universität Chicago, Gardiner C. Means, ein Gegner der Monopolbildung, und Howard Myers, der vorher der WPA angehört hatte, mitarbeiteten. Doch bald verdrängte Mißtrauen die anfängliche Zustimmung. Über das Steuerprogramm des CED aus dem Jahre 1944 meinte Oscar Gass: >Bundessteuerprogramm für hohen Beschäftigungsgrad in der Nachkriegszeit haben sie es genannt. In Wirklichkeit aber ist es der >Schlüssel des intelligenten reichen Mannes zu Gewinnen und Reichcum<. Positiver schätzte Gass die Bereitschaft des CED ein, in Friedenszeiten jährliche Bundesausgaben zwischen 16 und 18 Milliarden Dollar in Erwägung zu ziehen. Er selbst hielt ein Ausgabenvolumen von 25 bis 30 Milliarden Dollar für ange-

RL 40

messen, um den nationalen Erfordernissen gerecht zu werden.

The New Republic gab die Hoffnung auf eine aufgeschlossenerere Einstellung der Unternehmer nie ganz auf. Die Zeitschrift veröffentlichte scharfsinnige Kommentare von Beardsley Ruml, in denen der Autor eine für einen Unternehmer ausgesprochen fortschrittliche Auffassung vertrat, indem er erklärte: >Für einen Erfolg im gemeinsamen Kampf von Staat und Privatwirtschaft benötigen wir die aktive Teilnahme der Regierung. Sie wird immer dann mit deutlichen finanzpolitischen und monetären Maßnahmen eingreifen müssen, wenn die Privatwirtschaft sich nicht mehr in der Lage zeigt, Beschäftigung und effektive Nachfrage auf einem zufriedenstellenden Niveau zu halten<. The New Republic zeigte sich erfreut darüber, daß ein führender Unternehmer die notwendige Rolle der Regierung als Garant für Vollbeschäftigung anerkannt hatte. Weniger begeistert war sie, als Ruml in bekannter Unternehmermanier für niedrigere Steuern plädierte und eine Beschränkung der öffentlichen Arbeiten, wenn nicht für die gesamte Volkswirtschaft, so doch wenigstens für die Bauindustrie forderte.

RL 41

Die liberale Öffentlichkeit wurde durch das bei der Rückkehr zur Zivilwirtschaft eingeschlagene Tempo zunehmend in Unruhe versetzt. Man befürchtete ein erneutes rasches Ansteigen der Arbeitslosigkeit. Paul Samuelson, der 1944 als Regierungsbeamter in Washington tätig war und sich von seinen Verpflichtungen am M. I. T. (Massachusetts Institute of Technology) hatte beurlauben lassen, beschrieb damals düster die Produktionsabstriche, die für die letzten Monate des Jahres vorgesehen waren. Samuelson stellte in Aussicht, daß Amerika nach dem Sieg in Europa und der Begrenzung des Krieges auf nur eine Front (gegen Japan) mit >Arbeitslosigkeit oder Unterbeschäftigung in der Größenordnung von ungefähr fünf Millionen Erwerbsfähigen zu rechnen habe<. Seine Kollegen in Washington zeigten sich jedoch erstaunlicherweise sehr selbstgefällig: >Die Experten haben das Ausmaß des Ansturms, der uns erwartet, noch gar nicht richtig erfaßt. Die Exekutivabteilungen der Regierung können im Moment nicht einmal einen durchschnittlichen Jahresumfang an öffentlichen Arbeiten für kurzfristige Einsätze bereitstellen. < Das war um so bedauerlicher, weil gerade die Wirtschaftswissenschaftler bis zu diesem Zeitpunkt einen äußerst wertvollen Beitrag zu den nationalen Kriegsanstrengungen geleistet hatten: >Man hat einmal gesagt, der letzte Krieg war der Krieg der Chemiker, dieser der Physiker. Genaugut kann man behaupten, daß dies ein Krieg der Ökonomen ist.< Doch ohne vernünftige wirtschaftliche Grundsätze auch für eine Gesellschaft im Frieden sah das Land schweren Zeiten entgegen. Samuelsons abschließende Zusammenfassung enthielt eine düstere Vorahnung:

RL 42

Jeden Monat, jeden Tag und jede Stunde pumpt die Bundesregierung Millionen, ja Milliarden Dollar in den Kreislauf der amerikanischen Volkswirtschaft... Nur durch Regierungsausgaben in Höhe von 100 Milliarden Dollar wurde das derzeitige hohe Niveau im Output und im

RL 43

Beschäftigungsgrad erzielt. Davon wurden 50 Milliarden Dollar durch Defizite finanziert... Durch eine einfache statistische Rechenoperation kann man zeigen, daß selbst bei den Industriezweigen mit den günstigsten Zukunftsaussichten in der Nachkriegszeit, also dem Automobil-, Flugzeug- und Schiffbau und der Elektronikindustrie, das derzeitige Beschäftigungsniveau unter keinen Umständen aufrechterhalten werden kann, nicht einmal die Hälfte, ja nicht einmal ein Drittel davon.

Dabei galt Samuelson noch als gemäßigter Pessimist. James G. Patton, Mitglied der liberalen National Farmers Union (Nationaler Bauernverband) sagte 19 Millionen Arbeitslose voraus, falls der Kongreß nicht seinen Gesetzesentwurf verabschiedete. Pattons Plan wies die Regierung an, die Staatsausgaben in dem Umfang auszudehnen, in dem die privaten Investitionen abgesunken waren: >Die Vorlage, die ich eingebracht habe, sieht eine vierteljährliche Anpassung der Regierungsinvestitionen an die Bewegung der privaten Investitionen vor. Bei vorangegangener Verminderung der privaten Investitionen würden sich die Regierungsinvestitionen in die entgegengesetzte Richtung verschieben<, also ausdehnen. The New Republic erarbeitete ein eigenes Programm, das sich ernsthaft bemühte, alle Alarmrufe zu berücksichtigen. Die fünf Punkte dieses Vorschlags wurden in ungewöhnlich realistischer Form vorgebracht:

RL 44

1. Zur Verhinderung einer Nachkriegsinflation dient als wesentliche Maßnahme die Beibehaltung der Preiskontrolle und der Rationierung, die im Bedarfsfalle auf weitere Massengüter ausgedehnt wird.

RL 45

2. Zur Niedrighaltung und Kompensierung von Arbeitslosigkeit in der Zeit nach dem Kriege werden folgende Maßnahmen vorgeschlagen: die Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung, die Schaffung sozialer Sicherheit und die Bereitstellung von Umschulungsprogrammen für Erwerbslose; zur Schließung der restlichen Lücken dienen Staatsaufträge an die Bauwirtschaft.

3. Als langfristige Maßnahme gegen wirtschaftliche Stagnation wird die Anwendung der kompensatorischen Steuer- und Finanzpolitik empfohlen.

4. Die Großindustrie darf keine Möglichkeit zur Produktionsdrosselung erhalten.

5. Unterstützt werden soll die wirtschaftliche Expansion in allen Ländern der Erde.

Nach Meinung der Keynesianer in *The New Republic* hatten sich 1945 die Zukunftsaussichten in keiner Weise verbessert. Am Anfang des Jahres fragte sich Seymour Harries: »Werden wir rentable Investitionsmöglichkeiten für ungefähr 30 Milliarden Dollar pro Jahr ausfindig machen?< Konnte man den Konsumenten vertrauen? Wahrscheinlich nicht: >Es ist nicht sicher, ob die 115-135 Milliar-

RL 46

den Dollar an Konsumausgaben, die für ein auf Vollbeschäftigung basierendes Volkseinkommen notwendig sind, erreicht werden.< Die Schlußfolgerung aus diesen Fakten ließ sich einfach ziehen: >Viele Politiker in Washington werden mit mir übereinstimmend der Meinung sein, daß, falls die Regierung nicht zu Eingriffen bereit ist, die Aussichten auf ein hohes Beschäftigungsniveau nicht sehr günstig sind. Vielen erscheint ein jährliches Investitionsprogramm in Höhe von 10-15 Milliarden Dollar als unerläßlich.< Das war die Auffassung der meisten fortschrittlichen Wirtschaftswissenschaftler, Gesellschaftsreformer und demokratischen Anhänger des New Deal.

Die Haltung der fortschrittlichen liberalen Kräfte war - wie immer in der Geschichte - durch das Zusammenwirken von allgemeiner Einstellung, sozialer Wertschätzung, politischem Standort und gesetzlichen Vorschlägen gekennzeichnet. 1945 wurde die Einstellung der liberalen Öffentlichkeit gegenüber der amerikanischen Geschäftswelt ganz entscheidend von der Erinnerung an die Katastrophen von 1929-1933 beeinflußt, deren Ursachen nach Meinung der progressiven Kräfte in der finanziellen Unmoral und gesellschaftlichen Verantwortungslosigkeit von Börsenmaklern, Industriellen und Millionären zu sehen waren. Diese Haltung festigte sich zusehends unter dem Eindruck konservativer Angriffe auf Franklin D. Roosevelt, die einsetzten, als die Politik des New Deal den wirtschaftlichen Erdbeben bereits aufgefangen und eine Wiederbelebung von Umsätzen und Gewinnen eingeleitet hatte. Die Feindseligkeit flammte neuerlich auf, als sich einige Industrielle gegen Kriegsvorkerungen sperrten und einige Wirtschaftsführer die Absicht kundtaten, aus dem Übergang zur Friedenswirtschaft üppige Profite zu schlagen. Amerikas Liberale begünstigten beständig die >Opfer< unternehmerischer Selbstsucht — die Fabrikarbeiter und ihre Gewerkschaften, die bedürftigen älteren Menschen, die kleinen Bauern und die rassischen Minderheiten, denen die Arbeitgeber gleiche Chancen bei der Suche nach einem Arbeitsplatz verwehrten. In diesem Zusammenhang wurden die Instrumente Keynes'scher Wirtschaftspolitik als Mittel zur Umverteilung von Einkommen, zur Erweiterung der staatlichen Investitionen und zur staatlichen Kontrolle der Privatwirtschaft verstanden. In den 40er Jahren gingen der Liberalismus und der Keynesianismus beinahe eine vollständige Symbiose ein. Die 60er Jahre sollten dieser Beziehung eine überraschende Wende verleihen.

RL 47

Die >Liberalen< trachteten 1944 und 1945 nach einer gesetzlichen Verankerung der Vorstellungen und Wünsche, die ihre Diskussionen bestimmten. Sie forderten vor allem vorbeugende Maßnahmen, damit sich die Nachwirkungen des Zweiten Weltkrieges nicht in der gleichen zerstörerischen Weise auswirkten wie bei der schweren Rezession kurz nach dem Ersten Weltkrieg. Als immer mehr Voraussagen für das Frühjahr nach Kriegsende Arbeitslosigkeit in der Größenordnung von 5 bis 11 Millionen Erwerbslosen ankündigten, schienen vorbeugende Regierungsmaßnahmen unumgänglich.

RL 48

In der allgemeinen pessimistischen Stimmung bildeten die Stellungnahmen des verstorbenen W. S. Woytinsky eine rühmliche Ausnahme. Er gelangte im Juli 1944 zu der Auffassung, daß die Nachwirkungen des Zweiten Weltkrieges ganz anderer Art als die des Ersten Weltkrieges sein würden. Dabei erkannte er genau die völlig anders gelagerte Ausgangssituation, die durch den Bestand von 250 Milliarden Dollar Sparsummen und flüssigen Reserven bei den Konsumenten sowie durch ein sehr großes Volumen an lange aufgeschobener Nachfrage nach Konsumgütern aller Art gegeben war.

RL 49

Im allgemeinen jedoch gelang den Wirtschaftswissenschaftlern, die unter den überschaubaren und kontrollierbaren Bedingungen der Kriegszeit hervorragende Planungsarbeit geleistet hatten, die Skizzierung der Nachkriegssituation und –entwicklung weit weniger genau. In der Tat, hätte man der amerikanischen Wirtschaftspolitik die pessimistischeren Voraussagen zugrunde gelegt, eine Nachkriegsinflation größeren Ausmaßes wäre unvermeidbar gewesen. (S177 /189)

RL 50

xxxxxxxxx Ende Robert Lekachman xxxxxxxxxxx

Konjunktur

Von Bush lernen?

VON HOLGER PAUL

Hannoversche Allgemeine Zeitung / 9. 1. 2003

Der Kontrast könnte größer nicht sein. In Chicago verspricht der amerikanische Präsident seinen Bürgern großzügige Steuersenkungen, die auch eine massive Erhöhung der Staatsschulden zur Folge haben werden, und erntet dafür von vielen Seiten Lob und Zustimmung. In Brüssel dagegen fordert die Europäische Kommission die deutsche Regierung ultimativ dazu auf, mit dem Schuldenabbau endlich Ernst zu machen.

Steuersenkungen würden sich zwar auch hier zu Lande viele Menschen wünschen; sie sind aber ganz einfach nicht finanzierbar. Die Bürger müssen deshalb schon froh sein, wenn von den ursprünglich geplanten Steuererhöhungen aus dem Hause Eichel am Ende nicht allzu viele den Gang durch Bundesrat und Vermittlungsausschuss überleben.

USA zehren von Reserven

Der Kontrast zeigt, wie weit sich die Wirtschaftssysteme dies- und jenseits des Atlantik auseinander entwickelt haben. Den Amerikanern ist es gelungen, während der Aufschwungphase der neunziger Jahre hohe Reserven im Staatssäckel zu bilden. Von diesen Reserven können sie noch immer zehren.

Zwar gehört auch die weltgrößte Wirtschaftsnation inzwischen wieder zu den Schuldenmachern. Dennoch zeigen sich gerade die Finanzmärkte gelassen. Die USA hätten bewiesen, dass sie einen Aufschwung zum Schuldenabbau nutzen, heißt es. Also sei es auch in Ordnung, wenn der Staat während einer Schwächephase in die andere Richtung handle - zumal die US-Regierung klug genug ist, nicht auf staatliche Ausgabenprogramme zu setzen. Es werden keine Autobahnen oder Brücken gebaut, der Staat überlässt vielmehr dem Bürger die Entscheidung über Investitionen.

Das ist kurzfristig zwar riskant, weil die Menschen das so erhaltene Geld viel leicht gar nicht für neue Möbel oder Kleidung ausgeben, sondern in niedrig verzinsten Wertpapieren horten. Auf längere Sicht jedoch, das hat die Erfahrung gezeigt, können Steuersenkungen das Wachstum weit stärker beflügeln als jeder Dollar, den die Regierung selbst ausgibt.

Die Europäer und insbesondere die Deutschen dagegen haben den Boom der vergangenen Jahre nicht dazu genutzt, ihre Haushalte gegen schlechtere Zeiten wetterfest zu machen. Immer deutlicher zeigt sich, dass vor allem die starren Regeln am Arbeitsmarkt in Zeiten der Konjunkturfalte als zusätzliche Bremse wirken. Je mehr Arbeitslose sich in den Ämtern drängeln, desto stärker werden die Sozialsysteme zur Kasse gebeten und desto mehr steigt auch die Staatsverschuldung.

Kein Wunder also, dass Brüssel den Versicherungen aus Berlin, man habe das Defizitproblem

im Griff, nicht mehr traut. Denn eine klare Strategie, wie Deutschland seine Schulden abbauen und zugleich Investitionen ankurbeln will, ist nicht in Sicht. Das Washingtoner Steuerprogramm wird vielleicht auch nicht die gewünschten Erfolge haben, aber zumindest ist es eine auf Dauer angelegte, nachvollziehbare Strategie. Auf eine solch klare Linie warten die Bürger und Finanzmärkte hier zu Lande noch.

Steuergeschenke - keine Wunderwaffe

Und auch das ist ein Grund, warum internationale Investoren den deutschen Aktienmarkt zuletzt so gemieden und den Dax im weltweiten Vergleich der Börsenindizes zum Verlierer des Jahres 2002 gemacht haben. Richtig ist zwar, dass die Steuerpläne von George Bush keine Wunderwaffe sind und sogar einige erhebliche Risiken bergen. Sollte zum Beispiel ein Krieg im Irak längere Zeit andauern, dann droht den USA eine ähnlich missliche Situation, wie in den Anfangsjahren der Reagan-Regierung: mit geringen Steuereinnahmen einerseits und hohen Staatsausgaben für die Rüstung andererseits.

Auch können die nun geplanten Steuergeschenke ihre Wirkung so richtig erst im Jahr 2004 entfalten. Das Ganze ist also ein Versprechen auf die Zukunft. Und George Bush hat dabei ganz stark auch sein eigenes Wohl im Sinn. Wenn alles glatt geht, kann er seinen nächsten Wahlkampf führen, wenn die Konjunktur gerade wieder spürbar an Fahrt gewinnt. Das Vergrößert die Chancen auf seine Wiederwahl enorm.

Die Europäer können ihm dennoch dankbar sein. Denn alles, was die amerikanische Konjunktur ankurbelt, hilft auch den hiesigen Firmen, ganz besonders der exportabhängigen deutschen Wirtschaft. Das sollte für die Berliner Regierung allerdings kein Grund sein, mit den bisher vorgestellten Reformplänen zufrieden zu sein. Steuersenkungen à la Bush mögen derzeit „nicht drin“ sein. Umso mehr wäre das ein Grund, auf der anderen Seite des Haushalts, bei den Staatsausgaben, intensiver nach Einsparmöglichkeiten zu suchen.

xxxxxxxxx

Kein Kommentar

Ich will den Leitartikel von Holger Paul nicht bewerten oder kommentieren. Ich finde nur, wenn man ihn als Ganzes auf sich wirken läßt und ihn mit den Ausführungen von Robert Le-kachman über seinen Berichtszeitraum der 30er und 40er Jahre vergleicht, dann war sein 1966 erstmals veröffentlichter Bericht über den Triumph der Keyneschen Lehren ein Bericht über eine Schimäre. Es hat in der Wirtschaftspolitik keinen wirklichen Fortschritt gegeben. Der Schaden, den die angewendete Wirtschaftspolitik verursacht hat, läßt sich vermutlich nicht einmal schätzen. Aber die Summen, die die Ökonomische Forschung, Lehre und die ökonomischen Gutachten dem Steuerzahler bei uns seit 1948 ohne brauchbare Gegenleistung gekostet haben, müßten sich aus den Statistiken heraus filtern lassen. Es wird eine so hohe Summe sein, die nur durch bildhafte Vergleiche erfaßbar wird. Wie werden die vielen guten, lieben, sympathischen Menschen (keine Ironie), die im theoretischen und politischen Ökonomiebereich tätig waren oder sind, mit dem Vorwurf fertig, sie hätten sich ihr Einkommen erschlichen, weil sie eine brauchbare Gegenleistung schuldig geblieben sind? Ein Vorwurf, der nur noch durch die Aussage „Ökonomen sind Mörder“ übertroffen wird.

(Das ist eine Formulierung, die bewußt auf eine Differenzierung verzichtet, um die „Kollektivschuld“, das Versagen eines Berufsstandes hervorzuheben.) TA